C 21734 D

Metall: Vertraglicher Lohnraub mit 6,8 % S 19

Polizei der BRD - keine staatlichen Mörder ? S 19

Bundesverdienstkreuz statt Gefängnis S 30

Arbeiterkampf

Jahrg. 5 Nr. 56 18.2.1975

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pfg



2.500 demonstrierten am 1.2. in Hamburg für die ersatzlose Streichung des §218. Bericht auf Seite 6

Imperialisten drohen Portugal mit Krieg

Seit Beginn des Jahres 1975 häufen sich die Anzeichen dafür, daß die Imperialisten (vor allem USA und BRD) Putsch und Intervention gegen Portugal vorbereiten. Vom 29. Januar bis 7. Februar fand vor der portugiesischen Atlantikküste ein Nato-Manöver statt. Geübt wurden u.a.: Luftangriffe gegen portugiesische Städte. Diesen seltsamen „Verteidigungs"übungen gingen Drohungen Kissingers und Schlesingers (US-Kriegsminister) voraus, in Portugal gegebenenfalls auch militärisch zu intervenieren. Begleitet werden diese Kriegsdrohungen gegen Portugal von einer enormen Wühltätigkeit imperialistischer Geheimdienste (vor allem CIA, aber auch BND) sowie von einer regen „Besuchs"-Tätigkeit westdeutscher Politiker. Allgemein geben sich die imperialistischen Politiker „besorgt" um die Entwicklung in Portugal, d.h. um ihre ökonomischen und politischen Interessen in Portugal und seinen (ehemaligen) Kolonien.

Die bürgerliche Presse beschwört fortwährend die „Gefahr" einer „Linksdiktatur" in Portugal. Davor müßten die Imperialisten Portugal „bewahren". Das ideologische Trommelfeuer der bürgerlichen Presse, die antikommunistische Hetze gegen linke und sozial-reformerische Politiker und Militärs, gegen die „Mobilisierung der Straße", den „aufgehetzten Mob", usw. usf. erinnern haargenau an die ideologische Vorbereitung des Putsches in Chile!

Dies ist die Antwort der Imperialisten auf den „portugiesischen Prozeß", d.h. die politische Bewußtwerdung und Offensive der portugiesischen Arbeiterklasse und immer größerer Teile des Volkes. Diese Offensive ist die allgemeine Grundlage einer Linkswendung des portugiesischen Parteiengefüges und des MFA (Bewegung der Streitkräfte), die sich tendenziell auch in der „offiziellen Politik" durchsetzt und deren Ausdruck neben deutlich antiimperialistischen Stellungnahmen von Regierungsverantwortlichen auch die neuerliche Außenpolitik ist, speziell die Entkolonialisierung, die derzeit alles andere als im Sinne der Imperialisten verläuft.

US-Imperialisten lieben den Faschismus und hassen die Demokratie

Alle US-Regierungen hatten stets ein besonders „herzliches Verhältnis" zu dem faschistischen Regime unter Salazar und Caetano. Die faschistischen Regimes waren stets gern gesehener Kumpan in der „Verteidigungsgemeinschaft der freien Welt". Seit dem 25. April dagegen werden die portugiesische Regierung und Militärs von wesentlichen Nato-Informationen (speziell solche zur atomaren Strategie) abgeschnitten, wichtige Tagungen der Nato finden ohne portugiesische Vertreter statt.

Die USA waren wesentlicher Nutznießer des portugiesischen Faschismus. sowohl in wirtschaftlicher als auch militärischer Hinsicht. Ökonomisch konzentrierten sich die US-Interessen allerdings weniger auf Portugal selbst (Investitionen 1973: 2.736,6 Mio. Esc. = 9 % aller Auslandsinvestitionen in Portugal – nach Geschäftsbericht des „Banco de Portugal", 1973), als vielmehr in den portugiesischen Kolonien, besonders Angola. Die Erdölvorkommen der Cabinda-Provinz erregten besonderes Interesse der US-Konzerne. Allein sechs US-Gesellschaften, vor allem Gulf Oil, beuten die Vorkommen aus (Cabinda gilt als „afrikanisches Kuweit"). Allerdings haben die US-Imperialisten 1974 Interesse bekundet, ihr „Engagement" auch in Portugal zu erhöhen, wie aus Äußerungen Nixons gegenüber dem damaligen Staatspräsidenten Spinola hervorging. Am 20. September '74 berichtete „República" davon, daß Außenminister Mario Soares einige Vertreter wesentlicher US-Konzerne „mit Interessen in Portugal" empfing; erwähnt wurden Vertreter von General Tire International, Union Carbide, Gulf Oil Corporation, United Aircraft, Exxon Corporation, Texas Instrument, Mobil Oil, Corning International, Pan American, Bank of America, Chase Manhatten Bank, TWA, Bluebell Corporation.

Die meisten dieser Konzerne waren bisher noch nicht in Portugal „engagiert". Dieser Besuch von Spitzenvertretern des US-Imperialismus in Portugal liegt auf der strategischen Leitlinie Kissingers, sich „künftig stärker um Portugal zu kümmern". Dies selbst ist als Reaktion auf die unsicherer gewordenen Positionen des US-Imperialismus im Mittelmeerraum zu verstehen.

Das militär-strategische Interesse des US-Imperialismus an Portugal ist wesentlich mit dessen geographischer Lage zu Europa, dem Mittelmeerraum und Afrika begründet. Die USA unterhalten auf den strategisch günstigen Azoren, in Lajes, einen Luftwaffenstützpunkt mit etwa 5.000 Soldaten. Dieser Stützpunkt spielte im letzten Nahost-Krieg (Yom-Kippur-Krieg) als Luftbrücke für den US-amerikanischen Israel-Nachschub eine entscheidende Rolle, die sich angesichts der Gesamtlage im Mittelmeerraum und im Nahen Osten künftig noch erhöht. Das letzte Verlängerungsabkommen wurde bereits 1971 gekündigt, da das Caetano-Regime mit den amerikanischen „Gegenleistungen" nicht einverstanden war (US-Leistung: ein Forschungsschiff, 5 Mio. US-Dollar in bar, 1 Mio. Dollar für Studienaufenthalte von Portugiesen in den USA, Kreditzusage von 400 Mio. Dollar, die aber kaum in Anspruch genommen wurden, weil die Zinsbedingungen gegenüber EG-Geboten zu ungünstig waren).

Fortsetzung Seite 2

Friedens- und Abrüstungskonferenzen – und die Kriegsgefahr wächst!

Während auf der einen Seite vor allem die USA und die Sowjetunion ihr atomares Vernichtungspotential immer weiter verstärken, während Kissinger offen mit Krieg gegen die arabischen Länder und andere Staaten droht und US-„Verteidigungsminister" Schlesinger berechnen läßt, wieviel Millionen Menschenleben ein „begrenzter" Atomkrieg kosten würde, haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von „Abrüstungs-" und „Friedenskonferenzen" stattgefunden, die den Eindruck erwecken sollten, als lebten wir nicht im Zeitalter des über uns schwebenden „Damoklesschwert" der atomaren Vernichtung, sondern in einer Zeit zunehmender „Entspannung" und „Abrüstung".

Die USA und die Sowjetunion haben schon Anfang der 60-er Jahre damit begonnen, sogenannte „rüstungsbeschränkende" Abkommen zu schließen. So z.B. über die Einstellung der überirdischen Atomversuche (nachdem beide Staaten ihre entsprechenden Versuchsreihen abgeschlossen hatten, versteht sich) und sogar über das Verbot, Atomwaffen im Weltall zu stationieren. Während sich diese beiden Atommächte scheinbar zu Rüstungsbeschränkungen verpflichteten, steigerte sich in Wirklichkeit das Wettrüsten zwischen ihnen immer mehr. Daß diese Tatsache gerade von der sich gern „friedliebend" gebenden Sowjetunion geleugnet wird und jeder wütend angegriffen wird, der an dem Märchen von der „Entspannung" und „Rüstungsbeschränkung" zweifelt, zeigt klar, daß auch die Sowjetunion an der Fortsetzung des fieberhaften Wettrüstens zur Anhäufung immer ungeheurerer Massen von Vernichtungswaffen interessiert ist.

Im Folgenden soll eine kurze Zwischenbilanz der laufenden „Friedens-" und „Abrüstungskonferenzen" gezogen werden:

- Die SALT-Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die angebliche „Begrenzung" des atomaren Wettrüstens.
- Die „Europäische Sicherheitskonferenz", wo allgemeine Friedensbeteuerungen abgelassen werden und die Imperialisten im Rahmen ihrer „Ostpolitik" sich einige Zugeständnisse in punkto „menschliche Erleichterungen", „Familienzusammenführung" usw. von den RGW-Ländern erhoffen.

Fortsetzung Seite 4

Bonn zentralisiert Geheimdienste

Am 23.1.75 verfügte die Bundesregierung die Einrichtung eines „Ständigen Ausschusses für die Nachrichtendienste". Diesem Ausschuß gehören an: Beamte des „Verteidigungs"-ministeriums, des Innenministeriums und die Präsidenten der drei Geheimdienste („Militärischer Abschirmdienst", „Verfassungsschutz" und „Bundesnachrichtendienst"). Präsident dieser Runde ist Staatssekretär Schüler vom Bundeskanzleramt. Sein Stellvertreter ist Ministerialdirigent Schlichter, Sicherheitsreferent im Palais Schaumburg.

Aufgabe dieser Runde soll es sein:

- **sicherzustellen, daß die Geheimdienste „auftragsgemäß' arbeiten;**
- **„das Instrumentarium der Inneren Sicherheit funktionsfähig" zu machen;**
- **wieder „Ruhe in den Diensten" zu schaffen und sie dem „öffentlichen Interesse" zu entziehen damit sie „abseits öffentlicher Debatten wieder ihren Aufgaben nachkommen können" (lt. „FR" .12.75)**

Fortsetzung Seite 2

Imperialisten drohen Portugal mit Krieg

Forts. von Seite 1

Der Putsch gegen das faschistische Regime vom 25. April fand unter scheinbarer Führung der Spinolisten, einer pro-imperialistischen Generals-Clique statt, die unter den Parolen der „Beseitigung überlebter Strukturen" (des Caetano-Regimes) und der Schaffung eines neokolonialistischen „lusitanischen Staatenbundes" antraten. Nachdem das faschistische Regime sowohl in Portugal, als auch in seinen Kolonien alle Karten verspielt hatte, setzten die wesentlichen Kapitalgruppen Portugals sowie die EG- und US-Imperialisten auf die reaktionäre Spinola-Clique, die im Namen ihrer Auftraggeber eine „kontrollierte Ablösung" des Faschismus besorgen sollte. Der Staatspräsident der ersten „Provisorischen Regierung" (Spinola) versprach *„Portugal enger an die Vereinigten Staaten zu binden"* („Welt", 20.6.74). Nixon versprach im Gegenzug „Hilfe" für Portugal *„in jeder möglichen Weise"* („Welt", 20.6.74).

Wühlarbeit des CIA

Die „Hilfe" der US-Imperialisten war von Anfang an massive Einmischung in die inneren Verhältnisse Portugals. Die Madrider Zeitschrift „Cambio 16" enthüllte, daß nach dem 25. April etwa 200 CIA-Agenten in Portugal und Spanien eingesickert seien. Diese Zahl dürfte in der Tat noch stark untertrieben sein. Das Personal der US-Botschaft in Lissabon wurde verdreifacht („República", 3.10.74). Ähnliches gilt für die brasilianische Botschaft.

Der CIA-Vize-Boß, Vernon Walters, bereiste im Mai/Juni, und dann nochmal im September Portugal. Während seines ersten Aufenthaltes führte er Gespräche u.a. mit Galvao de Melo (inzwischen abgesetzter reaktionärer Junta-General), António Champalimaud (Besitzer des zweitgrößten Konzerns Portugals, mehrmals in reaktionäre Machenschaften verwikkelt), Adriano Moreira (faschistischer Überseeminister unter Salazar, später Präsident von Standard Eléctrica in Portugal), Franco Nogueira (faschistischer Außenminister unter Salazar und Caetano). Es dürfte kaum schwerfallen, den Inhalt dieser Gespräche zu erahnen. Kurz nach Walters zweitem Besuch in Portugal wurde der vereitelte reaktionäre Putsch vom 28. September gestartet (in dessen Gefolge u.a. Galvao de Melo verhaftet wurde, Durchsuchungen brachten ein riesiges Waffenlager auf seinem Grundstück zutage!). Walters dürfte den Putsch eigenhändig mit vorbereitet haben.

Auf dem Rückflug machte Walters in Brüssel Station, wo er mit führenden ITT-Leuten sprach („Vida Mundial", 24.10.74). Weiter führte Walters in Madrid „Gespräche mit spanischen Zivilisten und Militärs"; die US-Botschaft in Madrid entwickelte sich inzwischen zum Zentrum in Spanien lebender portugiesischer Faschisten („República", 29.10.74).

Neben der US-amerikanischen Bot-
nien lebender portugiesischer Faschisten („República", 29.10.74).

Neben der US-amerikanischen Botschaft in Lissabon, bezog der CIA gleich nach dem 25. April auf dem Schiff „Apollo" ein weiteres Hauptquartier, um „beweglicher" (z.B. bei der Koordinierung mit der amerikanischen Flotte) und vor den portugiesischen Sicherheitsbehörden auch sicherer zu sein. Die „Apollo" – 300 Mann Besatzung, 150 Tonnen Geheimdokumente, modernste Nachrichtenmittel – gehört offiziell der „Operation and Transport Corporation, Ltd." (O.T.C.), einem in Kalifornien eingetragenen Unternehmen. Unter der „Apollo"-Besatzung sind mehrere Leute identifiziert worden, die schon beim faschistischen Putsch in Chile auf seiten des CIA mit von der Partie waren. – Im Laufe des Jahres '74 pendelte die „Apollo" vor der portugiesischen Küste, lief verschiedene Häfen an. Längere Zeit lag sie vor Lissabon, Setúbal und Madeira. – In der Nacht vom 28. September '74 (dem Termin des geplanten Putsch der sog. „schweigenden Mehrheit") verschwand das Schiff aus dem Hafen von Lissabon; ein gleichfalls der O.T.C. gehörendes „Industrie-Beratungs-Unternehmen" (die „Cindusta-Consultores Industriais") wurde zum selben Zeitpunkt überstürzt geschlossen, das gesamte portugiesische Personal wurde entlassen! – Offenbar wollte man sich den, nach dem 28. September einsetzenden, Durchsuchungen des Copcon und antifaschistischer Volksmilizen entziehen. (Informationen nach „O Século Ilustrado," 7.12.74)

Bei seiner Wühlarbeit in Portugal greift der CIA vor allem auch auf bewährte und erfahrene „Spezialisten" aus Südamerika zurück: *„Es ist bekannt, daß viele der in Portugal infiltrierten CIA-Agenten verschiedenen südamerikanischen Nationalitäten angehören und über die Brasilianische Botschaft eingeschleust wurden"* („Vida Mundial", 24.10.74). Dieselbe Quelle berichtete davon, daß der portugiesische Nachrichtendienst eine Abhöranlage direkt im Palácio de Belém entdeckt habe. Am anderen Ende der Leitung saß der CIA. – Bezeichnenderweise wurde nach dem 25. April General Carlos Alberto Fontoura neuer brasilianischer Botschafter in Portugal. Dieser saubere General war früher Chef des faschistischen Geheimdienstes, SNI (= „Servicio Nacional de Informacoes"), verantwortlich für tausendfachen Mord, bestialischer Folterspezialist und Mitinitiator der berüchtigten brasilianischen „Todesschwadrone", einer faschistischen Mördertruppe, die nach Feierabend Jagd auf Regime-Gegner und „Asoziale" macht („Latin America", 7.6.74).

Bereits im Oktober '74 enthüllte die US-Fernsehgesellschaft CBS die aktuelle „Hitliste" des CIA, eine Aufstellung der vom CIA „bevorzugt behandelten" Länder. Danach rangiert derzeit Portugal (gefolgt von Spanien, Italien etc.) auf dem ersten Platz dieser makabren Hitparade. Der CBS meldete ferner, daß der CIA *„gegenwärtig eine große Anzahl von Leuten und ungeheure Geldsummen nach Spanien"* schicke, und zwar *„aus Sorge um das, was im benachbarten Portugal und anderen europäischen Gebieten passiert"* (nach Meldungen der italienischen Zeitungen „il manifesto" und „lotta continua" vom 16. und 20. Oktober).

Botschafter-Austausch

Im Rahmen der „üblichen diplomatischen Gepflogenheiten" imperialistischer Staaten, wurde im Oktober (nach dem gescheiterten reaktionären Putschversuch vom 28. September !!) der US-Botschafter Stuart Nash Scott von Kissinger abberufen und gegen den „Diplomaten" Frank Carlucci ausgetauscht. Scott habe „verharmlosende" Berichte über den Einfluß der revisionistischen PCP dem Außenministerium (und dem CIA?) geliefert („República", 6.11.). – Wahrscheinlicher ist, daß Scott die Erfolgsaussichten des reaktionären Putsches der sogenannten „schweigenden Mehrheit" positiver eingeschätzt hatte, als sie tatsächlich waren und daß er bei den Vorbereitungen zu diesem Putsch nicht das brachte, was Kissinger von ihm erwartete.

In jedem Fall kündigt der Einsatz von Carlucci als US-Botschafter eine schärfere Gangart des US-Imperialismus und speziell des CIA an. Carlucci war früher Botschafter im Kongo (!!) in Sansibar (!) und in Brasilien (!!!), hat also einschlägige Erfahrungen im Ressort Putsch, „Aufstandsbekämpfung", Zusammenarbeit mit faschistischen Geheimdiensten etc. pp.

Vor dem Botschafter-Austausch
schickte Kissinger noch eine „vier-
faschistischen Geheimdiensten etc.
pp.

Vor dem Botschafter-Austausch schickte Kissinger noch eine „vierköpfige Kommission" nach Portugal, die einen „arlarmierenden Bericht" für das Weiße Haus ausarbeitete. Dieser Bericht ging bezeichnenderweise auch an Mobutu, Präsident von Zaire und US-Marionette (nach „Expresso", 25.11.). Mobutu ist für die Aufrechterhaltung des pro-imperialistischen Einflusses in Angola zuständig. Dies versucht er über direkte Einmischung, über Annexions- und wahlweise „Neutralisations"pläne für die ölreiche Angola-Provinz Cabinda, sowie über die von ihm ausgehaltene „Befreiungs"bewegung FNLA (deren Führer, Roberto Holden, ein Schwager Mobutus ist) und die Chipenda-Abspaltung der MPLA zu besorgen (vgl. AK 55, S. 7/8).

Kriegsdrohungen

Inzwischen haben Pentagon und Weißes Haus auch gegenüber Portugal erklärt, daß sie notfalls vom Mittel militärischer Intervention Gebrauch machen werden, falls die politische Entwicklung in Portugal auf eine Situation zuläuft, die die direkten Interessen des Imperialismus bedroht. Kissinger droht ebenfalls mit „Bürgerkrieg" in Portugal (also Intervention, kombiniert mit reaktionären Putschversuchen im Inland) und – offenbar in Absprache mit dem BRD-Imperialismus – mit „Wirtschaftsblockade".

Ausgerechnet der Ex-Kanzler W. Brandt (Träger des „Friedensnobelpreis" – wie übrigens Kissinger auch!!), hatte die „Ehre", Kissingers „Liebesgrüße" der portugiesischen Regierung bei seinem Besuch dort am 19. Oktober zu überbringen! – Von Jean Daniel, Herausgeber der französischen Zeitschrift „Nouvel Observateur" nach dem „kritischen Punkt", an dem Kissingers „Geduld" ein Ende hätte, befragt, antwortete W. Brandt ausweichend: *„Man merkt immer, wie weit man gehen kann und welche Risiken man eingeht"* (vgl. AK 53, S. 7). Diese Interventionsdrohung des US-Imperialismus liegt bereits deutlich auf der „neuen Linie", die Kissinger nach dem 28. September eingeschlagen hat.

Nato-Manöver

Das Nato-Manöver „Locked Gate" (= „geschlossenes Tor") muß unter diesem Gesichtspunkt bewertet werden. 29 Kriegsschiffe und 6 U-Boote mit insgesamt 11.000 Soldaten aus USA, BRD, Holland, Frankreich und Portugal nahmen an diesem Manöver vor der portugiesischen Atlantikküste teil.

Kennzeichnend für die aggressive NATO-Politik war nicht so sehr das Seemanöver selbst, sondern der Zeitpunkt und die konkreten Umstände, d. h. die Manöver-Ziele: *„Einen Teil der Übung bildet der Angriff von Flugzeugen der US-Flugzeugträgers ,Saratoga' auf Montijo, in Zusammenarbeit mit der portugiesischen Luftwaffe (!)"* („Repbúlica", 28.1.).

Ein Luftangriff auf portugiesische Städte kann nun wahrlich kaum noch mit dem sog. „Verteidigungsauftrag der NATO" (Abwehr eines äußeren Feindes) begründet werden. Ebenfalls interessant ist der Hinweis auf die „Zusammenarbeit" mit der portugiesischen Luftwaffe (es handelt sich um ein Seemanöver, portugiesische Marine-Flieger wurden offenbar nicht eingesetzt). Das Offizierskorps der portugiesischen Luftwaffe gilt – im Gegensatz zur Marine! – als mehr rechtsstehend. Spätestens seit Chile ist bekannt, daß solche Manöver den US-Militärs (und CIA-Agenten unter ihnen) ausgezeichnete Möglichkeiten bieten zur „Vertiefung kameradschaftlicher Kontakte" (wie das perverserweise genannt wird) zu ihren Kumpanen unter den Militärs anderer Staaten.

Die portugiesische Armee hat zu beschwichtigen versucht, daß dieses Manöver seit zwei Jahren geplant sei und nichts mit der gegenwärtigen Lage in Portugal zu tun habe („República", 30.1.). Die Arbeiterklasse Portugals hat dies Manöver allerdings in engem Zusammenhang mit Kissingers Drohungen und der konterrevolutionären Wühlarbeit der imperialistischen Geheimdienste gesehen. Es kam zu starken Protesten von Organisationen der Arbeiterbewegung, u. a. von FSP (Linksabspaltung vom PSP des Soares), UDP (Bündnis dreier ML-Gruppen) und MRPP. Proteste mehrerer Organisationen richteten sich auch gegen den geplanten Landgang der 11.000 Soldaten („Jornal do Comércio", 30.1.), so daß hier die Regierung einlenken mußte. Sie gab schließlich bekannt, daß zwar nach Manöverschluß alle Schiffe Lissabon anlaufen würden, aber nur 2.000 Soldaten „unbewaffnet und wahlweise in Zivil" an Land gehen dürften („Jornal do Comércio", 3.2.). – Die portugiesische Presse berichtete allgemein ziemlich besorgt über das Manöver, seinen Verlauf und seine Ziele.

Es ist durch Tatsachen hundertfach bestätigt, daß der US-Imperialismus als **„Hauptfeind der Menschheit"** (Mao Tse-tung) zu jeder Schandtat bereit ist, nicht zögern würde, zu Krieg, Putsch, Faschismus zu greifen, tausendfachen neuen Mord auf sich zu nehmen, wenn es gilt, seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen, sein „Recht" auf Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker und Nationen aufrechtzuerhalten.

Der US-Imperialismus ist auf dem „besten" Weg, das nächste „Chile" in Europa vorzubereiten!

Für die portugiesische Arbeiterbewegung und größere Teile des Volkes ist der US-Imperialismus ein *erkannter* Feind. Es in seinem antiimperialistischen Kampf zu unterstützen, ist – insbesondere für die westeuropäische Linke – eine besonders ernst zu nehmende Aufgabe.

Bonn zentralisiert Geheimdienste

Forts. von Seite 1

Der Gründung des „Ständigen Ausschusses für die Nachrichtendienste" war eine Polemik seitens der CDU/CSU und ihrer Parteigänger über *„die Demontage unserer Sicherheit"* („BamS", 10.11.74) vorausgegangen. Ende Januar tauchte in Bonn plötzlich der Abdruck eines Untersuchungsberichts auf, der im Auftrag des früheren Staatssekretärs K. Carstens (CDU, damals Verantwortlicher für den BND) von einer „Mercker-Kommission" 1968/69 verfaßt und bisher geheimgehalten worden war. Darin wurden Vorwürfe wie „Korruption", „manipulierte Meldungen" u.a.m. gegen den BND erhoben – alles gerade keine Neuigkeiten, aber gut genug, „Argumente" für die „Neuorganisation" der Geheimdienste zu liefern. Auch in der von der SPD/FDP-Regierung Mitte 74 in Auftrag gegebenen Untersuchung der „Eschenburg-Kommission" schlug diese Polemik durch. So wurde z.B. der frühere Kanzleramtsminister Ehmke, ehemals Dienstherr des BND unter Brandt, angegriffen, er habe im „Fall Guillaume" die notwendigen Sicherheitsüberprüfungen behindert.



BND-Präsident Gerhard Wessel, CDU- nahestehend

...Die. ... Eschenburg-Kommission"
gen Sicherheitsüberprüfungen behindert.

Die „Eschenburg-Kommission" schlug der Regierung als wesentliche Maßnahmen zur Effektivierung der Geheimdiensttätigkeit vor:

- **Verbesserung des „vorbeugenden" Geheimnisschutzes;**
- **Zentralisierung von BND/MAD/VS, insbesondere Stärkung des Einflusses des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf die Landesämter;**
- **ein eigenes Geheimdienstgesetz wurde verworfen, weil es die Aufgaben „präzis defizieren müßte, was Einschränkungen des Dienstes bedeuten würde** (lt. „FAZ", 23.11.74).

Laut Staatssekretär Schüler ist mit dem nunmehr gebildeten „Ständigen Ausschuß" die „organisatorische Grundstruktur" für den Aufbau des Geheimdienstapparates geschaffen. In Zukunft soll im Stillen durch eine Vielzahl kleiner Schritte die „Funktionsfähigkeit", „Leistungsfähigkeit" und „Zusammenarbeit" der Geheimdienste untereinander und mit anderen Behörden und Dienststellen voran getrieben werden.

Nach der Schaffung der „Ständigen Landesinnenminister-Konferenz" 1972, der inzwischen über 1.500 Mann Sonder-Kommandos spezial-ausgebildeter Polizei als Staatspolizei zur ständigen Verfügung stehen, ist die Schaffung dieser neuen übergeordneten Einsatz-Zentrale für die Geheimdienste ein weiterer entscheidender Schritt der BRD-Imperialisten beim Aufbau einer neuen geheimen Staatspolizei und bei der Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

Antifaschismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

BRD-Imperialismus immer auf der Seite der Aggression, Erpressung und innenpolitischen Einmischungen

Die Politik des BRD-Imperialismus folgt der Generallinie der USA. Entsprechend seiner speziellen Möglichkeiten strebt der BRD-Imperialismus in seiner Portugal-Politik eine gewisse Arbeitsteilung mit dem US-Imperialismus an. Seine „speziellen Möglichkeiten" ergeben sich aus seiner besonders starken wirtschaftlichen Stellung in Portugal und seinen Kolonien (besonders Angola), sowie seinen „herzlichen Beziehungen" zu einigen politischen Parteien Portugals, v.a. PSP (über die SPD) und CDS (über die CDU).

Wirtschaftsblockade des BRD-Imperialismus

Die Investitionen des BRD-Imperialismus in Portugal haben sich in den letzten Jahren enorm gesteigert. Sie betrugen:

1971: 237,1 Mio. Esc.
1972: 589,0 Mio. Esc.
1973: 815,4 Mio. Esc.

(Zahlen lt. Geschäftsbericht der
1971: 237,1 Mio. Esc.

1972: 589,0 Mio. Esc.
1973: 815,4 Mio. Esc.

(Zahlen lt. Geschäftsbericht der „Banco de Portugal", 1973).

Die BRD-Investitionen in Portugal betrugen schon 1971 15% aller Auslandsinvestitionen in Portugal. Sie erhöhten sich 1972 auf 28,2% und 1973 schließlich auf 29% (die Zahlen von 1974 liegen noch nicht vor). Damit hat das BRD-Kapital unter den Imperialisten den größten Einfluß vor dem britischen und dem US-Kapital. Die wichtigsten Bereiche, in denen das BRD-Kapital investiert ist, sind die chemische und pharmazeutische Industrie (v.a. Hoechst), KFZ-Montage, Maschinenbau, Textilindustrie, Lederverarbeitung, Elektrotechnik/Rundfunkgeräte (Grundig), Photoapparatebau (Agfa-Gevaert) und Fremdenverkehr.

In Angola, also derjenigen „Kolonie", deren zukünftige politische Entwicklung eng mit der in Lissabon verzahnt und von ihr abhängig ist (wegen seiner vergleichsweise noch schwach entwickelten und zersplitterten Befreiungsbewegungen), kontrolliert das BRD-Kapital (Krupp) praktisch den gesamten Sektor des Eisenerzabbaus (in Cassinga). Die Sisal-Produktion wird gleichsam vom BRD-Kapital weitgehend kontrolliert (die drei größten von fünf Monopolgesellschaften). Die Kaffeeplantagen (Kaffee ist zweitwichtigster Exportartikel Angolas) sind großenteils im Besitz deutscher Pflanzer, namentlich alter Nazis, die nach 45 emigrieren mußten und heute enge Bindungen zum BRD-Imperialismus wie auch zu den südafrikanischen Rassisten aufrechterhalten.

Gleich nach dem Putsch vom 25. April griff der BRD-Imperialismus zum Mittel der Wirtschaftsblockade, zu Investitionsstop und andererseits zu Versprechungen (Erpressungen) auf die Zukunft, falls die portugiesische Regierung zu bestimmten Zugeständnissen bereit sei. Diese Politik erhöhte die ohnehin enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die das portugiesische Regime als Nachlaßverwalter des faschistischen Caetano-Regimes übernehmen mußte.

Deutlich wurde diese Politik beim Besuch des stellvertretenden portugiesischen Ministerpräsidenten Vitor Alves und des portugiesischen Wirtschafts-Staatssekretärs Vitor Constancio Anfang November in der BRD. Die beiden Portugiesen sprachen mit Kanzler Schmidt, Staatsminister Moersch, Außenminister Genscher, Entwicklungsminister Bahr, Verteidigungsminister Leber sowie mit Vertretern von „Wirtschaft und Industrie".

Die portugiesische Delegation, der auch Almeida (Wirtschaftsminister der 1. provisorischen Regierung) wegen seiner „guten Beziehungen" zum BRD-Imperialismus angehörte, war

der 1. provisorischen Regierung) wegen seiner „guten Beziehungen" zum BRD-Imperialismus angehörte, war

vor allem um westdeutsche Kapitalhilfe bemüht.

Constancio legte seinen westdeutschen Gesprächspartnern Pläne über den Bau eines Eisenbahnnetzes und ein Bewässerungsvorhaben im Tejo-Gebiet vor („Expresso" vom 9.11.74). Die BRD-Regierung hat keine Zusagen gemacht.

Almeida sprach mit einer Reihe Vertretern deutscher Banken und der Industrie. Es ging darum, Finanzierungshilfen für portugiesische (!) Unternehmen zu erhalten. Auch er hatte nicht den geringsten Erfolg.

Nach seiner Rückkehr nach Portugal umschrieb Almeida gegenüber dem „Expresso" „dezent" die Haltung des BRD-Imperialismus. Er habe *„eine gewisse Unzufriedenheit und sogar einiges Mißtrauen der Bankiers und Industriellen der BRD"* festgestellt, besonders was die *„Schwierigkeiten der Gewinntransferierung (!!) des Kapitalimports* (!! – des BRD-Kapitals nach Portugal, die Red.) *und mehrerer verwaltungsmäßiger Hindernisse verschiedener Art über den gegenwärtigen Zustand der Zollorganisation hinaus"* (!) anbetrifft („Expresso" vom 9.11.74).

Zu deutsch: Der BRD-Imperialismus ist nicht bereit, Portugal wirtschaftliche und finanzielle Hilfe bei der Bewältigung seiner Strukturprobleme (Verkehrsnetz, Eisenbahn, Bewässerungssystem) zu gewähren. Zweitens: Der BRD-Imperialismus ist nicht bereit, unter den derzeitigen politischen Bedingungen unterstützende Maßnahmen zur Ankurbelung der unter dem Faschismus weitgehend zugrundegerichteten portugiesischen Wirtschaft zu leisten.

➡

Forts. Portugal

Constancio hat noch während seines Besuchs in der BRD diesen Tatbestand resigniert umschrieben, daß *„Portugal von den Europäern bisher viele gute Worte gehört, aber wenig Taten gesehen"* hat („FR", 6.11.74).

Einen besonderen Knüller leistete sich Egon Bahr, der nach Auslaufen der deutschen Kapitalhilfe, die seinerzeit dem faschistischen Caetano-Regime gewährt wurde, erklärte, daß eine Vertragsverlängerung nicht infrage komme. Stattdessen versprach er „Hilfe" von 1,5 Mio Mark für *„gesellschaftspolitische Organisationen, die über die Stiftungen der drei Bundestagsparteien in Portugal vergeben"* werden sollen („FR" vom 6.11.74). D.h., daß SPD und CDU Steuergelder (!!) an ihr gefügige portugiesische Parteien verteilen können. Daß diese „Geschenke" mit politischen Zugeständnissen an den BRD-Imperialismus verknüpft sind, versteht sich von allein.

Die Politik des BRD-Imperialismus, also die Verweigerung von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung, die Verweigerung von „Kredithilfe" (eben die erste Stufe einer Wirtschaftsblockade) ist nicht nur als Reaktion des BRD-Kapitals auf die politischen Verhältnisse in Portugal zu verstehen, also aus „Angst" der Imperialisten vor Enteignungsmaßnahmen, vor Schwierigkeiten bei der „Gewinntransferierung" etc. Sondern diese Politik zielt darauf, Portugal „putschreif" zu machen, zielt auf Verschärfung des wirtschaftlichen Chaos, Unruhen im Inland, steht im Dienste des „chilenischen Weges" in Portugal.

Die Politik steht auch nicht im Widerspruch zu der des US-Imperialismus, sich künftig „stärker um Portugal zu kümmern" und gewissen „Zusagen" für „wirtschaftliche und militärische Unterstützung" von Ford und Kissinger an Staatspräsident Costa Comes („FR", 22.10.74), anläßlich dessen Besuch in den USA im Oktober 1974, da die USA eben diese „Zusagen" von ganz bestimmten Voraussetzungen abhängig machen. Auch seitens der USA ist bisher über unverbindliche „Zusagen" hinaus keine konkrete „Hilfe" bekannt. Die „Versprechungen" und „Zusagen" des Imperialismus gegenüber portugiesischen Regierungsverantwortlichen dienen allein der Erpressung, endlich Schluß zu machen mit der „Demokratisierung" und schärfer gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen.

Dies bestätigt auch eine Meldung in „Business Week", wonach *„verschiedene amerikanische Unternehmen bereits angekündigte* (!) *Investitionsvorhaben in Portugal wieder zurückgezogen"* haben. Hervorgehoben wird *„Dow Chemical, das mit einem Kostenaufwand von 100 Mio US-Dollar eine Fabrik für die Produktion von Äthylen errichten wollte". „Nachdem die Provisorische Regierung eine staatliche Beteiligung von 50 % verlangt hatte, brach das Unternehmen die Verhandlungen schlagartig ab."* Dow Chemical ist kein

nehmen die Verhandlungen schlagartig ab." Dow Chemical ist kein

Einzelfall: *„Etwas diskreter, aber genauso bestimmt, verzichteten Exxon und Mobil Oil auf ihre Pläne* (!), *in Portugal Raffinerien zu errichten"* (zitiert nach „Jornal de Comércio", 10.2.75 in *„Amerikanische Unternehmen lassen Investitionsvorhaben in Portugal einschlummern"*).

Die Politik der Wirtschaftsrestriktion als „offizielle" Seite der BRD-Politik wird ergänzt durch Versuche innenpolitischer Einmischung, finanzieller Erpressung und „Förderung" konterrevolutionärer und reaktionärer Umtriebe in Portugal durch Spitzenvertreter westdeutscher Parteien (SPD und CDU) und der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Bruno Friedrich „kümmert" sich um PSP

Die SPD hat sich besonders seit August 1974 intensiv um die Politik ihrer portugiesischen Schwesterpartei, der Sozialistischen Partei (PSP) des Mario Soares, „gekümmert". Dies wurde spätestens anläßlich der beiden spektakulären Portugal-Reisen der SPD-Oberen, nämlich Bruno Friedrich (außenpolitischer Sprecher der SPD) und Partei-Boß Willy Brandt höchstpersönlich, deutlich.

Grundsätzlich ging es den SPD-Führern darum, die bisher relativ solidarische Zusammenarbeit der PSP mit der (revisionistischen) PCP und linken Kräften der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA) in der Regierung und auf Massenebene (bei Demonstrationen und Veranstaltungen gegen die portugiesische Rechte) „aufzubrechen". Im weiteren ging es den SPD-Oberen um Einfluß in die innerparteilichen Verhältnisse der PSP, d.h. das Zurückdrängen linkssozialistischer Fraktionen innerhalb der PSP, die Profilierung der Rechten und um personelle Veränderungen im PSP-Vorstand.

Der fünftägige Besuch von Bruno Friedrich *„im Auftrag des Parteivorstandes"* („FR" 6.8.) zu Anfang August stand im Zeichen der imperialistischen Vorbereitung auf den Putsch von Spinola-Gruppe und sogenannter „schweigender Mehrheit", der für Ende September geplant war. Friedrich propagierte die programmatischen „Weisheiten" der westdeutschen Sozialdemokratie, deren erste Devise der militante Antikommunismus ist:

„Die SPD plädiert bei den Schwesterparteien aller Länder kompromißlos (!!) gegen die Volksfront mit den Kommunisten", wußte die „Frankfurter Rundschau" dazu zu vermelden (8.8.74). Und weiter „Genosse" Friedrich grundsätzlich: *„Die europäischen Sozialdemokraten müssen ihren Wahlvorsprung so halten, daß die Kommunisten den sozialdemokratischen Führungsanspruch akzeptieren müssen."* (Friedrich nach „FR" vom 8.8.74.)

Als Kompromiß an die kämpferischen Arbeiter der südeuropäischen Länder zauberte Friedrich noch die alte demagogische Formel vom „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus aus dem Hut: *„Friedrich plädiert gerade im krisengeschüttelten (!) Mittelmeerraum für den ‚dritten Weg einer demokratischen Reformpolitik'".* Friedrich hält diesen „Dritten Weg" – im Stil aufrechter „Kämpfer gegen die Supermächte" *„weder nach dem Geschmack der USA noch der Sowjetunion, und nicht nur aus ideologischen Gründen"* (Friedrich, nach „FR" vom 8.8.74).

Bei Übernahme des SPD-spezifischen Antikommunismus durch die PSP, bot Friedrich als Gegenleistung massive Wahlunterstützung und reichlich finanzielle Hilfe beim Aufbau des Parteiapparates von der SPD und weiteren sozialdemokratischen Schwesterparteien an (besonders der holländischen, die inzwischen schon die ersten Millionen-Spritzen in die PSP gepumpt hat).

Friedrich forderte die PSP-Größen weiter auf, schleunigst *„Maßnahmen im Bereich der Lehrerausbildung* (Berufsverbote für Linke?), *der Berufsbildung und der Massenmedien* (!!)" zu treffen („FR", 6.8.), die er für *„besonders wichtig"* hält. Friedrich forderte also von der PSP eine stärkere Einflußnahme auf wesentliche Bereiche der Massenaufklärung, die derzeit offenbar eher eine Domäne der Linken sind.

Der Versuch einer gewissen „Umpolung" der PSP-Politik hatte Erfolg, wenn auch offenbar noch nicht im beabsichtigtem Maß, wie das Verhalten der PSP am 28. September zeigte. Bei Rückkehr konnte Friedrich aber immerhin versichern, daß die PSP zukünftig eine Zusammenarbeit mit den Revisionisten ablehnen, *„keine Volksfront mit der portugiesischen KP"* anstreben und ihren *„Wahlkampf allein"* führen würde („FR", 6.8.). – Mit anderen Worten: die PSP hat sich

lein" führen würde („FR", 6.8.). – Mit anderen Worten: die PSP hat sich

von der SPD auf einen schärfer arbeiterfeindlichen und demagogischen Kurs festlegen lassen!

Brandt setzt militanten Antikommunismus bei PSP durch

Der reaktionäre Putschversuch vom 28. September hat die PSP jedoch noch im Lager der Linken bei der Abwehr der Reaktion gesehen. Dies und die neue „Leitlinie" Kissingers waren dann Anlaß für die portugiesische Pilgerfahrt des SPD-Vorsitzenden W. Brandt Ende Oktober. Dieser Besuch war dann auch erheblich „hemdsärmeliger" als der von Friedrich und von wohlwollenden Kommentaren der gesamten reaktionären Presse begleitet (z. B. Springers „Welt" vom 22. 10. stellte zusammenfassend fest: *„Hier hat Brandt wirklich Vorbildliches geleistet"*).

Bei seinem öffentlichen Auftreten in Portugal spielte Brandt ganz den Vertreter des größenwahnsinnigen BRD-Imperialismus, „erklärte" den Portugiesen, was *„nach deutscher Auffassung"* Demokratie bedeute und das die Kommunisten (gemeint PCP) *„nicht als Demokraten gelten"* würden („FAZ", 22.10.74). Brandts Eintreten für die „wahre Demokratie" („deutschen Typs") hatte offenbar „durchschlagenden" Erfolg. Die rechts-reaktionäre CDS (das Sammelbecken der alten Faschisten!) ließ sogleich zustimmend verkünden, *„daß Brandts Anwesenheit in Portugal im Grunde positiv für alle demokratischen (?) Parteien war"* („FAZ", 22.10.).

„Zufrieden" mit Brandts Auftreten äußerte sich für die rechts-liberale PPD auch Balsemao (ehemaliges Mitglied des sogenannten „liberalen Flügels" der faschistischen Einheitspartei), der mit Brandt auch *„ein ausführliches und sehr gutes Gespräch"* führte („FAZ", 22.10.), bei dem Möglichkeiten eines stärkeren Zusammengehens zwischen PSP und PPD sondiert werden sollten.

Im Mittelpunkt des Brandt-Besuchs standen die internen Beratungen mit den Führern des rechten PSP-Flügels (Soares & Co.), über die ein gemeinsames Kommunique von SPD und PSP mit Bekenntnis zur NATO *„als Grundlage der Freiheit"* und zum *„freiheitlichen und demokratischen Sozialismus"* Godesberger Colour als *„Voraussetzung"* beim Kampf gegen *„totalitäre Bestrebungen"* vorliegt („Welt", 21.10.).

Ebenfalls bekanntgeworden sind weitere Finanzierungs-Zusagen: *„Die SPD will, um das demokratische Ziel (!?) der Schwesterpartei zu fördern, konkrete Aufbauhilfe anbieten. Teilweise direkt, teilweise über die Friedrich-Ebert-Stiftung"* („Welt", 22.10.). Dieselbe Quelle spezifiziert die „Aufbauhilfe" als *„Geld und Know-how"*.

Brandt forderte von Soares eine Einstellung der Propaganda gegen rechts, und über die *„deutliche Abgrenzung"* gegen die PCP hinaus, eine antikommunistische Massenoffensive. Brandt überbrachte Soares Kissingers Kriegsdrohungen und fügte die des BRD-Imperialismus hinzu.

Brandt forderte von der PSP – auch auf die Gefahr einer Partei-Spaltung hin – die Aufgabe ihrer (reformistischen) Bezogenheit auf die „Arbeiterklasse und ihre Verbündeten". Stattdessen sollte die PSP sich als „Volkspartei" nach Art der SPD mausern, „in der alle zusammenarbeiten" und „ohne jeden Dogmatismus". Im Gespräch mit Soares und anderen Parteigrößen *„analysierte"* Brandt *„dann die Parallelen zwischen der gegenwärtigen Lage in Portugal und der, in der sich Deutschland nach dem Kriege (!) befand und sagte, daß die Deutschen (?) damals auf jeglichen Dogmatismus* (gemeint: jegliche Klassenposition, d. Red.) *verzichtet haben und alle zusammengearbeitet haben* (Arbeiter und Kapitalisten, Nazis und Antifaschisten, das meint dieses Schwein! – d. Red.)*; dies ist die einzige Grundlage für einen demokratischen Sozialismus!"* („Republica", 21.10.74).

Nach solchermaßen hervorragender Charakteristik des „demokratischen Sozialismus" der SPD aus berufenem Mund, propagierte Brandt seine Thesen auch auf einer öffentlichen Wahlveranstaltung der PSP in Porto vor vier- bis fünftausend PSP-Anhängern. Schon ganz auf Brandt-Kurs getrimmt, forderte Soares auf dieser Veranstaltung, daß *„eine verantwortliche Partei wie Portugals Sozialisten eine Volkspartei sein müßte und nicht die Organisation einer sozialen Klasse!"*

Wie kaum anders zu erwarten, nahm die PSP-Basis das offen provokatorische Auftreten von Brandt und auch Soares nicht ruhig hin. Zur Reaktion der PSP-Basis auf den Brandt-Besuch vermerkt die „FAZ", daß Brandt mit *„geballten Fäusten"* und *„skandierten"* Protest-Chören *„Nieder mit der Bourgeoisie"* und *„Aktionen gegen die Reaktion"* empfangen wurde. Und weiter: *„Zur Reaktion, so schien es, rechneten sie auch den SPD-Vorsitzenden und seinen Gastgeber, den immer optimistisch lächelnden Außenminister Soares."* Die „FAZ" vermerkt weiter, daß Brandts Rede „reserviert" aufgenommen, tatsächlich mit eisigem Schweigen quittiert wurde, was nach Meinung der „FAZ" drolligerweise nichts mit den gesagten Inhalten zu tun hätte, sondern mit „ungeschickter, zum Teil sinnentstellender Übersetzung".

Tatsächlich wurde Brandt von der gesamten portugiesischen Linken, einschließlich breiter Teile der PSP, als „Speerspitze des Imperialismus", als „Vertreter der räuberischen Konzerne" etc. begriffen. Das Auftreten Brandts – im Einvernehmen rechter PSP-Führer – war eindeutig auf provokatorische Spaltung der PSP angelegt.

Die Spaltung der PSP erfolgte dann planmäßig im Dezember auf dem Parteikongreß, nachdem der linkssozialistische Flügel (etwa identisch mit der autonomen Gruppe M.S.P.) bei der Neuwahl des Vorstandes nicht mehr berücksichtigt wurde. Die linkssozialitische Fraktion stellte 40 % (!!) aller Delegierten. Dieser Delegierten-Block repräsentierte bis dahin die proletarische Basis der PSP. – Die Folge dieser Spaltung war eine „organisatorische Krise" und vorübergehende „Schwierigkeiten bei der Legalisierung" der PSP, da sie für die „Legalisierung" längere Zeit nicht mehr über die genügende Zahl von Mitgliedern verfügte („Expresso", 18.1.75).

Zu der von Brandt befohlenen antikommunistischen Massenkampagne blies die rechte PSP-Führung anläßlich des Streits um das neue Gewerkschaftsgesetz. Hierbei ging es um die Frage nach Schaffung einer Einheitsgewerkschaft (wie von der portugiesischen Linken und der Mehrheit des MFA befürwortet) oder um politische Richtungsgewerkschaften, die von der gesamten portugiesischen Rechten, also PSP, PPD, CDS und der katholischen Kirche gefordert wurde.

Die PSP-Führer hetzten in Portugal und vor allem im Ausland gegen die *„antidemokratischen Aggressionen der Kommunisten"*, die *„Gefahr für*

der Kommunisten", die *„Gefahr für*

die portugiesische Demokratie", die von den Kommunisten ausgehe usw.

Soares ging noch einen Schritt weiter: Er machte sich zum Sprachrohr der imperialistischen Aggression gegen Portugal: *„ ... Mario Soares hat am Montag die Gefahr eines Bürgerkrieges* (!) *und einer ausländischen Intervention* (!) *heraufbeschworen, falls die Demokratie in Portugal keine Chance hätte"*; gemeint, falls die demokratischen Kräfte in Portugal sich nicht seinen (Brandts) Spezialvorstellungen von „Demokratie" unterordnen würden („FR", 28.1.75).

PSP und PPD versuchten, die Auseinandersetzung um das Gewerkschaftsgesetz bis an den Rand eines konstitutionellen Putsches voranzutreiben. Ihre Minister drohten, aus der „Provisorischen Regierung" auszutreten.

Wie wenig die PSP auf dem neuen Brandt-Kurs ihren bisher relativ starken Masseneinfluß halten kann, zeigt die Teilnehmerzahl der groß angekündigten Kundgebung gegen die Einheitsgewerkschaft vom 16. Januar, an der nur etwa 22.000 Menschen teilnahmen, trotz massiven Auftretens aller anderen rechten Parteien, vor allem PPD, CDS und Monarchisten (PPM) (zum Vergleich: zwei Tage vorher demonstrierten 300.000 Menschen für die Einheitsgewerkschaft in Lissabon) („Expresso" vom 18. 1.75).

Mit der politischen Stoßrichtung der Soares-Kundgebung konnten die SPD-Führer allerdings zufrieden sein. Die PSP-Führer hatten den politischen Standort erreicht, der von Brandt & Co. angepeilt wurde. Die antikommunistische Kundgebung stand unter dem Thema *„Die Demokratie ist in Gefahr"*, die Sprechchöre der Massen *„Hüte dich Kommunist, das Volk ist im Kampf"* und *„Tod dem Sozialfaschismus"*.

➡

NATO unterstützt Kissingers Kriegsdrohungen



Am 7.2. fand trotz Verbot eine Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und das gerade durchgeführte NATO-Manöver in Lissabon statt, an der sich etwa 20.000 Arbeiter beteiligten. Arbeiter von etwa 30 Betrieben hatten dazu aufgerufen. In dem Aufruf heißt es: „In dem Augenblick, in dem die Einsatztruppen des Imperialismus (die NATO) Übungen auf nationalem Territorium abhält, haben die Arbeiter ein Wort zu sagen." („Jornal de Comercio", 7.2.). Unter anderem hieß eine Parole auf der Demonstration: „Tod dem Kapitalismus – Imperialismus raus!"

Nachdem Kissinger und Ford Anfang Januar unverhohlene Kriegsdrohungen gegen die Erdöl-Länder ausgesprochen hatten, haben sie inzwischen bei den europäischen Imperialisten ein zustimmendes Echo gefunden.

Zunächst sah sich Bundesaußenminister Genscher veranlaßt, die „Dritte Welt" eindringlich davor zu „warnen", ihre Mehrheit in der UNO zu „mißbrauchen". D.h., wenn die Länder der „Dritten Welt" nun mal die Mehrheit in der UNO stellen (weil sie nämlich die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung repräsentieren), so sollen sie sich trotzdem dem Diktat der Imperialisten unterwerfen. „Im eigenen Interesse", wie Genscher frech behauptete. Zwar gebe es *„Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Lebensgüter"* (sieh einer an!), aber damit könnte man *„nicht auf dem Wege der Konfrontation, sondern nur auf dem der Kooperation"* fertig werden, wobei Kooperation in der Sprache der Imperialisten die Aufrechterhaltung des alten Zustandes der Abhängigkeit und Ausplünderung für die Länder der „Dritten Welt" bedeutet. Genscher „warnte" diese Länder ferner vor einer *„feindseligen und aggressiven Blockbildung"* gegen die imperialistische Ausplünderung.

Wie diese von Genscher im besorgten Biedermannston vorgetragenen „Warnungen" tatsächlich zu verstehen sind, nämlich als nackte Erpressung, wurde auf der „Wehrkundetagung" der NATO in München Anfang Februar deutlich. CDU-„Wehrexperte" Wörner erklärte dort, daß *„die Sicherheit des Westens"* (Fortbestand des Kapitalismus) *„unmittelbar abhängig"* sei *„von der Stabilität des internationalen ökonomischen Systems"* (von der profitablen Ausplünderung der Rohstoffgebiete der „Dritten Welt"). Deshalb müßte *„jede bewußt unternommene Störung dieses Systems als Aggression erkannt, bewertet und beantwortet werden"*. D.h., wenn die Länder der „Dritten Welt" die auf ihrem Territorium liegenden Rohstoffe den Imperialisten nicht wunschgemäß zur Verfügung stellen, ist das ein K r i e g s g r u n d. Der völkerrechtlich klar definierte Begriff der Aggression hat damit eine neue Bedeutung erfahren: Aggression ist, wenn sich ein Land nicht widerstandslos ausplündern läßt! . . .

Im selben Sinn äußert sich auch NATO-Generalsekretär Josef Luns. *„Wenn die Existenz von 700 bis 800 Millionen Menschen in Europa und Japan auf dem Spiel stünde, könne der Westen nicht einfach abwarten"* („FR", 3.2.75).

Die Vertreter des französischen Imperialismus, die für „vertrauensvolle Beziehungen" zu den Ländern der „Dritten Welt" eintraten, blieben gegenüber soviel säbelrasselnder Demagogie isoliert.

Die Kriegsdrohungen der Imperialisten basieren darauf, daß 1. die Rohstoffe der Welt nicht unbegrenzt sind, und sich der Verteilungskampf darum verschärft, und daß 2. sich in der „Dritten Welt" immer stärker die Tendenz zur nationalen Unabhängigkeit und sozialen Revolution durchsetzt. Diese Tendenz läuft dem imperialistischen Anspruch zuwider, frei über die Welt verfügen und sie nach Belieben auszuplündern. Daß sich die westeuropäischen Imperialisten (mit Ausnahme Frankreichs, das seine Chance eher in einer „gemäßigteren" Form der Ausbeutung sieht) in dieser Frage den Kriegsdrohungen von Kissinger & Co. angeschlossen haben, verschärft die Gefahr, daß Westeuropa nicht nur zum Teilhaber, sondern direkt zur militärischen „Etappe" eines neuen imperialistischen Krieges werden könnte.

Forts. Portugal

Gewerkschaftsführer mit von der Partie

Was den SPD-Führern recht ist, ist bekanntermaßen ihren Kumpanen im DGB und IBFG (der vom DGB beherrschte „Internationale Bund freier Gewerkschaften") billig. In einem Artikel in der „Welt der Arbeit" (7.2.75) gibt IBFG-Generalsekretär Otto Kersten in einem Interview einen kleinen Einblick in die Wühltätigkeiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften: Nach dem 25. April habe man gleich *„ein Büro in Lissabon"* aufgemacht mit *„engstem Kontakt ... zur Brüsseler Zentrale"*. Man habe in Absprache mit PSP-Führern gegen das Gewerkschaftsgesetz bei der Regierung protestiert, man habe mit bestimmten „Interventionen"(?) Einfluß zu nehmen versucht. Auch nach Verabschiedung des Gewerkschaftsgesetzes wolle man mit den *„Interventionen fortfahren"*. *„Die besonderen Umstände in Portugal"* zwangen den IBFG *„zu außerordentlichen Reaktionen und Aktionen (??) Die durch die faschistische Diktatur dezimierte freie (!??) Gewerkschaftsbewegung und auch die demokratischen Sozialisten konnten ohne brüderliche Unterstützung die Schwierigkeiten der ersten Stunde nicht überwinden. Es lag auf der Hand, daß der IBFG und seine Mitgliedsgewerkschaften sich solidarisch zeigten. Nicht nur finanziell, sondern auch auf andere Weise (?). Es steht außer Zweifel, daß diese Hilfe fortgesetzt wird ..."*

Bekanntermaßen sind die im Ausland eingesetzten IBFG-Führer zumeist gleichzeitig Agenten der imperialistischen Geheimdienste (zumeist CIA, aber auch BND).

Eine Meldung der „Sunday Times", die vom „Extra-Dienst" aufgenommen wird, verdeutlicht etwas den Charakter der von Kersten angedeuteten „Hilfe" des IBFG: *„Mit dem Auftrag ‚antikommunistische Gewerkschaften in Portugal aufzubauen'* („Sunday Times"), *hielt sich der Leiter der Europa-Abteilung der US-Gewerkschaftsorganisation AFL/CIO, Irving Brown, in Lissabon auf. Brown gilt als Agent des CIA ..."* (zitiert nach „Extra-Dienst", 1.11.74).

Bonner Botschafter für „gaullistische Lösung"

Erwähnt werden muß schließlich noch Caspari, Bonner Botschafter und SPD-Mitglied. Einer Expertise des syrischen Außenministeriums, die die Bonner Politik gegenüber Portugal zum Inhalt hat, zufolge, hetzen Caspari und der Bonner Militärattaché ent-
zum Inhalt hat, zufolge, hetzen Caspari und der Bonner Militärattaché ent-
gegen allen „diplomatischen Gepflogenheiten" in diplomatischen Kreisen gegen die portugiesische *„Volksfrontdiktatur"*. Dem Ministerpräsidenten Gonsalves und dem Staatspräsidenten Costa Gomes bestreiten sie jede demokratische Legitimation. Offen befürworten sie eine *„gaullistische Lösung"* für Portugal; Spinola soll *„vom Volk zurückgerufen"* werden. Dem ehemaligen US-Botschafter Scott versicherte Caspari, daß im Falle eines weiteren „Linksrutsches" der portugiesischen Regierung, Bonn *„nicht untätig zusehen"* werde (vergleiche „Extra-Dienst", 31.1.75). Diesen „Linksrutsch" gab es bekanntlich nach dem 28. September und Bonn ist tatsächlich nicht „untätig" geblieben. – Erwähnt werden soll noch das Zusammentreffen zwischen Caspari und dem CIA-Vize Walters im August.

CDU propagiert „Maßnahmen" gegen „Linksdiktatur"

Kai Uwe von Hassel, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident der christreaktionären „Internationale" („Europäische Union Christlicher Demokraten" = EUCD) besuchte in dieser Eigenschaft und Repräsentant der CDU den ersten Kongreß der portugiesischen CDU-Schwester CDS, der bekanntlich von portugiesischen Revolutionären gesprengt wurde, was Hassel selbst nicht mehr miterleben durfte, da er früher abreiste.

Am 2.2.75 erschien dann in Springers „Welt am Sonntag" ein eigenhändig von ihm geschriebener Artikel unter der Überschrift *„Höchste Gefahr von links"*. Hassel versucht dort als Repräsentant des BRD-Imperialismus und der EUCD eine Einschätzung der portugiesischen Lage aus Sicht des BRD-Imperialismus zu geben und die für den Imperialismus notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Seiner Meinung nach *„sympathisiert"* Polizei und Militär *„offensichtlich mit den linken Extremisten"*. Zur Linken selbst: *„Die Methode der radikalen Linken, andere unter Druck zu setzen, einzuschüchtern, ihnen Furcht einzujagen, sich rücksichtslos durchzusetzen, hat Portugal einen Schritt weiter gebracht in die linke Diktatur"*. (!!)

Zur innenpolitischen Lage allgemein: *„Heute sitzen sie* („die kommunistischen Kader") *in allen Schaltstellen. Sie beherrschen das Fernsehen, den Rundfunk und selbstverständlich alle (!!) Zeitungen. Es gibt keine freie Berichterstattung mehr. Es werden nur Nachrichten verbreitet, die den Kommunisten genehm sind; mit Falschmeldungen und Lügen wird die Bevölkerung überschwemmt."* – Und zusammenfassend: ***„Von der Hoffnung des 25. April 74 auf ein demokratisches Portugal ist nichts mehr geblieben"***.

Was schlägt von Hassel vor? *„Portugal ist zur Zeit auf dem Wege von einer Rechtsdiktatur in eine Linksdiktatur. Allen besorgten Portugiesen (?) und allen demokratischen Parteien im westlichen Ausland (!!) stellt sich die Frage, wie das abgewendet werden kann."* – Hassel propagiert als hoher Repräsentant des BRD-Imperialismus ganz unverhohlen die offene Einmischung in die inneren Verhältnisse Portugals!

Hassel weiter: *„Mancher wird mir vielleicht sagen, wir hätten gegenwärtig in Deutschland Probleme genug, wir könnten uns nicht auch noch (? ?) um Portugal kümmern, das ja weitab von uns liegt. Ich meine aber, wir müssen darüber nachdenken, was es eigentlich für uns alle, für das freie Europa (!) und für uns Deutsche (!!) bedeuten würde, wenn Portugal eine kommunistische Diktatur bekäme, wenn am Rande des Atlantiks (!!) in der Tiefe Europas (?) Portugal nicht mehr (!) Teil des freien (!) Verteidigungsbündnisses der Welt (!!) wäre, sondern Stützpunkt der die Weltmeere schon durchfahrenden sowjetischen Flotte würde, wenn die Azoren, eine der großen Nachschubplattformen der USA zum freien Teil Europas, dann nicht mehr der NATO, sondern vielleicht anderen Luftstreitkräften zur Verfügung ständen. Wir alle (?) tun daher gut daran, Portugal auf dem Wege zu einem demokratischen Staat in der europäischen Staatengemeinschaft behilflich zu sein."* – Und wenn's sein muß, mit Gewalt, möchte man hinzufügen. – Kommentar überflüssig ...

Die CDU finanziert die reaktionäre CDS und was das bedeutet, ist spätestens seit Chile allgemein bekannt, wo die Putschmillionen der CDU/CSU an die reaktionäre Frei-Partei heute einen zehntausendfachen Blutzoll der Arbeiterklasse kosten.

Neben der CDS (dem wichtigsten Sammelbecken der alten Faschisten aus der Salazar/Caetano-Ära) unterhält die CDU/CSU und die hinter ihr stehende EUCD noch „zweitrangige" Beziehungen zur kürzlich gegründeten PDC (einer stärker klerikal
ge" Beziehungen zur kürzlich gegründeten PDC (einer stärker klerikal
orientierten Rechtspartei) und zur rechtsliberalen PPD – **diese Parteien und die in den letzten Monaten stark nach rechts abgeglittene Rumpf-PSP des Mario Soares müssen als Agenturen des Imperialismus gewertet werden.**

Der „Extra-Dienst" vom 14.2.75 zitiert die „Vertraulichen Nachrichten" (ein interner Nachrichtendienst für Kapitalisten, Manager, etc.), als deren Herausgeber Artur Missbach, CSU-Freund, verantwortlich zeichnet. Hier wird dringend von Portugal-Reisen in der nächsten Zeit abgeraten aus Gründen der Vorbereitung eines Putsches dort. Im Wortlaut heißt es: *„Überlegen Sie es sich gut, ob Sie innerhalb der nächsten Wochen unbedingt nach Portugal reisen müssen. Einflußreiche Kreise der freiheitlichen Welt unternehmen zur Zeit fieberhafte Anstrengungen, einen geplanten Putschversuch der Kommunisten und einen folgenden Bürgerkrieg zu verhindern. Erklärlicherweise muß die Führung dieser Aktion in amerikanischen Händen liegen. Alle Politiker der portugiesischen demokratischen Parteien profitieren davon. Es könnte – wenn die Aktion gelingt – zu einer Rückkehr von Spinola kommen. Voraussetzung wäre allerdings die Eliminierung der kommunistischen Offiziere aus dem Rat der Streitkräfte"*.

Das ist eine deutliche Sprache. Der „Hinweis" auf Bemühungen der „freiheitlichen Welt", einen angeblich geplanten „kommunistischen Putsch" zuvorzukommen, etc. pp., die hundertfach mißbrauchte „Begründung" für konterrevolutionäre Staatsstreiche, Arbeitermassenmorde sind absolut identisch mit dem angeblichen „Plan Z", der als „Begründung" für den konterrevolutionären Putsch gegen die chilenische UP-Regierung herhalten mußte.

Wir wollen den Artikel im nächsten ARBEITERKAMPF fortsetzen mit Kapiteln zur Offensive der portugiesischen Arbeiterklasse, den wichtigsten Etappen im „portugiesischen Prozeß", der Analyse der portugiesischen politischen Parteien und den portugiesischen Streitkräften. ●

Spanien-/Portugal-Kommission
KB / Gruppe Hamburg
und Redaktion

Friedens- und Abrüstungskonferenzen – und die Kriegsgefahr wächst!

Forts. von Seite 1

– Und last not least die „Konferenz über Truppenreduzierung in Mitteleuropa" (MBFR), wo bis zum heutigen Zeitpunkt noch gar nichts herausgekommen ist.

1. Die SALT-Verhandlungen sollen die verstärkte Aufrüstung auf atomarem Gebiet tarnen

Bei den seit knapp drei Jahren laufenden SALT-Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion sind bisher drei Abschlüsse erzielt worden.

1. Im ersten Abkommen wurde die Anzahl der Raketenabwehrsysteme (ABM) auf beiden Seiten begrenzt, wobei der Weg für die Entwicklung neuer Offensiv-Waffen freigelassen wurde. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß das Abkommen eine „Modernisierung" der Waffen nicht ausschließt und daß beide Staaten jederzeit wieder aus dem Abkommen aussteigen können, „wenn außerordentliche Umstände ihre Interessen gefährdet haben" – worunter jeder verstehen mag, was er will (vergl. AK 33, S.18/19).
2. Im zweiten Abkommen, das im Juli letzten Jahres unterzeichnet wurde, vereinbarten beide Seiten eine Beschränkung der unterirdischen Kernwaffenversuche. Ab 1976 darf bei diesen Versuchen die Sprengkraft 150 Kilotonnen nicht überschreiten, was beiden Seiten angesichts des Standes ihrer atomaren Entwicklung ohnehin kaum noch etwas ausmacht, da die Versuche mit so großen Sprengladungen abgeschlossen sind (vergl. AK Nr. 47).
3. Beim Besuch Präsident Fords in der Sowjetunion (Wladiwostok) im Dezember 1974 kam es zu einer weiteren Vereinbarung, die endgültig Mitte 1975 unterzeichnet werden soll. Die Vereinbarung sieht vor, daß die USA und die Sowjetunion bis 1985 je 2.400 Langstreckenraketen bzw. Langstreckenbomber unterhalten dürfen, von denen je 1.320 Träger mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) bestückt werden dürfen. Nicht festgelegt wurde dabei die A n z a h l der Mehrfachsprengköpfe und ihre jeweilige Zerstörungskraft. Auch hier besteht wieder eine „Lücke" für beide Seiten, ihre atomare Rüstung weiter zu „modernisieren" und zu erweitern (durch Steigerung der Anzahl der Sprengköpfe, die mit einem Träger abgeschossen werden können).

Bemerkenswert bei diesem dritten Abkommen ist außerdem, daß weder die USA noch die SU schon annähernd über die in der Vereinbarung festgelegte Zahl von je 1.320 MIRV verfügen. Nach Angaben westlicher Zeitungen und Institute verfügen die USA über ca. 750 Mehrfachsprengköpfe, die Sowjetunion sei noch im Stadium der Entwicklung.

Das Abkommen sieht also ausdrücklich eine weitere Steigerung der Zahl von Atom-Raketen vor; bis die Obergrenze von 2.400 bzw 1.320 (MIRV) erreicht ist, werden neue, noch schrecklichere Waffen in der Entwicklung sein ...

Präsident Ford gab auch unumwunden zu, daß die *„Vereinbarung vorerst keine Verminderung des sowjetisch-amerikanischen Rüstungswettlaufs bringen wird"*. Er pries gar *„als einen der Vorteile der Vereinbarung an, daß wir die Möglichkeit haben, ebenfalls schwerere Raketen zu entwickeln"* (die Sowjetunion verfügt gegenüber den USA über schwerere Trägerraketen, die eine größere Reichweite besitzen).

2. Zum Stand der Konferenz über Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR)

Bei dieser Konferenz ist bisher noch nichts herausgekommen. Stattdessen haben die Imperialisten die Konferenz dazu benutzt, um ihre angebliche militärische Unterlegenheit dem Warschauer Pakt gegenüber herauszustellen. Diese „Argumente" der Nato-Militaristen dienen dann zur Rechtfertigung einer verstärkten **Aufrüstung**, um das angebliche militärische Kräftegleichgewicht zu wahren bzw. den „Vorsprung" der Sowjetunion „einzuholen".

Nach offiziellen Nato-Angaben ergibt sich allerdings eine **atomare** Überlegenheit der Nato gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes. Diese atomare Überlegenheit des Westens sei jedoch notwendig, um die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts auszugleichen.

Mit der Behauptung, die konventionellen Streitkräfte der Nato seien denen des Warschauer Paktes unterlegen, treten die Nato-Staaten auch auf der Konferenz auf. Ihre „Abrüstungsvorschläge" sehen so aus, daß sie eine „ausgewogene" Truppenreduzierung fordern, d.h. der Warschauer Pakt soll weit stärker seine Truppen reduzieren als die Nato (dreimal so stark, nach Wunsch der Nato!). So argumentieren die Imperialisten beispielsweise, daß *„der Warschauer Pakt über doppelt so viele Divisionen verfügt wie die Nato"* (so Nato-General Goodpaster). Bewußt lassen die Nato-Militaristen dabei außer acht, daß die Stärke einer Nato-Division etwa 23 bis 26.000 Mann umfaßt, die des Warschauer Paktes aber nur ca. 14.000.

Die Staaten des RGW fordern auf der Truppenreduzierungskonferenz eine schrittweise, gleichmäßige Truppenreduzierung: bis 1977 sollen auf beiden Seiten die Truppen um zunächst 17% verringert werden. Gleichzeitig ist es das Ziel der RGW-Länder, die atomaren Waffen in die Verhandlungen miteinzubeziehen, was von den Nato-Ländern strikt abgelehnt wird, die hier ihre Überlegenheit wahren wollen.

Schon aus diesen unterschiedlichen Zielen wird deutlich, daß bei der „Abrüstungskonferenz" nicht viel herauskommen wird. Zudem sind die von den Imperialisten angestellten Rüstungsvergleiche ohnehin fragwürdig. Dafür zwei Beispiele:

1. Schon die Gegenüberstellung der angeblichen jeweiligen Heeresstärken läßt verschiedene Interpretationen zu. Der Westen gibt z.B. wesentlich höhere Angaben über die Truppenstärke des Warschauer Paktes an, da er einen großen Teil der sowjetischen Truppen einfach hinzurechnet. Außerdem sind solche offiziellen Angaben gar nicht ausschlaggebend für die Schlagkraft, Ausrüstung, Beweglichkeit usw. Weiter sind damit die Anzahl der Miliz- bzw. Reservisteneinheiten, die im Kriegsfall ja mit eingesetzt werden, überhaupt nicht erwähnt.
2. In der bürgerlichen Presse wird die Zahl der Panzer für die Nato mit 6.600, die des Warschauer Paktes mit rund 22.000 angegeben. Erstens sind das wohl reine Phantasiezahlen, die lediglich zur Schürung von Furcht vor der Sowjetunion und zur Rechtfertigung einer forcierten Aufrüstung der Nato dienen sollen.

... rechts – zwo, drei, vier !

Demnächst wird im Bundestag die neunte Novelle des Wehrpflichtgegesetzes verabschiedet. Die „Reform" der Wehrstruktur ist Teil des geschlossenen Konzepts der westdeutschen Imperialisten zur Erhöhung der Einsatz- und Kampfbereitschaft der Bundeswehr, das momentan durchgesetzt wird. Wichtigste Punkte dabei sind:

- **Die Verlängerung der Verfügungsbereitschaft für Reservisten.**
- **Die Zentralisation der Kommando- und Befehlsgewalt in der Bundeswehr.**
- **Rationalisierungs- und „Sparmaßnahmen", die der Rüstung zugute kommen.**



Verschärfter Drill und wachsende Disziplinierung in der Bundeswehr



Eingeleitet wurden diese Schritte mit der Herabsetzung der Kriegsdienstzeit von 18 auf 15 Monate und der schärferen Disziplinierung in den Streitkräften, wie

- **die Neuordnung der Grundausbildung;**
- **der Aufbau weiterer Kampfverbände;**
- **die Verschärfung des Disziplinarwesens und die Bildung von Militärgerichten.**

Mit der Herabsetzung der Kriegsdienstzeit von 18 auf 15 Monaten konnten die westdeutschen Militaristen die Zahl der Wehrpflichtigen steigern, die jährlich zur Bundeswehr eingezogen werden. Waren es vormals 150.000, so sind es jetzt 200.000. Durch die Erhöhung der Zahlen der Wehrpflichtigen und durch die zu diesem Zeitpunkt begonnene Rationalisierung und Spezialisierung der Ausbildung ließ sich die Anzahl der Kampf- und Kampfunterstützungsgruppen (u.a. „Heimatschutz") steigern. Heute werden bis zu 80% eines jeden Jahrganges von Kriegsdienstpflichtigen eingezogen, sodaß der Umfang der Bundeswehr von 450.000 auf 495.000 Mann angewachsen ist.

Verschärfter Drill in den Kasernen

Mußte der Kriegsdienstpflichtige bei einer Zeit von 18 Monaten erst die Grundausbildung und dann die Vollausbildung machen, beides je ein Viertel Jahr, so ist diese Zeit jetzt zusammengezogen worden:

„Nach dem neuen Ausbildungssystem wird der Rekrut bereits vom ersten Tage an für die ihm zugedachte Verwendung ausgebildet. Er lernt seine Funktionen in den ersten drei Monaten soweit beherrschen, daß er anschließend in eine einsatzbereite Teileinheit eingegliedert werden kann" (Weißbuch 73/74).

Das hat für die Kollegen nur Nachteile: verstärkte Anspannung und verstärkter Drill in den Kasernen. Für die Militaristen aber Vorteile: der Kriegsdienstpflichtige ist jetzt 12 Monate seiner Dienstzeit voll „einsatzbereit".

Ausbau der „Reserve"

Ein weiteres Ziel der Militaristen ist es, die Reservearmee der Bundeswehr immer weiter auszudehnen, d. h. immer größere Teile der Arbeiterklasse zu erfassen. Auch das wurde mit der Umstellung auf 15 Monate Dienstzeit in Angriff genommen.

Zweitens wird verschwiegen, daß die Nato-Panzer (Leopard!) technologisch denen des Warschauer Paktes überlegen sind und daß die Nato über die doppelte Anzahl von Panzerabwehrraketen verfügt. Die Imperialisten haben sogar betont, daß die Erfahrungen des letzten Nahost-Krieges gezeigt hätten, daß eine hohe Panzerüberlegenheit (der arabischen Staaten) durch eine Überlegenheit in den Panzerabwehrwaffen wett gemacht werden könne. Andere Faktoren wie Luftüberlegenheit, Versorgung usw. spielen eine weitere gewichtige Rolle.

Frankreich beteiligt sich im übrigen nicht an den Truppenreduzierungsverhandlungen, weil es seine Atomstreitmacht aus den Verhandlungen heraushalten und als Gewicht beim Ringen um die westeuropäische Vorherrschaft einsetzen will. Zugleich ist Frankreich damit ein „Schlupfloch" für den BRD-Imperialismus, der über die Beteiligung am französischen und britischen Atomwaffenpotential an der atomaren Aufrüstung teilnehmen will.

3. Die „Europäische Sicherheitskonferenz" (KSZE)

Nachdem im Juli 1973 die KSZE unter Teilnahme aller europäischen Staaten einschließlich der USA und der Sowjetunion mit Ausnahme Albaniens und Frankreichs prunkvoll in Helsinki eröffnet wurde und in heuchlerischer Weise von den Ministern Friedensbeteuerungen abgegeben worden waren, zogen sich die Diplomaten in sog. „Arbeitsgruppen" zurück, um dort „politische Prinzipien" zu den Beziehungen der europäischen Staaten auszuarbeiten. Die Ziele der Imperialisten auf dieser Konferenz sind im wesentlichen – gemäß ihrer „Ostpolitik" – die weitere Infiltration und Subversion gegenüber den revisionistischen Ländern. Gleichzeitig wollen sie vor allem die BRD-Imperialisten das Recht auf „friedliche Änderung der Grenzen" vorbehalten. Außerdem dient die Konferenz dazu, die Massen über die aggressiven Ziele des Imperialismus zu täuschen.

Den RGW-Ländern geht es vorwiegend darum, mit dem Westen ins Geschäft zu kommen, die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und den Gewaltverzicht vertraglich zu regeln. Dabei verbreiten sie zur Tarnung ihres Kuhhandels die Illusion, daß aufgrund der „wachsenden Stärke des sozialistischen Lagers" die „realistischen Kräfte" des Imperialismus dazu gezwungen würden, den Forderungen der RGW-Länder zu folgen.

Konkret haben die bisherigen Verhandlungen zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Man einigte sich auf allgemeine völkerrechtliche Prinzipien und auf die Menschenrechte, wie sie in der UNO festgelegt worden sind.
2. Beim Punkt „Familienzusammenführung" machten die RGW-Länder Zugeständnisse an die Imperialisten: In einem KSZE-Dokument ist festgelegt, daß die RGW-Staaten die Schritte der „Familienzusammenführung" erleichtern sollen.
3. Beim für den Westen zentralen Punkt der KSZE – „Freiheit für Meinungen, Menschen und Ideen" – ist noch keine Einigung erzielt worden. Die Imperialisten haben die Fortsetzung der KSZE von diesem Punkt abhängig gemacht. Dabei geht es ihnen hauptsächlich um das Hineintragen bürgerlicher Propaganda in die Staaten des RGW (Vertrieb westlicher Presse, Reisefreiheit usw.) Dabei verknüpfen die Imperialisten die Erfüllung dieser Ziele auch mit „Zugeständnissen" in wirtschaftlichen Fragen, an denen die revisionistischen Staaten besonders interessiert sind. Die RGW-Staaten lehnen diesen Punkt bisher als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ab.

„Entspannung" – ein tödlicher Betrug

Über den wahren Wert der angeblichen „Entspannung" und der „Rüstungsbeschränkungen" sagt vor allem die SALT-Runde, also die US-sowjetischen Gespräche über eine angebliche „Beschränkung" ihrer strategischen Atomwaffen, viel aus.

Dieses Übereinkommen, zwischen Ford und Breschnew im letzten Jahr in Wladiwostok vereinbart und vor allem von den Revisionisten aller Länder (besonders laut, wie üblich, die DKP) geradezu als „Beginn einer neuen Ära" mit Lobgesängen begrüßt, sieht vor: Beschränkung der A n z a h l der strategischen Atomwaffen (Langstreckenraketen und -Bomber) bis 1985 auf je 2.400 für die USA und die Sowjetunion. Über die S p r e n g k r a f t dieser Waffen sagt das Abkommen nichts aus, so daß es zunächst einmal möglich ist, bei gleichbleibender Stückzahl der Waffen, die Tragkraft und damit die Sprengkraft zu erhöhen. Ferner gibt es die Möglichkeit, bei gleichbleibender Stückzahl die Zahl der mit einer Rakete abzuschießenden S p r e n g k ö p f e zu vergrößern (Raketen mit Mehrfachsprengköpfen =MIRV). Das Abkommen von Wladiwostok legt fest, daß von den maximal 2.400 strategischen Waffen 1.320 mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sein dürfen – es läßt aber bezeichnenderweise o f f e n, w i e v i e l e Sprengköpfe zulässig sind. Daher ist zwischen USA und Sowjetunion sogleich ein Wettlauf entbrannt, wer es schafft, die meisten Sprengköpfe und mit möglichst großer Sprengkraft auf einer Rakete unterzubringen.

Die USA behaupten, daß in der Sowjetunion (die ursprünglich bei MIRV-Raketen im Rückstand war) inzwischen Raketen wie die SS-18 mit acht (!) Sprengköpfen und die SS-19 mit sechs Sprengköpfen erprobt worden seien, während die US-Rakete Minuteman „nur" drei Sprengköpfe abschießen kann. Außerdem seien die einzelnen Sprengköpfe der sowjetischen Raketen stärker als die der USA. US-„Verteidigungsminister" Schlesinger kommentierte diese Behauptungen so: **„Wir werden sorgfältig darauf achten müssen, an welchem Punkt die Vereinigten Staaten Gegenmaßnahmen ergreifen müssen, um das nukleare Gleichgewicht zu wahren".**

Unabhängig davon, ob nun die Behauptungen der US-Militärs über die sowjetische MIRV-Entwicklung der Wahrheit entsprechen bzw. halbwegs der Wahrheit nahekommen, ist in jedem Fall klar, daß die USA diesen Punkt natürlich als „Grund" benutzen werden, um eigene Anstrengungen bei der Weiterentwicklung ihrer Vernichtungswaffen zu unternehmen, was in jedem Fall das Wettrüsten weiter anheizen wird.

Die Lage ist offensichtlich: während USA und Sowjetunion sich als große Abrüster und Entspannungsfreunde hinstellen, weil sie die Z a h l der strategischen Atomwaffen scheinbar „beschränkt" haben, versechsfachen, verachtfachen und verzehn- und Vernichtungskraft dieser Waffen und die Zahl der zu treffenden Ziele (die einzelnen Sprengköpfe der MIRV-Raketen können auf unterschiedliche Ziele abgeschossen werden). Außerdem wird daran gearbeitet, die eigenen strategischen Atomwaffen immer besser gegen mögliche feindliche Schläge abzusichern und ihre Treffsicherheit zu erhöhen.

Der letzte Punkt wiederum bedeutet in der imperialistischen Logik, daß die Möglichkeit eines „begrenzten" atomaren „Schlagabtausches" zwischen den USA und der Sowjetunion größer wird. Während bei einem allgemeinen Atomschlag mit jeweils rund 100 Mio. Toten auf beiden Seiten gerechnet wird, veranschlagt US-„Verteidigungsminister" Schlesinger die Zahl der Toten auf jeweils knapp sieben Mio., wenn sich die Gegner darauf beschränken würden, „nur" gezielt die militärischen Zentren des anderen mit Atomraketen anzugreifen – ein kalkuliertes Risiko für die Imperialisten, das „*das staatliche Leben der USA kaum gefährden*" würde (Schlesinger). Mit dieser Entwicklung wächst aber auch die Wahrscheinlichkeit, daß die Imperialisten über das „kalkulierte" Risiko eines gezielten „Schlagabtausches" in die große Atomkatastrophe „hineinschliddern".

Wir sehen also, daß unter der Tarnung von „Rüstungsbeschränkungen" und „internationaler Entspannung" vor allem die USA und die Sowjetunion fieberhaft die Sprengkraft, die Zahl der zu erreichenden Ziele und die Treffsicherheit ihrer strategischen Atomwaffen immer weiter verstärken. Hieran zeigt sich klar, daß beide an ihr eigenes Geschwätz von „Entspannung" jedenfalls selbst nicht glauben, denn wozu sonst dieses Wettrüsten? Wenn die USA und die Sowjetunion wirklich Abrüstung wollen, so wäre dafür in den letzten 15 Jahren Zeit gewesen, seit die „Abrüstungsgespräche" zwischen ihnen in Gang kamen. Tatsächlich haben wir hinter der Tarnung einer Menge schön klingender Abkommen eine immer stärkere und kriegsgefährlichere Aufrüstung der beiden erlebt, ebenso wie „natürlich" auch kleinere imperialistische Staaten wie die BRD, Großbritannien oder Frankreich kräftig weiter rüsten.

DKP: Hetze und Provokation

Für die Revisionisten der DKP ist es „Ehrensache", den Betrug von „internationaler Entspannung" eifrig nachzubeten und jeden anzugreifen, der an diese „Entspannung" nicht so recht glauben will. Der ist für die DKP dann ein „Entspannungsfeind" – so einfach geht das. Strauß ist gegen die „Entspannung", die „Maoisten" sind auch dagegen – also machen sie gemeinsame Sache mit Strauß.

Nun meinen wir allerdings, daß die VR China nicht gut beraten war, ihre eigene Skepsis gegenüber dem „Entspannungs"schwindel ausgerechnet mit den kriegshetzerischen Tiraden von Strauß auf eine Stufe zu stellen und dem Kriegstreiber Strauß zu bescheinigen, er sei ein „einsichtsvoller Politiker" und „wachsam". Mit solchen offenkundig falschen und provokatorischen Behauptungen diskreditieren die chinesischen Regierungspolitiker letzten Endes ihre eigenen, durchaus richtigen Warnungen vor der trügerischen und gefährlichen Illusion der „Entspannung" und dem Schwindel mit den „Abrüstungsgesprächen". Dasselbe gilt für westdeutsche „Kommunisten", die sich solche Behauptungen der chinesischen Regierungspolitiker über Strauß und die von ihm vertretenen politisch-militärischen Vorstellungen zu eigen machen.

Wenn Leute wie Strauß vor der „Entspannung" warnen, dann geht es ihnen darum, die eigene militärische Aufrüstung zu rechtfertigen und in einem Klima internationaler Spannungen ihre abenteuerlichen und kriegsgefährlichen Ziele („Wiedervereinigung" der DDR, Rückeroberung der „deutschen Ostgebeite", „Befreiung Osteuropas vom bolschewistischen Joch" etc.) zu verfolgen. **Damit kann ein Kommunist natürlich keine Gemeinsamkeiten haben.**

Wohl aber ist es notwendig, daß wir klar sagen, daß sich hinter der angeblichen „Entspannung" die tatsächliche V e r s c h ä r f u n g internationaler Spannungen verbirgt („Ölkrise", Kriegsdrohungen Kissingers, Zypern, Indochina u.a.), und daß sich hinter der angeblichen „Rüstungsbeschränkung" in Wirklichkeit die zahlenmäßige V e r v i e l f a c h u n g und die qualitative Weiterentwicklung (Erhöhung der Treffsicherheit, verstärkte Sicherung gegen gegnerische Schläge u.a.) jener Waffen verbirgt, von denen schon heute eine weitgehende Vernichtung der Menschheit droht.

Wenn die DKPler dies „nicht sehen wollen", so sollte man ihnen nicht mehr „Illusionen" zugute halten, sondern sie als das entlarven, was sie objektiv sind: Provokateure im Dienste des Wettrüstens und der Kriegsgefahr! ●

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg und AK-Redaktion

Zur ‚Reform' der Wehrstruktur

„Die Bundeswehr, jedermann weiß das, besteht nicht nur aus dem Teil der aktiven Soldaten, sie hat darüber hinaus einen Teil, den größeren zumal, der bei einer Mobilmachung zu ihr tritt und sie dann auf eine Stärke von 1,2 Millionen Mann bringt" (aus „Loyal" 6/74).

Die 800.000 Reservisten, die in der Mobilmachung dazu kommen, gehören allerdings zur „Alarmreserve", d.h. werden als erste eingezogen. Darüber hinaus gehören weiter 1,2 Millionen Reservisten zur „Personalreserve" der Bundeswehr im „Kriegs- oder Spannungsfall" – diese werden an zweiter oder dritter Stelle eingezogen. Die Armee des BRD-Imperialismus hat also schon heute eine Stärke von insgesamt 2,4 Mio. ausgebildeten Soldaten.

Um den großen Teil der Reservearmee der Bundeswehr militärisch (und auch politisch) „fit" zu halten, werden jährlich immer mehr Kollegen zu „Reserve- oder Mobilmachungsübungen" herangezogen.

„Reformen" und „Einsparungen" zur Stärkung der Bundeswehr

Ein besonders zynisches Theater wurde zwischen SPD und CDU/CSU um die sogenannte „Verfügungsbereitschaft" aufgeführt.

Zuerst hatte die Regierung angekündigt, sie wolle die Zahl der Soldaten (z.Z. 495.000) um 30.000 herabsetzen, indem *„die im Frieden nicht ständig erforderlichen Dienstposten nicht besetzt werden sollten"* („SZ", 18./19.1.75). Diese Soldaten sollten dafür in sogenannter „Verfügungsbereitschaft" stehen, d.h. ständig einberufen werden können.

Die CDU/CSU trat lautstark gegen diese „Schwächung unserer Verteidigungsbereitschaft" auf. Das war das Stichwort für „Verteidigungs"minister Leber (immer noch SPD), um zu verkünden, diese Maßnahme sollte ohnehin nicht vor 1978 wirksam werden, und dann auch nur, wenn bis dahin die „Truppenreduzierungsverhandlungen" in Wien (MBRF – vgl. Artikel dazu in diesem AK) zu „befriedigenden Ergebnissen" gekommen seien. D.h. diesen bloß scheinbaren „Truppenabbau" will die BRD auch noch in Wien in die Waagschale werfen, um „Zugeständnisse" des Warschauer Pakts dafür einzuhandeln.

Indessen sieht es jetzt offensichtlich so aus, daß zwar die 30.000 Soldaten nicht entlassen werden, aber doch wohl die „Verfügungsbereitschaft" schon mal „erprobt" wird – was bedeutet, daß die Zahl der Bundeswehrsoldaten sogar noch s t e i g e n wird; 2.000 zusätzliche Übungsplätze sind deshalb schon im Haushaltsentwurf für 1975 vorgesehen.

Zwar lobt die CDU/CSU dies jetzt in bewährter Manier als *„Erfolg der klaren Haltung der CDU/CSU und einen Sieg der Vernunft"* („SZ", 18./19.1.75). Jedoch ist es kein Geheimnis, daß sich dieser „Erfolg" der CDU/CSU *„völlig mit den Intentionen Lebers deckt"* („SZ", ebenda). Hier haben sich also „Regierung und Opposition" wieder einmal mustergültig die Bälle zugeschoben: Die SPD als „Reform- und Entspannungspartei", die CDU/CSU mit ihrer Demagogie gegen die angebliche „Reform", schließlich das „Einlenken" der SPD auf einen „Kompromiß" (nicht Abbau, sondern Erhöhung der Zahl der Soldaten!!).

Darüber hinaus soll im Rahmen der „Wehrstruktur" die Befehls- und Kommandogewalt in den Streitkräften zentralisiert werden. Dabei soll die Truppenstruktur verändert werden; einzelne Verbände sollen in größere Truppenkontingente zusammengefaßt werden, um so ihre operative Beweglichkeit zu erhöhen. Diese Maßnahmen sollen ab 1978 in Angriff genommen werden, zur Zeit laufen Versuche.

Als weiterer Punkt der „Reform" der Wehrstruktur sind „Sparmaßnahmen" angekündigt: Durch die Entlassung von 6.000 Zivilangestellten bei der Bundeswehr und im „Verteidigungs"ministerium will man eine Senkung der Personalkosten um 340 Mio. DM erreichen.

Weitere 150 Mio. Mark sollen im Bereich „Materialbetrieb" eingespart werden (u.a. 59,9 Mio. Mark durch Auflösung eines Lufttransportgeschwaders, 12 Mio. Mark durch Verringerung des Kraftfahrzeugbestandes bei der Luftwaffe, 73 Mio. Mark durch Einsparungen im Flugzeugbereich).

Diese umfangreiche Rationalisierung, bei der nebenbei 6.000 Angestellte auf die Straße gesetzt werden, soll zugunsten verstärkter Aufrüstung eingesetzt werden. Dazu Kriegsminister Leber vor dem Bundesrat:

„Das ist der Angelpunkt: mit der neuen Struktur schränken wir die Betriebskosten zugunsten einer modernen Rüstung ein."

„Wir verzichten auf einen Aufwand, der nicht notwendig ist und bekommen Mittel frei, die wir in Feuerkraft umsetzen können".

Nun sind die Kosteneinsparungen in der Bundeswehr zwar beträchtlich, aber angesichts der Millarden, die für die Rüstung und Bundeswehr aus dem Steuertopf ausgegeben werden (ca. 45-50% des Gesamthaushaltes 1974), ist diese Summe verschwindend gering. Offensichtlich soll hier der Eindruck erweckt werden, daß auch die Bundeswehr „den Gürtel enger schnallt". 1975 sollen demgegenüber allein für die weitere Aufrüstung, für die Beschaffung von neuen Schiffen, Panzern und Raketen, 11 Milliarden DM ausgegeben werden.

Wir können feststellen, daß durch die „Reform der Wehrstruktur" und durch die verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr, als wichtigste Stütze des westdeutschen Kapitalismus, die Militaristen einen weiteren Schritt getan haben, der die aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus immer deutlicher werden läßt. ●

Antimilitarismuskommission KB/Gruppe Hamburg



Immer mehr Gelder werden für die Aufrüstung ausgegeben; für 1975 11 Millionen DM für Panzer, Schiffe und Raketen



Forts. v. Seite 1

Hamburg 2.500 demonstrieren gegen § 218

Am Samstag, den 1.2.75 demonstrierten in Hamburg 2.500 Menschen für die ersatzlose Streichung des § 218 und gegen die Manöver des Bundesverfassungsgerichtes.

Aufgerufen hatten der KB, RBJ, SSB (Schüler und Studenten), Frauengruppe an der Hochschule für Bildende Künste (HfBK), Sozialistische Gruppe HfBK.

Die Demonstration wurde unterstützt von dem KBW, der GIM sowie einem Teil der Frauen mehrerer Frauengruppen.

Die Forderungen waren: „Für die ersatzlose Streichung des § 218" – „Bessere und kostenlose Verhütungsmittel auf Krankenschein" – „Für die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau".

Die kämpferische Stimmung auf der Demonstration ließ Parolen aufkommen wie: *„Hätten sie Strauß abgetrieben, wär uns viel erspart geblieben!"*

„Die Reaktion wird aufpoliert – Arbeiterfrauen angeschmiert";

„Sie sind acht – und haben die Macht – 1000en von Arbeiterfrauen die Zukunft zu versauen";

„Abtreibung Ja oder Nein – das muß Sache der Frauen sein";

„Das Bundesverfassungsgericht – schlägt den Frauen ins Gesicht";

„Brechen wir den alten Bann – gleiches Recht für Frau und Mann";



Die Demonstration gegen den reaktionären § 218 findet reges Interesse bei den Menschen in der Hamburger Innenstadt.

„Das alte Unrecht ist geblieben – Reformen werden abgetrieben";

„Frauen, Männer und auch Kinder – wehrt Euch gegen Eure Schinder!".

Bei der Abschlußkundgebung kam es leider zu Provokationen des KBW. (Siehe „Offener Brief an die Ortsleitung des KBW Hamburg" sowie den Leserbrief eines betroffenen Genossen in diesem AK), die der Polizei einen Vorwand zu einem harten Knüppeleinsatz gab.

In der Agitation und Propaganda des KB's die sich wesentlich von solchen Organisationen unterschied wie z.B. vom KBW (siehe zu den Auseinandersetzungen den Artikel in diesem AK), wurde einerseits der Schwerpunkt auf die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung der Frau gelegt; das anstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde als besonders extremer Versuch der Reaktion gekennzeichnet, die Unterdrückung und Entmündigung der Frau aufrechtzuerhalten – und andererseits gegen die Disziplinierung der arbeitenden Bevölkerung nämlich gegen die Angriffe auf die kleinste Liberalisierung und Humanisierung der Gesellschaft, bei gleichzeitiger Kritik an der Fristenregelung (vgl. AK 43 und 55).

Voraussichtlich wird es am 25.2. in verschiedenen Orten der BRD Demonstrationen gegen die Beschlußfassung der Bundesverfassungsrichter geben. Durch Vorbereitung wie Stände, Flugblätter etc. werden wir in unserer Agitation und Propaganda diese Aktionen unterstützen, um möglichst machtvolle Demonstrationen durchzuführen. ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

OFFENER BRIEF

An die Ortsleitung des KBW Hamburg

Anläßlich der Demonstration gegen den §218 habt Ihr Euch wieder einmal eine Eurer üblichen Schweinereien geleistet: Bei den Gesprächen zur Vorbereitung der Demonstration erklärte Euer Ortssekretär L.P. zunächst, eine Demonstration sei zu diesem Zeitpunkt „unklug"; wenn aber eine stattfinden würde, so sei das auch nicht „schädlich" und der KBW würde dann daran teilnehmen.

Dies hinderte Euch jedoch nicht, einige Tage später in Euren Publikationen den Eindruck vorzutäuschen, als ob ausgerechnet I h r die eigentlichen Initiatoren und Träger dieser Demonstration wäret. So schreibt Ihr in der „KVZ"-Ortsbeilage (30.1.75): *„Die Demonstration wird gemeinsam durchgeführt vom KBW und seinen Massenorganisationen SSG, GUV, KAJB und KB Nord, SSB (Schüler), SSB (Studenten), RBJ, GIM".* In einem Flugblatt stellt Ihr Euch gleichfalls als scheinbarer Hauptträger in den Vordergrund und schreibt weiter, die Demonstration werde *„mitveranstaltet"* vom KB usw.

Auf der Demonstration am 1.2. habt Ihr für diese miese bürgerliche Schwindelpolitik die Quittung erhalten. Die über 2.500 Demonstranten nahmen bei kaum einer Handvoll Gegenstimmen die folgende Resolution an:

„Die Teilnehmer an der Demonstration gegen den §218 verurteilen auf's Schärfste das unehrliche, auf Täuschung der Öffentlichkeit angelegte Verhalten der Hamburger KBW-Führer bei der Vorbereitung dieser Demonstration. Sie erklären, daß sich mit derartigen bürgerlichen Reklame-Tricks der KBW s e l b s t von der Aktionseinheit demokratischer und kommunistischer Organisationen ausschließt.

Sie erklären, daß sie nicht bereit sind, sich bei den heutigen Kundgebungen einen Sprecher des KBW anzuhören!

Die Versammelten verlangen, daß sich die Führung des KBW ö f f e n t l i c h von den eigenen Betrugsversuchen anläßlich der heutigen Demonstration distanziert – und durch T a t e n zu verstehen gibt, daß sie zu solidarischen Formen der Zusammenarbeit zurückzukehren beabsichtigt. Das Prinzip der Aktionseinheit wird siegen!"

Dieses klare demokratische Votum der Demonstration, sich keinen Sprecher des KBW anzuhören, hat Euch „natürlich" nicht gehindert, noch während der Abschlußkundgebung den provokatorischen Versuch einer Gegenkundgebung zu unternehmen, gegen unsere Ordner, die für eine ordnungsgemäße Schlußkundgebung sorgen wollten, tätlich vorzugehen und so der Polizei den gewünschten Vorwand für einen massiven Knüppeleinsatz gegen die Kundgebungsteilnehmer zu liefern. Ihr habt einen unserer Genossen so schwer verletzt, daß er sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo ihm eine sechs cm lange Stirnwunde genäht wurde. Die wahre Funktion Eurer „Politik" wird daran sehr deutlich.

Im Übrigen handelt es sich bei Euren schweinischen Betrugsversuchen keineswegs um den ersten Fall. Schon anläßlich der ersten Aktionseinheits-Demonstration gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats seid Ihr zunächst g e g e n die Demonstration aufgetreten (mit der Begründung, man dürfe die Kämpfe im Jugendbereich nicht zusammenfassen), habt Euch dann nachträglich angehängt (mit der unverschämten Begründung, Ihr wolltet durch Eure Teilnahme verhindern, daß die Demonstration ein Mißerfolg wird!!) und habt Euch schließlich in Euren Veröffentlichungen als tragende politische Kraft der Aktion hingestellt. Die Organisationen und Gruppen der Aktionseinheit haben damals Euer Vorgehen entschieden verurteilt und verlangt, daß Ihr eine von der Aktionseinheit beschlossene Richtigstellung in der „KVZ"-Ortsbeilage abdrucken solltet. Dies habt Ihr nicht getan.

Man sollte sich von Eurem scheindemokratischen" Geschrei über die „Wahl der Lehrer" (und Gott weiß was sonst noch alles!) „durch das Volk" nicht darüber täuschen lassen, daß Ihr in typisch bürgerlicher Manier demokratische Mehrheitsentscheidungen nur dann akzeptiert, wenn sie in Eurem Sinn ausfallen (was „leider" in Hamburg gewöhnlich nicht der Fall ist!).

Wir sind der Meinung, daß unter diesen Umständen die kommunistischen und anderen demokratischen Organisationen und Gruppen im Interesse der Sache keine Aktionseinheiten mit Euch mehr eingehen sollten, solange Ihr nicht durch eine Selbstkritik und konkrete Handlungen eine Abkehr von Euren bisherigen spalterischen, undemokratischen und provokatorischen Praktiken vollzieht. ●

LG des Kommunistischen Bundes

Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau

Auseinandersetzung mit dem KBW

In der Auseinandersetzung um die richtige Führung des Kampfes gegen den § 218 sind seitens des KBW erneut eine Reihe von Fehlpositionen aufgetreten, die wir in diesem Artikel behandeln wollen.

Bürgerliche Parteien Jacke wie Hose ?

In der Stellungnahme zum voraussichtlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur „Fristenregelung" des § 218 geht der KBW mit kaum einem Wort auf den politisch-ideologischen Hintergrund der Auseinandersetzung ein, sondern ist in erster Linie bestrebt, zu zeigen, daß eben auch die „Fristenregelung" *„keine Befreiung von den bürokratischen Schikanen ... bringen wird"* etc. („KVZ", 6.2.74).

So richtig dies zweifellos ist, dient es aber dem KBW dazu, den Unterschied zwischen „Fristenregelung" (SPD/FDP) und den noch reaktionäreren Vorstellungen der CDU/CSU praktisch für Null zu erklären. Daß sich hinter der Anrufung des Verfassungsgerichts durch die CDU/CSU und in der voraussehbaren Entscheidung dieses Gremiums der Versuch der Reaktion verbirgt, jeden Ansatz zu Liberalisierung und Demokratisierung zunichte zu machen, und daß dieser Versuch nicht isoliert ist, sondern sich in den größeren Zusammenhang der Faschisierung einreiht, leugnet der KBW – schließlich existiert für ihn sowieso gar keine Faschisierung. W a r u m die CDU/CSU sich gegen die „Fristenregelung" stellt, wenn doch angeblich kein nennenswerter Unterschied zwischen dieser und den Vorstellungen der CDU/CSU besteht, verrät der KBW allerdings in seinen Publikationen nicht.

In Hamburg stellte sich KBW-



„Ortssekretär" L. P. ausdrücklich auf den Standpunkt, das voraussichtliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei kein Angriff, auf den man antworten müsse, da es im Grunde gleichgültig sei, ob die „Fristenregelung" von der CDU/CSU zu Fall gebracht wird oder nicht. Mit derartigen „Argumenten" tritt der KBW schon regelmäßig als Beschöniger der reaktionärsten Vertreter der Bourgeoisie und als Abwiegler demokratischer Kämpfe auf.

Dies wurde schon 1972 beim Mißtrauensvotum der CDU/CSU deutlich. Damals jammerten KB Bremen und KB Göttingen (Vorläuferorganisationen des KBW) über die spontanen Massendemonstrationen: damit hätten die Massen bloß die SPD verteidigt, also eine bürgerliche Partei, und deshalb seien die Demonstrationen schlecht gewesen.

Anderes Beispiel: Wenn Strauß etwa sagt, er wolle „mit der Maschinenpistole für Ruhe und Ordnung sorgen", so antwortet der KBW: Na und? Schließlich gründet sich der bürgerliche Staat ja immer auf bewaffnete Gewalt ... (vgl. „KVZ", 6.2.75, S. 2).

Schon recht, nur „übersieht" der KBW den kleinen Unterschied, der zwischen den bürgerlichen Politikern in der Frage besteht, wann und unter welchen Umständen man diese einsetzen soll – und hier ist Strauß zweifellos ein Vertreter der „schärferen" Variante bürgerlicher Politik und muß als solcher auch besonders gekennzeichnet und bekämpft werden. Im Gegensatz dazu bescheinigt der KBW dem Faschisten Strauß, daß er eigentlich auch nicht schlimmer sei als irgendein anderer bürgerlicher Politiker, verharmlost also damit Reaktion und Faschismus auf gefährliche Weise.

Kampf um jeden Fußbreit bürgerlicher Demokratie

Von der hier aufgezeigten „Argumentation" des KBW her ist es nur zu logisch, wenn dem KBW jegliches Verständnis dafür abgeht, daß es eine Aufgabe der Kommunisten ist, auch jeden Fußbreit bürgerlicher Demokratie gegen Bourgeoisie und Staat zu verteidigen, was wir nicht im Widerspruch zum Kampf für den Sozialismus sehen.

Der KBW spricht zwar viel von „demokratischem Kampf" und dessen zentraler Bedeutung – versteht darunter aber in der Praxis nur das Herumtrompeten seiner „Programmforderungen" („Wahl der Lehrer durch das Volk" usw.), während er gegenüber r e a l e n demokratischen Kämpfen, die heute in aller Regel A b w e h rkämpfe sind, meist eine geringschätzige Haltung bezieht.

Bei den vorbereitenden Gesprächen zur Hamburger Demonstration gegen den § 218 hatten wir reichlich Gelegenheit, die Thesen des KBW dazu kennenzulernen. Über diese umfangreiche Diskussion heißt es in der Ortsbeilage zur „KVZ" vom 6.2.75 lediglich: *„...vertrat der KB Nord die Auffassung, daß die Fristenlösung schon eine wesentliche Verbesserung sei, und daß es jetzt darum gehe, diese gegenüber dem Bundesverfassungsgericht und der CDU/CSU zu verteidigen und daß darüberhinaus die Forderung nach ersatzloser Streichung erhoben werden müsse."* Erstens v e r s c h w e i g t der KBW hier völlig die Diskussion, die wir mit ihm über die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau und über das R e c h t der Frauen auf Abtreibung führten (dazu noch in diesem Artikel), die viel mehr Raum einnahm als der von der „KVZ"-Ortsbeilage herausgegriffene Punkt. Zweitens l ü g t der KBW, da wir ausdrücklich feststellten, daß die „Fristenregelung" k e i n e wesentliche Verbesserung ist (wie im Übrigen auch unserer Presse zu entnehmen ist – vgl. AK 44). Diese L ü g e ist umso schwerwiegender, da der Ver-

Für die ersatzlose Streichung des § 218

Wie im ARBEITERKAMPF 55 berichtet, wurde die ursprünglich für den 20.1.75 vorgesehene Entscheidung des von der CDU/CSU angerufenen Bundesverfassungsgerichts über die Fristenregelung des § 218 auf den 25.2.75 vertagt. Diese Tatsache wurde im AK als ein besonderer Angriff auf die Rechte der Frauen und zur Disziplinierung der arbeitenden Bevölkerung gekennzeichnet.
Am Sonntag, den 26.1.75 wußte das ZDF dann in den Nachrichten zu berichten, die Fristenregelung würde angeblich von der Mehrheit der Richter des Bundesverfassungsgerichts für „verfassungswidrig" gehalten.

In den darauffolgenden Tagen äußerten sich verschiedene Politiker und die Presse zu dieser Mitteilung.

Voller Zufriedenheit konnte sich die CDU/CSU hinstellen, und nicht nur mit höhnischem Triumph die Erreichung ihres politischen Zieles verkünden, sondern auch jede Äußerung, die Empörung und Unzufriedenheit mit dieser Haltung des Bundesverfassungsgerichts enthielt, als „Eingriff in ein schwebendes Verfahren", und damit als rechtswidrig kennzeichnen.

Dabei muß gesehen werden, daß es gerade zur gängigen Praxis der CDU/CSU und der Reaktion gehört, in „schwebende Verfahren" einzugreifen. Das berüchtigste Beispiel hierzu ist die Stellungnahme Adenauers während der „Spiegelaffäre" 1962 („Hier tut sich ein Abgrund von Landesverrat auf" – diese Äußerung, noch während der polizeilichen Ermittlungen, erregte damals den Protest der gesamten liberalen Öffentlichkeit). Darüberhinaus hat die CDU/CSU noch nie Skrupel gehabt, in „schwebende Verfahren" einzugreifen, und hat dieses auch während der Auseinandersetzungen um den § 218 recht eifrig getan.

Die Hamburger SPD-Zeitung „Morgenpost" sah sich genötigt, sich auf die Ablehnung der Fristenregelung durch das Bundesverfassungsgericht einzustellen. So schrieb sie am 28.1.75: *„Höchstwahrscheinlich wird sich der Bundestag dann mit dem sogenannten Indikationsmodell beschäftigen müssen. In diesem Fall würde die Reform des Abtreibungsparagraphen 218 um Monate, wenn nicht Jahre, verzögert. Es wäre dann nicht ausgeschlossen, daß nach der Verabschiedung ein Bundesland vor's Verfassungsgericht zieht".*

Noch düsterer und voller Sarkasmus sieht der SPD-Politiker Dietrich Sperling die „gesetzgeberische Zukunft": *„Ein neuer Reformvorstoß werde in etwa 15 – 20 Jahren Chancen haben – wenn diese Generation von Verfassungsrichtern ausgestorben ist".* (!) (Zitiert aus „Vorwärts" vom 30.1.75).

Nun ist es sicherlich bürgerliche sozialdemokratische Sichtweise, diese lautgewordene Entscheidung der Bundesverfassungsrichter als ein „Generationsproblem" gerade dieser Richter zu sehen. Vielmehr ist es ein Hohn auf die bürgerliche Demokratie selbst, wenn diese acht Verfassungsrichter ein Gesetz, nämlich die Fristenregelung zum § 218, das von der angeblichen „Volksvertretung" Bundestag verabschiedet wurde, mit der Begründung der „Verfassungswidrigkeit" abschmettern können und dadurch das Schicksal von Millionen von Frauen bestimmen, ohne daß diese um ihre Meinung überhaupt gefragt werden.

Im Übrigen soll die kommende „höchstrichterliche" Entscheidung durch kein Gericht der BRD aufzuheben sein. Die Unveränderbarkeit dieser Entscheidung trägt die Tragweite eines Grundgesetzartikels, der Gültigkeit bis Bestehen oder Untergang der BRD hat. **Das führt zur logischen Schlußfolgerung, daß sogar eine bescheidene „Reform" wie das uneingeschränkte Recht der Frauen auf Abtreibung erst durch die sozialistische Revolution und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates verwirklicht werden kann.**

Scheinbar wird der SPD/FDP dieses Bundesverfassungsgericht selbst von seinen Machtbefugnissen her „unheimlich".

Es ist jedoch eine Verwischung von Tatsachen, wenn SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt die „Gefahr" sieht, daß *„sich das Bundesverfassungsgericht die Rolle eines Ersatzgesetzgebers anmaßt."*

Während nämlich auf der einen Seite der Volksentscheid als Mittel der Willensäußerung des Volkes (auch wenn diese im Kapitalismus nur in sehr verzerrtem Maße möglich ist) in der Verfassung, dem Grundgesetz der BRD, nicht verankert ist, sind auf der anderen Seite bewußt acht Verfassungsrichter eingesetzt worden, um Entscheidungen im Interesse der Bourgeoisie zu fällen, die von den bürgerlichen Parlamenten nicht zu deren Zufriedenheit durchgesetzt wurden.

Aus den verschiedenen Beispielen der jüngsten Zeit, wie die Ostverträge oder auch diese offensichtliche Entscheidung um den § 218, ist deutlich geworden, daß das Bundesverfassungsgericht als ein Machtmittel der Bourgeoisie und der Reaktion voll seine Pflicht erfüllt.



Disziplinierung der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der Frauen

Es ist schon nicht zufällig, daß sich gerade die CDU/CSU gegen jeglichen Ansatz der Liberalisierung in Fragen des Ehegesetzes (Scheidungen) gestellt hat (Schon heute wird von der Reaktion mit der Möglichkeit gedroht, auch in dieser Frage vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen).

Auch die neue Regelung der Namensgesetzgebung, wurde im Bundestag gegen die Stimmen der CDU/CSU verabschiedet (Inhalt der Namengesetzgebung: Die Frau kann bei der Eheschließung ihren „Mädchen"namen, bzw. Doppelnamen annehmen. Der Mann kann sich auch nach dem Namen der Frau nennen).

Auch in der Frage der Sexualität ist die CDU extrem reaktionär. So war der Kläger gegen den Sexualkundeunterricht an den Hamburger Schulen der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Hauke.

Das gesamte Familien-, Ehe- und Sexualrecht erfüllt den Zweck der Disziplinierung und Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung.

So ist im letzten Jahr von der italienischen Reaktion die Frage der Scheidungsgesetze als Kraftprobe benutzt worden, wo die Bourgeoisie den Versuch gemacht hat, den in den Klassenkämpfen der letzten Jahre verloren gegangenen Boden wieder zurückzugewinnen. (Dieser Versuch ist gescheitert.)

Demonstration am 1. Februar in Hamburg

Die Faschisierung der Gesellschaft geht einher mit der Propagierung eines reaktionären Frauenbildes

Die Faschisierung der Gesellschaft der BRD in allen Bereichen, die wir in unserer Presse ständig aufzeigen, trifft die Frauen in besonders starker Weise.

Die Auseinandersetzung um den § 218 und damit die Kriminalisierung der Abtreibung geht einher mit einer ideologischen Diskriminierung der Frauen.

So hat sich merklich das Frauenbild in der bürgerlichen Presse gewandelt.

„Immer mehr Frauen tragen Röcke!" war eine der frauenfeindlichen Serien in der „Bild"-Zeitung.

„Immer mehr Frauen bekennen offen: ‚Nur' Hausfrau sein macht glücklich", fanden „Morgenpost"-Leser (Hamburger SPD-Zeitung) am 22.11.74 als dicke Überschrift, zu einer Statistik des Markt-Dateninstituts über das Hausfrauendasein. Ergebnis: Nur 9 % (?) der befragten Frauen möchten den „Beruf" Hausfrau an den Nagel hängen. Natürlich stehen die „passenden" vier Hausfrauen von Hamburgs Straßen auch gleich für das entsprechende Interview bereit, die einhellig sagen: *„Hausarbeit kann eine sehr schöne, große Aufgabe sein...!"* oder *„... Eine Hausfrau ist ein Unternehmer für sich!* (!) oder *„Wenn abends alles blitzt und blinkt, die Kinder im Bett sind, und der Mann zufrieden ist, dann ist das auch so ein Zustand von Glücklichsein".*

Damit die Frauen die Hausarbeit im Bewußtsein voller „Bestätigung" erfüllen, wird die Forderung, „Hausfrauenarbeit als Beruf anzuerkennen", propagiert. Ein Blick in Modezeitschriften verdeutlicht dieses Frauenbild nur zu deutlich.

Der Kampf gegen § 218 – ein internationaler Kampf

In einigen europäischen Ländern (Österreich und Frankreich) ist in letzter Zeit eine Neuregelung der Abtreibungsgesetzgebung erfolgt.

In Italien hat sich eine breite Bewegung gegen das Abtreibungsverbot entwickelt (vergl. AK 55 sowie Artikel in diesem AK).

Forts. Seite 8

---

fasser des Artikels, Lutz Plümer („Ortssekretär" des KBW), selbst bei der Diskussion dabei war. Man muß sich wirklich fragen, ob dieser Mensch noch imstande ist, seine Lügen von der Wahrheit zu unterscheiden.

Wir haben uns allerdings gegen die zynische, offenbar von Sachkenntnis kaum getrübte und letzten Endes frauenfeindliche Behauptung des KBW gewendet, zwischen der „Fristenregelung" und den Vorstellungen der CDU/CSU sei praktisch **überhaupt kein nennenswerter Unterschied**. Diese Herangehensweise beruht nicht auf den Interessen der Volksmassen, denn es ist allerdings für die Frauen schon ein Unterschied, wenn sie die Abtreibung mit etwas weniger Furcht, Schuldgefühlen, Demütigung und Einschüchterung vornehmen lassen könnten, wie es bei der „Fristenregelung" in den ersten drei Monaten immerhin der Fall wäre. Gerade wegen dieses „etwas weniger" Furcht usw. wehrt sich ja die CDU/CSU bis zum äußersten gegen die geringste Reform des § 218.

Abtreibung im Sozialismus „überflüssig"?

Nach Meinung des KBW ist die Abtreibung ein „Notrecht", das sich lediglich aus den elenden sozialen Verhältnissen rechtfertigt, unter denen im Kapitalismus die Werktätigen leben müssen: der KBW ist gegen den § 218 *„nicht, weil wir für die unbefristete Abtreibung sind oder so, sondern weil wir sagen, daß in diesen elenden kapitalistischen Verhältnissen die Massen zur Abtreibung gezwungen werden"* („KVZ", 30.1.75).

Entsprechend redet der KBW allgemein ausschließlich vom *„Z w a n g zur Abtreibung"*, von der *„Not, die Familien oder einzelne Frauen dazu zwingt, abzutreiben"* („KVZ", 6.2.75). Im Sozialismus würde nach Meinung des KBW zwar noch ein Recht auf Abtreibung existieren, aber würden *„die Ursachen beseitigt werden, die zum Gebrauch dieses Gesetzes zwingen"* („KVZ", 6.2.75).

„Solange die sozialen Verhältnisse nicht eine Situation ermöglichen, in der man Kinder ohne Einschränkung (!!!) aufziehen kann, gilt es, die Forderung nach dem Recht auf Abtreibung gegen den bürgerlichen Staat zu erheben. Erst im Sozialismus, wenn die Arbeiterklasse eine Gesellschaft nach ihren Vorstellungen aufbauen kann, wird dieses Recht überflüssig" (Flugblatt des KBW zur Hamburger Demo).

Allerdings ist die Abtreibung für die Frauen niemals ein Vergnügen, und im Sozialismus werden durch weitgehende Aufklärung der Volksmassen und durch die Entwicklung besserer und unschädlicherer Verhütungsmittel viele Abtreibungen überflüssig werden – aber von d i e s e m Punkt redet der KBW an keiner Stelle seiner Publikationen.

Vielmehr tut der KBW so, als wäre es im Sozialismus nur noch eine Frage der materiellen Möglichkeiten, Kinder in beliebiger Zahl („ohne Einschränkung") zu kriegen und aufzuziehen. Daß er damit im Grunde die Frauen als „Geburtsmaschinen" betrachtet, ist dem KBW entweder nicht bewußt oder stört ihn jedenfalls nicht. Wir meinen allerdings, daß materielle Not nicht der einzige Grund für das Recht auf Abtreibung ist, und daß es auch im Sozialismus vor allem eine Sache der freien Entscheidung der Frau ist, ob sie eine unerwünschte Schwangerschaft austragen will oder nicht.

Die Haltung des KBW dagegen wird an einigen Äußerungen eines seiner Hamburger „Führer", Th. R., sehr deutlich: er sei gegen die Frauenparole „Mein Bauch gehört mir" (Wem denn sonst? !); er war gegen die Formulierung „ ...Frauen, die abtreiben müssen und w o l l e n" (für den KBW existiert nur der Zwang der materiellen Verhältnisse, vom freien Willen der Frauen will er anscheinend nichts wissen); schließlich als Gipfel der stinkreaktionäre Ausspruch von Th. R.: „Wir wollen uns doch nicht gegen die Natur stellen" (Äußerungen bei den erwähnten „Bündnisgesprächen"). Also sollen im Sozialismus die Frauen wohl „ohne Einschränkung" Kinder „werfen", wie die Natur es halt will? ...

Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau !

Der KBW bestreitet ausdrücklich, daß es beim Kampf gegen den § 218 nicht nur allgemein um den Kampf gegen die bürokratische Bevormundung „des Volkes" geht, sondern auch um die Gleichberechtigung der Frau: *„Nicht um die Gleichberechtigung der Frau geht es im Kampf gegen den § 218, sondern um die Rechte des Volkes ... "* („KVZ", 6.2.75). Dazu fällt dem KBW dann als Beweis, daß Frauen und Männer in gleicher Weise vom § 218 betroffen seien, noch folgender makabrer Scherz ein: *„Männer sind genausowenig wie Frauen zur Abtreibung bzw. zur Beihilfe bei der Abtreibung berechtigt"* (ebenda). Soll man das etwa so verstehen, daß der KBW die Freigabe der Abtreibung auch für Männer fordert? ...

Wir meinen allerdings sehr wohl, daß der Kampf gegen den § 218 auch Teil des Kampfes um die volle Gleichberechtigung der Frau ist, was natürlich nicht bedeutet – wie der KBW fälschlich gleichsetzt – diesen Kampf in erster Linie als „Frauenkampf" zu führen.

Überhaupt hat der KBW zur Frage der Gleichberechtigung und der Emanzipation der Frau falsche Vorstellungen. So behauptet er, daß die Emanzipation der Frau im Grunde nur eine Frage ihrer Einbeziehung in die Produktion und in den Klassenkampf sei; im übrigen sei die Gleichberechtigung erst im Sozialismus zu verwirklichen.

Das ist sicher richtig, dient aber dem KBW nur als allzu bequemes Scheinargument, um den Kampf der Frauen um mehr Gleichberechtigung und Selbständigkeit auch schon unter kapitalistischen Verhältnissen geringschätzig abzutun (wie am Beispiel des § 218).

Ein wesentlicher Aspekt, nämlich der Kampf der Frau um Emanzipation und Gleichberechtigung z. B. in der Familie oder in kommunistischen und anderen demokratischen Organisationen (wo sich die Frauen auch unter kapitalistischen Verhältnissen schon eine relative Gleichberechtigung erkämpfen können und müssen) fällt beim KBW ziemlich unter den Tisch.

Mao sagt: *„Die Männer Chinas werden gewöhnlich von drei systematisch gegliederten Gewalten (politische Gewalt, Sippengewalt, religiöse Gewalt) beherrscht ... Was die Frauen betrifft, so werden sie außer von diesen drei Gewaltsystemen auch noch von ihren Ehemännern beherrscht (Gattengewalt) ... Was die Gattengewalt betrifft, so war diese bei den armen Bauern stets schwächer, weil ihre Frauen infolge der wirtschaftlichen Notlage mehr arbeiten mußten als die Frauen, die den wohlhabenden Klassen angehörten, und daher mehr berechtigt waren, in Familienangelegenheiten mitzusprechen, ja sogar mitzuentscheiden. Mit dem in den letzten Jahren zunehmenden Ruin der ländlichen Wirtschaft wurde die Grundlage für die Herrschaft des Mannes über die Frau untergraben. Und mit der Entstehung der Bauernbewegung begannen in der letzten Zeit die Frauen, in vielen Orten ländliche Frauenbünde zu gründen; auch für sie ist die Zeit gekommen, ihr Haupt zu erheben, und die Gattengewalt wird mit jedem Tag wackliger"* (Worte des Vorsitzenden ..., S. 348/49).

Teilnahme an der Produktion und am Klassenkampf sind sicher die wesentlichen Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau; sie führen aber ganz offensichtlich durchaus nicht „im Selbstlauf" zur Emanzipation der Frauen gegenüber ihren Männern, Freunden, Kollegen etc.

Wir meinen, daß die Befreiung der Frau n i c h t nur eine Frage des Kampfes gegen Kapitalismus und Staat ist, sondern in gewissem Sinn auch des „Kampfes", der Auseinandersetzung mit den Männern in gesellschaftlichen und privaten Leben.

Dies verstehen wir nicht als frauentümlerischen Aufruf zum allgemeinen, womöglich „über den Klassen stehenden", „Kampf der Frauen gegen die Männer", wie er von den kleinbürgerlichen „Feministinnen" propagiert wird, sondern als Kampf um eine solidarische Form des Zusammenlebens. In diesem Sinn halten wir es auch für richtig, wenn sich Frauen, und speziell Genossinnen, zusammenschließen, um ihren Kampf organisiert zu führen und mehr Frauen für diesen Kampf zu gewinnen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg
(und AK-Redaktion)

Forts. v. Seite 7

Für die ersatzlose Streichung des § 218

In der BRD haben es in den letzten Jahren SPD- und Gewerkschaftsführer verstanden, sich weitgehend an die Spitze der Bewegung gegen § 218 zu stellen.

Heute erfolgt von dieser Seite keinerlei Mobilisierung mehr (ebensowenig wie übrigens von der DKP), was nochmals dokumentiert, daß von dieser Seite kein Widerstand gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu erwarten ist.

Gemessen an der Schwere des jetzt vor sich gehenden Angriffs, ist die Bewegung gegen den § 218 zur Zeit nur unzureichend entwickelt. Es ist eine wichtige Aufgabe, den Kampf gegen die Faschisierung auch an dieser Front zu entwickeln und zu stärken.

Wir begrüßen und unterstützen deshalb die Absicht verschiedener Frauengruppen, am 25.2.75, dem Tag der Beschlußfassung des Bundesverfassungsgerichtes, Aktionen gegen den § 218 durchzuführen.

Die in dieser Bewegung entstandenen Frauengruppen sind ein Schritt zur eigenen Emanzipation dieser Frauen.

Jedoch müssen zum Großteil diese Frauen lernen, den Kampf gegen den § 218 nicht eng auf die Frage der Abtreibung beschränkt zu führen, sondern auch als weitergehenden Kampf, gegen die hinter dem Vorgehen des Staates stehende Politik, d.h. gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft und gegen die Entrechtung und Diskriminierung der Frau.

Ebenso ist es notwendig, sektiererische, antikommunistische, organisationsfeindliche und frauentümlerische Beschränktheiten zu überwinden.

Unsere Aufgabe sehen wir darin, diesen Gruppen zukünftig stärkere Beachtung zu widmen und dort politische Überzeugungsarbeit zu leisten.

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Dummheit und Ärztestolz wachsen auf einem Holz

Ein Muster an reaktionärer Verkommenheit und Arroganz zum § 218 liefert ein gewisser Professor Herbert Schambeck, Mitglied des Österreichischen Bundesrates, mit einem Artikel in Springers „Welt" vom 1.2.75. Schambeck klagt da, daß wir heute *„leider in einer Zeit leben, in der die motivierende Kraft der Religions- und Sittenordnung nicht im Zu- sondern im Abnehmen begriffen"* sei, auch in der Abtreibungsfrage, und kommt deswegen zur Schlußfolgerung, daß *„gerade die ordnungsbildende Kraft der Verfassung, und des ihr entsprechenden Rechtsschutzes, einschließlich strafrechtlicher Sanktionen, nicht unterschätzt werden"* dürfe. Wo also traditionelle Volksverdummung („Religions- und Sittenordnung") nicht mehr wirksam genug ist, sollen die Menschen dann eben durch drastische Strafandrohungen diszipliniert werden.

Schambeck zitiert zustimmend einen Professor F. Hoff aus Frankfurt, Arzt und bürgerliches Schwein, der zur Abtreibung zu sagen weiß, daß sie im Zeitalter der Pille und anderer Verhütungsmittel *„paradox"* (widersinnig) sei (*„Wozu ist eigentlich die Pille da?"*). *„Die meisten Abtreibungen, die stattfinden, werden nicht durch eine echte Notlage verursacht"*, behauptet Hoff, sondern aus *„Leichtfertigkeit"* und *„Egoismus"*. Die Frauen seien *„zu leichtfertig"*, um die Pille zu nehmen, und würden stattdessen lieber abtreiben lassen (von Gesundheitsschädigungen durch die Pille weiß der Herr Doktor wohl nichts?). Als „Beweis" für seine These führt Hoff an: *„Ich kenne verheiratete Frauen in günstigen Verhältnissen, die mehrfach Abtreibungen in England oder Holland haben durchführen lassen"*. Von den Gepflogenheiten dieser Bourgeoisie-Tanten, die dem Dr. Hoff offenbar ein Leben als Parasit gestatten, schließt er frech auf Millionen werktätiger Frauen, die im Leben nicht daran denken können, mal eben in England oder Holland eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

Schließlich beschwört der Dr. Hoff daß viele Frauen von ihrer Abtreibung ein *„psychisches Trauma"*, *„bewußte oder verdrängte Schuldgefühle"*, zurückbehalten, was dann Neurosen oder organische Störungen geben kann, und führt dies als Argument gegen die Abtreibung ins Feld.

Da haben Bourgeoisie, Staat und Ärzteschaft es also mit ihrem Geschwätz vom „neugeborenen Leben", das zu schützen sei, und mit Strafandrohungen und allerlei anderen Formen der Einschüchterung glücklich soweit gebracht, daß tatsächlich viele Frauen lange an den Folgen einer Abtreibung seelisch leiden, und das führt dann so ein Schwein auch noch als Argument gegen die Freigabe der Abtreibung an! ●



(widersinnig) sei (*„Wozu ist eigentlich die Pille da?"*). *„Die meisten Abtreibungen, die stattfinden, werden nicht durch eine echte Notlage verursacht"*, behauptet Hoff, sondern aus *„Leichtfertigkeit"* und *„Egoismus"*. Die Frauen seien *„zu leicht-*

Formen der Einschüchterung glücklich soweit gebracht, daß tatsächlich viele Frauen lange an den Folgen einer Abtreibung seelisch leiden, und das führt dann so ein Schwein auch noch als Argument gegen die Freigabe der Abtreibung an! ●

Breites reaktionäres Bündnis

In den Diskussionen der letzten Jahre um die Abschaffung des § 218 haben die Reaktionäre alle möglichen moralischen, ethischen und religiösen Register gezogen und den vermeintlichen „Schutz des ungeborenen Lebens" in der Argumentation ins Feld geführt.

Klerus, CDU/CSU, Teile der SPD und FDP, Ständeorganisationen der Ärzte etc. – und nicht zu vergessen die Faschisten – betreiben ihr schmutziges Geschäft, um die Frauen auch in der Frage der Schwangerschaft weiterhin als unmündige und rechtlose Individuen in dieser Gesellschaft zu halten, denen keinerlei Rechte über die Entscheidung einer Abtreibung zukommt.

Das folgende Zitat aus der faschistischen Zeitschrift „Frau in der Gesellschaft, Zeitschrift der Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft", Januar 1975, mag verdeutlichen, mit welchen Kräften Klerus und bürgerliche Politiker quer durch alle Parteien sowie die „Herren Verfassungsrichter" gemeinsam über die Rechte der Frauen zu Gericht sitzen, um auch der minimalsten Liberalisierung des Abtreibungsverbots den Garaus zu machen:

„Die Pille allein genügt nicht mehr, unser Volk zu dezimieren. Zu einem Zeitpunkt, zu dem die BRD überflutet wird von Millionen unassimilierbarer (nicht anzupassenden, d. Red.) *Fremdarbeiter, die biologisch nicht wieder auszuwischende Spuren hinterlassen, treiben wir staatlich gefördertes Schindluder am Weiterbestand unseres Volkes. Es ist das Ziel der Deutschenhasser und ihrer inländischen, stets zu Diensten stehenden Handlanger, allmählich aber stetig in der Mitte Europas einen heimatlosen und traditionsungebundenen Völkermischmasch zu schaffen, den dann kriminelle Elemente nach Belieben manipulieren können. Unsere Erbmasse, die der Welt wertvollste Werke des Gemüts und des Geistes geschenkt hat, soll in ihrer Gesamtheit nunmehr endgültig vernichtet werden".*

Diese üble rassistische Hetze anläßlich der seinerzeitigen Verabschiedung der Fristenlösung im Bundestag sollte man nicht als „spinnerte" Ansichten einiger „Unverbesserlicher" abtun.

Im Gegenteil: die vom Bundesverfassungsgericht zu erwartende Entscheidung gegen die Fristenlösung bereitet solchen faschistischen Tiraden zunehmend den Boden.

Bezirksgruppe Eimsbüttel-Süd KB/Gruppe Hamburg

Italien: Volksabstimmung gegen Abtreibungsverbot

Wie in AK 55 berichtet, hat die italienische Polizei Anfang Januar eine Klinik in Florenz überfallen, in der zu sozialen Preisen Abtreibungen durchgeführt wurden.

Die Polizei nahm dabei zahlreiche Frauen fest, die gerade zur Behandlung dort waren. Der Arzt Giorgio Conciani wurde verhaftet. Haftbefehl wurde gleichfalls erlassen gegen Gianfranco Spadaccia, Sekretär der (linksliberalen) Radikalen Partei und gegen Adele Faccio, Vorsitzende der CISA (Informationszentrum für Sterilisationen und Abteibungen) – beide hatten sich offen zur Unterstützung der Abtreibungs-Klinik bekannt.

Spadaccia wurde am 13.1. verhaftet (und am 10.2. aus der Haft entlassen), Frau Faccio am 27.1. während eines von der Radikalen Partei veranstalteten Kongresses gegen das Abtreibungsverbot in Rom mit einigen Tausend Teilnehmern (Frau Faccio und der Arzt Conciani werden vorerst in Haft gehalten).

Nachdem in den Tagen nach dem Polizeiüberfall auf die Florentiner Klinik und der Verhaftung Spadaccia's Massendemonstrationen der revolutionären Linken und verschiedener Frauenorganisationen in mehreren Städten stattgefunden hatten, wurde inzwischen auch eine parlamentarische Initiative in Angriff genommen: Die bekannte linksliberale Illustrierte „L'Espresso" hat zusammen mit einer Gruppe „Liga 13. Mai – Sozialistische Bewegung für Freiheit und Bürgerrechte" eine Unterschriftensammlung initiiert, um eine Volksabstimmung über das Abtreibungsverbot zu erzwingen. 500.000 Unterschriften werden hierzu notwendig sein, die voraussichtlich mit Leichtigkeit zu erreichen sind.

„L'Espresso" begründet diese Initiative mit folgenden Punkten: „

1 *Weil diese Artikel* (das Abtreibungsverbot – Anm. AK) *verfassungswidrig sind, verfaßt und durchgesetzt von den Gesetzgebern Mussolinis zur Unterstützung eines rassistischen Staates.*

2 *Weil wir unseren Beitrag zur Schaffung einer Gesellschaft leisten wollen, in der die Geburten wirklich glücklich, die Kinder wirklich erwünscht und die Frauen voll verantwortlich sind.*

3 *Weil wir wissen, daß die Abtreibung eine tragische Entscheidung ist, aber gerade deshalb meinen wir, daß sie frei sein muß.*

4 *Weil es uns gerechtfertigt erscheint, daß die italienischen Frauen nach ihrem Gewissen und ohne Zwang ihr eigenes Geschick und das ihrer Kinder entscheiden.*

5 *Weil man nur durch Aufhebung des alten Strafgesetzes und durch Schaffung eines neuen, humaneren und liberaleren Gesetzes dem sich ausdehnenden Übel der illegalen Abtreibung ein Ende setzen kann"* (In Italien werden schätzungsweise mehr als 1 Mio Abtreibungen pro Jahr vorgenommen, die die Taschen der „abtreibungsfeindlichen" Ärzteschaft mit etwa 2,5 – 2,8 Mrd. Mark jährlich füllen).

Eine Volksabstimmung über das Abtreibungsverbot würde mit Sicherheit ebenso wie im Mai vorigen Jahres das Scheidungsreferendum zu einer neuen Kraftprobe zwischen den demokratischen Kräften und der Reaktion, vor allem Christdemokraten (DC) und Faschisten (MSI). Im Mai 1974 hatten rund 60 % für das von DC/MSI bekämpfte Scheidungsgesetz gestimmt. Umfragen des „Espresso" im Februar 1975 haben ergeben, daß von den Scheidungsbefürwortern 47 % auch für ein sehr liberales Abtreibungsgesetz stimmen würden, weitere 36 % würden nur ein etwas enger gezogenes Gesetz (bei über fünf Kindern, bei gesundheitlichen Gefahren für die Mutter etc.) für akzeptabel halten. – Von den Scheidungsgegnern wären immerhin 19 % bereit, einem eng gezogenen neuen Abtreibungsgesetz zuzustimmen.

Von den im Parlament vertretenen Parteien setzt sich nur die Sozialistische Partei (PSI) für eine gewisse Liberalisierung der Abtreibung ein; die Republikaner (PRI) wollen sich für ein Gesetz einsetzen, das offenbar etwa dem „Indikationsmodell" der CDU/CSU entspricht (bei Gefahr für das Leben der Mutter, bei Vergewaltigung etc.). Die „Kommunistische" Partei (PCI) legt spürbare Zurückhaltung in der Abtreibungsfrage an den Tag, weil sie im Sinne ihres „historischen Kompromisses" (der angestrebte Pakt mit der DC) jeder offenen Konfrontation mit der Reaktion (vor allem in „Glaubensfragen") ängstlich aus dem Wege geht.

So hatten die PCI-Führer vor dem Scheidungsreferendum des letzten Jahres ein großes Gejammer angestimmt, daß dies zu einer „Spaltung des Landes" führen würde und daß es besser wäre, zwischen PCI und DC eine „Modifizierung" (Verschlechterung im Sinne von Reaktion und Klerus!) des Scheidungsgesetzes auszumauscheln. Das Ergebnis des Referendums war deshalb auch für die Revisionisten eine schallende Ohrfeige. Offensichtlich halten sie aber trotzdem an ihrer alten Politik fest, „die Probleme des Landes" lieber mit der DC auszumauscheln, statt den Weg des offenen Meinungskampfes unter den Massen auch um „Glaubensfragen", den Weg der Massenmobilisierung gegen Klerus und Reaktion und den Weg der Volksbefragung zu gehen. ●

Ein linker Filmemacher? – das war wohl nix!!

Der bei manchen Leuten als linker Filmregisseur geltende Pier Paolo Pasolini nahm zur Abtreibungsfrage in der großbürgerlichen, rechtsstehenden Zeitung „Corriere della Sera" folgendermaßen Stellung:

„Ich bin gegen die Legalisierung der Abtreibung, weil ich sie, wie viele andere auch, als eine Legalisierung des Mordes betrachte".

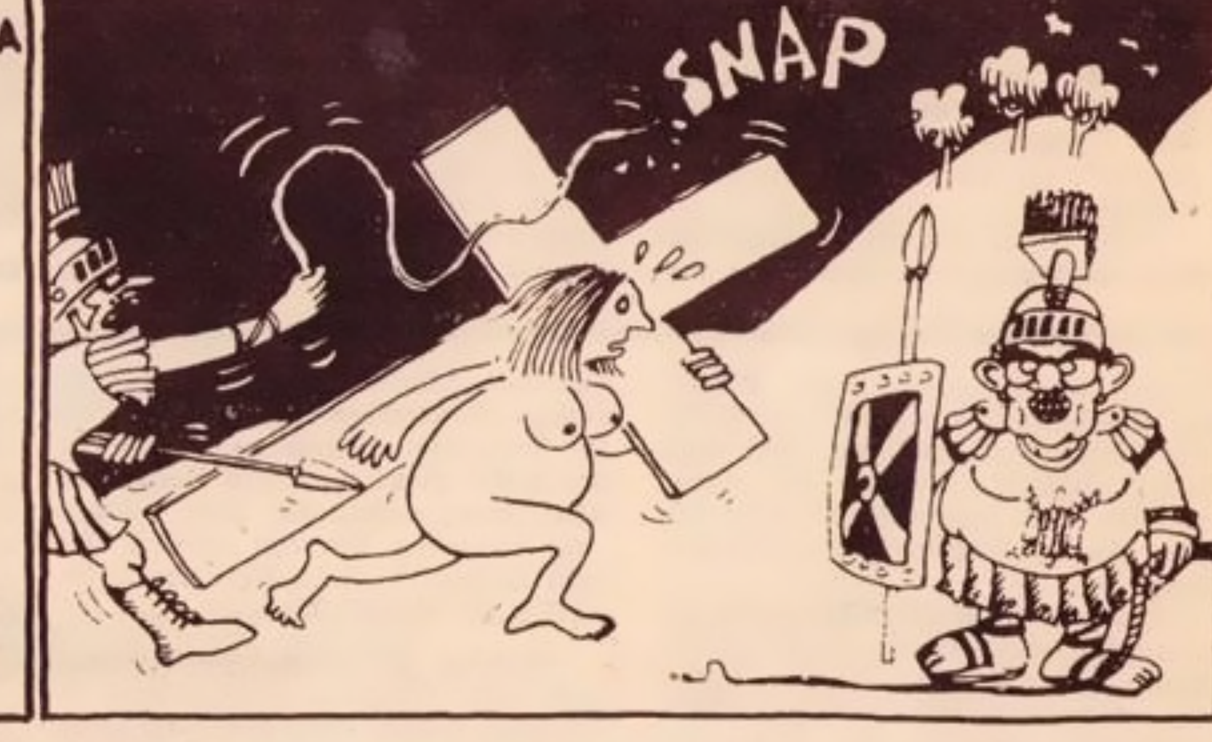
Berichtigung

Im Artikel in AK 55, S. 12, ist davon die Rede, daß im Zusammenhang mit den Polizeiaktionen gegen die Florentiner Klinik auch Haftbefehl gegen „das **CISA-Mitglied Marco Pannella**" ergangen sei.

Das trifft offenbar nicht zu:
1. Ist Pannella ein Führungsmitglied der Radikalen Partei (über eine Mitgliedschaft in der CISA wissen wir nichts);
2. Besteht gegen Pannella, der allerdings als kämpferischer Liberaler schon mehrfach Erfahrungen mit bürgerlichen Gerichten und Gefängnissen machen mußte, in dieser Sache offenbar kein Haftbefehl: er sprach auch unbehindert auf demselben Kongreß, auf dem die CISA-Vorsitzende Faccio verhaftet wurde.

SEQUESTRATO L'ESPRESSO PER QUESTA COPERTINA ↓
SNAP





Aus „Lotta Continua" vom 22.1.:
Links ein Titelblatt der Illustrierten „L'Espresso" (eine Schwangere am Kreuz), die auf Betreiben des Klerus wegen dieses Titelblattes beschlagnahmt wurde.
Rechts auf der Karikatur der reaktionäre Führer der DC, Fanfani.

Vorsorgeuntersuchungen – Das Fernsehen „klärt auf"

Anfang dieses Jahres wurde in der „Nordschau" ein Film zur Krebsvorsorge gezeigt. Aufnahmen zu diesem Film waren u.a. auch in den Kieler Uni-Kliniken gemacht worden.

Zwei in der Radiologie beschäftigte Kolleginnen sollten sich zur Verfügung stellen, um die Vorsorgeuntersuchung ‚am Objekt' demonstrieren zu können. Hierbei muß man wissen, daß das Ganze erstens ohne extra Bezahlung und zweitens ohne Schutzmaßnahmen (d.h. keine Bleischürze zur Abdeckung der Röntgenstrahlen) erfolgte. Bis auf eine Kollegin haben sich von daher auch alle geweigert, sich für so etwas ‚benutzen' zu lassen. Aber um Ersatz war man nicht verlegen. Mit sinngemäßen Drohungen, wie: „Wenn Sie sich nicht zur Verfügung stellen, könnte das Nachteile für Sie haben! Sie möchten doch sicher ein gutes Staatsexamen absolvieren", machten sich einige Ärzte die Tatsache zu Nutzen, daß die MTA-Schülerinnen kurz vor ihrem Examen standen. Das ‚gute Zureden' verfehlte dann auch nicht seine Wirkung, so daß sich eine der Schülerinnen ‚bereitwillig anbot'.

Um die letzten Bedenken zu zerstreuen, warum man sich für so etwas zur Verfügung stellen muß, erklärte ein Arzt zynisch: „Außerdem müßten Sie als zukünftige MTA's (medizinisch technische Assistentin) doch wissen, daß man wegen der Schweigepflicht einen Patienten nicht im Fernsehen zeigen darf. Denn für diesen kann es ja rufschädigend sein (für eine Kollegin wohl nicht, oder?). Dazu kommt, daß es für den Patienten schockierend wäre, wenn so viele Menschen (wie z.B. ein ganzes Fernsehteam) um ihn herum wären. Der Patient kommt zu uns, mit der Angst, eventuell Krebs haben zu können. Diese Angst darf nicht ausgenützt werden. Eventuell käme er sich ja vor, wie ein Versuchskaninchen!"

Hier spricht in der Tat der Zyniker, der genau weiß, wie oft bei uns Patienten ahnungslos als Versuchskaninchen mißbraucht werden, um die wissenschaftlichen Arbeiten einiger Ärzte um „neue Erkenntnisse" zu bereichern. Hiervon natürlich kein Wort!

Sicher – Vorsorgeuntersuchungen sind notwendig, und der Hinweis, hiervon Gebrauch zu machen, ist prinzipiell gut und richtig. Aber, wie sieht es aus, wenn man diese Untersuchungen praktisch in Anspruch nehmen will?

Die Krankenkassen bezahlen jedem seine Vorsorgeuntersuchung, bei dem der ‚berechtigte' (!) Verdacht (auf Krebs) besteht. Bleibt nur die Frage, wielange da was wuchern muß, um als ‚berechtigt' anerkannt zu werden?

Besteht dieser Verdacht nicht, zahlen die Kassen erst ab einem gewissen Alter (bei Frauen ab 30, bei Männern ab 42 oder 45).

Will z.B. ein Kollege von der Vorsorge Gebrauch machen, muß er sich mindestens einen halben Tag freinehmen, da die Untersuchungen an den Kliniken nur vormittags vorgenommen werden. Den Geldausfall trägt er selbst, denn die Kasse kommt nur für die Untersuchung auf. Hat er dann noch nicht mal das ‚gewisse' Alter, dann hat er eben auch noch die Kosten für die Untersuchung zu tragen.

All das ist (natürlich) in der Sendung verschwiegen worden. Das zeigt u.a., wie richtig die Weigerung der Kolleginnen gewesen ist, sich für eine derartige Sendung zur Verfügung zu stellen. ●

Eine Genossin an den Uni-Kliniken Kiel

Im Zeichen verschärfter Klassenkämpfe: Neuwahlen in Dänemark

Am 9. Januar wurde in Dänemark erneut vorzeitig gewählt. Zuvor war die Regierung Hartling zurückgetreten. Diese von der „Venstre"-Partei („Links"-Partei, vergleichbar etwa der CDU) Hartlings allein getragene Regierung war an ihrem Programm zur Bewältigung der kapitalistischen Krise auf Kosten der Arbeiterklasse gescheitert. Die 1974 stark angewachsene spontane Arbeiterbewegung Dänemarks und fehlende Mehrheiten im Folketing (entspricht dem westdeutschen Bundestag) ließen es der Bourgeoisie ratsam erscheinen, durch Neuwahlen die Lage zu testen und klarere Verhältnisse zu Gunsten der kapitalistischen Krisenbewältigung anzustreben. Hartlings Rücktritt im Dezember 74 nach mehreren „Drohungen" und die Januar-Neuwahlen erfolgten über zwei Jahre nach Dänemarks EG-Beitritt, während das Land mit an der Spitze der Preissteigerungsskala steht und die Arbeitslosigkeit 10% überschritten hat.

Zwar ging Hartling mit 20 Sitzen Zugewinn aus den Wahlen gestärkt hervor. Dies gründet sich aber nicht auf Stimmengewinne aus der Arbeiterklasse, sondern von kleineren bürgerlichen Parteien. Einen ähnlichen „Erdrutsch" wie bei einigen Wahlen in der BRD zugunsten der Rechten hat es in Dänemark nicht gegeben.

Dänemark 1974: Kampf gegen kapitalistische Krisenpolitik

Am 8. Mai 1974 startete die Regierung Hartling ihre parlamentarische Initiative zur Erhöhung der indirekten Steuern. Alkohol, Zigaretten, KFZ-Steuern und Strom sollten höher besteuert werden. Dies in einer Situation bereits erheblich gestiegener Preise und wachsender Arbeitslosigkeit. Der Protest der Werktätigen auf diesen Krisenkurs der Kapitalisten ließ nicht lange auf sich warten.

Am selben Tag, als Hartling die Steuererhöhungen ankündigte, verabschiedeten 6.000 Arbeiter der Lindø-Werft (Insel Fynen) eine Resolution, die zum Kampf gegen höhere Steuern aufrief und Neuwahlen forderte. Danach wurde gestreikt. Die Kollegen der Werft Burmester & Wain (Kopenhagen) schlossen sich unmittelbar an. Noch am selben Abend streikten 50.000 Arbeiter in Dänemark. In wenigen Tagen konnte die Streikfront auf bis zu 150.000 ausgedehnt werden. Dennoch verabschiedete am 15. Mai eine Folketing-Mehrheit Hartlings Steuer-Pläne. Damit wuchsen dem bürgerlichen Staat ca. 0,5 Mrd. Kronen Nebeneinnahmen aus den Taschen der Werktätigen zu. Genau das Geld, das Hartling später den Kapitalisten mit seinem „Krisen-Programm" zur Verfügung stellen wollte.

Am Tag der Verabschiedung der Steuererhöhungen streikten in ganz Dänemark 250.000 Arbeiter. Der Verkehr war lahmgelegt, da auch der öffentliche Dienst streikte.

Kapitalisten ziehen vors Gericht

Nach den Maistreiks 1974 ging die Kapitalistenklasse zum Gegenangriff über. Vor Gericht verlangte der Gesamtverband der dänischen Kapitalisten, die Arbeiter sollten die durch die Streiks entstandenen Verluste bezahlen. Arbeitsrechtlich sind in Dänemark bei Absegnung durch die Gewerkschaftsführung Streiks bis zu 48 Stunden erlaubt. Danach tritt „Schlichtung" ein. Die Maistreiks aber hatten nicht den Segen der „tarifgebundenen", klassenfrommen, sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer; sie waren „wild". Deswegen wurden im August 74 ca. 400 Arbeiter der Svendborg-Schiffswerft und sieben Gewerkschaftsfunktionäre, die zum Streik aufgerufen hatten, vor Gericht gestellt. Im Oktober fällte das Gericht sein Urteil: Die Kollegen sollten 22 Stunden Arbeitsausfall bezahlen. Nach diesem Urteil wurde aus Protest sofort auf zehn Werften die Arbeit niedergelegt. Auch in vielen anderen Betrieben und Orten wurde durch Streiks, Kundgebungen und Resolutionen Solidarität geübt. Weitere Urteile gegen Arbeiter riefen neue Protestaktionen hervor.

Insgesamt wurden Verfahren gegen 37.000 (!) Arbeiter vorbereitet. Da mußte selbst die bürgerliche Presse eingestehen, daß damit wohl die Arbeitsgerichtsbarkeit „überlastet" wäre. In der Tat – und das gewiß nicht nur im bürokratischen Sinne, sondern auch politisch!

Angesichts der anhaltenden Proteste gegen die Klassenjustiz steckte der Kapitalistenverband zurück. Im Dezember unterschrieb er mit den Gewerkschaftsführern ein Protokoll, wonach die Strafe gegen die 400 Werftarbeiter nicht eingetrieben wird. Klagen gegen die „übrigen" 37.000 wurden nicht aufrechterhalten. Insgesamt 22 Gewerkschaftsfunktionäre, die entgegen der offiziellen Linie zum Streik aufgerufen hatten, wurden ebenfalls nicht verfolgt; desgleichen 25.000 Arbeiter, die an Proteststreiks gegen das Urteil gegen die 400 Svendborg-Werftarbeiter teilgenommen hatten.

Das Protokoll hält auch fest, daß künftig politische Proteststreiks mit Lohnstreiks gleichgestellt werden. Hiervon ausgenommen sein sollen aber ausgerechnet Proteststreiks gegen Arbeitsgerichtsurteile, da Arbeitsrichter ja „gerecht und neutral" urteilen!

Außerdem verpflichten sich Kapitalisten und Gewerkschaftsführer, spätestens einen Tag nach Arbeitsniederlegungen ein Treffen durchzufüh-

spätestens einen Tag nach Arbeitsniederlegungen ein Treffen durchzufüh-ren.

Damit spiegelt sich in diesem „Protokoll" einerseits ein klarer Erfolg der Arbeiterbewegung, indem sie die Zurücknahme des Justizterrors gegen Streikende erkämpft hat; aber andererseits auch die Linie der Klassenzusammenarbeit in Gestalt der Anerkennung der „neutralen" Gerichte über die Arbeiter und die Bereitschaft zur „Schlichtung" auf Seiten der Gewerkschaftsführer.

Krisenprogramm — Neuwahlen

Zwischenzeitlich wuchs in Dänemark nicht nur die allgemeine Empörung über die Krisenlasten, sondern auch die Einsicht, daß Preissteigerungen, Steuerlasten, hohe und sprunghaft gestiegene Arbeitslosigkeit Folgen des dänischen EG-Beitritts sind. So sind die dänischen Kapitalisten gezwungen, die Ausbeutung im Innern zu steigern, um konkurrenzfähig zu bleiben. Zugleich drängen die übrigen EG-Kapitalisten, insbesondere der BRD, auf größeren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Dänemark. Am 2. Oktober, dem 2. Jahrestag des EG-Beitritts, organisierte die „Volksbewegung gegen die EG" in ganz Dänemark zahlreiche Kundgebungen für den Austritt. Allein in Kopenhagen demonstrierten 60.000.

Um das Programm der Abwälzung der Krise auf die Arbeiterklasse zu Ende zu bringen, präsentierte die Regierung Hartling im Folketing ein „Krisenpaket", das die Politik vermehrter Steuerlasten durch scharfe Einsparungen sozialer Gelder und durch Lohnkürzungen fortsetzen sollte.

Im einzelnen war vorgesehen:

- „Einfrieren" von drei im Rahmen tariflicher Preisgleitklauseln vorgesehenen Lohnerhöhungen; Verlängerung der Laufzeiten der jetzt geltenden Tarifverträge bis Ende 1975;
- drastische Einsparungen auf sozialem Gebiet, wie z.B. Wegfall kostenloser ärztlicher Untersuchungen, Einsparung von fünf bis sieben Mrd. Kronen im Ausbildungssektor, Senkung des Kindergeldes und Wohngeldes.

Die Kapitalisten sollten von diesem Geld Investitionsspritzen und Steuererleichterungen erhalten. In Schwierigkeiten geratene Kapitalisten sollten extra zusätzliche Mittel erhalten.

Mit derartigen Hämmern auf einen Schlag hatten die Kapitalisten das Maß vollgemacht. Zugleich mit diesem massiven Angriff wuchs der Protest unter den Werktätigen.



Demonstration in Kopenhagen: „Die Regierung muß weg!"

Die Gewerkschaften und eine Reihe linker Organisationen riefen am 26. November zu einem landesweiten Streiktag auf. Allein in Kopenhagen demonstrierten 100.000 Arbeiter vor dem Regierungsgebäude und forderten: **„Weg mit Hartling!"** Neben den parlamentarischen Mißerfolgen wird dies wesentlich zum Rücktritt der „Venstre" beigetragen haben.

Das Wahlergebnis

Die Tabelle weist die Stimmverteilung der wichtigsten Parteien in Dänemark auf. Fünf kleinere bürgerliche

lung der wichtigsten Parteien in Dänemark auf. Fünf kleinere bürgerliche

Parteien teilen sich 21,9% der Stimmen. Parlamentarisch schlagen sie sich wechselweise auf die Seite Hartlungs bzw. der Sozialdemokraten, sodaß sich in dieser Hinsicht z.Zt. ein „Patt" ergibt.

	Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten	914.484	30,0%
Sozialistische Volkspartei (SF)	150.985	4.9%
Dän. KP (DKP)	127.952	4,2%
Linkssozial. (VS)	62.806	2,1%
Venstre (Hartl.)	711.939	23,3%
Fortschrittspart. (Glistrup)	414.591	13,6%
		= 78,1%

Die Wahlen haben innerhalb des Lagers der rechtsbürgerlichen Parteien und bei den Arbeiterparteien z.T. beachtliche Stimmenverschiebungen ergeben. Es hat dort eine gewisse Polarisierung eingesetzt, die deutlich im Zusammenhang steht mit der Verschärfung des Klassenkampfes im letzten Jahr. So konnte die Hartling-Partei 20 Mandate hinzugewinnen und nach den Sozialdemokraten zur zweitgrößten Partei vorrücken. Diese Stimmen hat „Venstre" von den kleineren bürgerlichen Parteien und von der „Fortschrittspartei" des faschistoiden Anwalts Morgens Glistrup, die vier Mandate abgeben mußte. Die „Fortschrittspartei" erlebte im Zusammenhang mit der Krisenentwicklung einen enormen Aufstieg zur drittstärksten Partei. Im Mittelpunkt stand dabei eine abgefeimte soziale Demagogie, die sich vor allem gegen die Arbeiterklasse und soziale Zugeständnisse an diese richtet. So forderte Glistrup auf der Welle der Proteste gegen die räuberische kapitalistische Steuerpolitik, daß der „Sozialstaat" abgeschafft werden müsse: keine Sozialleistungen mehr, keinerlei staatliche Versorgung, Abschaffung der Beamten etc. – dann könnten auch die Steuern abgeschafft werden.

Bei zwischen die Fronten geratenen kleinbürgerlichen Schichten und rückständigen Arbeitern hat diese „radikale" Demagogie stark verfangen. Der weitere Aufstieg der faschistischen Demagogen konnte zwar gestoppt und etwas nach unten abgebogen werden, die Gefahr ist aber keineswegs gebannt.

Die Sozialdemokraten blieben die größte Partei Dänemarks. Sie führten den Wahlkampf zwar in wortreicher Abgrenzung zu Hartling, hatten aber gegen das Krisenprogramm nur im Detail etwas einzuwenden. Darüberhinaus propagieren die Sozialdemokraten verstärkt „Mitbestimmungs"projekte, die die Arbeiter stärker an den Kapitalismus binden sollen. So wird, gewissen Plänen der SPD nicht unähnlich, eine Art Vermögensbildungsfond gefordert, in den die Arbeiter einzahlen sollen, um am Kapital „beteiligt" zu werden. In Wahrheit eine Beteiligung an der eigenen Ausbeutung.

Die Linke

Links von den Sozialdemokraten kandidierten drei Parteien (SF, DKP, VS), die zusammen (vergl. Tabelle!) 341.743 Stimmen oder 11,2% erhielten.

Verglichen mit der BRD bedeutet dies eine erheblich größere Anzahl linker Stimmen. Dabei ist die SF allerdings eine linkssozialdemokratische Partei, die z.B. darüber jammert, daß die Arbeiterklasse die Folgen der kapitalistischen Krise *allein* tragen soll.

Die DKP ist nicht nur den Buchstaben nach eine Zwillingsschwester der westdeutschen Revisionisten.

Einen beachtlichen Erfolg errangen die VS, die bei ihrer dritten Wahlbeteiligung erstmals die 2%-Klausel schafften und vier Sitze erhielten. VS war die einzige Partei, die den Wahlkampf auf revolutionärer Grundlage geführt hat.

Das Stimmenverhältnis der Linken zur Sozialdemokratie ist etwa gleichgeblieben. VS hat 18.000 (von Null auf vier Sitze) und DKP 17.000 Stimmen (von sechs auf sieben Sitze)

geblieben. VS hat 18.000 (von Null auf vier Sitze) und DKP 17.000 Stimmen (von sechs auf sieben Sitze)

hinzugewonnen, während SF etwa gleichviel, nämlich 32.000, verloren hat (von elf auf neun Sitze). Wie zu vermuten ist, nach links!

VS hat im Wahlkampf klar gesagt, daß der Kapitalismus nicht durch Parlamentsmehrheiten beseitigt werden kann. So haben Vertreter der VS klärt:

„Wir wollen ins Folketing, um auch hier gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse zu kämpfen, nicht weil wir glauben, den Sozialismus mit dem Stimmzettel erkämpfen zu können. Daß das nicht möglich ist, haben wir aus Chile gelernt."

Im Gegensatz zur Parlamentsarbeit sei die Hauptarbeit in und mit den Arbeitermassen zu leisten.

Verschiedene andere revolutionäre Organisationen hatten zur Wahl einer der linken Parteien aufgerufen. Der „Kommunistisk Forbund" (KF), der in einigen dänischen Städten in der Arbeiterklasse arbeitet, rief dazu auf, je nach örtlichen Gegebenheiten, die Kandidaten von VS, SF oder DKP zu wählen.

Nach der Wahl

Zur Zeit dreht sich in Dänemark noch das Koalitionskarussell. Inzwischen ist mal wieder der Sozialdemokrat Joergensen damit beauftragt, ein Minderheiten-Kabinett zu bilden.

Zuvor hatte sich nicht nur Hartling nach verschiedensten Seiten (Glistrup und Sozialdemokraten) um eine Regierungsbildung bemüht. Er mußte auch mittlerweile ein weiteres Mal zurücktreten. Sein erneuter Folketing-Antrag zur Wirtschafts- und Finanzpolitik wird mehrheitlich abgelehnt und mit der Aufforderung zum Rücktritt verbunden. Kurzfristige Koalitionsbemühungen, die auf eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung zielt, scheitern ebenfalls.

Die Linken Parteien SF, DKP und VS lehnen jede Regierungsbeteiligung ab. Die jetzigen Regierungsparteien Hartlings lehnen zur Zeit ein Zusammengehen mit Glistrup ab.

Wenn jetzt demnach eine Regierung steht, ist zwar zunächst für die Bourgeoisie diese Frage vom Tisch: Aber beileibe noch nicht entschieden ist die Frage, wieweit die Arbeiterklasse es sich gefallen läßt, ihr die Krisenlasten aufzubürden.

Schon gibt es neue Streikkämpfe in einer Reihe von Betrieben. ●

2 Genossen des
KB/Gruppe Flensburg

Zur Politik von VS (Linkssozialisten)

VS hat bei den letzten Wahlen in Dänemark erstmals die 2%-Klausel geschafft (2,1% der Stimmen) und damit 4 Sitze im Folketing gewonnen. VS ist die am weitesten Links stehende Partei im „Spektrum" des Folketing. Sie entstand 1967 aus einer Abspaltung von den „Volkssozialisten" (SF), die ihrerseits 1958 sich von der revisionistischen Partei (DKP) getrennt hatten.

Der italienischen Zeitung „il manifesto" vom 18. Januar entnehmen wir das folgende kurze Gespräch mit einem Vertreter der VS.

Frage: Wie erklärt ihr euch euren Erfolg?

Tatsächlich ist es zu unseren Gunsten ausgeschlagen, daß bei diesen Wahlen die Kommunistische Partei eine sichere Ausgangsposition hatte (und in der Tat 4,2% bekam). Bei den Wahlen vor einem Jahr dagegen war die Angst vor einer Zersplitterung der Stimmen auf der Linken sehr stark und viele Genossen haben sich damals dafür entschieden, die Kommunisten zu wählen, auch wenn sie uns nahestanden. Zum zweiten hat die Radikalisierung des Klassenkampfes dazu geführt, daß eine wachsende Zahl von Genossen in der neoreformistischen Politik der Kommunisten eine tatsächliche Unterordnung unter die Sozialdemokraten erkannt haben. Während der Massendemonstrationen dieses Jahres beschränkten sich die Kommunisten auf die Parole „Weg mit der bürgerlichen Regierung" und forderten die einfache Rückkehr der Sozialdemokraten an die Macht, deren Krise jedoch tief ist und sich mit der allgemeineren Krise des Landes verbindet. Mit anderen Worten: die Kommunisten haben bei den am meisten politisierten Massen und unter den Arbeiteravantgarden an Glaubwürdigkeit verloren. Ein bezeichnendes Beispiel dafür hat es auf der großen Werft in Kopenhagen gegeben, deren Arbeiterschaft immer eine Vorhut-Rolle gespielt hat, ähnlich wie die Fiat-Arbeiter in Italien. Und gerade auf dieser Werft fanden sich kürzlich die kommunistischen Vertrauensleute oder Delegierten in der Minderheit gegenüber den Kollegen der Klassenlinken, die für einen radikalen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung eintraten.

Frage: Wie ist euer Verhältnis zu den anderen Gruppen der revolutionären Linken

Recht gut; der größte Teil von ihnen hat empfohlen, für uns zu stimmen. Das sektiererische Verhalten einiger Gruppen, die ursprünglich innere Strömungen der VS waren, hat spürbar nachgelassen.

Frage: Warum habt ihr zu den Wahlen kandidiert?

Bestimmt nicht, weil wir es für möglich halten würden, die Gesellschaft allein durch die Arbeit im Parlament in sozialistische Richtung zu verändern. Vor allem, um breitere Schichten mit unserer Ansprache zu erreichen (für jemanden, der wie wir keine Tageszeitung hat, ist es sehr wichtig, wenn er fast täglich über Rundfunk und Fernsehen zu hören ist). Zweitens, weil – das verheimlichen wir nicht – für die große Mehrheit der Arbeiter und des Volkes allgemein eine politische Kraft, die den Eintritt ins Parlament geschafft hat, größere Glaubwürdigkeit gewinnt. Aber das wichtigste Ziel unserer Entscheidung ist, die Bewegung und ihre Organisierung an den Arbeitsplätzen voranzutreiben und zu festigen, die reformistischen Parteien unter Druck zu setzen und zu verhindern, daß sie Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien eingehen. In diesem Sinn ist unsere Kampagne dieser Tage gegen die Möglichkeit einer Regierung von Liberalen und Sozialdemokraten zu verstehen. ●

Die dänischen Wahlen zum Folketing
Ergebnisse in Prozent

	1975	1973
Sozialdemokraten	30	25,7
Liberale (Venstre)	23,3	12,3
Fortschrittspartei	13,6	15,9
Radikalliberale	7,1	11,2
Konservative	5,5	9,2
Christliche Volkspartei	5,3	4
Sozialistische Volkspartei	4,9	6
Kommunisten	4,2	3,6
Zentrumsdemokraten	2,2	7,8
Linkssozialisten	2,1	1,5
Rechtsstaatsverband	1,8	2,9

Neue Offensive der spanischen Arbeiterklasse

Die spanische Arbeiterklasse kämpft in den letzten Jahren außer für eine Verbesserung ihrer Löhne und Gehälter immer militanter und geschlossener gegen das Fehlen jeglicher politischer Freiheiten (Streik-, Demonstrations-, Gewerkschaftsfreiheit) im faschistischen Franco-Spanien. Wenn wir im folgenden – mehr beispielhaft als vollständig – von einigen Aktionen der spanischen Arbeiter berichten, sollte man sich immer vor Augen halten, daß alle diese Kämpfe gegen schärfste polizeiliche Repression und unter der Notwendigkeit, sich im Geheimen zu versammeln und zu diskutieren stattfinden, denn in Spanien ist jede selbständige Äußerung der Arbeiter und des Volkes (freie Versammlungen, Demonstrationen usw.) verboten!

Der politische Generalstreik im Baskenland, der seinen Höhepunkt am 11. Dezember 1974 hatte, ist das jüngste Beispiel für das hoch entwickelte politische Bewußtsein der spanischen Arbeiter und großer Teile des Volkes. An diesem Streik beteiligten sich über 200.000 Menschen, das waren etwa 80% der werktätigen Bevölkerung, darunter auch Kleinhändler, Schüler und Studenten (Siehe dazu den Artikel in AK Nr. 54 „Politischer Generalstreik im Baskenland"). Die Forderungen, die von den illegalen Gewerkschaften „Comisiones Obreras" für diesen Generalstreik aufgestellt wurden, belegen den hochpolitischen Charakter dieses Kampfes (siehe Kasten).

Zu Beginn des Jahres '75 haben die Kämpfe – im Zusammenhang mit der Aushandlung neuer „Tarifverträge" zwischen Staat und den faschistischen Syndikaten – weiter zugenommen. Spanische Presseorgane berichten von „bis zu hunderttausenden Streikende pro Woche". Immer mehr Streikkämpfe richten sich auch gegen die Vertretung der Arbeiter durch die faschistischen „Betriebsräte" und fordern Verhandlungen mittels selbst gewählter Vertretungen.

Wir möchten im folgenden an dem Beispiel des Streiks der Kali-Bergarbeiter von Navarra (das Werk liegt wenige Kilometer von Pamplo-
liegt wenige Kilometer von Pamplona entfernt) eine besonders mutige Aktion der spanischen Arbeiter darstellen, die jedoch für viele ähnliche Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten, mit Polizei und Militär steht.

Der Streik der Arbeiter von „Potasas de Navarra" (dem Kali-Bergwerk) begann Ende November '74 und endete in den letzten Januartagen '75 – vorläufig! „Potasas de Navarra" steht im Ruf der „konfliktreichste" Betrieb der ganzen Region zu sein – wobei die ganze Industriezone von Navarra seit Jahren eine Tradition hochentwickelter Arbeitskämpfe aufweist, die selbst in Spanien kaum eine Parallele findet: mehrere Generalstreiks innerhalb von drei Jahren!

Bei Potasas de Navarra „bestrafte" die Geschäftsleitung schon 1971 zehn Arbeiter mit Kündigung, wegen führender Beteiligung an einem Streik; 1973/74 wurden nochmal vier Arbeiter aus demselben Grund gekündigt. Wie aus dem weiter unten abgedruckten Brief der Arbeiter von „Potasas de Navarra" hervorgeht, haben diese ihre gekündigten Kollegen nicht vergessen und kämpften auch bei ihrem jüngsten Streik für deren Wiedereinstellung!

Im Feburar '74 hatten sich schon einmal 287 Arbeiter, um ihren Streikforderungen Nachdruck zu verleihen, drei Tage lang in einem Stollen eingeschlossen. Seit Oktober/November des vergangenen Jahres wurde auf geheimen Versammlungen der Arbeiter sowie in den Comisiones Obreras wieder ein Streik vorbereitet.

Von den Gründen für diesen Streik, von seinen Forderungen und von seinem Verlauf bis zum 15. Januar 75 legt der folgende Brief, den die Arbeiter von „Potasas de Navarra" selbst geschrieben haben, am besten Zeugnis ab. Dieser Brief, den wir ungekürzt wiedergeben, war ursprünglich an die Kali-Bergarbeiter im Elsaß mit der Bitte um solidarische Unterstützung gerichtet. Der Brief wurde jedoch auch an andere spanische Arbeiterorganisationen geschickt; die Redaktion des ARBEITERKAMPF erhielt ihn von den Comisiones Obreras, Hamburg.

Brief der Kalibergarbeiter aus den Kali-Minen von Navarra, Spanien

Kollegen! Wir, die Arbeiter in den Kali-Minen „Potasas de Navarra" wenden uns an Euch mit diesem Brief, um Euch unsere Probleme, unseren Streik und unsere Lage zu erklären, damit Ihr sie kennt und sie bekanntgeben könnt, und damit Ihr uns im Rahmen Eurer Möglichkeiten helfen könnt, die immer größer sind als unsere eigenen, im Kampf gegen den gemeinsamen Feind: das Großkapital.

Damit Ihr Euch eine einigermassen klare Vorstellung von unserer Lage macht, werden wir Euch die wichtigsten Tatsachen sowie unsere Arbeitsbedingungen darstellen.

Im Prinzip arbeiten wir immer noch nicht unter 48 Stunden pro Woche, in drei Schichten, wobei Samstags nachmittags und nachts inbegriffen sind, und das alles für ein monatliches Durchschnittsgehalt von rund 18.000 Peseten (ca. 750,- DM) bei den Grubenarbeitern und rund 16.000 Peseten (ca. 670,- DM) bei den Kollegen, die über Tage arbeiten.

Wenn wir wegen einer gewöhnlichen oder arbeitsbedingten Krankheit, eines Arbeitsunfalls oder wegen eines Familienurlaubs gezwungen sind, von der Arbeit fernzubleiben, werden unsere Löhne beträchtlich verringert, und zwar bis fast zur Hälfte der normalen Bezüge. Wenn der Unfall so schwer ist, daß man mehr als 18 Monate fernbleibt, wird man von der Geschäftsleitung aus der Liste der Betriebsangehörigen gestrichen und dem Schutz der „Seguridad Social" (fast die Wohlfahrt) unterstellt, was eine weitere Verringerung des Einkommens mit sich bringt. Wenn der betreffende Arbeiter dann von den Gesundheitsbehörden wieder gesundgeschrieben oder wegen nachbleibender Schäden für bedingt arbeitsfähig erklärt wird, so muß er, um überhaupt wieder in seinem Betrieb angestellt zu werden, sich an das Arbeitsgericht (ein Organ der Franco-Diktatur) wenden. Gewinnt er den Prozeß, wird er wieder eingestellt, aber als Anfänger, und dabei verliert er sämtliche schon erworbene Rechte, wie zum Beispiel fachliche Einstufung, Zulagen für lange Betriebszugehörigkeit, einen Teil der Betriebsprämie usw.

Es kommt oft vor, daß ein Geselle der Stämmer, der mehr als zehn Jahre hintereinander unter Tage gearbeitet hat und infolge eines Unfalles einen bleibenden Schaden davonträgt, von seinem gewöhnlichen Arbeitsplatz abgezogen und als Hilfsarbeiter einem anderen Posten, entweder in der Grube oder über Tage, zugewiesen wird (Hilfsarbeiter = niedrigste Lohngruppe in Spanien), womit sich große wirtschaftliche Einbußen verbinden.

Alles dieses, und die Tatsache, daß es keine Sicherheit in den Gruben gibt und daß wir seit fast 40 Jahren der Freiheit und der Menschenrechte beraubt sind, hat uns Arbeiter dazu gebracht, daß wir uns in Comisiones Obreras organisieren (diese waren stets illegal, ihre Vorkämpfer ständig verfolgt und ihre Führer bis zu 20 Jahren eingesperrt), zur Verteidigung unserer Klasseninteressen und zum Aufbau des Kampfes gegen die Unternehmer.

Auf den Aufruf der Comisiones Obreras hin fanden im Oktober sowohl auf dem Lande als auch in den Industriezentren mehrere Versammlungen (ständig verfolgt und bedroht) statt, in denen sich die Gesamtheit der Arbeiter dafür aussprach, an den Betrieb die folgenden Forderungen zu stellen: eine gleichmäßige jährliche Anhebung für alle um 70.000 Peseten (ca. 2.940 DM), etwa 100 Peseten (4,20 DM) für die Grubenarbeiter, Abschaffung der Nachmittags- und Nachschichten am Samstag, Wiedereinstellung aller behinderten Arbeiter (die vorher genannten Fälle) mit allen ihren Rechten und fachlichen Einstufungen, sofortige Wiedereinstellung aller Kollegen, die wegen Arbeits- oder Gewerkschaftskonflikten entlassen worden sind (zehn im Jahre 1971 und vier im Jahre 1974), sowie das Recht auf Versammlung. Um auf diese Forderungen zu antworten, setzten wir den Unternehmen ein Ultimatum zum 20. November. Die Frist lief ab und die Geschäftsleitung antwortete überhaupt nicht auf die von uns gestellten Forderungen. Deswegen beschlossen wir Arbeiter in einer Versammlung den Streik, als einziges Mittel, um das zu erreichen, was wir uns vorgenommen hatten. Dies war um so notwendiger in Anbetracht der himmelschreienden Preissteigerungen der notwendigsten Güter, die 1974 in Spanien etwa 40% betrugen.

Den Streik müssen wir durchhalten, ohne daß uns irgendeine Organisation oder Institution verteidigt; wir haben nur unsere Einheit. Doch um diese Einheit zu schaffen, brauchen wir die Versammlungen. Da aber diese Versammlungen verboten sind, sind wir immer gezwungen, sie auf dem Lande abzuhalten, bei Kälte und Regen und mit sehr wenig Zeit, denn nach fünf oder zehn Minuten, manchmal sogar schon vor ihrem Beginn, werden sie von der Guardia Civil oder von der Policia Armada aufgelöst. Oft stürzen sie sich auf uns, und es kommt zu Verletzungen und Gefangennahmen. Nach Folterungen und Schlägen in den Polizeikommissariaten und Kasernen der Guardia Civil werden die Festgenommenen ins Gefängnis gebracht oder mit Geldstrafen bestraft. So mußten wir aus unserer eigenen Tasche Geldstrafen bis zu 100.000 Peseten bezahlen (ca. 4.200,- DM), wie es in den vergangenen Wochen vielen Arbeitern bei Authi (Morris) ergangen ist, die sich des schweren „Verbrechens" schuldig gemacht hatten, sich zu versammeln oder auf der Straße zu demonstrieren.

Unsere Vorkämpfer der Comisiones Obreras und Arbeiterführer sind mehrmals verhaftet worden, und besonders in dieser Kampfperiode müssen sie sich getrennt von ihren Familien, fern von ihren Wohnungen und versteckt halten, als ob sie gewöhnliche Räuber oder Mörder wären.

Nach einem Monat Streik gesteht uns das Unternehmen eine jährliche Anhebung von 50.000 Peseten zu (2,100,- DM), die wir aber nicht bekommen bei Krankheit, Unfall und Urlaub, und die von der Anwesenheit und von der gewöhnlichen, vom Betrieb aufgezwungenen Leistung abhängen. Die restlichen Forderungen wurden abgelehnt. Bei solchem Zynismus seitens der Geschäftsleitung wurde unser Streikwille keineswegs geschwächt, sondern er setzte sich fort. So kam der 2. Januar, an dem das Unternehmen



Baskische Freiheitskämpfer

die ganze Belegschaft aussperrte bis zum 2. März. Nach Abwägung der Schwere dieser Bestrafung beschlossen wir Bergarbeiter, uns solange in der Grube einzuschließen, bis das Unternehmen alle unsere Forderungen erfüllt und die mit der aktuellen Lage begründete Drohung mit 59 Entlassungen zurücknimmt.

Die Einschließung im Inneren der *Grube begann am 7. um 1 Uhr mit-*
Grube begann am 7. um 1 Uhr mittags, heimlich, in Straßenkleidung, mit einigen Decken und wenigen Lampen und Nahrungsmitteln. Sobald dies in der Stadt bekannt wurde, umzingelte die Guardia Civil sämtliche Eingänge des Bergwerks und verhinderte jegliche Kontaktaufnahme mit den Eingeschlossenen und schnitt damit eine mögliche Zufuhr von Wasser und Nahrungsmitteln ab. Am 6. Tag der Einschließung gelang es einem der Eingeschlossenen, die Bewachung durch die Guardia Civil zu überlisten. Er teilte uns mit, daß sie seit dem Vortage weder Nahrung noch Wasser für einen Tag mehr hatten, daß einer der Bergarbeiter schwer krank war und mehrere andere hysterische Anfälle hatten und daß sie das Bewußtsein für Zeit und Schwere total verloren hatten. Unverzüglich wurde das Internationale Rote Kreuz verständigt, damit man einen Arzt in die Grube hinunterschickte, doch dies wurde vom Gobierno Civil verboten (Innenbehörde); es wurde nicht einmal gestattet, Medizin für die Eingeschlossenen hinunterzulassen.

Als Antwort darauf versammelten wir uns, etwa 7.000 Personen, am 7. Tage der Einschließung am Eingang der Grube, mit dem Ziel, einen Kontakt mit den Eingeschlossenen aufzunehmen. Die Guardia Civil und die Policia Armada verhinderten das. Sie schossen mit ihren Maschinengewehren wiederholt in die dort versammelte Menge (darunter Frauen und Kinder), das Volk aber ließ sich nicht abschrecken, sondern blieb unerschütterlich und hielt das Feuer, die Gase und die Schläge der Polizei aus. Sie brachten sogar noch den Mut auf, die Polizisten unbewaffnet anzugreifen. Aber angesichts der Übermacht der von der Polizei entfalteten Gewalt beschlossen sie, in die Stadt zurückzukehren und den Generalstreik für den folgenden Tag, den 14.1. auszurufen.

Alsbald verbreitete man auf der Straße, in den Kneipen und Fabriken was im Bergwerk passiert war und heute ist in der Industrie und in zahllosen Kneipen und Läden die Arbeit niedergelegt, aus Solidarität und Unterstützung für die eingeschlossenen Bergarbeiter, auf die die Regierung mit Festnahme und Verbannung wartet, wenn sie herauskommen oder auf Bahren herausgetragen werden (falls sie noch nicht tot sind). Der Zorn des Volkes ist riesig, besonders nach der erneuten Weigerung, einen Arzt hinunterzulassen, und angesichts der Bilanz der kriminellen Aggression der Polizei (vier mit schweren und viele andere mit leichten Verletzungen).

Die eingeschlossenen Kollegen sind noch in der gleichen Situation, im Hungerstreik und manche schwer krank. Es ist unbeschreiblich, wie in der Stadt gekämpft wird, aber sie ist von der Polizei praktisch besetzt, die überall angreift und verhaftet.

In unserer vom Faschismus beherrschten Lage können wir nicht mehr tun, um die Unterdrückung und die Ungerechtigkeit, die gegen uns alle verübt wird, zu verhindern. Deshalb richten wir an Euch, proletarische Brüder, diesen Hilferuf voller Besorgnis und trotzdem optimistisch. Ihr könnt uns Hilfe leisten, indem Ihr unsere Lage bekanntgebt, und besonders die unserer Kollegen, eingeschlossen seit neun Tagen ohne Nahrung, ohne Wasser, isoliert und mitten in der Kälte und Feuchtigkeit.

Hilfe könnt Ihr uns auch leisten, indem Ihr verhindert, daß Kali aus dem Elsaß nach Navarra gelangt. Dann wenn das passiert, sind unser ganzer Streik und alle unsere Opfer umsonst gewesen. Auch finanzielle Hilfe wird dringend nötig sein, um einen so langen und so verfolgten Streik durchhalten zu können. Klagt immer wieder den Faschismus an, unter dem wir leiden, und, wenn es möglich ist, teilt uns mit, welche Berufskrankheiten Ihr in Eurer Arbeit und in Euren *Gewerkschaften herausgefunden habt,*
Gewerkschaften herausgefunden habt, denn in Spanien wird keine einzige Krankheit anerkannt, die mit den Kali-Bergwerken zusammenhängt.

Seid herzlich gegrüßt von Euren Brüdern aus „Potasas de Navarra"

Pamplona, am 15. Januar 1975"

Die folgende Darstellung der Solidaritätsaktionen der Arbeiter und großer Teile der Bevölkerung von Pamplona entnehmen wir im wesentlichen der kommunistischen Zeitung „En lucha" der O.R.T. (Organizacion Revolucionaria de Trabajadores vom 22. Januar 75). Diese Organisation war an der Organisierung des Generalstriks ind Euzkadi (Baskenland) und auch an den folgenden Aktionen in Navarra führend beteiligt.

Am Tag, nachdem sich die 45 Minenarbeiter unter Einsatz von Leben und Gesundheit eingeschlossen hatten, versammelten sich etwa 300 ihrer Kollegen am Eingang der Mine. Ihnen wurde von starken Einheiten der Guardia Civil (= bewaffnete Polizei) der Weg versperrt und sie wurden auseinandergetrieben. Am selben Tag versammelten sich noch mal rd. 800 Arbeiter vor den Geschäftsräumen des Unternehmens. Als sie anfingen, mit Steinen die Fenster zu bewerfen, gab die Guardia Civil ohne Vorwarnung ein paar hundert Schuß ab, allerdings ohne jemand zu treffen. Dem Direktor von „Potasas de Navarra", der seine Familie vorsorglich aus Pamplona evakuiert hatte, galt dann die folgende Demonstration. Auch zu seiner Wohnung auf dem Paseo de Valencia flogen reich-

In den drei folgenden Tagen fanden mehrere Versammlungen in der Arbeitersiedlung von „Potasas" statt. Die Einheiten der Guardia Civil wurden weiter verstärkt. Am 11.1. gelang es einem Arbeiter im Schutz der Dunkelheit, die Patrouillen vor dem Mineneingang zu täuschen und nach einem kurzen Handgemenge ins Innere der Mine vorzudringen, um mit den Eingeschlossenen Kontakt aufzunehmen und ihnen Nachrichten vom Kampf draußen zu bringen.

Alle Zufahrtswege und alle Eingänge des Bergwerkes waren von der Guardia Civil hermetisch abgeriegelt. Deshalb beschloß die Arbeiterversammlung von „Potasas" am 13. Januar, 4 km von der Mine entfernt auf freiem Feld eine große Versammlung zusammenzurufen und sich dann geschlossen der Mine zu nähern. Die Comisiones Obreras, die Stadtteil-Comisiones und die Studenten-Komitees begrüßten diese Idee und mo-

➡

Das Kampfprogramm der baskischen Arbeiter

Das waren die Forderungen des Koordinationskomitees der „Comisiones Obreras" von Guipuzcoa für den politischen Generalstreik der 200.000 in Euskadi (Baskenland) am 11. Dezember 74

„GEGEN DIE VERTEUERUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN UND GEGEN DIE KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG

- *5.000 Pesetas Lohnerhöhung für alle;*
- *Soziale Sicherheit und Lohnsteuer zu Lasten der Betriebe;*
- *100 % Lohnfortzahlung im Fall von Krankheit, Unfall oder Ruhestand;*
- *Eintreten in den Ruhestand mit 60 Jahren bei vollem Lohnausgleich und Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten;*
- *Für die 40-Stundenwoche;*
- *Nein zum befristeten Arbeitsvertrag; nach 15 Tagen Stammarbeiter.*

GEGEN DEN FASCHISMUS, FÜR DIE DEMOKRATISCHEN FREIHEITEN

- *Für die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, für das Demonstrations- und Streikrecht;*
- *Für das Recht auf Selbstbestimmung des Baskenlandes und aller Nationalitäten Spaniens.*
- *Für das Recht dieser Völker, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen;*
- *Für die Freiheit der politischen Gefangenen, für die Amnestie. Nur unser starker und vereinter Kampf kann diese tapferen Kämpfer der Arbeiterklasse und des Volkes aus den Klauen des Faschismus reißen und die Rückkehr der Exilierten nach Hause erreichen.*

GEGEN DIE SYSTEMATISCHE REPRESSION, MORDE, FOLTERUNGEN, EINSPERRUNGEN

- *Für die sofortige Auflösung der Guardia Civil, der bewaffneten Polizei, der politischen Geheimpolizei und der faschistischen Tribunale;*
- *Fordern wir öffentliche und beispielhafte Bestrafung der faschistischen Anführer."*

(Zitiert nach der Dokumentation „Der Generalstreik im Baskenland" des Movimiento Comunista de España (MCE))

Wir verweisen an dieser Stelle auch auf eine Dokumentation über den „Generalstreik im Baskenland", die von der spanischen „Organizacion Revolucionaria de Trabajadores" (O.R.T.) (in spanischer und deutscher Sprache) herausgegeben wurde. (Sie kann im ARBEITERBUCH bestellt werden). ●

Spanien-/Portugal-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Fortsetzung Neue Offensive...

bilisierten dafür. Am 14.1. fanden sich nochmals mehr als 7.000 Menschen zusammen, auch Frauen und Kinder. Sie demonstrierten geschlossen bis etwa 300 m vor der Mine, wo sie von einem Sperring von 300 „Grauen" (so werden die Bullen der Guardia Civil genannt) erwartet werden. Dahinter noch mal 300 „Graue" mit Gewehren. Die Demonstranten setzten sich hin. Die Guardia Civil verlangte eine Delegation, die das Anliegen der Demonstranten bekanntgeben sollte. Als zwei Arbeiter vortraten, fingen die Bullen ohne Vorwarnung an mit Gummipatronen und Tränengasgranaten in die Menge zu schießen. Diese wich nicht zurück, die Bullen fingen an zu knüppeln. Es gab drei Verletzte. Als sich die Demonstranten nach diesem Überfall wieder versammelten, beschlossen sie, in die Stadt (Pamplona) zu demonstrieren und dort überall für einen Generalstreik zu agitieren. Schon auf dem Weg dorthin veranlaßten sie einige Läden und Fabriken die Schotten dicht zu machen. Als sich ihnen in Pamplona gepanzerte Bullenwagen entgegenstellten, lösten sie sich in kleine Gruppen auf und zogen stundenlang durch die Stadt bis alle Bescheid wußten. In dieser Nacht kam es zu vielen Barrikadenkämpfen mit der Polizei, zu Verhaftungen und Verfolgungen.

Am Tag darauf war der Generalstreik Wirklichkeit! Kleinbetriebe und auch viele kleine Ladenbesitzer schlossen sich im Laufe des Tages an. Insgesamt streikten über 20.000 Werktätige! Überall wurden Barrikaden errichtet, immer mehr Polizeieinheiten besetzten die Stadt. Am wildesten ging es bei Super-Ser und bei Papelera zu. Dort machten sich die Arbeiter auf dem Dach der Fabrik eine Art Festung und bewarfen die Guardia Civil drei Stunden lang mit Ziegelsteinen, Flaschen usw.

Im abgehörten Polizeifunk entnahmen spanische Genossen die Meldung: „Wir finden keinen Schußwinkel, die kochen uns hier ab..." Schließlich konnten alle Arbeiter über ein nahegelegenes Feld entwischen.

Eine Gruppe von Demonstranten kaperte einen Zeitungswagen und verbrannte die ganzen Zeitungen aus Protest gegen die schweinische Berichterstattung über die Aktionen der Arbeiter von Pamplona.

Am 16. kam ein Arbeiter von den Eingeschlossenen heraus. Er hatte eine akute Infektion, weil er vergiftetes Wasser getrunken hat. Es wurde bekannt, daß alle Eingeschlossenen sich an diesem Wasser vergiftet hatten! Es hieß, daß die Eingeschlossenen am nächsten Tag rauskommen wollten. Endlich erlaubten die faschistischen Behörden, daß ein Arzt und ein Vertreter der Arbeiter in die Mine durften.

Die Eingeschlossenen stellten jedoch folgende Forderungen:

▷ Wiedereinstellung aller 1.500 Arbeiter, die bis dahin in verschiedenen Betrieben Pamplonas gekündigt worden waren;

▷ Annahme der Forderungen der Arbeiter von „Potasas";

▷ Garantie, daß keiner der Eingeschlossenen polizeilicher Verfolgung ausgesetzt werde.

Es begannen Verhandlungen und ein verwirrendes Hin und Her von Zusagen und Absagen aus dem Innenministerium in Madrid. Weil offenbar viele Menschen auf einen Erfolg dieser Verhandlungen hofften, ließen die Aktionen etwas nach. Am 16. begannen 16 Priester und etwa 100 Genossen und Kollegen aus ganz Navarra einen Hungerstreik zur Unterstützung der Eingeschlossenen. Aber zu einer Versammlung in der Arbeitersiedlung von „Potasas" am 19. kamen nur noch wenige Menschen (im Vergleich mit früheren Versammlungen).

Am 21. Januar um 16 Uhr beenden die Eingeschlossenen ihren entbehrungsreichen Streik in Dunkelheit, Nässe, völlig entkräftet. Sie wurden sofort ins Polizeihauptquartier, später allerdings nach Hause gebracht. Ihre Forderungen wurden bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfüllt. Uns ist auch nicht bekannt, daß dies inzwischen geschehen wäre.

Der Streik der Kali-Bergarbeiter von Navarra zeigt neben der eindeutigen Stärke und zunehmenden Einheit des Kampfes auch noch eine gewisse Schwäche: der Kampf hat noch nicht die Stufe erreicht, wo es gelingen könnte, die faschistische Staatsmacht punktuell zu durchbrechen. Das heißt Formen des bewaffneten Kampfes sind noch kaum entwickelt. Obgleich die politischen Forderungen, die generell bei Streiks erhoben werden, immer bewußter werden, können gerade solche zentralen Forderungen wie die nach Freiheit für alle politischen Gefangenen oder nach Wiedereinstellung wegen gewerkschaftlicher „Delikte" entlassener Kollegen bisher nicht oder kaum durchgesetzt werden. Das Kräfteverhältnis wird jedoch von Aktion zu Aktion günstiger für das spanische Volk und die Arbeiterklasse! ●

Spanien/Portugal-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Wer demonstriert, kommt ohne Urteil ins Gefängnis

Freiheit für Spaniens Gewerkschafter!

Revisionsverfahren gegen zehn spanische Arbeiterführer



Die zehn angeklagten spanischen Arbeiter

Unter dem Stichwort „Prozeß 1001" waren im Dezember 1973 zehn Mitglieder der Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen, die illegale spanische Gewerkschaft) – unter ihnen der bekannteste spanische Arbeiterführer Marcelino Camacho – in einem politischen Terrorprozeß zu insgesamt 162 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die Anklage hatte ihnen „*illegale Vereinigung im Rang von Führern der sogenannten Comisiones Obreras*" vorgeworfen und sie ohne den Schein einer konkreten Beweisführung und allein aufgrund ihrer „illegalen" gewerkschaftlichen Tätigkeit verurteilt.

Die Anwälte der inhaftierten Arbeiterführer setzten nun ein Revisionsverfahren durch. Sie werfen den Richtern des „Sondergerichts für Öffentliche Ordnung" „*Formfehler*" und „*Verstöße gegen das Gesetz*" vor.

Konkret zählen zu diesen „Formfehlern" des damaligen Prozesses, daß

▷ die Entlastungsbeweise und -zeugen vom Gericht in der mündlichen Verhandlung gar nicht erst angehört wurden,

▷ die Anwälte vom Prozeßbeginn erst zehn Tage vorher erfuhren,

▷ den Anwälten nicht erlaubt wurde, die Polizisten zu befragen, die die Verhaftung der zehn Arbeiter vorgenommen hatten,

▷ letztlich keinerlei konkrete Beweise erbracht wurden, außer der Erklärung des Gerichts, daß die Comisiones Obreras „subversiv und militant" seien.

Für alle Beteiligten ist es natürlich klar, daß es hier nicht um „Formverstöße" geht, sondern um ein erneutes Kräftemessen zwischen der spanischen illegalen Opposition, an deren Spitze eine immer militantere Arbeiterklasse kämpft, und auf der anderen Seite dem alten faschistischen Machtgefüge.

Die Comisiones Obreras haben allein in Madrid etwa 100.000 Arbeiter und Angestellte mobilisiert, die durch Streiks, Demonstrationen etc. ihre Solidarität mit den zehn Arbeiterführern bekunden („FAZ", 13.2.74). Auch im übrigen Spanien fanden Solidaritätskundgebungen und Streiks statt. Arbeiter blockierten in ihren Wohnvierteln den Verkehr, Schulen mußten geschlossen werden, weil sich die Schüler weigerten, am Unterricht teilzunehmen, auch die Fakultäten vieler Universitäten blieben geschlossen.

Der Berufungsprozeß begann am 11.2.75 unter stärksten „Sicherheitsvorkehrungen". Das ganze Viertel, in dem sich das Gerichtsgebäude befindet, wurde von der Guardia Civil umstellt. Die höchsten Beamten der berüchtigten „Sozialbrigade" (Politische Polizei) kontrollierten höchstpersönlich die Ausweise der Journalisten und Anwälte. Ausweise von umherstehenden Spaniern wurden einfach eingezogen. Im Gerichtssaal selber waren außer den Familienangehörigen der Angeklagten (die selbst nicht teilnehmen) eine starke Gruppe von Rechtsradikalen, unter ihnen Mitglieder der faschistischen Schlägertruppe „Christkönigskrieger" (!), bereit, bei „Zwischenfällen" einzugreifen und, wie es heißt, um sich die „*Anwälte einmal von Nahem anzusehen*" („FAZ", 12.2.75).

Fast alle westeuropäischen Staaten haben „Prozeßbeobachter" geschickt, wie dies üblich ist bei Prozessen, die einen so eindeutig terroristischen Charakter und so viel „Staub" in dem betreffenden Land aufgewirbelt haben.

Die meisten italienischen Parteien, sogar die italienische Christdemokratie haben Beobachter geschickt, ebenso der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in Brüssel, sowie die Internationale Juristenkommission von Genf. Zwei ausländische Beobachter, ein Mitglied des Stadtrates von New York (!) und der Bürgermeister einer französischen Stadt wurden zum Prozeß nicht reingelassen („FAZ", 12.2.75).

Bei einem Treffen von Vertretern der gesamten spanischen Opposition mit den internationalen „Beobachtern" in einem Madrider Restaurant nach dem ersten Prozeßtag wurde „von den Spaniern aller Parteien (...) bedauert, daß aus der Bundesrepublik Deutschland weder der Deutsche Gewerkschaftsbund noch irgendeine politische Organisation Beobachter entsandt hatte"!, wie das die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in der ihr eigenen Vornehmheit auszudrücken beliebt. Tatsächlich ist das demonstrative Fernbleiben von DGB und SPD nur als offene Brüskierung der gesamten spanischen Opposition und ausdrückliche Solidaritätsbekundung mit dem faschistischen spanischen Regime und Ermunterung seiner Terrorjustiz zu verstehen und wurde in Spanien auch so verstanden!

Man vergleiche dieses „saubere" Verhalten der deutschen Sozialdemokraten mit ihrem Trauerrummel um den zweithöchsten Würdenträger Spaniens, den Arbeiterschlächter Carrero Blanco, der im Dezember 1973 von einem Kommando der baskischen Widerstandsorganisation ETA samt Wagen in die Luft gesprengt wurde. Damals schickte die SPD-Bundesregierung nicht nur einen dicken Kranz, sondern auch hohe Trauergäste zur Beerdigung. SPD-Boß Brandt hatte nichts Eiligeres zu tun, als der „trauernden Witwe" Blancos seine „Erschütterung" über den Tod ihres Mannes in einem Telegramm auszudrücken.

Möge das „Hamburger Straßentheater" recht behalten, das anläßlich der Hinrichtung Carrero Blancos ein Lied dichtete u. a. mit folgender Strophe:

„Und so trauert an Carreros Grab
die ganze Bande, Gyzikis, Nixon,
Pinochet und – Willy Brandt.
Und auf den Kränzen stand:
Hier ruht Carrero Blanco, er ist nicht
vergessen, er ging nur voran, ging
uns nur voran ..."

Der Berufungsprozeß gegen die zehn spanischen Arbeiterführer soll etwa eine Woche dauern. Mit dem endgültigen Urteil ist also um den 20. Februar zu rechnen.

Freiheit für die zehn Arbeiter des „Prozeß 1001"!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Spanien! ●

Spanien-/Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Streiks und Demonstrationen in allen spanischen Regionen!

16. Januar:

Bei Hispano Olivetti wurden 2650 Arbeiter auf unbefristete Zeit ausgesperrt. Die Guardia Civil ging mit Tränengas und Gummigeschossen gegen eine Protestdemonstration der Arbeiter von Hispano-Olivetti vor.

In Bilbao streikten fast 5.000 Arbeiter der Hochofenwerke, sie wurden ausgesperrt.

Das zum ITT-Konzern gehörende Citesa-Werk in Madrid hat 475 von 1000 Arbeitern wegen vorausgegangener Streiks entlassen. Die anderen Arbeiter sind weiter im Ausstand und fordern die Wiedereinstellung ihrer Kollegen!

In Valladolid wurden 11 Personen, darunter 2 Ärzte und 2 Hochschulprofessoren verhaftet, die angeblich mit der PC(i) (Partido Comunista-international) einen größeren Streik in der Stadt für den 20. Januar vorbereitet haben sollen (nach „Süddeutsche Zeitung", 17.1.75).

21. Januar:

Die Guardia Civil erschießt einen Genossen (wahrscheinlich von der PC(I)), während dieser Flugblätter zur Unterstützung des Streiks der

Forts. Seite 12

Forts. Streiks ...

Kalibergarbeiter von Navarra verteilte! Daraufhin kommt es zu heftigen Demonstrationen und Auseinandersetzungen von über 7000 Menschen mit der Polizei aus Protest gegen diesen erneuten Mord an einem antifaschistischen Kämpfer.

28. Januar:
Unter dem Vorwurf, sich mit den streikenden Bergleuten von Navarra solidarisch erklärt zu haben, verhaftete die faschistische Polizei 4 Priester aus dem Gebiet Pamplona.

In der Woche vom 27.1. – 2.2. streikten 10.000 Metallarbeiter in Zaragoza; es wurde zum Generalstreik aufgerufen in dieser Region;

- ▷ 12.000 Arbeiter traten in Bilbao in Streik; viele Kollegen wurden entlassen
- ▷ 30.000 Arbeiter streiken in Barcelona
- ▷ 4.500 Astano-Arbeiter (Werft) streikten in El Ferrol
- ▷ 500 streikten in Lérida
- ▷ 3.500 Raffinerie-Arbeiter streikten in Tarragona
- ▷ ca. 5.000 Arbeiter aus Fabriken und Bergwerken streikten in Asturien
- ▷ Streik der Winzer von Jeréz
- ▷ Demonstration der Arbeitslosen in Lebrija
- ▷ In Madrid streikt immer noch fast die gesamte Belegschaft von Citesa-ITT
- ▷ In Valencia gab es Arbeitsniederlegungen bei den Hochofenwerken

Diese Bewegung erfaßt inzwischen auch immer weitere Kreise des Kleinbürgertums. Nach Meldungen der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 6.2. und 10.2. befinden sich nicht nur Arbeiter, sondern auch die Markthändler, die Schauspieler, Studenten und sogar die Beamten aus fünf Ministerien im Streik. Auch im Bank- und Versicherungswesen gärt es. Bei den Taxifahrern und Lehrern ist es in den vergangenen Wochen wiederholt zu Protestaktionen gekommen. In all diesen kleinbürgerlichen Bereichen sind die Gründe für die Streiks – ebenso wie bei den Arbeitern – wirtschaftlicher und politischer Natur. Die Schauspieler streiken zur Zeit – nach Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen – weiter für eine freigewählte Vertretung außerhalb der staatlichen Zwangsgewerkschaft. Mehrere Schauspieler wurden von der spanischen Polizei mit der irren Beschuldigung verhaftet, an dem Bombenattentat auf ein Madrider Café im September letzten Jahres beteiligt gewesen zu sein!

Am 8. Februar unterschrieben etwa 80 % der Rundfunk- und Fernsehangestellten eine Erklärung, wonach sie keine Programme mehr gestalten bzw. senden wollen, bis der Konflikt mit den Schauspielern zu deren Zufriedenheit geregelt ist („Le Monde", 11.2.75).
wa 80 % der Rundfunk- und Fernsehangestellten eine Erklärung, wonach sie keine Programme mehr gestalten bzw. senden wollen, bis der Konflikt mit den Schauspielern zu deren Zufriedenheit geregelt ist („Le Monde", 11.2.75).

Die Universität von Valladolid wurde für das gesamte Studienjahr geschlossen, weil die Studenten mehrere militante Aktionen gegen ihren rechtsradikalen Rektor unternommen hatten, bei denen dieser Verletzungen „erlitt". Die Studenten verlieren dadurch das ganze Studienjahr sowie ihre bezahlte Studiengebühr. Auch in anderen Universitäten wurden mehrere Fakultäten geschlossen.

Angesichts dieser Lage, spricht die faschistische Regierung von einer „politischen Herausforderung". Sie hält es allerdings „im Augenblick (noch?) nicht für notwendig, den Ausnahmezustand zu erklären" („FAZ", 10.2.75); dieser Hinweis auf den Ausnahmezustand (d. h. auf die totale Polizeiwillkür, Verhaftungs- und Tötungsvollmachten) muß als massive Drohung gegen die Arbeiterklasse und das spanische Volk verstanden werden.

Das spanische Volk braucht in seinem schweren, aber mutigen und entschlossenen Kampf gegen die faschistische Diktatur die internationale Solidarität aller fortschrittlichen Menschen, besonders in einer Situation wie der jetzigen, wo der Kampf einen neuen Aufschwung genommen hat.

Zur weiteren Einschätzung der Lage in Spanien, vor allem der Differenzen innerhalb der Bourgeoisie über die Methoden ihrer Herrschaftssicherung, verweisen wir auf folgende Artikel in unseren Publikationen:

- ○ „Gefahr eines blutigen Staatsstreiches gegen das Volk" in: DIE INTERNATIONALE, Nr. 8;
- ○ „'Portugiesische Wende', auch in Spanien? ", in ARBEITERKAMPF, Nr. 48. ●

Spanien-/Portugal-Kommission,
KB / Gruppe Hamburg

Wahlen in Thailand

Für die Bevölkerung bleibt alles beim alten



Während der Unruhen im Oktober 1973 steckten oppositionelle Studenten in Bangkok Regierungs- und Polizeigebäude in Brand.



Das Militär reagierte '73 mit Panzereinsatz. Mehrere 100 Menschen wurden erschossen.

Am 26.Januar haben in Thailand Parlamentswahlen stattgefunden. Damit hat Regierungschef Thammasak eins seiner Versprechen im Anschluß an die Massenkämpfe im Oktober 1973 erfüllt.

Verändert haben die Wahlen allerdings nichts. Seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932 entfallen 34 Jahre auf vier Militärdiktaturen, sieben Jahre auf sechs kurze Zivilregierungen. Die Verfassung wurde in dieser Zeit zehnmal gewechselt – von den neun Wahlen waren etliche gefälscht. Thailand wird nach wie vor direkt vom US-Imperialismus unterdrückt. Bangkok, die Hauptstadt, ist der Sitz der Seato, die 1954 gegründet wurde, um gegen kommunistische und fortschrittliche Befreiungsbewegungen zu kämpfen. Der US-Imperialismus hat riesige Flugzeugstützpunkte für den Krieg gegen Indochina eingerichtet; von hier aus wurden die Angriffe gegen Laos und Nordvietnam geflogen, der kambodschanische US-Lakai Lon Nol wird zur Zeit von hier aus unterstützt, thailändische Söldnerheere kämpften auf der Seite der US-Imperialisten in Indochina.

Im Oktober 1973 zwangen Massendemonstrationen und Straßenkämpfe, weitgehend unter der Führung der kleinbürgerlichen Intelligenz und buddhistischen Mönche, die verhaßtesten Führer der Militärjunta – darunter Regierungschef Kitti Kachorn – zum fluchtartigen Verlassen des Landes (vergleiche AK Nr. 35).

Die Hauptforderungen der Bewegung waren:

- ▷ Absetzung der herrschenden Militärclique;
- ▷ Wiederherstellung einer demokratischen Verfassung und Durchführung freier Wahlen;
- ▷ gegen die Abhängigkeit des Landes vom US-Imperialismus.

Um die Massenbewegung zu besänftigen setzte König Bhumipol einen Zivilisten – den Universitätsprofessor Thammasak – als Regierungschef ein. Das bedeutete keineswegs, daß die Militärs aus ihren Machtpositionen verschwanden; sie traten nur etwas mehr in den Hintergrund. Weiter wurde mit Versprechungen nicht gespart, darunter auch die Verabschiedung einer neuen Verfassung und freie Wahlen – getan wurde nichts.

Die thailändische Bevölkerung lebt im Elend

In Thailands Zentralebene, einem der fruchtbarsten Reisanbaugebiete der Erde, verloren in den letzten zehn Jahren 57% der Bauern wegen „Verschuldung" ihr Land. Ihre Reisernten werden ihnen von den Zwischenhändlern zu niedrigsten Preisen abgekauft, Kredite zwischen den Ernten zu Wucherzinsen gegeben – Satz: zehn Prozent im Monat! Wer das nicht zahlen kann, muß sein Land verkaufen und Tagelöhner zu niedrigstem Lohn werden. Nur knapp 15% der thailändischen Bauern leben heute noch auf eigenen, sehr kleinen Feldern (80% der Thailänder sind



Keine exotische Idylle, sondern bitterste Armut in Thailand



Keine exotische Idylle, sondern bitterste Armut in Thailand

Bauern) – der Rest des Landes gehört wenigen Großgrundbesitzern.

Durchschnittlich hat ein Thailänder im Jahr ungefähr 400 bis 500 Baht (umgerechnet 70 DM) – dagegen kostet ein Kilo Schweinefleisch 35 Baht, ein Kilo Thunfisch 22 Baht, der Preis für Reis erhöht sich zur Zeit ständig. Nach offiziell thailändischen Berichten sind 1972 55.000 Kinder unter fünf Jahren verhungert.

Im November '74 haben in Bangkok dagegen riesige Bauerndemonstrationen stattgefunden, Streiks in öffentlichen und privaten Betrieben nehmen zu.

Stimmenkauf und niedrige Wahlbeteiligung

Offenster Stimmenkauf war im „Wahlkampf" vor allem in den ländlichen Gebieten auf der Tagesordnung. Kräftige Belohnungen für die Wähler und „Spenden" für Bewässerungsanlagen, Tempel etc. bestimmten das Klima. Das weitgehende Desinteresse der Bevölkerung schlug sich in einer niedrigen Wahlbeteiligung von nur etwa 35% nieder.

Stärkste Partei wurde die traditionelle Oppositionspartei des Landes, die „Demokratische Partei", die 71 von 269 Parlamentssitzen gewann. In der Hauptstadt Bangkok, Schauplatz der Massenkämpfe gegen die Militärdiktatur, konnte die „Demokratische Partei" sogar 23 von 27 zu vergebenden Mandaten erringen. Die „Demokratische Partei", laut „FR" vom 10.2.75 „liberal-konservativ", ist als eine Partei der nationalen Bourgeoisie Thailands einzuschätzen, ähnlich steht es mit der „Sozialen Aktionspartei" (19 Mandate), die von einem Bruder des Chefs der „Demokratischen Partei" geführt wird und deren führende Personen laut „FAZ" vom 21.1. Finanzkapitalisten und Bankiers sind; und ferner mit der „Partei der neuen Kräfte" (zwölf Mandate). Verschiedene linke Parteien kamen zusam- stärkste die Sozialistische Partei (17 Sitze).

Anfang Februar wurde Prasit Kanchanawat als neuer Präsident Thailands mit 141 der 269 Parlamentsstimmen gewählt. Mehr als eine Mio. Mark hatte zuvor den Besitzer gewechselt, um die nötige Mehrheit sicherzustellen.

Kanchanawat ist Chef der „Sozial-Nationalistischen Partei" (22 Mandate). Die meisten Abgeordneten dieser Partei kommen aus der ehemaligen „Vereinigten Thai-Volkspartei" (UTPP), die das parteipolitische Aushängeschild der gestürzten Militärdiktatoren war. Dasselbe gilt für die die Regierung stützende „Partei für soziale Gerechtigkeit" (mit 45 Mandaten zweitstärkste Partei), laut „FAZ" vom 21.1. „eine Vereinigung wohlhabender Geschäftsleute"; ihr Chef gilt als Multimillionär. Der neugewählte Vizepräsident Thailands, Pramual Kulamart, gehört dieser Partei an.

Im Gegensatz dazu wurde allerdings etwas später der Vorsitzende der oppositionellen „Demokratischen Partei", Seni Pramoj, mit 133 von 223 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die traditionellen Kräfte der Militärdiktatur versuchen werden, durch einen neuen Militärputsch „klarere" Verhältnisse in ihrem Sinn zu schaffen.



Befreiungskampf in Thailand

Seit 1965 gibt es in Thailand kommunistische Organisationen, die vor allem in ländlichen Gebieten den bewaffenten Kampf gegen die Militärdiktatur und den US-Imperialismus führen.

Die „Peking Rundschau" vom 27.8.74 zitiert dazu die „Volksstimme Thailands": *„Im vergangenen Jahr vereitelten die Volksstreitkräfte mehrmals die ‚Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge' von seiten des Feindes, griffen feindliche Lager, Polizeistationen und Stellungen an und überrannten sie. Auch überfielen sie den Feind in einer aktiven und geplanten Weise aus dem Hinterhalt, führten mehrmals Vernichtungsgefechte und errangen glänzende Siege".* ●

Genossin der Bezirksorganisation
Harburg/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

Rechtsputsch in Bangla-Desh

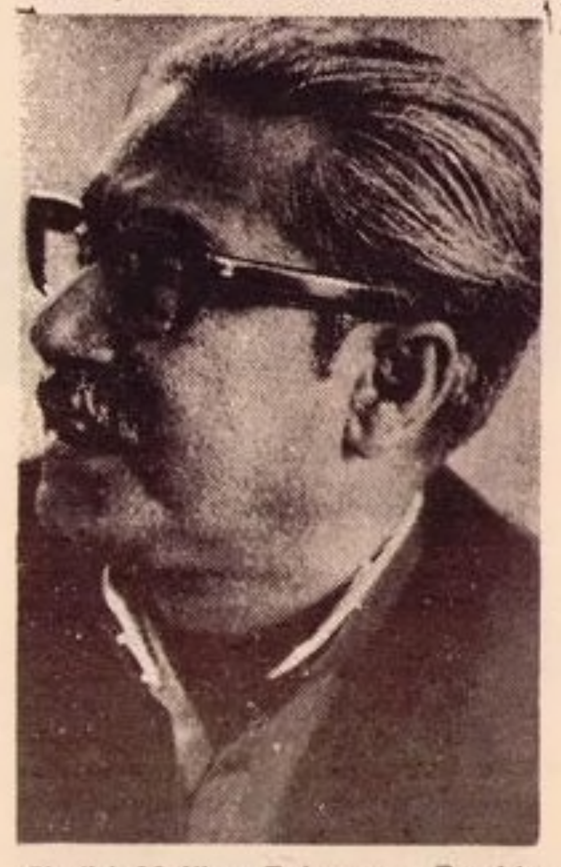
Rechtsputsch in Bangla-Desh

Ein Land, das in der westdeutschen Öffentlichkeit schon fast in Vergessenheit geraten war, machte Ende Januar wieder von sich reden:

„Der Bagabandu (Freund Bengalens) *hat kurzen Prozeß mit seinem eigenen Geschöpf, der Demokratie, gemacht"* („FR", 29.1.75), und sich kurzerhand zum Alleinherrscher über Bangla-Desh erklärt.

„Nach der einstimmig verabschiedeten neuen Verfassung hat das Parlament, das formal weiterbesteht, nur noch beratende Funktion und soll dem Präsidenten bei der Ausübung seiner Pflichten helfen." (ebenda)

Sheikh Mujibur Rahman, seit Bestehen Bangla-Desh's Premierminister, und nun zum Präsidenten „gewählt", versuchte seinen Schritt zu



Sheikh Mujibur Rahman — Faschist im Gewande des 'Unabhängigkeits-Kämpfers'

rechtfertigen: *„Ein Volk von Bettlern (!) kann von niemandem Respekt erwarten"* („Hamburger Abendblatt", 27.1.).

Die wahren Absichten dieses Mannes und ebenso seiner Anhänger in der Awami-Liga waren schon vor der Gründung Bangla-Deshs klar erkennbar: *„Ist sich die Regierung in Westpakistan nicht darüber im klaren, daß ich der einzige bin, der Ostpakistan vor dem Kommunismus (!) retten kann ? "*

Springers „Hamburger Abendblatt" schrieb zu den jüngsten Maßnahmen: *„Gerichtet ist der ‚Staatsstreich', wie verlautet, gegen die Kräfte, die seit langem aus dem Chaos offen Profit zu ziehen versuchen: die Kommunisten."* („HA", 27.1.).

Natürlich weiß die Springer-Zeitung auch gleich eine „Rechtfertigung" für den Staatsstreich:

„Extrem linke Terrorgruppen kontrollieren nachts Teile des Landes. In Robin-Hood-Manier überfallen und berauben sie reiche Bürger und teilen die Beute mit den Armen (!!). Ungestraft begingen sie hunderte politischer Morde" (ebenda).

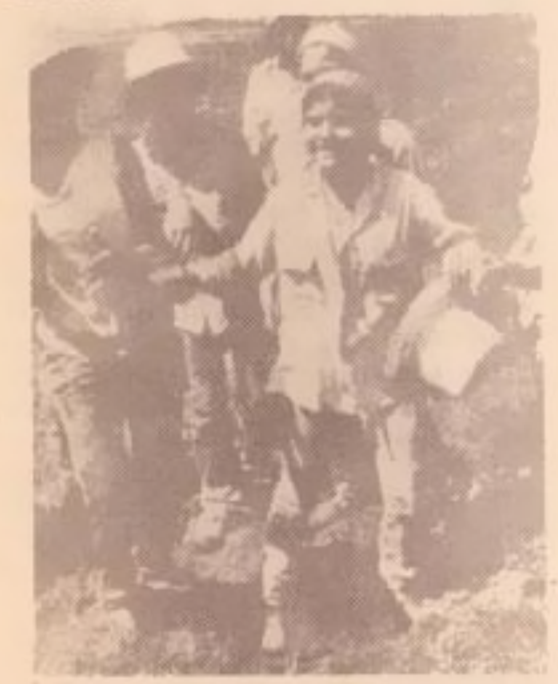
Dabei wird aber verschwiegen, daß sich die Regierung seit Bestehen Bangla-Deshs gegenüber dem Volk nicht nur des totalen wirtschaftlichen Bankrotts (gemeinsam mit Kapital und Großgrundbesitz) schuldig gemacht hat; sie befindet sich außerdem im Kriegszustand vor allem gegen die, die in der Volksbefreiungsarmee 1971 die Unabhängigkeit von Westpakistan erkämpften.

Sheikh Mujibur und der bürgerliche Flügel der Awami-Liga setzten sich seinerzeit mit übler Demagogie an die Spitze der Bewegung für Unabhängigkeit und Sozialismus. Danach haben sie diese Bewegung zerschlagen. ●

Komitee Öffentlicher Dienst,
KB / Gruppe Hamburg

Springerpresse: Propagandalügen über den Aufbau des Sozialismus in Kuba

Zu den Aufgaben der bürgerlichen Presse in kapitalistischen Staaten gehört es auch, der eigenen Bevölkerung Lügen über den Aufbau des Sozialismus in anderen Ländern, wie etwa Kuba, zu verbreiten und die Errungenschaften in diesen Ländern zu entstellen. Dazu setzen sie Horrormärchen über die materiellen Lebensbedingungen in diesen Ländern in die Welt, wie es jüngst das Springerblatt „Welt am Sonntag" (vom 5.1.75) wieder tat und Fidel Castro als den Mann hinzustellen versucht, der angeblich Kuba „den Hunger" brachte.



Neue Arbeitsplätze für Frauen auf dem Land: Junge Landarbeiterinnen sind dem Aufruf der FMC gefolgt.

*FMC = Federacion de Mujeres Cubanas Vereinigung der Frauen Kubas

Natürlich „wissenschaftlich" abgesichert (ein gewisser Dr. Jaehne von der Universität soll Jahre über dieses Thema gearbeitet haben), wird behauptet, daß im Zeitraum von 1965 bis 1972 die landwirtschaftliche Produktion auf Kuba „drastisch" zurückgegangen sei, was durch folgende „Fakten" belegt werden soll, daß die Zuckerproduktion von 6,08 auf 4,68 Mio. Tonnen zurückgegangen sei, Gemüsekonserven von 20.000 auf 9.500 Tonnen, Obstkonserven von 54.000 auf 28.700 und Fleischkonserven von 20.200 auf 13.500 Tonnen. Außerdem soll die Butter- und Pflanzenölproduktion erheblich vermindert worden sein.



Zuckerernte in der Provinz Matanazas

Uns sind die neueren Fakten der Zuckerproduktion zwar nicht bekannt, Tatsache aber ist, daß es im Jahr 1970 eine Ernte mit 8,5 Mio. Tonnen gab. Außerdem wird demagogisch verschwiegen, daß die relativ starken Schwankungen der Zukkerernte-Erträge von den stark wechselnden Niederschlägen abhängen. Dieses Problem konnte auch die Mechanisierung der Zuckerproduktion nach der Revolution noch nicht voll lösen. Allerdings ist man durch neue Erntemaschinen und Massenmobilisierungen flexibler geworden und baut heute auf weniger Fläche im Schnitt soviel Zucker an, wie in den besten Jahren vor der Revolution.

Betrachtet man die angeblichen Rückgänge auf dem Konservensektor, muß man deutlich sagen, daß sich die Revolutionsregierung natürlich in erster Linie um die Versorgung mit Frischprodukten kümmert. Hierzu ein paar Fakten: von 1961 auf 1964 stieg der (Zebu) Viehbestand von 5,78 auf 7,15 Mio. Stück, also um 24%. Gleichzeitig wurde durch ein Kreuzungsprogramm die Qualität des Fleisches verbessert. Die Milchproduktion stieg von 324 Mio. Liter 1967 auf 1,2 Mrd. Liter (geschätzte Zahl) 1970 an. Und das trotz ausgeprägter Trockenperioden. Der spektakulärste Erfolg wurde auf dem Gebiet der Eierproduktion erzielt, wo die Produktion von Januar '64 = 13 Mio. Einheiten auf 90 bis 120 Mio. Einheiten pro Monat in den Jahren nach 1965 gesteigert werden konnte, so daß ab 1965 erstmals auch exportiert werden konnte.

Planzenöl beispielsweise stieg schon in den Jahren von 1963 bis 66 von 32,1 auf 45,8 tausend Tonnen; Butter von 2,2 auf 2,7 tausend Tonnen, Mehlerzeugnisse von 22,3 auf 33,9 tausend Tonnen.

Auch der Anbau von Zitrusfrüchten wächst von 1966 auf '69 derart an, daß der Export um über 2.000% ansteigen kann. Ebenso werden Fortschritte bei Tabak-, Kaffee-, Reis- und Kakaoanbau gemacht.

Der Schreiber in der „Wams" kommt zu dem Ergebnis, daß „vor allem die fünf Mio. Städter angesichts ihrer „Hungerrationen!" offensichtlich „ihren Bedarf an Lebensmitteln" nicht mehr decken können. Dies stellt die wirklichen Verhältnisse im heutigen Kuba total auf den Kopf, wo heute selbst bürgerliche Wissenschaftler wie E.H. Jakoby zu dem Schluß kommen, daß „heute 70% der Bevölkerung besser leben, als je zuvor". Bei denen, die heute schlechter leben, weil sie nicht mehr über ihren alten Prunk und Luxus verfügen, handelt es sich (zu recht) um Leute aus der früheren Herrscherklasse und den alten oberen Schichten.

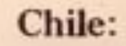
Tatsache ist, daß alle anderen südamerikanischen Staaten vom heutigen Lebensstandard auf Kuba nur träumen können. In der Tat gibt es Schwierigkeiten auf Kuba, so einen Versorgungsengpaß für Luxusgüter. Im Gegensatz zu allen anderen Lateinamerikanischen Staaten allerdings kann sich heute jeder Kubaner seine lebensnotwendigen Mittel leisten!

Als besondere Demagogie muß angesehen werden, daß die Leistungen auf Kuba in der bürgerlichen Presse niemals in Relation zu denen vor der Revolution gesehen werden. Erst daran nämlich kann man messen, wie schwer der Kampf eines Landes gegen seine Vergangenheit ist, die der US-Imperialismus verschuldet hat, indem er das Land durch die einseitige Zuckerproduktion und fehlende Mechanisierung total von sich abhängig gemacht hatte. In diesem Zusammenhang sind auch die Fortschritte Kubas im Gesundheitswesen zu sehen, die einmalig in der Dritten Welt sein dürften. Hier leistet das kleine Kuba schon heute einen ungeheuren Beitrag zum proletarischen Internationalismus, indem es Ärzte und Krankenschwestern nach Nordvietnam schickte, die die Opfer des US-Bombenterrors behandelten.

Daß die Bourgeoisie natürlich nicht über die wirklichen Erfolge des Sozialismus in ihren Propagandaorganen berichtet, ist eigentlich klar, wenn man bedenkt, daß sie eben nicht noch schneller von einem revolutionären Sturm weggefegt werden will, wie ihre Klassenbrüder auf Kuba.

Ein Genosse
KB/Gruppe Frankfurt

Quellen:
Cuba, Dokumentation zur Ausstellung des Komitees für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba, 1973
Sozialismus in Kuba, Sweezy/Hubermann, ed. suhrkamp 1969
Sozialismus in Kuba, W.M.Breuer, Pahl Rugenstein, 1973



Chile:

Brot – ein Luxusartikel



Großgrundbesitzerfamilie

Die brutale Wirtschaftspolitik der Junta läßt die chilenische Arbeiterklasse, große Teile des Kleinbürgertums und sogar zahlreiche Kleinkapitalisten enorm leiden. Von Oktober 1973 bis Ende September 1974 stiegen die Verbraucherpreise um mehr als 600 %. Das ist mehr als doppelt soviel wie der Preisanstieg im letzten Jahr der Regierung der Unidad Popular unter Allende (Okt. 1972 bis September 1973: 286 %), als die Imperialisten mit den USA an der Spitze durch einen Boykott chilenischer Waren, vor allem von Kupfer und im Bunde mit den chilenischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten, u.a. durch den reaktionären Streik der Fuhrunternehmer, für eine künstchilenischen Wirtschaft unter Allende zu sorgen versuchte.

Immerhin hatte die faschistische Junta ihren Putsch mit der Wirtschaftspolitik Allendes zu rechtfertigen versucht. Im Gegensatz zur Regierungszeit der Unidad-Popular-Regierung bleiben jedoch die Löhne im Juntaregime weit hinter den Preisen zurück. So konnten die Lohn„erhöhungen" im ersten Jahr der Junta noch nicht einmal ein Drittel des Preisanstieges abdecken.

Allein der Brotpreis hat sich in den letzten drei Monaten des Jahres 1974 verdoppelt, innerhalb des ganzen letzten Jahres stieg der Preis des Grundnahrungsmittels auf das Elffache (!). Ein Arbeiter mit Frau und zwei Kindern, der, wenn er zu denen gehört, die überhaupt Arbeit haben, den Mindestlohn von umgerechnet rund 85 Mark im Monat nach Hause bringt, muß jetzt etwa ein Viertel seines Lohnes lediglich für den täglichen Laib Brot bezahlen. Häufig reicht das Geld noch nicht einmal dazu, sich halbwegs satt zu essen: dem Spiegel nach (Nr. 3/75) berichten immer wieder Lehrer aus den Arbeitervierteln in Santiago, daß Kinder im Unterricht vor Hunger ohnmächtig werden.

Langlebige Gebrauchsgüter können sich nur noch die Allerreichsten leisten. Die Preise für Wohnungsbau stiegen derart an, daß noch nicht einmal der Bedarf gedeckt werden kann, der durch den Zerfall älterer Wohnungen entsteht, ganz zu schweigen von der Fortführung des Wohnungsbau-Programms der Allende-Regierung, das durch den staatlich geförderten Bau von zahlreichen Wohnungen die Wohnungsnot der Slum-Bewohner der Städte zu lindern versuchte. Allein von September 73 bis Juli 1974 stiegen die Preise für Bauzement um 4206 %, für Betonplatten um 3654 % und für Nägel um 3620 % („Spiegel" 3/75). Selbst der Junta-Minister für Wohnungsbau, Konteradmiral Arturo Tronconso Daroch, mußte gegenüber der reaktionären – und daher erlaubten – chilenischen Wochenzeitung „Ercilla" eingestehen, daß *„die Wohnungsbaukosten in Chile heute doppelt so hoch sind wie in jedem anderen lateinamerikanischen Land und auch höher als in den USA und in vielen europäischen Staaten."* Die Zeitung kommt zu der Feststellung, daß sich ein *„Nordamerikaner bald eher ein Haus auf dem Mond leisten kann als ein Chilene eins im eigenen Land"* („Spiegel" 3/75).

Während die Wirtschaftspolitik der faschistischen Junta – inzwischen verstärkt durch die weltweite Wirtschaftskrise des Imperialismus – die physische Existenz breiter Teile des chilenischen Volkes bedroht, stoßen sich die imperialistischen Konzerne und Teile der chilenischen Finanzoligarchie gesund. Die Junta beschloß im Dezember letzten Jahres den Verkauf von 12 in Staatsbesitz befindlichen Banken an private Interessenten. Anteile des Staates an sechs weiteren Banken sollen ebenfalls in Privatbesitz überführt werden. Außerdem dürfen ab jetzt ausländische Banken in Chile wieder unter gleichen Bedingungen arbeiten wie inländische („FR" v. 31.12.74). Das hat letztendlich zur Folge, daß die Finanz- und Kreditpolitik wieder völlig unter die Kontrolle der imperialistischen Bankenmonopole kommt. (Unter Allende hatte der Staat Mehrheitsanteile an Banken aufgekauft und einige Banken nationalisiert. Außerdem wurden die Rechte der ausländischen imperialistischen Großbanken eingeschränkt, damit die UP-Regierung selbst Einfluß auf die Kreditpolitik bekam.)

Die Bedingungen für Neuinvestitionen gestaltete die Junta den imperialistischen Konzernen so günstig, daß Daimler-Benz (und dahinter stehend der neue Mehrheitsaktionär Deutsche Bank) trotz der unsicheren politischen Lage 250 Mio. Mark für den Aufbau einer LKW-Fabrik an Investition zusagte. Wie die „Tat" v. 21.12.74 zum Abschluß des mehrwöchigen Besuches des Wirtschaftskoordinationsministers der Junta, Saez, bei Bonner Regierungsvertretern und Spitzenmanagern verschiedener Großkapitalisten mitteilte, versprachen außer Daimler-Benz *„40 Repräsentanten bundesdeutscher Konzerne, darunter die Bosch-Gruppe und Standard-Elektrik-Lorenz"*, Saez umfangreiche Unterstützung. Auch die unter der Allende-Regierung enteignete US-Gesellschaft Kennecott Copper Corporation, die u.a. in Chile seit 1915 aus den riesigen Kupfervorkommen südöstlich von Santiago im Gebiet von El Teniente Riesenprofite gezogen hatte, stellte Neu-Investitionen in Aussicht, nachdem ihr die Junta-Generäle als „Entschädigung" 68 Mio. Dollar (160 Mio. DM) nebst Zinsen zusagten.

Auch die „Internacional Telephone und Telegraph Corparacion Sudamerika", die südamerikanische Tochter des räuberischen ITT-Konzerns, einig-



Arbeiterfamilie

te sich mit den Junta-Generälen über die zu zahlende „Enteignungsentschädigung", wie die „FAZ" v. 3.1.75 schreibt, „schneller als erwartet". ITT kassiert für seine Einfädelung und Unterstützung des faschistischen Putschplanes hohen Lohn: 95 Mio. Dollar, umgerechnet 230 Mio. DM, offiziell deklariert als „Entschädigung" für den Besitz von 70 % der Aktien der „Compania de Telefonos de Chile", der chilenischen Telefongesellschaft.

Teile der kleinbürgerlichen Intelligenz hatten sich unter der Allende-Regierung auf die Seite des Volkes gestellt. Fortschrittliche Intellektuelle mußten daher beim faschistischen Putsch einen hohen Blutzoll zahlen, viele wurden verhaftet, ganze Universitäten geschlossen. Seitdem fehlt es in der chilenischen Wirtschaft an Facharbeitern, Technikern und Akademikern, so daß sich die Junta bemühen muß, Menschen mit diesen Qualifikationen im Ausland anzuwerben. Für diese Personen wurden jetzt zahlreiche Zollerleichterungen verfügt. Mit einem Arbeitsvertragsvisum einreisende Ausländer können ihren PKW und Hausrat bis zum Wert von 3.500 Dollar zollfrei einführen. Im Lande selbst erhalten sie dann zahlreiche Vergünstigungen. Besonders hohe Profite können in Zukunft die Großgrundbesitzer vor allem im waldreichen Süden des Landes erwarten, darunter auch zahlreiche deutsche bzw. deutschstämmige Großgrundbesitzer, nachdem die Junta neue Maßnahmen „zur Förderung der Forstwirtschaft" verfügt hat. Des Ende letzten Jahres erlassene Gesetz *„gewährt in erster Linie besondere Anreize für Investitionen in der Forstwirtschaft und sieht eine Reihe von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Exporte forstwirtschaftlicher Produkte vor"* („FAZ" v. 2.1.75). Das Gesetz gibt den Besitzern forstwirtschaftlich genutzter Flächen eine Eigentumsgarantie und befreit sie von Grundstücks-, Schenkungs- und Erbschaftssteuer. Außerdem verpflichtete sich der Staat, sowohl in- und ausländischen Großgrundbesitzern in den nächsten zehn Jahren (!) 75 % (!!) ihrer Aufwendungen für die Aufforstung zu bezahlen. (Die „FAZ" v. 2.1.75 berichtete, daß sich nach diesem Gesetz zwei ausländische Unternehmen mit Investitionsangeboten von fast 0,5 Mrd. DM anmeldeten!)

Geheimprozesse, Folter, Verhaftungen gehen weiter

Streng geheim ging der Prozeß gegen die Gruppe von 100 Marineangehörigen weiter, die seit August 1973 in Haft sind. Ihr „Verbrechen": Sie informierten Anfang August 73, also einen Monat vor dem blutigen Putsch, den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Altamirano, der MAPU, Garreton, und den vor wenigen Monaten im bewaffneten Kampf gegen die Junta gefallenen MIR-Generalsekretär Enriquez über einen Putschplan gegen die Allende-Regierung. (Siehe auch AK 54.) Inzwischen wurde bekannt, daß der dem Prozeß beisitzende Marinerichter (Campusano) im Dezember dazu erklärte, man wolle den Prozeß weder beschleunigen noch beenden, da es *„nicht notwendig ist, den menschlichen Abschaum, der sich im Gefängnis befindet, herauszufegen; es ist besser, ihn dort z u l i q u i d i e r e n"* („Tat" v. 18.1.75).

Die täglichen Verhaftungen mit anschließender grausamer Folterung gehen weiter, oft aus nichtigstem Anlaß. Das Erzählen von Witzen oder Gerüchten über die Junta kann im Kerker enden. Strafbar machen sich schon Schuldirektoren, wenn sie Versäumnisse oder Ungehorsam von Schülern nicht dem zuständigen Militärkommandeur melden. Brigadegeneral Nilo Floody, Direktor (!) der Santa-Rita-Schule in Santiago, ließ allen Eltern seiner Schüler brieflich

Forts. Seite 14

Uruguay:

Neun Genossen vom Foltertod bedroht!



Militär auf Tupamaro Razzia

Über den drohenden Tod von neun inhaftierten führenden Genossen der MNL (Movimiento de Liberacion Nacional, Tupamaros) berichtet der lateinamerikanische Studentenverband AELA in einem Memorandum.

Bereits Ende September 73 hat das faschistische Bordaberry-System die neun gefangenen Genossen – darunter Raul Sendic Antonaccio, den Gründer und Führer der Tupamaros – zu „Geiseln" erklärt und bekannt gemacht, daß sie bei der nächsten Aktion der Tupamaros „zur Strafe" ermordet werden würden.

Nach einer internationalen Kampagne linker lateinamerikanischer Organisationen und Amnesty International gegen dieses Verbrechen, das gegen jede internationale Rechtsnorm verstößt (höchstens vergleichbar mit der faschistischen Sippenhaft) haben sich die Militärs offenbar entschieden, eine „offizielle Hinrichtung" durch die langsame Herbeiführung des Todes durch Folter und Auszehrung zu ersetzen.

Die Genossen werden in unterirdischen, feuchten Einzelzellen (Höhe 2 m, Breite 1,5 m, Länge eines liegenden Menschen) ohne Fenster, Lüftung und sanitäre Installationen gehalten. Eine elektrische Glühbirne brennt ununterbrochen. Ihre Nahrung besteht aus Kantinenabfällen, ohne Fleisch, Obst und Gemüse. Dazu kommt eine scharfe Isolierung. Der Kontakt zu anderen Gefangenen ist vollständig abgeschnitten, sie dürfen mit den Wärtern nicht sprechen. Jegliche Lektüre ist verboten; sie haben weder Bleistift noch Papier. Besuche von Anwälten oder Verwandten werden nur selten zugelassen.

Das Memorandum der AELA berichtet von einem sehr bedrohlichen Gesundheitszustand der Genossen, wie Seh- und Atemschwierigkeiten, Störung der Motorik und des Kreislaufs durch permanente Unbeweglichkeit, gesteigerte Abmagerung, Austrocknung, Knochenveränderungen, um nur einige der Folgen der bestialischen Behandlung zu nennen.

Die Genossen der AELA weisen darauf hin, daß in Uruguay sehr viele politische Häftlinge ähnlichen Haftbedingungen ausgesetzt sind. Amnesty International berichtet von insgesamt 4.000 politischen Gefangenen, von denen über die Hälfte bestialischen Folterungen ausgesetzt sind (nach „Spiegel", 23.10.74)

Faschist Juan Bordaberry

Terror gegen das Volk

Seit im Juni '73 Präsident (und Großgrundbesitzer) Juan Maria Bordaberry sämtliche Parteien verboten und das Parlament aufgelöst hat, alle – auch bürgerlich-oppositionelle – Zeitungen verboten sind und der hierauf mit Generalstreik antwortende Gewerkschaftsbund CNT ebenfalls illegalisiert wurde, ist das Volk neben dem politischen einem enormen ökonomischen Großangriff von Bourgeoisie und Imperialisten ausgesetzt.

Hatte die Inflation 1973 nach offiziellen Angaben schon 97 % betragen („Frankfurter Rundschau", 5.9.74), so liegen die Schätzungen für 1974 weit höher. *„Real verdienen Uruguays Arbeiter heute nur noch halb so viel wie 1968."* („Spiegel", 23.10.74) Von einer geschätzten Einwohnerzahl von 1,5 bis 2 Millionen sind heute über 200.000 arbeitslos. Die Einwohnerzahl kann deshalb nur geschätzt werden, weil von den 1963 gezählten 2,6 Millionen nahezu eine Million Menschen das Land verlassen haben, weil es für sie keine Existenzmöglichkeiten mehr gab. (ebenfalls „Spiegel")

Zynischerweise ist dieser „Misere" (fürs Volk) von den Faschisten eine „Erleichterung" (für die Bourgeoisie) „entgegengesetzt" worden: die Abschaffung der Einkommens- und Erbschaftssteuer! („Frankfurter Rundschau", 5.9.74)

Daß der Faschismus auch in Uruguay nicht von selber fällt, hat Bordaberry selbst in einer Antwort auf einen von bürgerlichen Parteien verfaßten, um Legalität winselnden Brief deutlich gemacht: *„Zu den am 27. Juni 73 hinfällig gewordenen politischen Formen gedenke man keinesfalls zurückzukehren . . . Es sei ein großer Irrtum, die politischen Parteien für unentbehrliche Mittel bei der Äußerung des Volkswillens zu halten."* („Frankfurter Allgemeine", 8.10.74)

Dagegen setzen die Genossen der MLN (Tupamaros) den Kampf um den revolutionären Sturz des Faschismus: *„Die Antwort dürfte klar sein: Nichts anderes als der bewaffnete Kampf, als grundlegender Faktor der Polarisierung, Agitation und schließlich die Vernichtung des Feindes ist die einzige Möglichkeit des Sieges. Das will nicht heißen, daß man nicht alle möglichen Formen der Organisierung des Kampfes benutzt: die legalen und illegalen, friedliche und gewaltsame, ökonomische und politische, alle mit größter Wirksamkeit zusammenstrebend im bewaffneten Kampf unter Berücksichtigung der Besonderheiten jeder Region und jedes Landes."* (Aus der gemeinsamen Erklärung von MLN-Tupamaros, MIR Chile, ELN Bolivien und ERP Argentinien). ●

Ein Hamburger Chemiegenosse

Forts.

Brot – ein Luxusartikel

mitteilen, das Nichterscheinen auf einer von ihm anberaumten Elternversammlung sei *„mehr als ausreichender Grund für sofortige Verhaftung"* („Spiegel", 3/75).

Auf dem in Brüssel stattfindenden Russel-Tribunal zu Lateinamerika gab Luis Vitale, einer der bekanntesten Historiker Chiles und Ende November 1974 freigelassen, die Zahl der politischen Gefangenen in Chile mit 60.000 an. Bis zum 5. Januar dieses Jahres seien 20.000 Menschen von der Junta ermordet worden. Das heißt also, daß die faschistischen Mörder von je Tausend Chilenen bisher sechs verhaftet und zwei ermordet haben. Niall McDermott, der Generalsekretär der Internationalen Juristenkommission, veröffentlichte Anfang Januar ihm bekannt gewordene Junta-Pläne über die Einrichtung von Kinder-KZ. Danach will Junta-Chef Pinochet 600.000 Kinder und Jugendliche, deren Eltern die Unidad Popular-Regierung unterstützt haben, zur „Umerziehung" in sogenannte Arbeitslager stecken („UZ" v.10.1.75). Derartige Pläne lassen die Herzen und Hacken westdeutscher Neofaschisten höher schlagen. So zeigte sich eine Gruppe von NPD-Mitgliedern anläßlich eines Besuchs im faschistischen Chile „hochbefriedigt" über das Pinochet-Regime, wie es aus einer Ausgabe der NPD-Zeitung „Deutsche Wochenzeitung" hervorgeht. Berichtet wurde u.a. vom Besuch in der Militärakademie und einer Parade, wobei die Faschisten *„das Aufschlagen der Kommisstiefel, unter denen vor einem Jahr die sozialistischen Wanzen verendeten"*, bewunderten. Schlußsatz des Berichts: *„Uns ehemalige Soldaten des Deutschen Reiches, die wir zu dieser Parade eingeladen waren, erfüllte es mit Freude und Genugtuung, daß unsere militärische Erziehung in diesem fernen Andenland weiterlebt."* (Nach „Extra-Dienst", 3.1.75) Wenn 1945 nicht 30 Jahre her wäre, hätten sicherlich ganze Heerscharen von Hitlers faschistischen Mordbuben bei Pinochet Anstellung gefunden und die Tradition der „deutschen militärischen Erziehung" auch durch personelle Kontinuität verwirklicht. Bekannt ist nur, daß der Nazi-Faschist Walter Rauff in leitender Stellung der neuen Junta-Geheimpolizei DINA Folterungen leitet.

Almeyda und Tapia freigelassen

Noch im Dezember hatte Junta-General Leigh erklärt, man werde Almeyda, den früheren Außenminister der Allende-Regierung, der der liberalen Radikalen Partei angehört, aller Welt zum Trotz den Prozeß machen. In der ersten Januar-Hälfte mußte jetzt die Pinochet-Regierung dem weltweiten Protest nachgeben und ließ mit Almeyda auch den früheren Erziehungsminister Tapia und drei weitere höhere Funktionäre der UP-Regierung frei. Bei der Freilassung hatten die Generäle natürlich auch bedacht, daß die weitere Inhaftierung Almeydas der geplanten Aufwertung der Junta, zu der auch Kissingers Besuch bei Pinochet in den nächsten Wochen beitragen soll, im Wege steht. Denn der weltweite Protest hatte immerhin dazu geführt, daß sich die Vollversammlung der UNO mit nur wenigen Gegenstimmen (aus den anderen faschistischen Ländern Südamerikas vor allem) für Aktionen aller Länder zur Freilassung von Almeyda aussprach. Die Bundesregierung, die sich nicht gern in den Geruch allzu enger Beziehungen zur faschistischen Junta bringen wollte, machte daraufhin die Auszahlung eines Kredites über 21,5 Mio. DM an Chile, der seinerzeit mit der Allende-Regierung ausgehandelt worden war und den für Chile Almeyda unterzeichnet hatte, von dessen Freilassung abhängig.

Andererseits waren die westdeutschen Politiker noch nicht einmal bereit, Almeyda und die anderen Haftentlassenen in einem Bundesland vorübergehend aufzunehmen. Der SPD/FDP-Regierung kam dabei zupaß, daß die reaktionäre CDU-Regierung Baden-Württembergs sich wenige Wochen zuvor geweigert hatte, 15 Chilenen politisches Asyl zu geben. Unter dem Vorwand, Baden-Württemberg sei mit der Aufnahme „an der Reihe", fand sich dann auch kein SPD/FDP-regiertes Bundesland bereit, Asyl zu gewähren.

So kam es zu folgender Groteske und Heuchelei auf dem Frankfurter Flughafen: Bundesforschungsminister Matthöfer, der sich gern einen linken Anstrich gibt, eilte zur Begrüßung Almeydas zum Flughafen, um diesen bei einer Zwischenlandung als *„Symbolfigur des demokratischen Sozialismus in Chile"* und *„langjährigen guten Freund"* („FR" v. 13.1.75) zu umarmen. Gleichzeitig schob Matthöfer ihn dann in die nach Rumänien startklar stehende Maschine! Anschließend erklärte Matthöfer anwesenden Journalisten, die Freilassung sei so „plötzlich" gekommen, daß die Bundesregierung keine Einreisegenehmigung habe erteilen können. (Da klappte es mit dem Visa für den so „plötzlich" aus der UdSSR ausreisenden Solschenyzin doch besser!?)

Zwei Tage später berichtete die Hamburger Morgenpost (SPD), die der „Allende-Regierung völkerrechtlich verbindlich zugesagten" 21,5 Mio. DM würden überwiesen. ●

Chemie-Komitee/ KB Gruppe Hamburg

Argentinien

Faschisierung in Riesenschritten

Die argentinische Regierung unter Präsidentin Isabel Peron treibt mit ungeheurer Geschwindigkeit die Entwicklung eines faschistischen Regimes in Argentinien voran.

Durch brutalste politische Unterdrückungsmaßnahmen, immer ausgedehntere ideologische Kontrollen und staatlich gelenkte Terroraktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen soll die noch vor einem Jahr sehr breite demokratische Massenbewegung demobilisiert, sollen die revolutionären und linksperonistischen Organisationen von den Massen isoliert und zerschlagen werden.

Begleitet werden diese Maßnahmen von einer –allerdings sehr begrenzten– Politik der sozialen Demagogie.

Im September vorigen Jahres wurde von der Regierung ein neues Arbeitsgesetz erlassen, das Urlaubsregelung, Kündigungs- und Mutterschutz verbessert hat.

Im Oktober wurde die nationale Tarifkommission einberufen, d.h., der „Sozialpakt" (Festschreibung von Löhnen und Preisen), der Anlaß für zahlreiche breite Streiks und Arbeiterkämpfe war, wurde aufgehoben.

Außerdem versuchte die Regierung durch propagandistisch groß aufgemachte Nationalisierungsmaßnahmen ihr antiimperialistisches Image aufzupolieren. *„So wurde das Erdöl ‚argentinisiert' – was sich in der Praxis darauf beschränkte, der staatlichen Gesellschaft YPF das Verteilungsmonopol zu geben, so daß die ausländischen Namen von den Tankstellenschildern und Reklametafeln verschwinden; ihre Rechte im Bereich der Förderung und Raffinierung bleiben unangetastet... Ebenso harmonisch verlief die ‚Nationalisierung' zweier Telefonfertigungsfabriken, darunter die der westdeutschen Siemens-Gesellschaft: Siemens behält den weitaus größeren Teil seiner in anderen Sparten angelegten Kapitalien, ein zunehmend uninteressanter Zweigbetrieb, der zudem zu einem politischen Risiko geworden ist, wird ‚verkauft. – Siemens hätte Anlaß, in den offiziellen Jubel über diese kühne Nationalisierungsmaßnahme mit einzustimmen"* (aus: Der schleichende Putsch", Beilage zu „Chile-Nachrichten", Nr. 21).

Parallel zu dieser demagogischen „Befriedungstaktik" wird eine ungeheure Einschüchterungs- und Unterdrückungskampagne vorangetrieben, die gemeinsam von Militär, Gewerkschaftsbürokratie und Regierung getragen wird – ein gemeinsames Vorgehen, das man nicht einmal mehr zu vertuschen versucht, sondern offen propagiert.

Seit der Erklärung des Ausnahmezustandes im November 1974 ist der Kampf gegen jegliche – auch bürgerlich-demokratische – Opposition „rechtlich abgesichert" und enorm intensiviert worden:

- Fast alle als linksperonistisch oder oppositionell bekannte Gewerkschaften und Gewerkschaftsteile werden liquidiert. Ihre Betriebsräte und Gewerkschaftsführer werden polizeilich verfolgt, in den Untergrund gedrängt, ermordet, rechtsperonistische Führer werden an ihrer Stelle eingesetzt, politische und gewerkschaftliche Versammlungen, Kongresse, Demonstrationen und Streiks werden systematisch verboten, Versammlungsräume werden gestürmt, Teilnehmer verhaftet und verfolgt.



Antikommunistisches Propagandaplakat:
Text:
Argentinier
Erlaube nicht, daß Söldner
Mörder und Rauschgiftsüchtige
dein Land zerstören.
Vereinigung Nationale Befreiung

- Alle linksperonistischen Zeitungen wurden inzwischen verboten, zahlreiche Redaktionsräume zerstört.

Gleichzeitig läuft eine großangelegte ideologische Kampagne für Isabel und zur Diffamierung und Kriminalisierung der Linken. Die Linken werden als Mörder, Rauschgiftsüchtige und ausländische Söldner verteufelt, die Argentinien zerstören wollen.

Über den Terror der A.A.A. (antikommunistischen argentinischen Allianz), die gezielt oppositionelle Persönlichkeiten ermordet bzw. durch Morddrohungen aus dem Land treibt, haben wir bereits öfter im AK berichtet. Es besteht inzwischen kein Zweifel mehr, daß die A.A.A. von höchsten Regierungsstellen und Polizeiapparat geleitet wird (trotz der Offenheit, mit der die A.A.A. arbeitet, wurde bisher noch kein Mitglied verhaftet).

Die Morde und Morddrohungen der A.A.A. richten sich nicht nur gegen revolutionäre und linksperonistische Kämpfer, sondern betreffen im breiten Ausmaß liberale Intellektuelle und bekannte demokratische Persönlichkeiten (wenn z.B. ein Journalist auch nur einen ansatzweise kritischen Artikel schreibt, hat er morgen mit einer Morddrohung der A.A.A. zu rechnen).

Die faschistische Politik Isabels nach innen steht im engen Zusammenhang mit der rapiden Annäherung an die faschistischen Nachbarstaaten Argentiniens und der Behandlung der Flüchtlinge aus solchen Staaten.

Der argentinische Verteidigungsminister stellte bei einem Besuch Chiles im Oktober 1974 fest: *„Die Beziehungen zwischen Chile und Argentinien sind unverbesserlich. Sie können sich nicht verbessern, weil sie schon ihren höchsten Grad erreicht haben"* („La Opinion", 25.10.1974).

Sämtliche Solidaritätsaktionen zum Jahrestag des chilenischen Putsches wurden in Argentinien verboten. Geflüchteten Chilenen wird das Asylrecht verweigert und sie werden systematisch von der Polizei überwacht und verfolgt.

Ende letzten Jahres wurden mehrere Uruguayer teils von der A.A.A., teils von der Polizei entführt, um sie an die uruguayische Regierung auszuliefern. Verteidigungsminister Savino hält es nicht einmal für notwendig, diese offensichtliche Zusammenarbeit mit faschistischen Geheimdiensten zu bemänteln: *„Der Terrorist hat keine Nationalität, er ist ein Staatenloser, der in Argentinien, in Chile, in jedem Land der Welt, in dem er das menschliche Zusammenleben gefährdet, bestraft werden muß"* („La Opinion", 25.10.).

Es zeigt sich, daß die argentinische Bourgeoisie und die Imperialisten derzeit nicht auf einen offenen Militärputsch, der sicher breite Widerstandsaktionen hervorrufen würde, angewiesen sind. Die Errichtung eines faschistischen Unterdrückungssystems läuft offenbar auf dem derzeitig eingeschlagenen Weg „reibungsloser" und ist schon sehr weit fortgeschritten. ●

Genossin der Bezirksorganisation Harburg/Wilhelmsburg, KB/Gruppe Hamburg

Südafrika: „Erinnert an Hitlerfaschismus"

— Ein Reisebericht —

Aus der BRD reisen jährlich einige Dutzend Studenten nach Südafrika, um dort ein mehrmonatiges „Praktikum" zu absolvieren. Organisiert wird dieser „Studienaufenthalt" von der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, in der BRD die faschistische Ideologie der Rassenungleichheit zu vertreten und Einwanderer für die Republik Südafrika (RSA) zu werben. Unter dieser Zielsetzung werden dann auch die Bewerber für den Südafrika-Aufenthalt ausgesucht.
Einige der so „geförderten" Studenten waren jedoch durch die konkreten Erlebnisse der Apartheidpolitik in der RSA so geschockt, daß sie nicht als Werber der Rassentrennung auftreten wurden. Im Gegenteil, sie verfaßten Reiseberichte, die eine Anklage gegen die Ausbeuterherrschaft der weißen Minderheit und ihre Unterstützung durch die BRD sind! (alle folgenden Zitate sind aus der „Frankfurter Rundschau" vom 8. 2. 75)

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Farbigen

In der RSA arbeiten die meisten Schwarzen in irgendwelchen Minen unter Tage. Die Arbeitslosigkeit unter der farbigen Bevölkerung ist ca. 4 mal so hoch wie bei den Weißen. Die schwarzen Arbeiter sind daher „froh", überhaupt Arbeit zu haben. Hierzu *„müssen sie sich auf ein halbes, ein oder eineinhalb Jahre verpflichten und dürfen in dieser Zeit kein einziges Mal nach Hause und auch keinen Besuch empfangen... Die schwarzen Arbeiter wohnen in riesigen Lagern in Holzbaraken, unbeheizt im Winter, die Räume haben keine Fenster, in ihnen steht kein Tisch und Stuhl, da sie mit Doppelbetten vollgepackt sind... Sie haben einen Verdienst von 40 Rand (ca. 120 DM)".* (Ein vergleichbarer weisser Arbeiter bekommt ca. 200 Rand.)

Dort wo die Arbeiter nicht direkt bei der Mine oder Farbik wohnen, werden sie nach Feierabend in *„die Townships (Afrikanerwohnsiedlungen) deportiert. Zusammengepreßt in riesigen offenen Lastwagen, wie Vieh; die Szene erinnert an Bilder aus Dokumentarfilmen des 3. Reiches, wo Juden weggebracht wurden."*

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der niedrigen Löhne herrscht unter der schwarzen Bevölkerung große Armut. Es gibt *„Mangelkrankheiten, die es in Europa garnicht mehr gibt, z. B. Rachitis, Skorbut, Pellagra und Kinder mit Kwasmiokor, einer Eiweißmangelkrankheit (durch sie werden bleibende Schäden der Gehirnentwicklung hervorgerufen) ... Jedes zweite Kind stirbt in der Transkei* (einem Land in der RSA; die Red.), *bevor es fünf Jahre alt ist."*

Die medizinische Versorgung der Farbigen ist katastrophal. Mütter müssen die Klinik spätestens 24 Stunden nach der Geburt verlassen.

„Die Regierung weigert sich beständig, Gelder für Massenimpfungen bereitzustellen... so sind z. B. Masern die häufigste Ursache für Kindersterblichkeit... Schockierend waren ferner das Ausmaß, die Stärke und Menge, mit der die Tuberkolose auftrat. Die Zahl von 60.000 Schwarzen mit Tb ist bei weitem untertrieben." Außer in Werkskliniken — in denen die Arbeiter schnell wieder für den Profit einsetzbar gemacht werden — wird den Schwarzen in den Kliniken kaum eine Behandlung verabreicht. Im Gegenteil, sie werden oft zum Experimentierfeld der weißen Ärzte. So schreibt ein Student über sein Praktikum:

- *„Mit den Behandlungsmethoden würde ich mehrere Kunstfehlerprozesse jeden Tag bekommen"*

und

- *„.... man traut sich auch mal jemanden umzubringen durch falsche Behandlung." (!!)*
- *„In den Kliniken bekamen die Patienten jeden Mittag nur einen Knochen mit Sehnen und einen Schlag Maisbrei."*

Faschistischer Alltag

Die „Homeland"-Politik der weißen Faschisten teilt die RSA in viele „Heimatländer" der Schwarzen auf. Die Schwarzen erhalten einen Pass ihres „Heimatlandes", das sie dann nur noch zum Zweck der Arbeit verlassen dürfen.

Viele Stämme und Familien sind aber auf verschiedene „Heimatländer" verteilt. Sie können sich nicht untereinander besuchen!

Es gibt *„Wochenenden, wo die großen Polizeiwagen durch die schwarzen Wohngebiete fahren und Razzien machen und alle Leute, die keinen richtigen Paß besitzen, sofort ins Gefängnis stecken (von Juli 69 bis Juli 70 wurden in Südafrika 600.000 Schwarze wegen Vergehens gegen die Paßgesetze eingesperrt)"*

Gegner der Apartheid werden oft jahrelang ohne Prozeß inhaftiert. Eines der größten KZ's der RSA ist die Gefangeneninsel „Robben Island".

Über einen Inhaftierten wird berichtet: *„Nach einem Jahr kam er zurück von Robben Island; er konnte keine Arbeit mehr machen, sich nicht mehr auf ein Buch konzentrieren, war psychisch verändert, ein menschliches Wrack mit 26 Jahren" (!!)*

Südafrika: Faschistische Bullen prügeln eine Demonstration auseinander

Das eine solche menschenverachtende Politik nicht nur „offizielle Regierungsangelegenheit" ist, sondern die faschistische Hetze bei dem größten Teil der weißen Minderheit in Südafrika verfängt, gehört auch zum Alltag der Schwarzen:

- *„Es muß jedem auffallen, wie nett und hilfsbereit die weißen Südafrikaner gegenüber anderen Weißen sind."*

Andererseits:

„Nie werde ich vergessen... wie ein Schwarzer am Straßenrand trampte und drei Weiße stoppten den Wagen und schlugen den Schwarzen zusammen, nur so aus Spaß."

- *„Ein weißer Arzt griff einem Schwarzen ohne Betäubung in eine tiefe Augenbrauenwunde. Der Schwarze hatte die Hand des Arztes weggeschlagen. Daraufhin verprügelte der Arzt den viel kleineren und durch Blutverlust geschwächten Schwarzen, bis dieser regungslos am Boden lag. Beim anschließenden Nähen der Wunde kamen noch zwei weitere weiße Ärzte dazu, die den Patienten festhielten und ihn durch Schläge und Stöße zwangen, nach jedem Stich „Baie Dankie, doktor!" zu sagen."*

Eine faschistische Politik, wie die in der RSA, bietet dem imperialistischen Kapital die besten Voraussetzungen für Investitionen.

Daher sind die Imperialisten auch sehr bemüht, derartige Zustände zu erhalten und dort, wo dies nicht mehr geht, einen „kontrollierten Übergang" zu schaffen, der ihnen die weitere Macht sichert.

In diesem Sinne fordert die Regierung der BRD Südafrika zwar auf, „die Rassentrennung aufzuheben", zeigt aber im gleichen Atemzug ihre Haltung zum Faschismus:

„Südafrika sei ein unabhängiger Staat und Bonn unterhalte korrekte und volle Beziehungen zu Südafrika... (die BRD) müsse an der Erhaltung des Außenhandels und des Handelsaustausches mit Südafrika interessiert sein." („FR", 8.2.75)

HSW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Regierungsumbildung in Frankreich
Der Folterknecht General Bigeard im Armeeministerium

Der General Bigeard — verantwortlich für Tausende von Morden in Indochina und Algerien — ist im Februar in die französische Regierung aufgenommen worden: Er besetzt den Posten des Staatssekretärs beim Armeeministerium.

Nach der Niederlage der französischen Armee in Dien-Bien-Phu arbeitete Bigeard mit jungen Offizieren eine Theorie des konterrevolutionären Kriegs aus.



Giscard und Bigeard bei einer Ordensverleihung

Der Kolonialkrieg Frankreichs gegen die Befreiungsbewegung in Algerien (FLN) wurde für ihn zum Erprobungsfeld seiner Strategie. Im Januar 1957 gelang es der FLN, die arabischen Viertel der Hauptstadt Algier zu befreien. Die blutige Rückeroberung Algiers wurde dem 3. Fallschirmjäger-Regiment, unter Bigeards Befehl, anvertraut. Ein ganzes Jahr lang trieb er den ungeheuerlichsten Terror: Morde, Folterungen und „Verschwinden-Lassen" von Menschen wurden zur täglichen Praxis seiner Terrorherrschaft. 4.000 Menschen sind von ihm und seinen Mördern allein in Algier umgebracht worden.

Die französische Bourgeoisie und ihre Führungsclique hat schon lange an der Säuberung des „Image" von Bigeard gearbeitet: „Bigeard: der legendäre Chef", „Bigeard: der Mann von der Straße, ein wahrer Kumpel, rauh aber gutmütig" etc.

Aber auch die reformistische Linke steht dabei nicht zurück. So erklärte Francois Mitterand, Chef der Sozialistischen Partei, vor kurzem im Radio, daß dieser Henker **„immer ein loyaler Offizier gewesen"** sei. Da muß man eine Gänsehaut bekommen, wenn dies das „Linksbündnis" unter „loyalen Offizieren" versteht — die es nach ihrer Meinung massenhaft in der französischen Armee gibt, weshalb in Frankreich keine ähnliche Entwicklung wie in Chile zu befürchten sei.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Nahost:

Repressionswelle in Jordanien, Ägypten, Libanon gegen fortschrittliche Kräfte

Jordanien:

Die DFLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas) hat in der französischen Presse ein Kommunique veröffentlicht, wonach anläßlich der Vorstandswahlen der „Vereinigung jordanischer Studenten" zahlreiche linke Studenten verhaftet worden sind. Bei den Vorstandswahlen hatten die Agenten des Regimes und die reaktionären „Moslem-Brüder" eine erhebliche Niederlage erlitten. Der frisch gewählte Präsident, Ali Amer, wurde noch am gleichen Abend vom jordanischen Geheimdienst in seiner Wohnung verhaftet.

Ägypten:

Am 1. Januar demonstrierten die Arbeiter aus Heluan. Sie forderten demokratische Rechte und Verbesserungen ihrer materiellen Lebenslage. Noch am gleichen Tag wurden 400 Linke verhaftet. Haftorte und Haftbedingungen bleiben geheim. Die Protestdemonstrationen der Studenten aus Kairo waren für das Sadat-Regime weiterer Verhaftungsanlaß. Die Verhaftungen richten sich bislang vor allem gegen die fortschrittliche Intelligenz: Journalisten, Anwälte, Schriftsteller, Schauspieler. Besonders betroffen ist die Gruppe „Revolutionärer Strom", eine marxistisch-leninistische Gruppe. Als Begründung der Verhaftungen diente in vielen Fällen der „dringende Verdacht auf Neubildung einer verbotenen Organisation". Die Angeklagten riskieren damit bis zu 10 Jahren Gefängnis.

Dieser Repressionswelle zugrunde liegt sicherlich auch der Druck seitens Saudiarabiens und Irans; beide Regierungen haben sich bereit erklärt, Ägypten mittels Anleihen und Investitionen zu „helfen" — mit einer Bedingung: „politische Sicherheit"!

Währenddessen verschlechtert sich die Lage der Werktätigen in Ägypten zusehends: im Zeitraum von nur einigen Monaten sind die Preise um das Doppelte gestiegen, viele „Elementarprodukte" — wie Zucker, Obst, Streichhölzer — sind nicht mehr zu erhalten, was das Aufblühen des Schwarzmarktes zur Folge hat.

Libanon:

Am 24. Januar hat der Chef der faschistischen Falange-Partei — Pierre Gemayel — durch eine Hetzrede gegen den palästinensischen Widerstand das Startsignal für erneute Repressionen gegeben. Während einer Pressekonferenz hetzte er wild gegen die Palästinenser, sie würden „die libanesische Souveränität mißbrauchen"; auf der anderen Seite erwähnte er natürlich keineswegs die aggressive Politik Israels gerade gegen den Libanon.

Verschiedene Streiks haben in den letzten Wochen in Libanon stattgefunden, vor allem der Streik der Lehrer und der Streik der Arbeiter und Angestellten der nationalen Tabakgesellschaft. Auch an der Universität lebt die Bewegung wieder auf: bei den Vorstandswahlen der „Vereinigung libanesischer Studenten" erreichte die Linke einen klaren Sieg: 80 % der Sitze!

Südlibanon

Schon seit einigen Wochen findet in Südlibanon ein regelrechter Krieg statt. Die israelischen Truppen haben ihre Angriffe auf das Gebiet von Arkoub konzentriert. Sie versuchen systematisch, die Bevölkerung aus diesem Gebiet zu vertreiben. Dabei sind aber die Zionisten auf erheblichen Widerstand gestoßen; das Dorf Kfar Schuba wurde von den Israelis total zerstört, es ist ihnen aber nicht gelungen, dort einzudringen! Der Widerstand der Einwohner von Kfar Schuba hat in allen Städten und Dörfern Südlibanons Solidaritätsdemonstrationen ausgelöst.

Der Präsident der Abgeordnetenkammer, Kamel Assaad, wurde fast tätlich angegriffen. Die Bevölkerung warf ihm die Passivität des Regimes gegenüber Israel vor und forderte von ihm Waffen, um sich gegen die Überfälle der Zionisten wehren zu können.

Am 30. Januar demonstrierten tausende von Menschen in den libanesischen Städten Saida, Tyr, Mabatyeh und auch in Beirut. Sie forderten den Rückzug der israelischen Truppen aus den Grenzdörfern. Am gleichen Tag wurde in ganz Südlibanon ein Streik durchgeführt.

Genossin aus der Unigruppe
KB / Frankfurt

USA:

Ford „heilt Wunden der Nation"

Eine Amnestie, die diesen Namen nicht verdient

Mitte September letzten Jahres, kurz nach der bedingungslosen Begnadigung Nixons, bewilligte Präsident Ford eine Amnestie für Vietnam-Deserteure. In der dazugehörigen Proklamation erklärte Ford u. a., daß Flucht oder Desertion *„schwere Vergehen"* seien. *„Aussöhnung verlangt jedoch nach einem Akt der Gnade, um die Wunden der Nation heilen zu lassen"* („Welt", 17.9.74). Diese „Gnade" war aber nur nach Erfüllung einiger Bedingungen zu bekommen, denn *„der Grundgedanke ... ist die Balance zwischen dem Eingeständnis, daß Widerstand gegen einen nicht erklärten Krieg nicht völlig ohne moralische Berechtigung ist, und dem Gebot, die Opfer und Leiden jener Amerikaner, die in Vietnam kämpften, nicht durch eine bedingungslose Amnestie zu entwerten"* („Süddeutsche Zeitung", 3.9.74).

Dies klingt wie ein Hohn, wenn man bedenkt, daß 8100 Soldaten wegen Dienstverweigerung verurteilt sind, teils mit Bewährungsfrist, teils aber auch zu Strafen bis 25 Jahren und daß 120 noch ihre Zeit absitzen. Diese Kriegsgegner sind also verurteilt worden, obwohl der Krieg nie vom Kongress genehmigt wurde. Ein weiteres Beispiel dafür, wie wenig sich die Bourgeoisie an ihre eigenen Gesetze hält.

Genau so ein Hohn ist diese sogenannte Amnestie: Wenn der „Begnadigte" aus dem Ausland oder aus der Illegalität in den USA in die „Zivilisation" zurückkehren will, muß er bis zu 2 Jahren zivilen Ersatzdienst ableisten und einen Treueid auf die Verfassung ablegen. Hat er sich hierzu verpflichtet, wird er in Form einer „unehrenhaften Entlassung" aus dem Militärdienst entlassen. Erst nach Ableistung des Ersatzdienstes schließlich kann man dann eine „Gnadenentlassung" erhalten. Beide Formen bedeuten eine starke Diskriminierung, denn die Entlassungsurkunden werden wie eine Art polizeiliches Führungszeugnis gewertet, das man bei Bewerbungen vorlegen muß.

Auf der Internationalen Konferenz der Kriegsdienstverweigerer am 21.9.74 in Toronto, Kanada, wurde dieses pseudo-Amnestieprogramm konsequent abgelehnt und eine totale und bedingungslose Amnestie gefordert. Gleichzeitig beschloß man einen Boykott der Aufforderung, sich bei den US-Behörden zu melden. Dieser Boykott scheint bisher gut funktioniert zu haben, denn die Meldefrist wurde um einen Monat, bis Ende Februar verlängert. Gemeldet haben sich bisher von 216.000 nur 7.200!

Auf dem Kongress der Kriegsdienstverweigerer wurde die Zahl der in Kanada lebenden Kriegsgegner zwischen 15.000 und 25.000 geschätzt. 1.000 sollen in Schweden, England und Frankreich leben.

USA-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Lehrergewerkschaft auf dem Marsch nach rechts! (2. Teil)

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über die Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen in der GEW, insbesondere in den Landesverbänden Westberlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die in diesem Artikel angekündigten Beschlüsse des GEW-Hauptausschusses sind mittlerweile gefaßt worden – insbesondere der Abgrenzungsbeschluß gegenüber DKP und SEW. Im folgenden wollen wir vor allem auf die politische Bedeutung dieses Vorgehens der GEW-Führung gegen die reformistischen Strömungen in der Gewerkschaft eingehen.

Wie im letzten AK angekündigt, hat der Hauptausschuß der GEW am 1.2. das Ende der „aktiven Toleranz" in der GEW beschlossen. Unter dem verlogenen Motto *„Die GEW soll keine Richtungsgewerkschaft werden!"* faßte er im wesentlichen folgende Beschlüsse:

- am 8. März findet in Köln eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung statt, die vor allem Satzungsänderungen und einen Abgrenzungsbeschluß gegenüber „Extremisten" verabschieden soll;
- als Text für diesen Abgrenzungsbeschluß wurde eine Vorlage des Landesvorstandes Bremen (!) verabschiedet, in der es u.a. heißt: *„Jede Unterstützung von extremen Parteien oder Gruppen durch GEW-Mitglieder, die darauf hinausläuft, die GEW für die politischen Ziele dieser Organisationen einzuspannen, ist.... gewerkschaftsschädigend. Zu den rechts- und linksextremen Parteien und Gruppen im Sinne der Unvereinbarkeitsbeschlüsse von DGB und GEW gehören nicht nur NPD*

teien und Gruppen im Sinne der Unvereinbarkeitsbeschlüsse von DGB

und GEW gehören nicht nur NPD, KPD, KPD/ML und KBW. Wo immer andere Gruppen und Parteien wie SEW und DKP etc. einschließlich ihrer Nebenorganisationen den Versuch machen, die GEW in den Dienst ihrer parteipolitischen Ziele zu stellen, sind sie den oben angeführten Gruppen und Parteien gleichzustellen."

- Die Mitgliedschaft im „Sozialistischen Lehrerbund West-Berlin"(SEW-nahe) ist mit einer Mitgliedschaft in der GEW unvereinbar;
- der Vorstand des Landesverbandes West-Berlin der GEW wird beauftragt, gegen die 12 Gründungsmitglieder des inzwischen aufgelösten SLB ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

A l l e für den geplanten Bundeskongreß beantragten Satzungsänderungen zielen – wie nicht anders zu erwarten – auf einen weiteren Abbau der Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaftsbasis auf die GEW-Politik und auf eine Stärkung der allmächtigen zentralen Instanzen: so sollen in Zukunft alle GEW-Gliederungen an Beschlüsse des Hauptausschusses und des Hauptvorstandes gebunden sein (diese Formulierung wurde noch vor einem Jahr in Mainz abgelehnt!), so wird ausdrücklich in § 8 die bundesunmittelbare Mitgliedschaft in der GEW eingeführt und als Konsequenz davon in § 9 das Recht auf Einleitung von Ausschlußverfahren auch den zentralen Bundesgremien zugesprochen. Als Ausschlußgrund wird ausdrücklich jetzt „Verstoß gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB" genannt. Für derartige Ausschlüsse ist in Zukunft a u s s c h l i e ß l i c h der Hauptvorstand zuständig – wenn diese Satzungsänderung tatsächlich GEW-Wirklichkeit werden.

Als Extrapunkt soll in Köln noch für alle Gremien der GEW ein „Direktwahlverfahren" eingeführt werden, d.h. ein Urnenwahlverfahren, das der „Schweigenden Mehrheit" auch ohne Besuch der Wahlveranstaltung die Stimmabgabe ermöglicht – im Grunde eine Übertragung des Parlamentswahlverfahrens auf die Gewerkschaft.

GEW-Vorsitzender Erich Frister brachte auf der Hauptausschußsitzung Sinn und Zweck dieser Regelung in unnachamlicher Weise auf den Begriff: *„das Mittel der diskutierenden Auseinandersetzung mit den Ultralinken und inhumanen Kommunisten hat sich als ungeeignet für die Erhaltung unserer (!) GEW erwiesen. . . Entweder wir stellen unsere Glaubwürdigkeit wieder her durch entschiedenes administratives,* (wird zuerst genannt!) *organisatorisches und politisches Handeln gegenüber den Ultralinken . . . oder die Regression zur Volksfrontgewerkschaft wird eintreten. . . Tatsächlich ist es so, daß die rasche Trennung von den Chaoten, das Durchgreifen gegen gewerkschaftsschädigendes Verhalten und die Mobilisierung der Mitglieder bei den GEW-Wahlen wieder die uneingeschränkten Voraussetzungen schaffen werden, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. . . Jeder einzelne von uns, ob Funktionär oder Mitglied, steht jetzt am Scheidewege. . . Nicht Zaudern und Resignation, sondern nur noch Entschlossenheit können uns helfen. Wir müssen die Demontage unserer Gewerkschaft verhindern."* („EuW" 2/75, EuW = Erziehung und Wissenschaft, Verbandszeitung der GEW) Das Protokoll verzeichnet „starken Beifall" (der versammelten Gewerkschaftsführer) nach dieser Hetzrede.

Gewerkschaftsführung: Durch dick und dünn an der Seite der Kapitalisten

Wir haben angesichts der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen kommunistische Gruppen und angesichts des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie (Mainzer Kongreß) von Anfang an darauf hingewiesen, daß es sich nicht einfach um vereinzelte Gewerkschaftsausschlüsse gegen einige wenige linke Kollegen handelt, sondern um einen Schlag großen Stils gegen a l l e demokratischen Kräfte in der Gewerkschaft und um eine reaktionäre Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik i n s g e s a mt.

Damit ist endgültig auch der Hamburger GEW-Vorsitzende Wunder Lügen gestraft, der als erster in der GEW in Hamburg einen Unvereinbarkeitsbeschluß einbrachte und die Sache damals als rein „politische" Abgrenzung gegen „Linksextremisten" zu verharmlosen suchte.

In der jetzt folgenden „Abgrenzung" gegen DKP/SEW und vor allem auch gegen linke Sozialdemokraten offenbaren Frister und Co. unmißverständlich, wo sie hin wollen.

Die GEW hatte sich bislang als „Speerspitze der Reform" verstanden. Daß dieses „Reformverständnis" immer nur auf einen *möglichst gut funktionierenden Kapitalismus* ausgerichtet war, wird spätestens jetzt in einer Krisensituation auch deutlich von den GEW-Führern gesagt.

Solange die westdeutsche Bourgeoisie an einer Ausweitung des Bil-

Solange die westdeutsche Bourgeoisie an einer Ausweitung des Bil-

dungssektors interessiert war, schwamm die GEW „progressiv" und „reformfreudig" auf dieser Welle mit. Jetzt aber steht nach Fristers Worten a n d e r e s auf der Tagesordnung: *„Der Strukturwandel der Weltwirtschaft"* – also die verschärfte Konkurrenz der imperialistischen Staaten – *„mit der noch nicht voll zu überblickenden Veränderung der Beschäftigungsstruktur"* – also dem abnehmenden Bedarf des westdeutschen Kapitals an qualifizierten Arbeitskräften – führen nach Frister zu einem *„Bremseffekt in der bisherigen Entwicklung des Bildungswesens"*. Und hier muß die „reformfreudige" GEW natürlich Hilfestellung leisten. Wir befänden uns jetzt in einer Phase der *„Konsolidierung und Stabilisierung"* und *„nach ihrer Tradition (!) und bisherigen Leistung müßte die GEW durch ihre Arbeit wesentlicher Träger (!) dieser Konsolidierung und Vorbereitung für den neuen Aufschwung sein."*

Im Klartext heißt das, daß die GEW sich aktiv zum Abbau der Bildungsmöglichkeiten bekennen und diesen u n t e r s t ü t z e n soll, weil dies der „Konsolidierung" des Kapitalismus dient.

Einer solchen Ausrichtung der GEW stehen eben auch Reformisten im Wege, denen eine – sei es auch noch so zaghafte und allmähliche – Überwindung des Kapitalismus in Richtung auf ein sozialistisches System vorschwebt. Und man muß hier wohl hinzufügen, daß sich dieser Angriff nicht einmal auf diese Reformisten (DKP und Jusos) beschränkt, sondern daß zunehmend auch diejenigen auf's Korn genommen werden, die sich nur für irgendeine Liberalisierung und Humanisierung der Gesellschaft einsetzen:

„Monotone Kapitalismuskritik" und *„ermüdend destruktive Schwarzmalerei"* soll zukünftig in der GEW zum Ausschluß führen, denn *„Anziehungskraft, Glaubwürdigkeit* (bei wem wohl?) *und Durchsetzungsfähigkeit der GEW leiden unter der Aktivität der Mitglieder kommunistischer Parteien und Gruppen und linkssozialistischer Zirkel sowie linker Sozialdemokraten (!!), die Volksfrontanhänger sind. Sie versuchen, die GEW zum Instrumentarium einer Politik der grundsätzlichen Ablehnung unserer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung zu formieren"* (Frister). Jede Kritik, die davon ausgeht, daß der Kapitalismus grundsätzlich Mißstände erzeugt, ist damit „illegal"!

Aber auch Leuten wie z.B. dem Hamburger GEW-Vorsitzenden Wunder (bekannt als Vorkämpfer für die Unvereinbarkeitsbeschlüsse!) kann man eigentlich nur den Tip geben, schleunigst umzudenken und sich auf den neuen Kurs einzustellen. Wenn dieser z.B. starrköpfig und „monoton" das Ende der Bildungsreform kritisiert und sich über „die Politiker" (aller Parteien) beklagt, die „heute Wortführer im Abbau staatlicher Leistungen" sind, dann klingt das doch ganz schön „ermüdend", „destruktiv" und „schwarzmalerisch". In Zukunft muß da etwas mehr Freude an der stattfindenden „Konsolidierung" erwartet werden!

Zurück zur Stände-Organisation

Frister gibt in „EuW" (2/75) auch noch ein recht offenes Wort zur „Einheitsgewerkschaft" zum besten: *„Die Einheitsgewerkschaft nach dem Verständnis der einzelnen Gewerkschaften des DGB und des DGB als Gewerkschaftsbund ist keine (!) ‚Klassenorganisation der Arbeiterklasse'. Eine solche leninistisch (!) definierte Gewerkschaft ist eine Richtungsgewerkschaft".* Eine konsequente gewerkschaftliche Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse ist damit „gewerkschaftsschädigend". **„Einheitsgewerkschaft" heißt offensichtlich „Einheit" mit den Interessen der herrschenden Klasse!**

Frister empfiehlt dagegen, die GEW müsse ihren Mitgliedern *„berufliches Selbstbewußtsein und soziale Geltung"* bieten. *„Die Mehrheit der GEW-Mitglieder will durch die Zugehörigkeit zur GEW nicht das Image einer Randgruppen- oder Außenseiterposition bekommen. Ein Interesse an einer politischen Diskussion, fachlicher Information und geselliger Begegnung besteht ..."* (zitiert nach dem Westberliner „Extradienst", 15.2.). Das ist ganz klar der Aufruf an die schlechtesten kleinbürgerlichen Instinkte, mit demokratischer Politik Schluß zu machen und in „geselligen Begegnungen" die Pflege des Lehrerbestandes zu betreiben.

Hier können wir es uns nicht verkneifen, den Hamburger GEW-Chef Wunder zu Wort kommen zu lassen, der halt noch nicht kapiert hat, was von ihm erwartet wird:

lassen, der halt noch nicht kapiert hat, was von ihm erwartet wird:

„Das Scheitern der Reformpolitik könnte in der GEW auch zu einem konservativen back-lash (Rückstoß) *führen: durch Aufgabe der bildungspolitischen Profilierung, insbesondere durch Abrücken von der Reformpolitik und Entwicklung zu einer unpolitischen Berufsorganisation ... Solche Politik wäre allerdings mit der Selbstaufgabe der GEW identisch. ... Wer die GEW opportunistisch zum Zwilling des Deutschen Lehrerverbandes machen möchte, würde sie zerstören"* („HLZ" 1/75).

Nicht schlecht beobachtet! Nur der Konjunktiv ist falsch („könnte", „wäre", „würde" etc.). Fristers Vorstoß i s t der „konservative back-lash"!

Wenn hier ganz allgemein (!) gegen *„monotone Politgeschäftigkeit oder hohlen Protestaktionismus, wie sie da und dort als Sperrmüll der Studentenbewegung mit gewerkschaftlicher Arbeit verwechselt werden"*, (Frister) gehetzt wird, dann ist die Kennzeichnung „konservativ" noch reichlich mild!

Wir meinen nicht, daß damit die Gewerkschaftsführung in Zukunft auf reformistische Demagogie verzichten wird. Der Einfluß der reformistischen Kräfte soll jedoch zugunsten einer offen reaktionären Linie zurückgedrängt werden.

Die DKP ist „empört"

Die Revisionisten fühlen sich gekränkt ob solcher Undankbarkeit. Haben sie doch immer den Gewerkschaftsführern treu gedient, z.B. bei Ausschlüssen gegen „Maoisten und Chaoten". Selbst in dieser Situation versäumt die „UZ" (Zeitung der DKP) in einer Stellungnahme zum Beschluß des GEW-Hauptvorstandes (s.o.) nicht den Schlag gegen links. Die DKP-Führer werden ihre spalterische Haltung nicht ändern. Eher werden sie noch heftiger gegen die Kommunisten vorgehen, um zu „beweisen", daß sie „mit denen nichts zu tun" haben.

Andererseits wollen wir nicht verschweigen, daß einfache (nicht durch eine Parteikarriere abgesicherte) DKP-Mitglieder zum Teil betroffen sind über die Entwicklung in der GEW, und daß bei ihnen eine gewisse Bereitschaft zu entstehen scheint, eine größere Solidarität der Linken zu unterstützen.

Diesen Mitgliedern sei gesagt, daß sie bei uns offene Türen einrennen, wenn sie Solidarität fordern. Vor knapp zwei Jahren (AK Nr 29, Juni '73) schrieben wir bereits, daß es sich die DKP „an fünf Fingern abzählen" kann, wann die Angriffe der GEW-Führer auch sie treffen. Den DKP-Mitgliedern, die jetzt möglicherweise nachdenklich werden, sei aber ebenso deutlich gesagt, daß es eine g e t e i l t e Solidarität nicht geben kann. Wir werden nicht eine einzige Resolution unterstützen, die die Angriffe gegen DKP-Mitglieder verurteilt, aber zur Unterdrückung und Verfolgung der Kollegen links von der DKP schweigt. ●

Bündniskommission des KB Gruppe Hamburg

GEW Hamburg:

Gerichte müssen den Mitgliedern recht geben!

Am 11.2. hat das Hamburger Oberlandesgericht in einer Berufungsverhandlung abschließend über eine einstweilige Verfügung entschieden, mit der am 5.11.74 über 100 GEW-Mitglieder dem Landesvorstand der GEW untersagt hatten, eigenmächtig eine Landesvertreterversammlung anstelle der bisherigen Hauptversammlung (Vollversammlung aller Mitglieder) im Landesverband Hamburg einzuführen.

Zwar hat das OLG aus formalen Gründen die einstweilige Verfügung aufgehoben, gleichzeitig aber bestätigte es voll und ganz die Rechtsauffassung der Mitglieder zu den Mainzer Beschlüssen: es stellte fest,

- daß Satzungsänderungen ausschließlich durch eine Hauptversammlung vorgenommen werden können (der Vorstand hatte die HV nach dem Mainzer Kongreß kurzerhand für „abgeschafft" erklärt);
- daß die Mainzer Beschlüsse keine unmittelbare Gültigkeit im Hamburger Landesverband besitzen, da dieser „rechtlich selbständig" sei;
- daß die Einrichtung einer Schiedskommission für Hamburg durch den GEW-Hauptausschuß satzungswidrig ist (siehe AK 55).

Dies ist ein schwerer Schlag gegen das Manöver der Gewerkschaftsführer, den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie in der GEW über einen Bundeskongreß („Mainzer Kongreß") ohne jede Mitsprache der Mitglieder durchzuspeitschen. Nicht einmal die bürgerliche Klassenjustiz sieht sich in der Lage, einen so offensichtlichen Satzungsbruch der Gewerkschaftsführer für „legal" zu erklären. Nach dem Urteil des OLG steht den Landesverbänden eindeutig das Recht zu, in ihren obersten Organen (Hamburg: Hauptversammlung; in anderen Bundesländern: Vertreterversammlungen) über Satzungsänderungen, d.h. auch über die Mainzer Beschlüsse uneingeschränkt zu entscheiden. Das gilt für die GEW, weil ihre bundesweite Zusammenfassung nur die Struktur einer Dachorganisation hat.

In der Urteilsbegründung heißt es sogar: *„Die Auffassung der Antragsgegner* (d.h. der Gewerkschaftsführer), *es gehöre zur Struktur einer Gewerkschaft, von der Spitzenorganisation her in unselbständige Landesverbände gegliedert zu sein, verkennt die Koalitionsfreiheit des Art. 9 des Grundgesetzes"!*

Soviel zum „Demokratieverständnis" der Gewerkschaftsführer, die von ihren Mitgliedern alle fünf Minuten den Schwur auf's Grundgesetz verlangen. Diese Leute, die tagtäglich die minimalsten Rechte sogar der bürgerlichen Demokratie aushöhlen und der Arbeiterklasse und den Werktätigen streitig machen, wagen es, den Kommunisten und anderen Linken eine „antidemokratische" Politik vorzuwerfen!

Das Urteil stärkt die Position der Demokraten in der GEW, die sich gegen die totale Willkür ihrer Vorstände wehren und die demokratischen Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung verteidigen. Es muß benutzt werden, um noch mehr Mitglieder für eine demokratische Gewerkschaftspolitik zu gewinnen, und um jeden Fußbreit innergewerkschaftlicher Demokratie zu verteidigen.

Deshalb haben wir nach Kräften diese Initiative der klagenden GEW-Mitglieder unterstützt. Die überwiegende Mehrheit der Kläger sind natürlich keine Kommunisten, sondern sind als fortschrittliche Liberale einzustufen.

Es sollte aber auch erwähnt werden, daß die DKP solche gerichtlichen Schritte in die Ecke „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" drängte, und daß der KBW gleich nach dem Mainzer Kongreß für die Anerkennung der Mainzer Beschlüsse eintrat, da die Bundesvertreterversammlung schließlich „das oberste Organ" der GEW sei (obwohl die Deligierten größtenteils weder ein Mandat hatten noch überhaupt gewählt waren!).

Aber der Tag kommt bestimmt, wo der KBW dieses Urteil im Sinne seines parteipolitischen Geltungsbedürfnisses „ganz groß" ausschlachtet, obwohl er die klagenden Mitglieder weder durch konstruktive Vorschläge noch propagandistisch in seinen Veröffentlichungen jemals unterstützt hat. Das wird den Demokraten in der GEW dann aber sicherlich wahnsinnig hilfreich sein . . .

Zwei Tage nach dem Urteil des OLG ermächtigte das Hamburger Amtsgericht über 200 GEW-Mitglieder auf ihren Antrag hin, auch gegen den Landesvorstand eine Hauptversammlung zu den Mainzer Beschlüssen durchzuführen. Damit hat der GEW-Vorstand auch unrecht in seiner Behauptung bekommen, seit Mainz gebe es in Hamburg keine Hauptversammlung der Mitglieder mehr.

Diese beiden Urteile haben weitreichende Auswirkungen für die gesamte GEW. Mit ihrer Hilfe lassen sich in allen Landesverbänden die Mainzer Beschlüsse wesentlich leichter abwehren und die in Köln anstehenden Beschlüsse verhindern.

Dementsprechend sollten die fortschrittlichen GEW-Mitglieder auf dem außerordentlichen Bundeskongreß in Köln eine eindeutige Klarstellung fordern, daß es keinerlei Beschlüsse ohne oder gegen die demokratische Willensbildung der Mitgliedschaft geben kann. ●

Dortmund:

Demonstration gegen verstärkte Angriffe auf ausländische Kollegen

Am 1.2.75 demonstrierten in Dortmund über 1.200 ausländische und westdeutsche Arbeiter und Studenten unter den Parolen: „Schluß mit den Massenentlassungen, Preistreiberei und Kurzarbeit", „Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen", „Deutsche und ausländische Arbeiter, eine Kampffront".

Neben türkischen Arbeitervereinen und der ATÖF (türkische Studentenföderation) hatten auch die „KPD", Rote Hilfe und einige andere Organisationen zur Demonstration aufgerufen. Während die türkischen Genossen überregional etwa 700 Teilnehmer mobilisieren konnten, propagierten ca. 3 - 400 im Block der „KPD", die regional mobilisiert hatte, zu den allgemeinen Parolen noch den 7-Stunden-Tag. Der KBW war nicht erschienen, weil er die ATÖF angeblich als nationalistische Organisation einschätzen würde. Nach der sehr kämpferischen Demonstration wurde noch eine Abschlußkundgebung durchgeführt. ●

Ein AK-Leser aus Dortmund

Bremen:

Die GEW-Linke soll zerschlagen werden

Berufsverbote wegen Chile-Solidarität?

Am 6.2. erhielt eine Reihe von Referendaren am Bremer Studienseminar Briefe von der Behörde. Verklausuliert werden in ihnen Zweifel angemeldet, ob denn der Referendar auch in seinem ganzen Verhalten auf dem Boden der FDGO stehe. Ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl des Berufsverbots also. Der Anlaß: Die Angeschriebenen haben im August letzten Jahres einen Aufruf zur Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes, mit dem die Chile-Komitees für den ersten Jahrestag des blutigen Militärputsches zur Nationalen Demonstration aufriefen, unterschrieben.

Nun sagt der Herr Senator, Sozialdemokrat wie er ist, natürlich noch nicht offen, daß die Solidarität mit dem chilenischen Volk der Stein des politischen Anstoßes ist. Vielmehr greift er zu folgenden hirnverbrannten und gerade deshalb so geschickten Konstruktionen: Der Aufruf lasse „*nach Inhalt und Diktion deutlich erkennen, daß die Initiatoren vor allem beim Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) zu finden sind*". Und: „*Wer politische Aktivitäten unterstützt, an denen der KBW erkennbar beteiligt ist, identifiziert sich jedoch mit einer politischen Gruppierung, deren Programm und politisches Handeln gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes gerichtet ist und gibt damit Anlaß zu Zweifeln, ob er die Voraussetzungen des § 53, Abs. 2 Brem. BG erfüllt.*"

So einfach ist das also, wenn man sich um eine Stellungnahme zum Inhalt des Aufrufs herumdrücken will: Eine Organisation, die denselben Aufruf vor oder nach der Unterzeichnung der Referendare auch unterstützt und die als „verfassungsfeindlich" eingestuft wird, wird herbeizitiert, um den Strick des Berufsverbots zu knüpfen oder zumindest die massive Einschüchterung voranzutreiben.

Dieses Vorgehen ist Bestandteil der Strategie, die der Bremer Senat gegen die bisher in der GEW-VBLL organisierte Lehrerlinke eingeschlagen hat. Zum einen will er KBW-Mitglieder oder Sympathisanten aus dem Schuldienst raushaben: Die Mittel sind direktes Berufsverbot wie im Fall K. Maier und S. Faulstich; Nicht-Einstellung wie im Fall H. Kuhn; oder direktes Ausbildungsverbot, so daß der Bewerber erst gar nicht an die Schule kommt, und sei es nur, um seine Ausbildung als Referendar oder Lehrer im Vorbereitungsdienst zu beenden, wie im Fall C. v. Eitzen.

Daß hier einzelne Lehrer, die offensichtlich dem KBW nahestehen, aus dem Schuldienst herauskatapultiert werden, ist nicht das entscheidende, obwohl gegen den Rausschmiß dieser Kollegen alles getan werden muß, was die Solidarität mit ihnen unterstützt. Wichtiger aber noch bei diesem Vorgehen ist, daß die gesamte Linke unter den Lehrern massiv eingeschüchtert werden soll. Bisher hatte der KBW, vor allem während der Zeit der ADL, einen relativ starken Einfluß auf die Bremer Lehrerlinke.

Eindeutiges Ziel der Behörde ist es nun, einerseits gezielt den KBW vollends zu isolieren, andererseits die Lehrer insgesamt von gewerkschaftlicher und politischer Interessenvertretung abzuhalten.

Der ist aber in den letzten Monaten zunehmend zusammengebrochen und durch Resignation und Inaktivität abgelöst worden.

Zu diesen Maßnahmen gehört nicht nur der jüngste Brief der Behörde an die Referendare anläßlich der Unterschrift unter die Chile-Resolution. Eine knappe Woche davor wurde wahllos einzelnen Referendaren, von denen ein Abteilungsleiter annahm, daß sie zu den Grundbereichssprechern im Referendarrat gehören, ein ähnlicher Brief geschickt.

Der Referendarrat hatte im vorigen Dezember die Referendare mit einer Resolution dazu aufgefordert, an der Demonstration am 11. Dezember gegen die Schulmisere teilzunehmen. Diese Resolution war in der „KVZ"-Ortsbeilage Bremen erschienen. Obwohl es den Herren der Schulbehörde selbstverständlich klar sein muß, daß eine verfaßte Resolution prinzipiell in jedem Blatt veröffentlicht werden kann, auch ohne ausdrückliche Zustimmung der Verfasser, haben sie bewußt zu an den Haaren herbeigezogenen Argumenten gegriffen, die die Angeschriebenen zu einer schriftlichen Distanzierung vom KBW zwingen soll.

Doch nicht nur durch diese offene Disziplinierung und Einschüchterung durch die Schulbehörde droht den fortschrittlichen Bremer Lehrern gegenwärtig eine empfindliche Knebelung. Auf gewerkschaftlicher Ebene blasen ebenfalls die Rechten im umstrukturierten Landesverband der GEW (ehemalige VBLE-Funktionäre) zum Angriff. Nach eigenen Verlautbarungen treten sie dem neuen LV mit dezidiert antikommunistischer Programmatik bei.

Vor allem diesen Kräften einen Riegel vorzuschieben, wird die Aufgabe der Bremer Lehrerlinken in den nächsten Monaten sein. Denn nur die gewerkschaftliche Stärkung kann dauerhafte Gewähr für die Abwehr der Disziplinierung und Einschüchterungsversuche von seiten der Schulbehörde sein.

Politisch falsch und gefährlich sind der Glaube und die Praxis des KBW, diesen Angriffen durch politisches Bekennertum und Veröffentlichung von Unterschriften von „Größen des öffentlichen Lebens" zu begegnen (der KBW legt Wert darauf, daß in seinen Unterschriftenlisten möglichst viele Räte und Oberräte, die angeblich Einfluß im „öffentlichen Leben" haben, stehen).

Entweder geht der KBW davon aus, daß man nur viele Menschen über ihre Unterschrift und ihr persönliches Bekenntnis versammeln muß, um sie der „Öffentlichkeit" – und das ist auch die Behörde – zu präsentieren, im Glauben, erst einmal die Knute der Reaktion persönlich gespürt, wird man schon zu politischem Bewußtsein kommen. Diese Haltung ist politisches Abenteuertum.

Oder aber der KBW sitzt mit seiner Unterschriftenpraxis der Illusion auf, die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation in Westdeutschland könne durch Unterschriftenlisten verändert werden. Er unterstellt dann, daß jeder – verfügt er nur über genügend Einfluß innerhalb der bürgerlichen Hierarchie etwa als Professor oder Oberrat – durch Bekenntnisse den Staat zur Erfüllung demokratischer Forderungen zwingen könnte.

Diese Haltung ist absolut kleinbürgerlich – und zeugt in der gegenwärtigen Situation von einer politischen Blindheit, die ans Verbrecherische grenzt!

Die Arbeiterklasse braucht heute und vor allem in der Zukunft (!) Lehrer, die sich den Arbeiterinteressen verpflichtet fühlen. Diese Art von Lehrern stehen heute unter der ständigen Bedrohung von Berufsverboten und anderen Formen der Disziplinierung. Daß die Lehrer – auf sich allein gestellt – die staatliche Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind, n i c h t zurückschlagen können, dürfte selbst den „Optimisten" vom KBW einsichtig sein!?

Die Arbeiterklasse aber, die ausschlaggebende Kraft im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, ist aktuell noch gegenüber der Bourgeoisie und ihrem Staat in einer relativen Schwächeposition – hat den Kampf an entscheidenden Fronten noch gar nicht oder kaum aufgenommen, wie z.B. in der Frage der Berufsverbote!

Es kann jetzt nicht darauf ankommen, der Bourgeoisie die „Abschußkandidaten" durch publicity-heischende Unterschriftenlisten sozusagen auf dem Tablett zu präsentieren (meistens sogar noch ohne deren Wissen und Zustimmung!), sondern es muß alle Kraft darauf verwandt werden, durch konsequente und geduldige Arbeit die Sache der Arbeiterklasse und die Positionen der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der GEW zu stärken! ●

KB/Gruppe Bremen

‚Helden'. . oder wie der KBW den „Kampf um die Gewerkschaften" führt

Zwei Vorgänge aus jüngster Zeit bezeugen auf eindrucksvolle Weise, wohin der Anpassungskurs des KBW in der Gewerkschaftsfrage letzten Endes (?) führt.

Im Bremer Organisationsbereich der GEW stehen für die kommenden Wochen eine ganze Reihe von Schritten zur vollständigen Integration der bisher getrennten Verbände VBLL und VBLE an. Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF berichteten, werden sich der rechte (stramm antikommunistisch ausgerichtete) VBLE und der als ‚links' und fortschrittlich geltende VBLL **auf der Grundlage der Mainzer Beschlüsse ‚vereinigen'!**

Die Rechten haben keinerlei Zweifel daran gelassen, daß „*unabdingbare Voraussetzung (!) für eine Integration des VBLE in den neuen Landesverband ... eine klare Abgrenzung des Landesverbandes gegenüber Extremisten* (ist)" („Bremer Lehrerzeitung", Nr. 12/74) und daß sie selbst dafür sorgen würden, daß „*die Abgrenzungsbestimmungen innerhalb der GEW*" auch durchgesetzt würden (ebenda).

So konnte es eigentlich niemanden mehr verblüffen, daß die GEW-Rechten für die Hauptversammlung des VBLL, am 27. Januar '75, wo über Einzelmaßnahmen des Zusammenschlusses im neuen Landesverband beschlossen werden sollte, gleich folgenden Punkt auf die Tagesordnung setzten:

„***Nr. 5 – Ausschlußantrag des Landeshauptausschusses gegen Koll. Dr. Willfried Maier.***" („BLZ", Nr. 12/74)

W. Maier ist – wie AK-Lesern bekannt sein wird – ‚ZK'-Mitglied des KBW und gleichzeitig Chef-Propagandist seiner Organisation.

Die Gewerkschaftsführung hatte bereits im letzten Jahr gegen W. Maier ein Ausschlußverfahren eingeleitet, nachdem der GEW-Vorstand den ‚Unvereinbarkeitsbeschluß' der anderen DGB-Gewerkschaften übernommen hatte, wonach die Mitgliedschaft u.a. im KBW ‚unvereinbar' mit der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist.

W.M. hatte seinerzeit in einem langen ‚Offenen Brief' an den „Kollegen Frister" (GEW-Bundesvorsitzender) gegen das eingeleitete Ausschlußverfahren protestiert und sehr wortreich dargelegt, wie nach seiner (und des KBW's) Meinung die Gewerkschaft als Kampforganisation der Arbeiterklasse auszusehen habe.

Will man Maier nicht unterstellen, er habe aus Ruhmsucht ‚seinen Fall' so ausführlich dargelegt (der Artikel umfaßte immerhin eine ganze Seite in der ‚KVZ') so bleibt wohl nur die Annahme, daß auch beim KBW der Kampf gegen Anti-Kommunismus und zunehmende Ausschlußverfahren als wesentlicher Bestandteil des Kampfes um die Gewerkschaften überhaupt gesehen wurde!?

Nun – W.M. wurde auf der schon erwähnten VBLL-Hauptversammlung n i c h t aus der GEW ausgeschlossen. Er ist – wie der Leiter der Hauptversammlung den Gewerkschaftern, sichtlich vergnügt, mitteilte – mittlerweile seinem Ausschluß durch A u s t r i t t aus der GEW ‚zuvorgekommen' !!!

Wer erkennt in diesem erbärmlichen ‚Helden' noch den Super-‚Linken', der vor nur zwei Jahren von den Mitgliedern der eigenen Organisation und den Kommunisten in den Gewerkschaften „o f f e n u n d a l s s o l c h e" aufzutreten und der diejenigen als Rechtsopportunisten beschimpfte, die diese wirklichkeitsfremde, selbstmörderische Orientierung ablehnten?

„*Bald schwebt er in den seligsten Illusionen des Optimismus, bald gleitet er hinab in den tiefsten Pessimismus*", so charakterisiert H. Remmele in seiner Schrift „Schritt halten!" den Kleinbürger von der Art des Dr. Wilfried Maier.

Es wäre an sich keine Zeile wert, sich mit den ‚Schwankungen' des ex-GEW-Mitgliedes W.M. zu befassen – aber dieser Mann ‚führt' eine politische Organisation, die den Kommunismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Die verheerenden Konsequenzen der KBW-‚Linie' in der Gewerkschaftsarbeit lassen sich u.a. im Fall der Bremer GEW an folgendem Beispiel zeigen: Durch die Auflösung der bisherigen Verbände und ihre Vereinigung in e i n e m Landesverband werden Neuwahlen für praktisch sämtliche Funktionen (Vorstände, Ausschüsse etc.) notwendig.

Die KBW-Führer haben nun ihre Mitglieder in der GEW (und diese wiederum ihre Sympathisanten) dazu angehalten, den Rechten das Feld zu überlassen – d.h. konkret, keine linken, fortschrittlichen Kandidaten gegen die Rechten aufzustellen. ‚Begründung': Man müsse zunächst ‚an der Basis' Kräfte sammeln, um bei der n ä c h s t e n Wahl von einer ‚gestärkten Position' aus die Auseinandersetzung aufzunehmen.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, daß einerseits die fortschrittlichen Kräfte in der Bremer GEW n o c h über eine relativ starke Position verfügen (d.h., daß die Linken insgesamt bedeutend einflußreicher sind als in jeder anderen Gewerkschaft und auch massiver auftreten könnten als in anderen Landesverbänden der GEW !!!) – und daß andererseits die reaktionären, antikommunistischen Elemente in der Bremer GEW unverholen einen sozialdemokratischen Richtungsverband ansteuern, in dem für sämtliche Vertreter einer konsequenten Klassenpolitik kein Platz mehr sein soll. (Gegenwärtig laufen bereits gegen drei GEW-Kollegen Ausschlußverfahren, „*die ... nach eigener Aussage und nach ihrer politischen Handlung dem KBW (an-) gehören*", wie es in einem Beschluß des Landesvorstands der GEW-Bremen, vom 25.11.74 heißt).

Angesichts dieser Bedingungen zum ‚Untertauchen' aufzurufen – wie es die KBWler tun – ist nicht nur selbstmörderisch (weil alle Genossen, zumindest vom KBW, durch das unsinnige ‚Bekennertum' in der Vergangenheit sowieso auf der Abschußliste der rechten GEW-Führung stehen), sondern der Verzicht auf Auseinandersetzung h e u t e muß (zumindest objektiv) als direkte Zuarbeit für die Bestrebungen der rechten, sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer qualifiziert werden. ●

Nach Berichten von Genossen des KB/ Gruppe Bremen

Hamburg:

Jugend- und Aktionseinheit gegen die reaktionäre Bildungspolitik

Jetzt Kurs auf den 1. Mai!

Am 14.2. fand in Hamburg eine weitere Informations- und Diskussionsveranstaltung der „Aktionseinheit" von inzwischen rund 70 Gruppen und Organisationen statt. Nach zwei Demonstrationen (am 8.11.74 und am 17.1.75 – jeweils mit über 2.500 Teilnehmern) und einer früheren Saalveranstaltung (am 6.12.74) war das die vierte Großveranstaltung der „Aktionseinheit". Mit über 2.000 Menschen im überfüllten Audimax war die Beteiligung diesmal noch etwas stärker als am 6.12.74.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand diesmal die Diskussion über den „Kampf um die Gewerkschaften". Einige Tage nach dieser Veranstaltung sollte eine Demonstration verschiedener Hamburger Jugendverbände, u.a. aus dem Gewerkschaftsbereich stattfinden. Schon vor längerer Zeit hatte die „Aktionseinheit" sich offiziell an die Träger dieser Demonstration gewendet, um zu einem g e m e i n s a m e n Vorgehen zu kommen. Während einige der Verbände (so die „Falken", die Jungdemokraten und kirchliche Jugendorganisationen) sich für diesen Vorschlag aussprachen, wurde er von der SDAJ schärfstens abgelehnt: bei der „Aktionseinheit" sei der Kommunistische Bund beteiligt, mit dem würde die SDAJ keinesfalls gemeinsame Aktionen machen. Mit Ausnahme der Jungdemokraten unterwarfen sich schließlich alle anderen Verbände dieser Erpressung der SDAJ.

Die „Aktionseinheit" zog daraus die Schlußfolgerung, die Demonstration der Jugendverbände nicht zu unterstützen und auch ausdrücklich öffentlich zur Nichtbeteiligung aufzurufen, um damit der provokatorischen Spalterpolitik der SDAJ und der von ihr und den Jusos beherrschten Gewerkschaftsgremien eine Abfuhr zu erteilen.

Auf der Veranstaltung am 14.2. wurde vor allem darüber diskutiert, ob diese Entscheidung der „Aktionseinheit" richtig war.

Ein Genosse von den „Falken" hielt einen sehr solidarischen Beitrag, in dem er zwar die bei der Demonstration der Jugendverbände zum Tragen gekommene spalterische „Abgrenzungspolitik" verurteilte, aber doch der „Aktionseinheit" zu bedenken gab, ob es nicht trotzdem richtig gewesen wäre, sich an der Demonstration zu beteiligen, um dort die Parolen der „Aktionseinheit" hineinzutragen und die Teilnehmer nicht dem SDAJ zu überlassen.

Der Vertreter der Jungdemokraten ging noch einmal auf die Spalterpolitik der SDAJ und die Anpassung anderer Jugendverbände an diese ein. Er wies auf den Unterschied zwischen der „Aktionseinheit" und dem Vorgehen der Jugendverbände hin: hier eine breite Basis, die über alle Entscheidungen demokratisch diskutiert und entscheidet – dort abgehobene Gremien, die die Dinge unter sich abmachen und ihrer „Basis" gar nicht zur Diskussion stellen. „**Wir h e i s s e n nicht nur ‚Aktionseinheit' wir s i n d es auch!**", sagte er abschließend unter starkem Beifall.

Die Masochisten vom KBW waren angetreten, um sich vom Publikum zum x-ten Mal bestätigen zu lassen, daß sie mit ihrem Zick-zack-Kurs und ihren verworrenen Thesen in Hamburg keinen Anklang finden. Sie warfen der „Aktionseinheit" allen Ernstes vor, daß diese nicht den Kampf um die Gewerkschaften führen würde, daß sie vielmehr außerhalb dieses Kampfes stünde, wenn sie nicht die Demonstration der Jugendverbände unterstützt.

Ein Genosse des KB nahm abschließend zur Diskussion Stellung: Es ist ein Irrtum, so zu tun, als ob wir auf die Demonstration der Jugendverbände gehen müßten, um „die Gewerkschaftsjugend" anzutreffen (ein Einfall, der freilich bei den Akademikern des KBW verständlich ist!); sondern mit den Gewerkschaftsjugendlichen findet ja tagtäglich am Arbeitsplatz eine viel intensivere Auseinandersetzung statt, als sie bei einer Demonstration überhaupt möglich ist. Die „Falken" insbesondere forderte er auf, die Konsequenzen zu ziehen, zukünftig der von ihnen verurteilten „Abgrenzungspolitik" der SDAJ und der Gewerkschaftsführer noch klarer entgegenzutreten. Wenn die Spalter damit rechnen können, daß sich andere Jugendverbände – wenn auch unter Murren – letzten Endes doch den „Abgrenzungsbeschlüssen" anpassen werden (wie es bei der Demonstration der Jugendverbände der Fall ist), werden sie natürlich gar keinen Grund haben, von ihrer „erfolgreichen" Spaltungspolitik abzulassen.

Der Genosse verlas dann einen Resolutionsvorschlag zum 1. Mai (siehe Abdruck). Daraufhin stürmte unter beifälligem Gelächter des Publikums der KBW-„Ortssekretär" Lutz P. auf die Bühne. In der „KVZ" (Zeitung des KBW) hatte er sich kürzlich anläßlich der Demonstration der „Aktionseinheit" vom 17.1. als Hellseher betätigt: er sei „***sicher***", daß „***die überwiegende Mehrheit***"

Reynolds-Aluminium/Hamburg

Schwerer Betrug!

Wir haben im ARBEITERKAMPF wiederholt die Schiebergeschäfte des Hamburger Senats beim Bau der Aluminiumhütte Reynolds aufgedeckt. Der neueste Akt ist der geplante Rückzug des US-Aluminium-Giganten aus dem Hamburger Werk.

1969 begann, wenn man dem Hamburger Senat noch glauben darf, für Hamburg ein neues Zeitalter, „das Aluminiumzeitalter".

Diese „gute Zusammenarbeit" wird jetzt von Reynolds beendet. Das Werk soll verkauft werden. Von Reynolds International wird dies mit momentanen Absatzschwierigkeiten auf dem Alu-Markt begründet, die eine „Überprüfung der Unternehmenspolitik in Europa notwendig machen." (nach: Handelsblatt, 1.2.75).

Dies kann Reynolds auch ohne größere Schwierigkeiten tun. Hat der



In höchsten Tönen wurde die Ansiedlung von Reynolds Aluminium in Altenwerder gelobt: *„Rund 800 moderne und zukunftssichere Arbeitsplätze wurden neu geschaffen ... mit Reynolds wurde die ‚Schallmauer des Schweigens' durchbrochen. Hamburg ist als attraktiver Standort für expandierende Unternehmen wieder international im Gespräch."* (aus: Information des Hamburger Senats zur Bürgerschaftswahl 1974). Reynolds – *„die große Chance zum Durchbruch. Wenn erst einmal eine Aluminium-Fabrik da ist, kommen die Dosenfabriken und ähnliche Branchen von selbst. Das schafft Tausende neuer Arbeitsplätze."* (Senator Kern, Stern 26/74)

Auch die Reynolds-Kapitalisten haben Grund zum Jubeln, wurden ihnen doch weit über 100 Millionen DM aus Steuergeldern für Erschließungskosten in den Hintern geblasen. So lobte Reynolds den Senat: *„Nirgends auf der Welt bin ich einer so ausgezeichneten Zusammenarbeit begegnet wie hier in Hamburg."*

Konzern doch bisher kaum eine Mark in das Werk in Hamburg zu investieren brauchen. Sogar gegen eine eventuelle Pleite wurde Reynolds abgesichert. Der Senat (also der Hamburger Steuerzahler) übernahm eine Bürgschaft über ca. 450 Millionen. Diese Summe dürfte fällig werden, wenn es nicht zu einer „gütlichen Einigung" zwischen Reynolds und dem Senat kommt.

Kaum war der erste Schock überwunden, fand der Senat auch die gute Seite an diesem Betrug: Nun soll Reynolds endlich in die richtige (deutsche) Hand kommen. Doch die Sauerei wird munter weiter gehen. In diesem Sinne findet Senator Kern es ganz natürlich, daß der Hamburger Steuerzahler *„die Absicherung finanzieller Risiken für den künftigen Besitzer übernehmen muß."* (NDR-„Umschau am Abend", 31. 1. 75)

Diese „Risiken" sind heute schon klar. Die Alu-Produktion soll mit der Nachfrage in Einklang gebracht werden. Es sind für 1975 Produktionseinschränkungen um ca. 5 % geplant.

Die Frage ist also nicht ob, sondern mit wieviel Millionen DM aus Steuergeldern der neue Besitzer subventioniert wird. Die Zeche soll also wieder die Arbeiterklasse zahlen. Der Weg, über den der Senat versuchen wird, an das nötige Geld zur Unterstützung der Kapitalisten heranzukommen, ist im Hamburger „Sparhaushalt" vorgezeichnet.

Einsparungen werden hauptsächlich im sozialen Bereich wie z.B. Schulbauten, medizinische Versorgung und Stellenstop im Öffentlichen Dienst vorgenommen.

Kaum waren die Folgen der vom Senat betriebenen Industrieansiedlungspolitik nicht mehr zu verheimlichen, versuchte man die „Flucht nach vorn". So bezeichnete Senator Kern die *„Erhaltung der Arbeitsplätze als vordringlich"* und stellte die ebenso kühne wie falsche Behauptung auf: *„Keine Gefahr für die Arbeitsplätze bei Reynolds."* („Morgenpost", 1.2.75)

Die Wirklichkeit sieht anders aus:

- **Ende Januar wurde bekannt: in der Gießerei sollen 12 Kollegen entlassen werden,**
- **für Kollegen, die gekündigt haben, werden keine neuen eingestellt; so wurde die Schichtbesetzung im Kaltwalzwerk von 10 - 12 auf sechs Kollegen verringert**
- **in der Hütte wurden 28 Kollegen von der Kontischicht auf Tagschicht gesetzt: Lohnverlust, ca. 420,- DM im Monat!**

Wer heute also behauptet, daß die Arbeitsplätze z.B. bei Reynolds sicher sind, versucht uns, wie schon so oft, zu belügen.

Als Käufer für den Hamburger Reynolds-Betrieb kommen eigentlich nur die bundeseigenen Vereinigten Aluminiumwerke (VAW) in Stade (bei Hamburg) in Betracht. Dabei liegt schon auf der Hand, daß kaum jedes Werk seine eigene Verwaltung behalten wird. Man will uns erst für dumm verkaufen, um hinterher leichter die Rationalisierungen und Entlassungen durchsetzen zu können.

Dieser Entwicklung trat der Reynolds-Betriebsrat mit einer Erklärung entgegen. Darin heißt es:

„Der Boom auf dem internationalen Aluminiummarkt ist vorbei – deshalb der Verkauf, denn es ist ja die Politik der Konzerne, je nach Gewinnlage Werke zu schließen, zu ändern oder neu zu eröffnen. Hier wird deutlich, daß nicht der Unternehmer sprich Reynolds ein Risiko trägt, sondern in Wirklichkeit die Arbeitnehmer, denn es ist bekannt, daß eine solche Konzernpolitik meistens auf dem Rücken der Kollegen ausgetragen wird.

Besonders in diesem Fall ging Reynolds überhaupt kein Risiko ein, da der Hamburger Senat die Ansiedlung aus Steuergeldern der Hamburger Bevölkerung finanzierte.

Der Betriebsrat ist der Auffassung, daß es relativ gleichgültig ist, unter welchem Besitzer dieses Werk zukünftig weiterarbeiten wird. Unser einziges Interesse und zugleich Forderungen bestehen darin, daß:

1. der Verkauf darf keine Entlassungen oder eine Schlechterstellung der Kollegen zur Folge haben,

2. eine rechtzeitige Information über den Stand der Verkaufsverhandlungen erfolgt."

Hinter diesen Forderungen gilt es in der nächsten Zeit die Belegschaft zu sammeln. Dazu ist eine Betriebsversammlung nötig, auf der die Belegschaft diese ihre Forderungen bekräftigt und verabschiedet.

Eine weitere Forderung bei den Auseinandersetzungen muß es sein; Keine Finanzierung der Aluminiumhütte aus Steuergeldern der Hamburger Bevölkerung! ●

Betriebszelle Reynolds KB/Gruppe Hamburg

Der „Öffentliche Dienst" versucht, sich sauber zu halten!

Manche Kollegen wundern sich, warum in der letzten Zeit die Bearbeitung ihrer Bewerbung für eine Stelle im öffentlichen Dienst so lange – bis zu drei Monaten – dauert: die Erklärung ist einfach und zahlreiche Stellen haben den Grund dafür auch schon zugegeben: sämtliche Bewerber für einen Arbeitsplatz werden vom Verfassungsschutz im Hinblick auf ihre politische Vergangenheit und Einstellung sorgfältig überprüft.

Die letzten uns bekannten Fälle in Hamburg, in denen Bedenken gegen die Einstellung geäußert wurden, bzw. eine Beschäftigung gar nicht erst zugelassen wurde, sind der Arzt H.-H. Sch. und die Krankenschwesternschülerin B. E.

Der Arzt hatte sich in der Strahlentherapie des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg beworben; der Hamburger Senat begründet die Ablehnung seiner Einstellung mit Ergebnissen einer mindestens zweijährigen Gesinnungsschnüffelei; ihm wird vorgeworfen:

- die Teilnahme an einer Solidaritätskundgebung zum „Jahrestag des Befreiungskampfes in Angola";
- Mitgliedschaft in der „Liga gegen den Imperialismus";
- Unterzeichnung eines Aufrufs des Komitees „Hände weg von der KPD" und
- Mitglied eines sogenannten „Sympathisantenkomitees der KPD" gewesen zu sein.

Der andere und letzte Fall ist die Jugendvertreterin am Krankenhaus Altona, das übrigens schon auf eine längere Zeit „vorbildlicher" Einschüchterungs- und Versetzungspraxis zurückblicken kann; auf das Konto der Krankenhausleitung gehen mindestens die Versetzungen einiger Ersatzdienstleistender und die Nicht-Weiterbeschäftigung einiger Ärzte, sowie Eintragungen in die Personalakten; schon der Keim einer demokratischen Bewegung sollte hier erstickt werden.

Im Fall der Jugendvertreterin greift jetzt das Personalamt der Gesundheitsbehörde ein und teilt ihr mit: „Im März 1973 wurden Sie in die Ortsleitung des SDAJ-Ortsverbandes Altona gewählt. Im März 1974 wurden Sie in diese Ortsleitung wiedergewählt und zur Delegierten für den IV. SDAJ-Bundeskongreß gewählt. Im April 1974 wurden Sie in den SDAJ-Landesvorstand Hamburg gewählt. Diese Tatsachen sind geeignet, Zweifel daran zu begründen, daß Sie den an eine Angestellte gemäß § 8 Abs. 1 BAT zu stellenden Anforderungen genügen werden."

In beiden Fällen stellen die Maßnahmen des Senats Angriffe auf die freie politische Betätigung und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse dar. Für alle Fortschrittlichen und Demokraten besteht über Parteizugehörigkeit hinweg die Pflicht, Solidarität zu beweisen, an diesem Punkt eine Enthüllungsarbeit zu verstärken und den Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes mit voller Kraft zu führen. ●

Krankenhauszelle St. Georg/Altona KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung

Jetzt Kurs auf den 1. Mai!

der Teilnehmer der Demonstration vom 17.1. auch an der Demonstration der Jugendverbände teilnehmen würde. Nunmehr wollte es Lutz P. offenbar genau wissen und verlas einen Resolutionsvorschlag, der zur Teilnahme an der Demonstration der Jugendverbände aufrief. Einige Dutzend Stimmen (vielleicht 50 bis 60) gab es dafür – der Rest (immer noch rund 2.000) stimmte für die vom KB vorgetragene Resolution. Dieses Debut von Lutz P. als Hellseher war offensichtlich ein Reinfall!

Von einigen Schlaumeiern wie den Trotzkisten der GIM und natürlich den KBW ist die „Aktionseinheit" kritisiert worden, weil sie auf den Jugendbereich beschränkt sei. Man müsse auch die Erwachsenen einbeziehen. Sehr klug! Der springende

Punkt ist allerdings, daß diese Schlaumeier es überhaupt noch nicht geschafft haben, in i r g e n d e i n e m Bereich eine kontinuierliche Mobilisierung zu schaffen, und daß sie es der „Aktionseinheit" offenbar übelnehmen, daß diese zunächst für den Jugendbereich einen gewissen Grad von längerfristiger Mobilisierung erreicht hat. Wir meinen jedoch, daß es richtig ist, zuerst einmal d o r t eine feste Mobilisierung zu erreichen, wo das gegenwärtig möglich ist, und das ist nun einmal nach aller Erfahrung (niemand wird uns gegenteilige Beispiele in der BRD vorweisen können!) der Jugendbereich.

Daß wir diese Basis ausweiten müssen, daß größere Teile der Arbeiterklasse ebenfalls für den k o n t i n u i e r l i c h e n Kampf gegen die kapitalistische Krise gewonnen werden müssen, ist eine Binsenweisheit – allerdings sind die Schlaumeier die letzten, die dafür gangbare Wege angeben könnten!

Wir werden i n d e r T a t versuchen, mit der bestehenden und offenbar beständigen „Aktionseinheit" im Jugendbereich als Hebel, eine Verbreiterung der Kampffront zu erreichen – wozu vor allem die Vorbereitung des 1. Mai Gelegenheit geben wird.

Resolution

In einer Situation, die im Inneren gekennzeichnet ist durch die schwerste Wirtschaftskrise seit Bestehen der BRD mit ernsten Folgeerscheinungen gerade auch für die jugendlichen Werktätigen, durch Rücknahme versprochener „Reformen", durch „Sparmaßnahmen" zu Lasten der arbeitenden und lernenden Bevölkerung und durch den Ausbau des staatlichen Polizei- und Militärapparats sowie international durch schwere krisenhafte Erschütterungen der kapitalistischen Welt, durch ernste Kriegsdrohungen der US-Regierung und durch ein fieberhaftes Kriegsrüsten zwischen den Großmächten – in einer solchen Situation halten wir es für besonders notwendig, den kommenden 1. Mai zum Sammelpunkt und konzentrierten Ausdruck aller Kämpfe gegen die kapitalistische Krise und die Kriegsgefahr zu machen.

Wir werden uns deshalb für eine möglichst starke und breite Demonstration am 1. Mai einsetzen. Sofern die Hamburger DGB-Führung am 1. Mai eine Demonstration unter vernünftigen Bedingungen ansetzt (was Ort und Zeit angeht), werden wir diese unterstützen.

Wir wehren uns gegen jede parteipolitische Einengung des 1. Mai, insbesondere durch Zensur der Parolen im Interesse der SPD/FDP-Regierung, durch das Aufstellen von Schlägertrupps zur gewaltsamen Entfernung „nicht genehmer" Spruchbänder und Plakate.

Wir rufen darüber hinaus alle Kräfte, die sich mit der Politik der Gewerkschaftsführer nicht identifizieren können, sondern darin eine Preisgabe der Interessen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung sehen, und die für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik eintreten, dazu auf, in jedem Fall am 1. Mai eine gemeinsame Demonstration (im Anschluß an die Demonstration des DGB, wenn eine stattfindet) und Abschlußkundgebung zu organisieren.

Von rund 2.000 Teilnehmern der Veranstaltung der „Aktionseinheit" am 14.2. gegen 50 bis 60 Gegenstimmen angenommen. ●

Hamburg:

Nach der Auflösung des Arbeitskreises Transport der ÖTV: Der dicke Hammer

Am 17.12.74 gab die ÖTV-Führung Hamburg den Beschluß bekannt, die bestehenden Arbeitskreise aufzulösen (siehe Kasten). Diesem Beschluß ging voraus die Schließung des Arbeitskreises Gesundheitspolitik Ende 1974 sowie die massive Einschüchterung, Behinderung und versuchte Spaltung des AK Transport – Spaltung unter anderem durch den Versuch, einen Gegenarbeitskreis aufzubauen (siehe hierzu AK 55).

Anstelle der bestehenden Arbeitskreise sollen „bei Bedarf" Arbeitskreise von „Gewerkschaftsführers Gnaden" eingerichtet werden, die

1. anmeldungs- und genehmigungspflichtig sind und
2. nur noch mit „Aufgabenbereichen", die von der ÖTV-Führung vergeben werden, versehen werden und
3. nach Erfüllung oder aber auch Nichterfüllung jederzeit wieder durch die ÖTV-Führung aufgelöst werden können.

Dieser Beschluß stellt einen weiteren Sieben-Meilen-Schritt der ÖTV-Führung dar auf dem Wege des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie, der Disziplinierung, Entmündigung und Entrechtung der gesamten Mitgliedschaft.

Früher hatten die Arbeiter und Angestellten des Transportbereiches die Möglichkeit – die Lust dazu sollte ihnen ja von vornherein genommen werden – im Rahmen der von ihnen finanzierten Gewerkschaft und in dem von ihnen finanzierten Hause betriebliche und politische Probleme zu diskutieren und im Namen dieser Gewerkschaft an ihre Kollegen heranzutreten, um zur Wiedererweckung des gewerkschaftlichen Gedankens in den Betrieben beizutragen. Heute soll ihnen dem Beschluß nach auch noch dieses grundlegende demokratische Recht genommen werden, um die momentane gewerkschaftliche Friedhofsruhe im Hafen und darüber hinaus im gesamten Öffentlichen Dienst fortbestehen zu lassen.

„Gegen Mitglieder, die diesen Grundsätzen zuwiderhandeln, wird ein Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft ÖTV eingeleitet." – **Besonders dieser Punkt stellt eine neue Qualität des Klassenkampfes von oben im Bereich der ÖTV Hamburg dar: Hatten die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" des DGB „lediglich" die Aufgabe, kommunistische Kollegen aus den Gewerkschaften und damit meist auch aus den Betrieben zu entfernen, so richtet sich der neue Beschluß gegen jede Art von demokratischer Opposition.**

Die ÖTV-Führer sind – im Gegensatz zur Praxis in anderen DGB-Gewerkschaften – bestrebt, die Bildung jeglichen Interesses der Kollegen des Transportbereiches an gewerkschaftlichen Fragen zu verhindern, was ein Beispiel aus dem Angestellten-Bereich deutlich zeigt: die gewerkschaftlich aktiven Kollegen eines Betriebes hatten es erreicht, zur Neugründung einer Betriebsgruppe innerhalb des Arbeitskreises Transport (AKT) rund 17 Kollegen zu mobilisieren – gemessen am vielfach elitären Bewußtseinsstand vieler Angestellter eine beachtliche Zahl. Es erschienen die Jugendsekretärin M. Hoppe und der Fachsekretär Stamer. Obgleich beide über den Stand der Arbeit in diesem Bereich keine Kenntnis hatten, empfingen sie die 17 Kollegen mit einem wahren Trommelfeuer von Einschüchterung. Sie untersagten den Kollegen die Diskussion über ihre innerbetrieblichen Probleme (wobei H. Stamer auf sein Hausrecht hinwies!!), redeten von betriebsfremden Elementen (!!!) – die es ausser ihnen selbst bei dieser Zusammenkunft nicht gab – und wollten, so wörtlich, *„für die ÖTV (?) einen Betriebsrat in diesem Betrieb einrichten"*, wofür sie nur drei Unterschriften brauchten. Da die Kollegen sich vorher noch nie gewerkschaftlich getroffen hatten und sich teilweise untereinander noch nicht einmal kannten, gelang den Sekretären das Einschüchterungsmanöver und darüber hinaus, daß die meisten von den anwesenden Kollegen von der ÖTV die Nase voll haben.

Die Verhältnisse in der ÖTV – wie sie hier geschildert werden – sollten nicht der Resignation vor den Feinden der Arbeiterbewegung dienen, sondern Ansporn sein, den Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie erst recht zu führen. Das dient wohl kaum den Überlegungen der Gewerkschaftsführer, aber auf jeden Fall den Mitgliedern, denen die Grenzen zu ihren Verrätern gezeigt werden.

MACHT DIE GEWERKSCHAFTEN WIEDER ZU KAMPFORGANISATIONEN DER ARBEITERKLASSE!

Komitee Öffentlicher Dienst KB/Gruppe Hamburg ●

„Beschluß des ÖTV-Bezirksvorstandes Hamburg vom 17.12.74

Die Bildung von Arbeitskreisen in den Personengruppen, Abteilungen und Fachgruppen der Gewerkschaft ÖTV beschließen die Personengruppen-, Abteilungs- bzw. Fachgruppenvorstände. Vor der Beschlußfassung ist die Zustimmung der Bezirksleitung einzuholen.

Den Arbeitskreisen ist durch die zuständigen Vorstände ein klar abgegrenzter Auftrag (z. B. Erarbeitung von Stellungnahmen für den Abteilungsvorstand) zu erteilen.

Arbeitskreise können keine Erklärungen für die ÖTV oder eine Abteilung bzw. Personengruppe der ÖTV abgeben.

Die Bildung sogenannter ÖTV-Initiativgruppen oder Gruppen mit anderer Bezeichnung durch Mitglieder der ÖTV und die Mitarbeit von ÖTV-Mitgliedern in diesen unter Verwendung der Bezeichnung ÖTV ist unzulässig.

Das gilt auch für die Unterzeichnung und Verteilung von Flugblättern oder Zeitungsartikeln jedweder Gruppierungen unter Verwendung des Namens ÖTV.

Gegen Mitglieder, die diesen Grundsätzen zuwiderhandeln, wird ein Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft ÖTV eingeleitet."



Metalltarife: 6,8 Prozent – vertraglicher Lohnraub für über 4 Millionen!

In Hessen und in Nordrhein-Westfalen sind für bisher mehr als 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte der Metallindustrie die Lohn- und Gehaltstarife für das Jahr 1975 abgeschlossen. Danach erhalten sie ab 1. Januar:

6,8% mehr Lohn und Gehalt

Angesichts der über 7% Preissteigerungen im letzten Jahr, großer Preissteigerungen zum Jahresanfang bei Mieten, Fahrpreisen und jetzt auch bei Lebensmitteln bedeutet dieser Abschluß von netto rund 5 % einen glatten Lohnraubabschluß, dessen Tragweite noch größere Bedeutung dadurch erhält, daß in den Betrieben zur Zeit schon Leistungen über den Tarifen, Zulagen etc. mehr und mehr gestrichen werden.

Entsprechend der Praxis bei Tarifverhandlungen wird dieser Abschluß mit kleinen Nuancen auf alle anderen Tarifgebiete der Metallindustrie übertragen und damit der Lohnraub an über vier Millionen Beschäftigten der Metallindustrie von Kapitalisten und Gewerkschaftsführern unterzeichnet. Und kaum waren die Metalltarifverhandlungen beendet, begann im Öffentlichen Dienst eine rege Verhandlungshektik, um jetzt bei vorgelegter Niedrigmarke noch einiges unter dem Metallabschluß zu bleiben.

Metallarbeiter waren bereit für mehr zu kämpfen!

Dem Abschluß vorausgegangen waren zehn Tage, in denen sich etwa 60.000 Metallarbeiter an kurzen Warnstreiks beteiligten. Die meisten in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Baden-Württemberg, Bremen und Schleswig-Holstein.

Diese Streiks waren aber nicht in erster Linie selbständige Aktionen der Arbeiter zur Vertretung ihrer Lohnforderungen, sie wurden vielmehr zu einer Zeit hervorgerufen, als die Kapitalisten ganz offensichtlich und bewußt klar machen: wir wollen euch Arbeiter in die Knie zwingen!

Als die Kapitalisten den Schlichtungsspruch von 7 % in Nordrhein Westfalen ablehnten und einer ihrer Bosse von Gesamtmetall, Kirchner erklärte, das 6 %-Angebot sei noch zu hoch, da erst antworteten die Arbeiter auf diese Provokation mit Warnstreiks. Dies macht noch einmal die Beschränktheit dieser Aktionen deutlich, denn zu der Zeit hatten die Gewerkschaftsführer Schritt um Schritt den Forderungen der Kapitalisten nachgegeben und waren zu einem Lohnraubabschluß von 7 % bereit.

Das jetzt ausgehandelte Ergebnis ist ganz eindeutig das bewußte Lohndiktat, gegen das tausende Metallarbeiter die letzten Tage gekämpft und protestiert haben. Es stellt die totale Kapitulation der Gewerkschaftsführer vor den Zielen der Kapitalisten dar.

Der Weg zur Kapitulation der Gewerkschaftsführer

Die Auseinandersetzung um die Metalltarife begann konkret bereits im September letzten Jahres mit der Aufstellung der Forderungen für die Stahlarbeiter Nordrhein-Westfalens. Bereits damals hatten die Gewerkschaftsführer angesichts der immer schärfer hereinbrechenden Krise ihre Bereitschaft zu „maßvollen" Abschlüssen erklärt. Diese Bereitschaft ist dann ausdrücklich in der „Konzertierten Aktion" im November noch einmal besiegelt worden. Und so verlief die Kapitulation in Zahlen:

- die Stahlarbeiter fordern durchschnittlich 18 – 2o% (Sept.)
- die Gewerkschaftsführer machen 14% daraus und
- schließen bei 9% ab (Oktober)!
- die Metallarbeiter stellen im November/Dezember Forderungen von durchschnittlich 15 – 16 % auf;
- die Gewerkschaftsführer machen 11% draus;
- Anfang Januar wird die Forderung für die VW-Arbeiter von den Gewerkschaftsführern festgelegt: 9%!!

Mitte Februar der Abschluß von 6,8 %!
Ein steiler Weg abwärts!



Warnstreik auf der Oberhausener Gutehoffnungshütte. Die Arbeiter marschieren vor das Verwaltungsgebäude und protestieren gegen das Lohndiktat.

Selbst in einer Situation, als für alle offensichtlich die Kapitalisten die Bedingungen diktierten, als sich wieder einige der Herren Gewerkschaftsführer mit Sprüchen wie „Wir beugen uns niemals einem Diktat!" (der 2. IGM-Vorsitzende Mayr in „Der Gewerkschafter" 2/75!!) dicke machten, selbst in dieser Situation haben sie sich von den Kapitalisten die weiteren Bedingungen noch diktieren lassen:

- das 6,8%-Ergebnis ist nämlich noch schlechter als es scheint!



Dortmund: Auto-Korso

Alle vorherigen Verhandlungen waren dadurch gekennzeichnet, daß
Alle vorherigen Verhandlungen waren dadurch gekennzeichnet, daß
die Gewerkschaftsführer in Nordrhein-Westfalen ihre Bereitschaft zu niedrigen Lohnprozenten verbunden hatten mit der Bedingung:

- höhere Leistungszulagen
- Wegfall (zumindest schrittweise) der „Leichtlohngruppe" 2.

Speziell auch für die letzte Forderung haben in einer Reihe von Betrieben Frauen (die im wesentlichen in Lohngruppe 2 eingestuft sind) gestreikt.

Und das Ergebnis:

Lohngruppe 2 bleibt bestehen, sie wird ab 1976 von 80 auf 82 % des Ecklohns erhöht.
(in Hessen hat man das weitere Bestehen dieser Lohngruppe sogar für zwei Jahre festgelegt! dort wird sie 1976 von 79 auf 80 % des Ecklohns und 1977 auf 81 % erhöht!!).

Bleiben noch die Leistungszulagen für Arbeiter und Angestellte, sie werden erst 1976 erhöht und auch dann nur auf den heute schon bestehenden Durchschnittsstand!

Am meisten angeschissen bei diesem Tarifabschluß werden allerdings die Lehrlinge. Während sich in den letzten zwei Jahren die Lehrlingsbewegung für einen Existenzlohn für Lehrlinge verstärkt hat, hatten die Gewerkschaftsführer die Lehrlingsforderungen bereits auf 80 DM vergewaltigt und in der Schlichtung bereits 40 DM zugestimmt! Jetzt aber, das lese man bitte zweimal, ist für die Lehrlinge eine Erhöhung von ebenfalls 6,8 % auf ihre schmalen Löhne von 300 – 400 DM abgeschlossen, das bedeutet brutto durchschnittlich knapp über 20 DM mehr für jeden Lehrling!

Die Gewerkschaftsführer haben einen Bückling nach dem anderen vor den Kapitalisten gemacht, sie haben das Spiel voll mitgespielt, sie haben selbst dann, als die Kapitalisten sie unter Mißachtung der Spielregeln bürgerlicher Tarifpolitik vor aller Öffentlichkeit mit der Ablehnung der 7%-Schlichtung bloßstellten, ihnen noch die Stiefel geleckt!

Dies gilt es in der Auseinandersetzung in den Gewerkschaften zu entlarven!

In den nächsten Monaten: den Kampf gegen Lohnraub und
den Kampf gegen Lohnraub und
Rationalisierungen organisieren!

Am Tage des Metallabschlusses erschien das DGB-Zentralorgan „Welt der Arbeit" mit einem Kommentar zu den Tarifverhandlungen. Dort jammern die DGB-Führer:

„Mit zusammengebissenen Zähnen hat sie (die IGM-Führer, die Red.) *die alte 11-Prozent-Bastion geräumt und sich vom Schlichter auf 7 Prozent herunterhandeln lassen. Ist das vielleicht nichts? Will das keiner honorieren?"*

Mit genau dieser Argumentation, „zähneknirschend ja" gehen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ihr Anhang jetzt in die Betriebe, um ihren Abschluß zu verkaufen. Genau hier muß in den Betrieben die Arbeit fortschrittlicher Arbeiter ansetzen! Es gilt die ganze jämmerliche Haltung dieser Vögel in den Klassenauseinandersetzungen zu entlarven und den Widerstand gegen den Lohnraubabschluß in den Abteilungen, in Vertrauenskörpern und Betriebsräten zu organisieren. **Ablehnung der 6,8 %!**

Um diesen Auseinandersetzungen müssen weitere Voraussetzungen für die kommenden Kämpfe gegen Lohnraub und Rationalisierung gelegt werden!

Wenn die „Welt der Arbeit" in ihrem Kommentar schreibt:

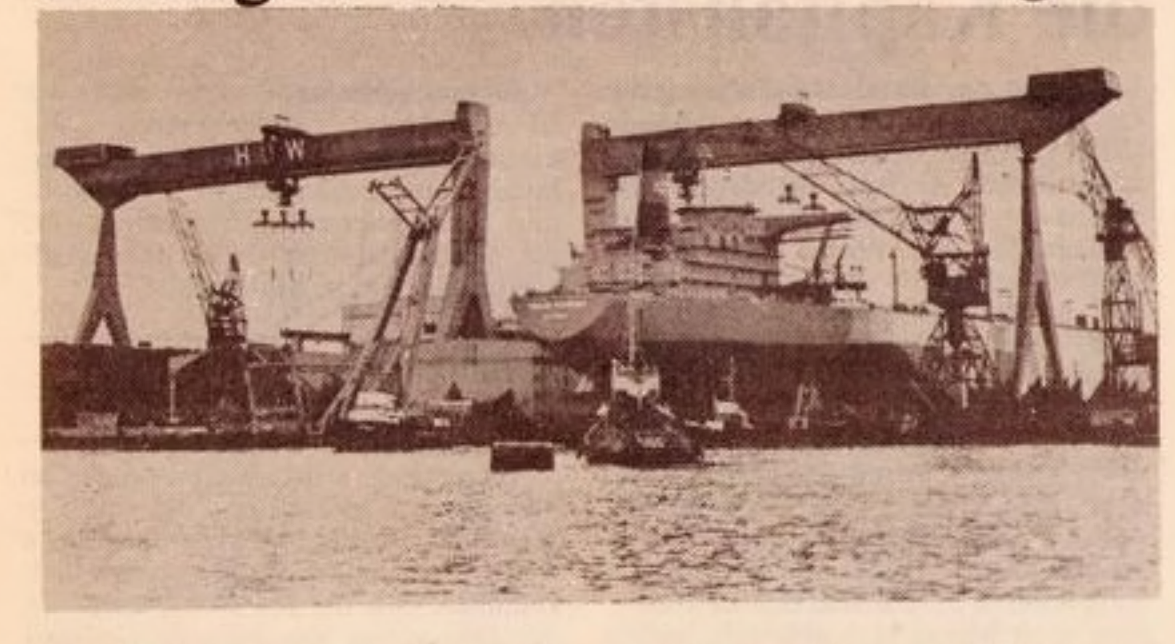
„Wer es bisher nicht wahrhaben wollte: Die Arbeitnehmer haben schon noch genug Murks in den Knochen; den lassen sie sich nicht abschwätzen durch Bangemacherei." (14.2.75).

dann sagen wir „Murks in den Knochen" und im Kopf, das haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer – die Arbeiter, die haben den erforderlichen Mumm und die Stärke, den Angriffen der Kapitalisten entgegenzutreten, das haben die Warnstreiks wieder gezeigt. Es kommt nur darauf an, diese Stärke im Klassenkampf gegen die Kapitalisten anzuwenden, dazu ist aller-dings die Beseitigung von viel sozialdemokratischem Murks erforderlich. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HDW Hamburg:

Neue Arbeitsverträge – Zwangskorsett für die Kollegen



Mit dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Bürgerlichen Gesetzbuch, den betrieblichen Arbeitsordnungen usw. haben sich die Kapitalisten ein ganzes Arsenal von juristischen Mitteln geschaffen, um die Arbeiter zu reglementieren. Zum „geeigneten" Zeitpunkt werden dann diese „Geschütze" gegen die Kollegen ausgefahren und man hat wegen Verstoß gegen diese oder jene Vorschrift (genug gibt es ja zur Auswahl) einen Verweis oder die Kündigung in der Tasche. Gleichzeitig werden in diesen kapitalistischen Machwerken die Arbeitsbedingungen der Kollegen, d.h. die Formen der Ausbeutung, festgelegt. Während die Betriebsleitungen ganze Juristenstäbe zur Anwendung dieser Gesetze, Kommentare, Auslegungen gegen die Arbeiter aushalten, ist der einzelne Kollege meist auf sich gestellt, sind ihm die Inhalte kaum bekannt, ja oftmals nicht einmal zugänglich.

Zu diesen Machwerken der Kapitalisten müssen auch die „Arbeitsverträge" gezählt werden, die bei Einstellungen in den Betrieben zwischen Arbeitern und Kapitalisten abgeschlossen werden.

Der HDW-Gesamtbetriebsrat hat in diesen Wochen einer Vorlage der HDW-Kapitalisten für neue Arbeitsverträge zugestimmt.

Danach bleibt es allein den Kapitalisten überlassen, nach welchem Lohnsystem der Kollege von ihnen ausgenommen wird. *„Sie können im Zeitlohn, Akkordlohn oder im Programmlohn beschäftigt werden."*

Mit dem Programmlohnsystem haben die Kieler Kollegen bereits in einigen Abteilungen einschlägige Erfahrungen gemacht. Es handelt sich hier um ein System, das den Kapitalisten laufend verstärkten Lohnraub und Erhöhung der Arbeitshetze ermöglicht: Automatisch, nach Beendigung eines „Programms" (Schiffbausektion o.ä.) gibt es neue, kürzere Zeiten für die Erfüllung eines Programms. Für die in Kiel betroffenen Kollegen führte das dazu, daß die Prämie von 25% auf inzwischen 15% gesunken ist. Gegen dieses Lohnsystem traten die Kollegen einer Halle am 13.8. des vergangenen Jahres für eine Stunde in den Streik.

Mit seiner Zustimmung zu den neuen Arbeitsverträgen hat der Gesamt-BR damit gleichzeitig die Hintertür für die Einführung dieses Systems in Teilen der Hamburger Werke geöffnet. Man wird dann sicher den Schnack hören: „Tja Kollegen, da können wir leider nichts machen, das steht so im Arbeitsvertrag!"

Ein weiterer Klops steht unter dem Punkt „Krankheit": „Im Falle der gesundheitlichen Schädigung durch Dritte besteht die Verpflichtung (!), die HDW in die Lage zu versetzen, Regreßansprüche (Schadensersatzgegen den Schädiger (!) geltend zu machen."

Im Klartext heißt das: Verunglückt ein Kollege innerhalb oder außerhalb des Betriebes, so ist er gezwungen, die „Schuldfrage" (vor Gericht) klären zu lassen, damit sich die HDW-Kapitalisten an dem Schuldiggesprochenen (z.B. für die Lohnfortzahlung) schadlos halten können.

Unter dem Titel „Gesundheitsvorsorge" (? ! – so etwas gibt es bei HDW gar nicht) heißt es dann: *„Sie sind damit einverstanden, daß wir Sie im Rahmen unserer Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge während des Arbeitsverhältnisses durch den Betriebsarzt untersuchen lassen, damit festgestellt wird, ob besondere Maßnahmen zur Erhaltung Ihrer Gesundheit erforderlich sind."* Natürlich geht es den Kapitalisten in diesem Punkt keineswegs um die Gesundheit der Kollegen. Es geht ihnen vielmehr darum, zum einen die Krankmeldungen der Ärzte an die Krankenkassen „kontrollieren" zu können (zu denen die Kapitalisten „normaleweise" keinen Zugang haben) und zum anderen darum, einen brauchbaren Überblick über die „Leistungsfähigkeit" der Kollegen zu bekommen, um ihre Verwendbarkeit bzw. Nicht-Verwendbarkeit (bei Rationalisierungsentlassungen usw.) zu bekommen.

Für die HDW-Kollegen bedeuten diese Arbeitsverträge einen weiteren Angriff auf ihre Rechte im Betrieb. Es ist dabei bezeichnend, daß die Betriebsräte es bis zum heutigen Tag nicht für nötig befunden haben, die Kollegen auch nur über diese Dinge zu informieren! ●

HDW-Lehrlingszelle
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

Demonstration gefordert

In einer Reihe Hamburger Metallbetriebe haben Vertrauensleute die Initiative ergriffen, den Angriffen der Kapitalisten nicht tatenlos zuzusehen. Dabei erwiesen sich die Sozialdemokraten wieder einmal als ausgemachte Abwiegler. Mit dem Hinweis auf die „Friedenspflicht" und „Schlichtung" in Hamburg versuchten sie diese Initiativen abzublocken. Dennoch gibt es erste Erfolge:

- **die Vertrauensleute der Firma Demag-Conz fordern in einer Resolution am 14. Februar: Einberufung einer Großen Funktionärsversammlung.**
  Sie lehnen das 6,8%-Ergebnis einstimmig als unzumutbar ab!
- **die Vertrauensleute bei Valvo in Lokstedt forderten auf ihrer Sitzung am 12. Februar:**
- **eine Demonstration der Hamburger Metallarbeiter gegen das Lohndiktat von Gesamtmetall, gegen Rationalisierung und Lohnabbau;**
- **eine große Funktionärsversammlung in Hamburg;**
- **Aufruf der IG Metall zu einer Demonstration gegen den § 218 am 25. Februar, der in den Betrieben verteilt werden soll.**

(Alle Beschlüsse wurden bei nur wenigen Gegenstimmen gefaßt.)
Hier gilt es weiterzuarbeiten:

- eine große Funktionärsversammlung muß her (seit über einem Jahr wird diese verweigert!),
- eine Demonstration gegen Lohnraub und Rationalisierung muß her!! ●

„Es geht nicht um Prozente, der Arbeitgeber spielt Polente“

Dies war eine Parole von ungefähr 1.000 Arbeitern der Hoesch-Maschinenfabrik-Deutschland in Dortmund. Die Arbeiter hatten über eine Stunde lang gestreikt, kleine Demonstrationen gemacht (Parole: „Wenn wir nicht arbeiten, haben die nichts zu beißen“) und eine Versammlung abgehalten. Auf dieser Versammlung brachten eine Reihe von Rednern zum Ausdruck: „wir lehnen die 7% ab“ und „wir sind zum Streik bereit“.

In dieser kämpferischen Form der Auseinandersetzung verlief nur der geringere Teil der Warnstreiks, an denen sich etwa 60.000 Metallarbeiter beteiligten. In vielen Fällen war es den Gewerkschaftsführern gelungen, die Protestaktionen der Arbeiter auf ihre Mühlen zu lenken und von ihren eigenen Schandtaten abzulenken! So besaßen sie bei einem Autokorso mit etwa 110 PKW aus Dortmund, Castrop-Rauxel und Lünen durch Dortmund die Frechheit, einen Wagen mit einem großen Transparent: „IGM – nur ja zu 7%“ auszustaffieren. Dies zeigt noch einmal, in welche Situation die Gewerkschaftsführer die Arbeiter gebracht hatten: sie ließen sie für 7% streiken!

Im folgenden eine kurze Bilanz der Streiktage:

Freitag, 31. Januar:
- 1.600 Arbeiter in Schleswig-Holstein treten in kurze Warnstreiks: auf der Flender-Werft in Lübeck und bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft.

Montag, 3. Februar:
über 5.000 Arbeiter in Nordrhein-Westfalen streiken kurz:
- 1.000 Arbeiter von AEG-Kanis in Essen zum Teil über zwei Stunden. Nach Angaben des Betriebsrats wollte die Mehrheit der Belegschaft sofort zeitlich unbegrenzt streiken;
- 280 Arbeiter der Vereinigten Schraubenwerke (Thyssen) in Essen;
- 600 Arbeiter bei Balcke-Dürr in Ratingen;
- in Düsseldorf waren es etwa 200 Arbeiter bei Ferdinand Lentjes und beim Rheinischen Rohrleitungsbau;
- in Solingen streikte die Tagesschicht der Kronprinz AG (Mannesmann) eine halbe Stunde.

Zur selben Zeit demonstrierten etwa 150 Kollegen in Stuttgart gegen die Unternehmer-Provokation und besetzten kurze Zeit den Verhandlungsraum.

In Essen bezeichneten 200 Betriebsräte auf einer Versammlung das Vorgehen der Kapitalisten als „Provokation, Betrugsmanöver, diktatorisches Verhalten und Schweinerei“. In einer Resolution erklärten sie sich „zum Arbeitskampf bereit und solidarisch“.

Dienstag, 4. Februar:
An diesem Tag streikten über 15.000 Metallarbeiter für kurze Zeit:
- 1.500 bei der Gutehoffnungshütte,

triebsräte auf einer Versammlung das Vorgehen der Kapitalisten als „Provokation, Betrugsmanöver, diktatorisches Verhalten und Schweinerei“. In einer Resolution erklärten sie sich „zum Arbeitskampf bereit und solidarisch“.

Dienstag, 4. Februar:
An diesem Tag streikten über 15.000 Metallarbeiter für kurze Zeit:
- 1.500 bei der Gutehoffnungshütte,

Oberhausen, veranstalteten eine Protestdemonstration;
- 1.000 Arbeiter bei Babcock in Oberhausen;
- 450 bei Malmedie in Düsseldorf;
- 250 bei Ackermann und Frühauf in Wuppertal;
- in Duisburg demonstrierten etwa 1.000 Arbeiter bei Demag vor dem Betriebstor;
- bei VDM-Duisburg waren es 40 Arbeiter;
- in Mühlheim/Ruhr waren es:
- 400 in der Maschinenfabrik Clark;
- 100 bei der Pumpenfabrik Wehnert & Co;
- 80 bei Siebtechnik;
- 500 Kollegen der Siemens-Turbinenfabrik Wesel streikten eine Stunde;
- 1.500 Arbeiter bei Krupp Widia in Essen (bereits am Vortag hatte der Betriebsrat mit Mühe die Kollegen vom Streik abgehalten);
- gestreikt wurde auch bei der Linde AG in Köln-Sürth und
- von 200 Kollegen der Firma Gustav F. Gerdts in Finndorff bei Bremen.

An diesem Tag fanden zahlreiche Funktionärsversammlungen statt.
- In Oberhausen lehnen die IGM-Funktionäre den Antrag der Ortsverwaltung auf Zustimmung zum Schlichtungsergebnis mehrheitlich ab.
- Auf einer Versammlung der Funktionäre von Dortmund, Lünen und Castrop-Rauxel trägt der VK von Pohlschröder in Dortmund eine Resolution vor, in der eine Urabstimmung und Kampfmaßnahmen gefordert werden. In der Diskussion lehnen eine Reihe von Rednern das Schlichtungsergebnis ab, nur einer spricht sich dafür aus! Die Ortsverwaltung läßt dann über die Zustimmung zur Schlichtung abstimmen. Trotz mehrheitlicher Ablehnung erklärt die Versammlungsleitung unter lauten Protesten: „knappe Mehrheit dafür“!

Fast einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Abschaffung der Lohngruppe II gefordert wurde.
- In Hagen verabschiedet eine Vertrauensleutevollkonferenz eine Resolution, die bei Ablehnung der Schlichtung eine Urabstimmung fordert.
- In einer Entschließung einer Mannheimer Funktionärskonferenz heißt es: *„Die Arbeiter und Angestellten werden Tarifdiktate – wie sie in der Nazi-Zeit erlassen wurden – nicht hinnehmen. Die Spekulationen der Unternehmer auf Entsolidarisierung der Arbeiter unter dem Druck steigender Arbeitslosenzahlen und Kurzarbeit werden nicht aufgehen.“*

Mittwoch, 5. Februar:
etwa 15.000 Metallarbeiter streiken:
- 1.600 bei Holstein & Kappert in Dortmund (wir fordern 11%);
- über 5.000 bei Klöckner-Humbold-Deutz in Köln;
- 500 Arbeiter bei den Krupp-Metallwerken in Essen demonstrieren vor dem Betriebstor;
- 2.500 Arbeiter bei Krupp-Industriebau in Essen;



Streikversammlung bei Hoesch-Maschinenfabrik Deutschland: Das Bild bedarf wohl keines Kommentars – die Gesichter der Kollegen sagen alles!



Streikversammlung bei Hoesch-Maschinenfabrik Deutschland: Das Bild bedarf wohl keines Kommentars – die Gesichter der Kollegen sagen alles!

- bei den AEG-Kabelwerken in Duisburg versammeln sich 600 Arbeiter auf dem Hof. 100 Frauen ziehen zum Betriebsrat und lassen sich zwecks Information in dessen Zimmer nieder;
- 650 Arbeiter der Waggonfabrik Uerdingen streiken 1 1/2 Stunden;
- 200 bei Albert Flender, Bocholt;
- 80 bei der Drahtseilerei Koks in Mühlheim;

Donnerstag, 6. Februar:
die Streiks werden fortgesetzt:
- 200 Frauen der Spätschicht bei Krups in Bottrop;
- etwa 1.000 Arbeiter der Hoesch-Maschinenfabrik Deutschland in Dortmund;
- 200 bei Schade in Schüren;
- 60 bei Schreck-Mieves in Barop (beides Dortmund);
- außerdem bei Kayser in Lünen, Kammerich-Werke Witten und Rosista, Unna;
- es streiken ebenfalls 700 Arbeiter der Lloyd-Dynamo-Werke in Bremen.

Freitag, 7. Februar:
über 5.000 Arbeiter streiken:
- 1.000 bei Schiess AG, Düsseldorf;
- 600 bei Demag-Düsseldorf;
- 800 bei Decker & Co in Herne;
- bei Krups in Solingen;
- 400 Frauen der Frühschicht bei Krups in Bottrop fordern vor allem: „Weg mit Lohngruppe II“;
- 150 bei Klöckner-Ferromatic in Castrop-Rauxel;
- 600 bei Orenstein & Koppel, Dortmund;
- 40 bei Niox, Rheinkamp;
- 700 bei den Dortmunder Miesbachwerken I + II;
- 400 bei Rheinstahl in Duisburg Warnheim;
- außerdem bei Jagenberg, Düsseldorf.

Montag, 10. Februar:
auch am Rosenmontag streikten 2.000 Arbeiter in Betrieben aus Bielefeld und Unna.

Dienstag, 11. Februar:
- 1.000 Arbeiter bei Gildemeister in Bielefeld streiken für 1 1/2 Stunden;
- in Bielefeld streiken außerdem:
- 400 in der Maschinenfabrik Rabeneick;
- 400 bei Benteler;
- 250 bei Vogelsang;
- 150 bei Prinz und Reckermann in Solingen;
- zu kurzen Protestaktionen kommt es auch bei HDW in Kiel.

Mittwoch, 12. Februar:
Neuer Streikhöhepunkt nach dem Fasching: in über 30 Betrieben streiken mehr als 15.000 Arbeiter:
- 5.300 bei der Kraftwerksunion in Mülheim machen eine Demonstration auf dem Werksgelände;
- bereits zum drittenmal wird bei den Pumpenwerken Wehnert & Co in Mülheim gestreikt: 80 Arbeiter;
- 600 Wittener Arbeiter bei den Metallwerken Lohmann;
- 100 Arbeiter im Hoesch-Werk Eckesey;
- 800 Arbeiter bei Rote Erde (Hoesch) in Hagen;
- 500 bei Peddinghaus, Gevelsberg;
- 100 bei Dürrkopp, Bielefeld;
- 2.000 bei Rheinstahl-Klönne in Dortmund;
- 1.400 bei Gildemeister, Bielefeld;
- 4.000 in mehr als 20 Betrieben in Unna!

Über 100 Frauen demonstrieren nachmittags in Hagen und fordern: „Gleiche Arbeit – gleicher Lohn“ und „Weg mit Lohngruppe II“.

Donnerstag, 13. Februar:
die Gewerkschaftsführer wiegeln ab, sie sind zu neuen „Gesprächen“ bereit und dringen auf einen schnellen Abschluß in Nordrhein-Westfalen. Sie lassen sich an diesem Tag von der Tarifkommission die Zustimmung geben, auf der Basis des Schlichtungsabkommens von 7% abzuschließen und obwohl in einer Reihe von Betrieben und Resolutionen diese 7% abgelehnt wurden, halten sich die Vertreter in der Tarifkommission nicht an die Mitgliedermeinung: die Gewerkschaftsführer erhalten mit 195 gegen eine Stimme die Zustimmung, bei 7% abzuschließen!!

An diesem Tag flaut die Streikwelle ab:
- 450 Arbeiter bei CEAG-Dominit in Dortmund;
- 170 bei Becorit in Recklinghausen;
- 70 in der Maschinenfabrik Seeberger, Kirchhellen;
- in der Dortmunder Innenstadt findet ein Autokorso der IGM mit etwa 110 PKW statt. ●

**Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg**

Ein Kapitalideologe sagt seine Meinung

Kürzlich nahm J. Heinrichsbauer, prominenter Bourgeois - Ideologe, Chefredakteur des „Arbeitgeber”, des offiziellen Organs der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, den Tod des Berliner Kammergerichtspräsidenten, v. Drenkmann, zum Anlaß, die Situation in der BRD – im Vergleich mit der Weimarer Republik – in Kapitalistenfarben auszumalen.

Genüßlich stellt er in der Dezember-Ausgabe fest, daß die bürgerlichen Politiker im Bundestag die „Sympathisanten der Baader Meinhof Vereinigung” zu „Komplicen von Kriminellen” erklärten und den bürgerlichen Staat selbst noch durch die Freunde der Freunde der Linken gefährdet sehen.

Anlaß genug für diesen Knecht der Kapitalistenklasse, diese angebliche Gefahr für den Staat genauer zu fixieren und den bürgerlichen Politikern einen Leitfaden für die Kenntnisnahme und Verfolgung politischer Aktivitäten an die Hand zu geben.

„Trugen zum Untergang des Weimarer ‚Systems' Rechte u n d Linke bei, so wird in unserer Zeit der Angriff auf das ‚System' nur von den Linken getragen. Fiel das Weimarer ‚System' in offenen Strassenschlachten, so soll das ‚System' heute mit den versteckten Waffen des Geistes zu Fall gebracht werden”.

Das dieser Bourgeois-Ideologe den Blick völlig von den Rechten und Faschisten ablenkt, braucht einen nicht zu verwundern; stände er doch sonst selbst im tiefbraunen Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Dafür wird deutlich gesagt, daß nicht die der Baader Meinhof Gruppe angelasteten Bombenanschläge und zuletzt der Schuß auf den Kammergerichtspräsidenten v. Drenkmann als Gefahr für den bürgerlichen Staat gesehen werden kann.

Stattdessen wird vielmehr eine gewisse Gefahr in der *„ . . . Wiederbelebung des Baader Meinhof Kults.... in den Gehirnen dieser Gesellschaftsveränderer”* gesehen, womit all diejenigen gemeint sind, die überhaupt für die Veränderung der Gesellschaft eintreten.

Er will bereits die *„Neue Linke – die internationale Brigade schlipsloser ‚Interlektueller', die Duz-Brüderschaft des Kulturkampfes,* (die) *von Polit-Party zu Polit-Party hetzend, um bei Scampis gegrillt und Martini dry ihrer ‚Verzweiflung' über die ‚Zustände' Zucker zu geben”* vom Staat verfolgt wissen. Diese widerwärtige Diffamierung der Linken, die als versnobte Salonsozialisten, abgeschnitten von den Massen, verhetzt werden, enthüllt aber gleichzeitig recht deutlich, daß es dem Bourgeois-Ideologen schon zuviel der „Demokratie” ist, wenn über Sozialismus – geschweige denn Kommunismus – öffentlich und in Zirkeln *diskutiert* wird.

Äußerungen dieser Art, kommen einer Aufforderung an den bürgerlichen Staat gleich, verstärkt gegen diejenigen vorzugehen, die durch Wort und Schrift Kritik an Teilen des Ausbeutersystems führen.

Betroffen sind – neben den Kommunisten – solche demokratischen Kräfte wie der Schriftsteller Böll oder Bischof Scharf, sowie Jusos und Sozialisten, die *„in Kindergärten, Kirchen und Kinos. In Schulen, Universitäten und* (man höre und staune!) *Ministerien. In Presse Funk und Fernsehen”* beschäftigt sind und mit kritischen Anmerkungen über die politischen Verhältnisse in der BRD nicht immer hinter dem Berg halten.

Allein die Forderungen nach Reformen dieses kapitalistischen Systems soll nach Ansicht des Bourgeois den Staatsorganen Anlaß genug zu Disziplinierungen und Verfolgungen zu sein *„Der Schrei nach Reform setzt . . . voraus: Keine Bejahung bewährter Bestandteile des Systems, sondern Verneinung total. Konflikt, Kritik, Klassenkampf. Diskutieren, in Frage stellen. Traditionen verhöhnen, Bindungen lösen. Geschichte kappen, Bewußtsein ändern.”*

Dieser Ideologe der Kapitalistenklasse lechzt förmlich nach der Grabesstille des Faschismus, in dem selbst Demokraten und Menschen mit biederen Reformvorstellungen mundtot gemacht werden sollen.

Öffentliche Äußerungen, z.B. des Theologen Prof. Gollwitzer, gegen die Kriminalisierung der Sympathisanten von Sympathisanten der Baader Meinhof Gruppe durch die bürgerlichen Politiker, sollen massiv bekämpft werden und möglichst aus Publikationen, Funk, Fernsehen usw. „getilgt“ werden.

Diese Art von Politik gegen Demokraten und die Linke, möchte der Bourgeois-Ideologe von den bürgerlichen Parteien und dem bürgerlichen Staat insgesamt betrieben sehen. ●

**Gruppe Eimsbüttel-Süd der Bezirksorganisation,
KB/Gruppe Hamburg**

„Aufklärungsarbeit an der Basis” Der BDA mobilisiert die Kapitalisten

Im Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), „der arbeitgeber” werden

Dementsprechend läßt sich der BDA-Vertreter vernehmen: „Wir brauchen künftig einen engeren Ver-

„Aufklärungsarbeit an der Basis” Der BDA mobilisiert die Kapitalisten

Im Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), „der arbeitgeber” werden zunehmend Artikel abgedruckt, in denen den Kapitalisten konkrete Vorschläge für ihre Politik und Propagandatätigkeit in der Öffentlichkeit und im Betrieb (siehe auch UNSER WEG Nr. 24) unterbreitet werden. Wurden vor fast genau zwei Jahren in diesem Organ unter der Überschrift: „Übergang zur Offensive!” noch zumeist grundsätzliche Artikel über die Stellung und den Standort der Kapitalisten in der Gesellschaft veröffentlicht, so haben die Kapitalisten dieses Stadium heute bereits weit hinter sich gelassen, indem sie jetzt konkrete Vorschläge zur Durch- und Weiterführung dieser Offensive den Einzelkapitalisten vorlegen.

Ganz in diesem Sinne ist von W. Riesenberg, BDA Köln, ein Artikel im „der arbeitgeber” 20/26-74 abgedruckt worden, der die kürzlich vom BDA für die Kapitalisten herausgegebene Broschüre *„Neue Formen unternehmerischer Aufklärungs arbeit an der Basis – Aufbau und Aufgaben der Unternehmerkontaktgruppen vor Ort”* erläutert und den Einzelkapitalisten eine Nachahmung der Vorschläge schmackhaft machen will.

Interessant ist, daß diese Äußerungen eines BDA-Funktionärs in einer Zeit erheblich anwachsender Propagandatätigkeit wie z.B. Anzeigenkampagnen, Fernsehdiskussionen etc. fallen.

Es soll nun offensichtlich der Schritt getan werden, die Einzelkapitalisten intensiver in die Kampagne der Kapitalistenverbände einzubeziehen, damit diese den „Überzeugungs- und Glaubwürdigkeitsnachweis” der propagandistischen Arbeit des BDA an die „Basis” herantragen.

Dementsprechend läßt sich der BDA-Vertreter vernehmen: „Wir brauchen künftig einen engeren Ver-bund von verbandlicher Aktivität und persönlichem Engagement für die politische und öffentliche Aufklärungsarbeit an der Basis”.

Kapitalistische Überzeugungsarbeit ...

Appelliert wird insbesondere an diejenigen Kapitalisten, die ein Engagement bisher nicht eingegangen sind. Ihnen wird nunmehr deutlich gemacht, daß die „... *Ruhepause von 20 Jahren, ... die Periode relativer Anfechtungslosigkeit ...”* endgültig vorbei ist, und die fast ausschließliche Repräsentanz der Kapitalistenklasse nur durch ihre Verbände unzureichend ist.

Den Kapitalisten wird nahegelegt, *„ihr eigenes Gewissen danach abzufragen, ob nicht doch Möglichkeiten für ein persönliches Engagement vorhanden sind oder geschaffen werden können”.*

Allerdings begnügt man sich nicht mit dem Appell an das „Gewissen” der Kapitalisten. Der BDA-Funktionär bemüht darüberhinaus die „... *solidarische unternehmerische Haltung in einer Zeit politischer Bedrängnis”* um die Aktivierung der Einzelkapitalisten zu erreichen. Für den Fall, daß selbst dieser Hinweis nicht für die Aufnahme politischer und propagandistischer Arbeit durch einige „gleichgültige” Kapitalisten ausreicht, wird verhaltener Druck ausgeübt.

Dieser Sorte von Kapitalisten wird klargemacht, „... *daß öffentliche und politische Versäumnisse von heute die Bedrohung der unternehmerischen Existenz von morgen einleiten ... Die Unternehmer befinden*

Konzernchef – immer 'verantwortungsbewußt'



Hier, mitten in New York, sprang der Konzernchef in den Tod

Aus Sorge um 55 000 Mitarbeiter

Verzweifelter Konzernchef sprang aus dem 44. Stock

Von WERNER THOMAS

sad. New York, 5. Februar

Mit ausgebreiteten Armen stürzte sich der Präsident des amerikanischen Milliarden-Konzerns „United Brands", der 53jährige Eli Black, aus dem 44. Stock des New Yorker Pan-Am-Wolkenkratzers. Sein Flug in den Tod dauerte knapp eine halbe Minute.

(Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2)

Aus „Bild" vom 5.2.75

Auf einen nicht dummen Einfall kam der Direktor des amerikanischen Mischkonzerns „United Brans Company", zu dem u.a. die „United Fruit Company" gehört, die vor allem in Mittelamerika mehrere Putsche faschistischer Gorillas zur Sicherung ihrer Profite inszenierte. Dieser Einfall N. Blacks (53) hat „weit über die USA hinaus . . . Aufsehen erregt." („Hamburger Abendblatt")

Dieser Eli N. Black sprang nämlich am 4. Februar kurzerhand und diesmal ohne Rücksicht auf Verluste aus einer seiner Person und Position sicherlich angemessenen Höhe von 180 Metern aus dem 44. Stockwerk des Pan Am Wolkenkratzers in New York in den gesicherten Tod.

Wir stützen uns im folgenden vor allem auf die Berichterstattung der „Bild"-Zeitung, da wir in Vergleichen mit anderen bürgerlichen Pressemeldungen den Eindruck gewonnen haben, daß auch hier wieder ein „fliegender" Reporter der „Bild" zugegen war. Und dieses passierte wenige Minuten vor und während seines Fluges:

„Für Eli N. Black beginnt der „Arbeitstag" wie jeder andere auch. In seiner schwarzen Limousine läßt er sich zum Pan-Am Wolkenkratzer chauffieren, in dessen 44. Stockwerk sich sein Büro befindet. Kurz nach acht Uhr schreibt das „Hamburger Abendblatt" – während „Bild" kurz vor acht recherchierte, betritt er mit einem schwarzen Aktenkoffer (der noch eine entscheidende Rolle spielen soll) sein Büro und begrüßt seine schon anwesenden Mitarbeiter mit einen knappen, aber freundlichen „Good Morning".

„Dieser Gruß war jedoch das Ende der täglichen Routine", weiß das „Hamburger Abendblatt" zu berichten. Und in der Tat – Eli N. Black ist im Begriff Außergewöhnliches zu vollbringen – derart außergewöhnlich, daß wir ohne jeden Zweifel behaupten können: Man tut's einmal oder keinmal, aber auf keinen Fall zum zweiten Mal. Entschlossen verriegelt unser Held von innen die Tür und tritt sodann beherzt ans Fenster aus dem man ein wunderbares Panorama der Millionenstadt geniesen kann. Aber Eli N. Black steht an diesem tragischen Tag anderes im Sinn. Mit seinem schwarzen Aktenkoffer zertrümmert er plötzlich die dicke Fensterscheibe und stürzt sich „mit ausgebreiteten Armen" in die schaurige Tiefe, wo er „nach knapp einer halben Minute Flug" und inzwischen „180 Meter tiefer auf einer Schnellstraße dumpf" aufschlägt. („Bild") „Mit jaulenden Reifen stoppten mehrere (nicht alle? ! - d. Red.) Wagen" berichtete „Bild" weiter. Noch eine weitere Nachricht sei am Rande angeführt, da sie uns Aufschluß über diese tragische Persönlichkeit gibt: „Die Polizei stellte später fest, daß Black die Scherben sorgfältig zur Seite gelegt hatte, ehe er sprang. Kripobeamter John Duffy: „Offensichtlich wollte er sich nicht schneiden." – Wahrscheinlich, ein bis zum letzten Augenblick gewissenhafter und gründlicher Mensch, dieser Eli N. Black. Respekt, Respekt.

Um das Motiv der Tat (für jede Tat gibt es eins) sind sich die Experten noch nicht einig: Während Eli N. Blacks Stellvertreter (hier irrt „Bild", es müßte Nachfolger heißen) Edward Gelsthrope das Motiv in der Sorge des Konzernchefs um die Erhaltung von 55 000 Arbeitsplätzen sucht, bezeichnete ihn der „renommierte" Wirtschaftswissenschaftler Elliot Janeway in einem kurzen Nachruf nach der erfolgten Tat als „Opfer der emotionalen Krise unserer Zeit". Sei dem, wie dem wolle – Eli N. Black sollte mit seinem Beispiel in der Bourgeoisie Schule machen. Nach dem vor wenigen Wochen erfolgreich durchgeführten Harakiri eines japanischen Konzerndirektors, hoffen wir auf weitere rege Beteiligung dieser Kreise am Suizid. Die Arbeiterklasse hat keinen Grund ihren Herren nachzutrauern.

Gedenken tun wir dagegen unseres 58-jährigen Kollegen Hans, der im Hamburger HDW-Werk Reiherstieg am selben Tag durch den Sturz von einer Stellage ein Opfer der kapitalistischen Arbeitshetze wurde. Die „Morgenpost" hatte dafür ganze zwei Sätze übrig. ●

HDW-Arbeiterzelle
KB/Gruppe Hamburg

Milliarden-Geschenk an Flick-Milliardäre

Den vorläufig wohl letzten Akt der Aktien-Transaktion bei Daimler-Benz vollzog die Flick-Familie vor einigen Tagen: Alleinherrscher des Konzerns wird in Zukunft der Flick-Sohn Friedrich Karl Flick. Die beiden Enkel des 1972 glücklicherweise verstorbenen Friedrich Flick, die beide als Erben Mitbesitzer im Konzern waren, scheiden durch eine Barabfindung aus. Es gehört wohl nicht viel Phantasie dazu, festzustellen, daß der Verkauf der Daimler-Benz Aktien durch Flick mit dieser Barabfindung zusammenhängt. Hier erweist sich wieder einmal die wahre Funktion und der wahre Hintergrund der angeblich „nationalen" Rettungsaktion, Daimler-Benz „aus den Klauen der Scheichs" zu befreien: während die bürgerliche Propaganda diesen Vorgang zur weiteren nationalistischen und chauvinistischen Verhetzung von Teilen der Bevölkerung benutzt, sacken die Flicks das dicke Geld dabei ein (vgl. dazu AK 54 und 55).

Die Absicht ist ganz einfach: die Flick-Gruppe hat zwar genügend Geld flüssig, um die beiden Erben auszuzahlen, sie hätte dann aber kaum noch Reserven für die weitere Expansion des Unternehmens. Diese Reserven werden durch den Daimler-Verkauf wieder angefüllt, nur so war es möglich, gleichzeitig hohe Barabfindungen zu zahlen und zusätzlich noch dabei zu verdienen.

Wir wollen hier noch einmal kurz den Umfang aufzeigen, in dem die Flicks nicht nur Gewinne gemacht haben, sondern vor allem auch mit Unterstützung von Sozialdemokraten Steuern gespart haben:

– Der Kauf der Daimler-Benz Aktien durch Flick seit 1952 hat den Konzern ca. 60 Millionen DM gekostet. Die Deutsche Bank kaufte das Aktienpaket nun 10% über dem Börsenkurs für über zwei Milliarden DM. Börsenexperten haben ausgerechnet, daß ein Gewinn von etwa 1,8 Milliarden DM verbleibt. Das bedeutet gegenüber den Einlagen, daß die Flicks über 3 000% Gewinn gemacht haben, dazu kommen noch etwa 515 Millionen DM aus Dividenden!

Den entscheidenden Vorteil können die Flicks aber der Mithilfe der sozialdemokratischen Bundesregierung verdanken! Normalerweise müßte dieser Gewinn mit dem Spitzensteuersatz von 56% (etwa 1 Milliarde DM!) versteuert werden. Durch einen extra für Kapitalisten geschaffenen Passus in den Steuergesetzen (§ 6 b des Einkommenssteuer- oder § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes) haben sie die Möglichkeit, diese Gewinne steuerfrei anzulegen, wenn die Bundesregierung ihnen bescheinigt, daß die Anlage „volkswirtschaftlich ... förderungswürdig" ist. Diese Zusage ist den Flicks von der Bundesregierung gegeben worden!

Der dickste Hund ist nun, daß Steuerexperten bereits darüber spekulierten, daß Flick das Geld eventuell für Kapitalerhöhungen in seinen anderen Konzernzweigen: Feldmühle, Dynamit Nobel, Krauss-Maffei usw. anlegt, dann können diese Leute zusätzlich noch die 7,5% aus dem „Investitionszulagengesetz" der sozialdemokratischen Bundesregierung kassieren!!

Bekannt geworden ist auch folgender Vorgang, mit dem die Flicks ihren Verkaufspreis noch in die Höhe getrieben haben:

Über die Mainzer Zeitung „Allgemeine" ließen sie gezielte „Indiskretionen" über konkrete Verhandlungen mit dem Schah (die es gar nicht gab!!) verbreiten. Die „Allgemeine" meldete sogar, daß der Verkaufspreis auf 2,5 Milliarden DM angewachsen sei. Auf dieser Grundlage traten die Flicks nach vorheriger Absprache mit dem Bundesbank-Sprecher Ulrich an die Bundesregierung heran und ließen sich ihre Gewinne steuerfrei garantieren.

Ganz offensichtlich ist hier, daß die Kapitalisten nicht nur „normale" Gewinne aus den Arbeitern herausziehen, nein sie schröpfen die Arbeiterklasse noch zusätzlich über eine kapitalistenfromme Steuergesetzgebung mit Unterstützung ihrer Regierung. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kriegsverbrecher Flick

Im Zusammenhang mit der Transaktion der Daimler-Aktien fühlte sich die bürgerliche Presse genötigt, eine ganze Reihe von Lügenmärchen über das „Geschick", die besondere Begabung" des „zum Unternehmer geborenen" (wie ihn natürlich Springer's „Welt" bezeichnete) zu verbreiten.

In Wahrheit ist die Geschichte Flick's die eines besonders skrupellosen Unternehmers, der sein heutiges Imperium in erster Linie auf dem Blut und den Leichen von tausenden von Menschen aufbaute. Noch heute ist beispielsweise der Bereich Rüstung der wesentliche (Krauss-Maffei, Dynamit Nobel) Teil des Konzerns.

Hier einige Daten zur Flick-Geschichte:

- Aufbau des Konzern's vor allem Mitte der zwanziger Jahre im Bereich Kohle und Stahl, der Grundstein für die späteren riesigen Rüstungsprofite unter der Naziherrschaft.



Nürnberger Prozesse 1947: Friedrich Flick und seine Direktoren werden angeklagt (Flick ganz rechts).

Nürnberger Prozesse 1947: Friedrich Flick und seine Direktoren werden angeklagt (Flick ganz rechts).

- Friedrich Flick war Mitglied des Nazi-Freundeskreises Himmler und wesentlicher Geldgeber der Nazis;
- unter den Nazis profitierte er vor allem von der Rüstungsproduktion und der von den Nazis durchgeführten „Arisierung" (Enteignung jüdischer Kapitalisten), Flick's Hausjurist entwarf die Arisierungsgesetze für die Nazis;
- der Vetter Hermann Göring's erhielt regelmäßige Schmiergelder von Flick.

1947 wurde Flick als Kriegsverbrecher angeklagt – doch bereits damals verschonte man diese wahren Kriegsverbrecher. Flick wurde zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Landsberger Kriegsverbrecher-Gefängnis wurde dann die neue Konzern-Zentrale eingerichtet. Flick's Mitarbeiter durften dort ein- und ausgehen, wie es ihnen gefiel.

Bereits 1950 wurde Friedrich Flick auf Fürsprache des damaligen Bundeskanzlers Adenauer entlassen. Schon zwei Jahre später kaufte er für 60 Millionen DM Daimler-Benz-Aktien (angeblich sollen ja nach der Währungsreform alle mit 40 DM angefangen sein !!!).

Flick ist allerdings nur ein Beispiel, wie die wahren Kriegsverbrecher gleich nach Gründung der Bundesrepublik wieder auf die Bevölkerung losgelassen wurden und wie sie sich sofort wieder in ihren alten Positionen einnisteten. ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

losgelassen wurden und wie sie sich sofort wieder in ihren alten Positionen einnisteten. ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Forts.: BDA mobilisiert Kapitalisten

Vorstellungen der Herren Kapitalisten bei der „Basis" an den Mann

Forts.: BDA mobilisiert Kapitalisten

sich bei der Abwehr extremer Ordnungsvorstellungen und der Durchsetzung freiheitsbewahrender Ordnungsperspektiven in einem Wettlauf mit der Zeit. Von der Aufgabe, die Öffentlichkeit aufzuklären, gibt es kein Freikaufen ... Dafür kann kein Opfer zu groß und kein Anlaß zu gering sein".

Mit diesen relativ massiven Geschützen will der BDA seine Mitglieder auf Linie bringen und sie recht vordergründig insbesondere gegen die sozialdemokratische Politik einstimmen und mobilisieren. Die zweifellos beabsichtigte Ablösung der SPD/FDP-Regierung durch eine CDU/CSU-Regierung bei der nächsten Bundestagswahl wird gründlich vorbereitet.

... und deren organisatorische Absicherung

Der BDA-Vertreter beläßt es allerdings nicht bei der Diskussion dieser Fragen. Seine Ausführungen erhalten für die Kapitalisten ihren Wert gerade in der Darlegung der konkreten Schritte, die sie schnell und einfach nachvollziehen können.

So werden ihnen als Zielgruppen der breit angelegten Propagandaarbeit „örtliche Vereine, Verbände, Clubs mit politischer, kultureller und gesellschaftlicher Zielsetzung ..., Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Schulen und Bildungsstätten, Jugendzentren und die Medien des örtlichen Bereichs" vorgeschlagen und zur Auswahl angeboten.

Diese Zielgruppen „vor Ort", sollen von den Kapitalisten systematisch zu Gesprächen eingeladen werden, um die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Herren Kapitalisten bei der „Basis" an den Mann zu bringen. Als Ort der „Begegnung" wird nachdrücklich auf den kapitalistischen Betrieb verwiesen.

Einerseits um auf dem Hintergrund einer hohen Technik im Betrieb Eindruck zu schinden und den Kapitalisten mit dem Hauch von Größe und Können zu umgeben, andererseits, um den Besuchern die vermeintlichen Sachzwänge und Kapitalentscheidungen eines Industrieunternehmens unter dem Mantel der Gemeinwohlideologie nahe zu bringen.

Der kapitalistische Betrieb und seine Profitlogik soll zur Richtschnur jeglichen politischen Denkens der Menschen gemacht werden. Abgerundet werden die Vorschläge des BDA-Funktionärs durch die angestrebte Zusammenfassung der Einzelinitiativen der Kapitalisten in „*Unternehmer Kontakt Gruppen*", die als „*Sammelbecken und Operationsbasis*" neben den bestehenden örtlichen BDA-Filialen gegründet werden und die lokale Propagandaarbeit koordinieren sollen. Diese lokalen Zusammenschlüsse der Kapitalisten werden gleichzeitig als Neubeginn im „*... Aufbau eines dichten Netzes von Kontakt-Gruppen in der Bundesrepublik*" gesehen, die die örtlichen Gegebenheiten in der Propagandakampagne besser berücksichtigen können und den lokalen Einfluß der Kapitalisten erheblich erweitern.

Man darf sicher sein, daß diese umfassende Organisierung der Kapitalisten nicht auf die Verbreitung von Demagogien beschränkt bleibt. ●

Gruppe Eimsbüttel-Süd
der Bezirksorganisation Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

Flick und die „Rettung des Abendlands"

Hinter der Aktientransaktion bei Daimler-Benz verbirgt sich vor allem ein enormer Konzentrationsvorgang. Die Deutsche Bank hat über den Konzern mit ihrer über 50-prozentigen Beteiligung nahezu die alleinige Verfügungsgewalt erreicht.

Ein Tobias Lampe schreibt zu diesem Vorgang in einem Kommentar der „FAZ" vom 20.1.75 wohl richtig: „*Vor zwei oder drei Jahren hätte der gleiche Vorgang einen Sturm entrüsteter Kritik* (er meint hier vor allem die bürgerlich liberale ‚Öffentlichkeit', die Red.) *ausgelöst. Heute erscheint er als nationale Tat und wird als Rettung aus höchster Not gefeiert.*"

Derselbe Lampe aber weidet sich genüßlich in kriegerischen Vorstellungen zur Abwehr der „persisch-arabischen Gefahr" um „das Abendland ein zweitesmal vor dem Untergang zu retten".

Man unterschätze diese noch publizistischen Kämpfe nicht, wie sie in der letzten Zeit wiederholt in der bürgerlichen Presse geführt werden. Hier wird ganz bewußt eine neue nationalistische und chauvinistische Stimmung geschürt, auf diesem Boden schreitet dann auch die Militarisierung voran. Im Folgenden ein Auszug aus Lampe's Kommentar, der überschrieben ist:

„*‚Der Blitzkrieg gegen die Perser'. Erleichterung ging durch das Volk: Die Perser abgeschlagen. Die Freude der Athener nach der Schlacht von Marathon kann nicht größer gewesen sein. Wie im alten Griechenland vor 2.500 Jahren war auch dies ein Blitzkrieg. Der Feldzug währte nur wenige Tage. Erst zu Jahresbeginn, so verkündete der deutsche Miltiades, Franz Heinrich Ulrich, habe er von der Gefahr erfahren, die von der dollarschweren Übermacht der Perser drohte. Am 3. Januar habe ihn der arg bedrängte (!!!) Friedrich Karl Flick um Hilfe gebeten. Schon elf Tage später konnte sich Miltiades II. als Sieger präsentieren. Er wurde von der Menge bejubelt. Selbst der Kanzler wand dem Feldherrn einen Lorbeerkranz: ‚Die Übernahme der Aktien durch die deutsche Bank ist zu begrüßen' ".* ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Die Tricks der Flicks

Folgenden Auszug entnehmen wir dem „Stern" vom 23.1.75:

„*... es waren die Zeiten der Weltwirtschaftskrise. Der deutschen Stahlindustrie ging es im Jahre 1931 schlechter, als es heute den Automobilfabrikanten geht. Flicks mühsam gehorteter Schatz, die ‚Gelsenberg'-Aktien, sank auf 22 Prozent seines Nominalwertes. Flick stand kurz vor der Pleite. Ende 1931 begannen in Börsenkreisen jedoch Gerüchte zu kursieren, Flick werde sein ‚Gelsenberg'-Paket verkaufen und habe auch schon einen potenten Interessenten. Das jüdische Berliner Bankhaus Mendelssohn wollte die Flick-Aktien an die Französische Großbank ‚Crédit Lyonnais' vermakeln. Ein Düsseldorfer Pressebüro lancierte die Meldung in holländische Lokalzeitungen.*

Die deutsche Öffentlichkeit reagierte mit einem Aufschrei der Empörung. Die Drohung, daß eine jüdisch-französische Koalition die Kontrolle über den größten deutschen Montan-Konzern gewinnen könne, erregte das nationale Gemüt zwei Jahre vor Hitlers Machtergreifung noch mehr, als heute die Gefahr einer arabisch-persischen Mehrheitsbeteiligung bei Mercedes.

Die Reichsregierung unter Kanzler Brüning sah sich zum Handeln genötigt. Sie versprach den Ausverkauf an den benachbarten ‚Erbfeind' zu verhindern. Friedrich Flick machte dem damaligen Reichsfinanzminister Hermann Dietrich im Gespräch von Mann zu Mann klar, daß die Franzosen ihm schon das Fünffache des Börsenwerts geboten hätten ...

Am 6. Mai 1932 erfuhr die Öffentlichkeit, Flick habe allen Verlockungen französischer Millionen zum Trotz seine Gelsenberg-Aktien an die Dresdner Bank verkauft. Friedrich Flick und die Herren der Dresdner Bank wurden von den nationalen Blättern überschwenglich gefeiert."

Die Tatsache war: während Millionen arbeitslos waren, hatte die Reichsregierung für mehr als den vierfachen Börsenwert die Aktien gekauft,

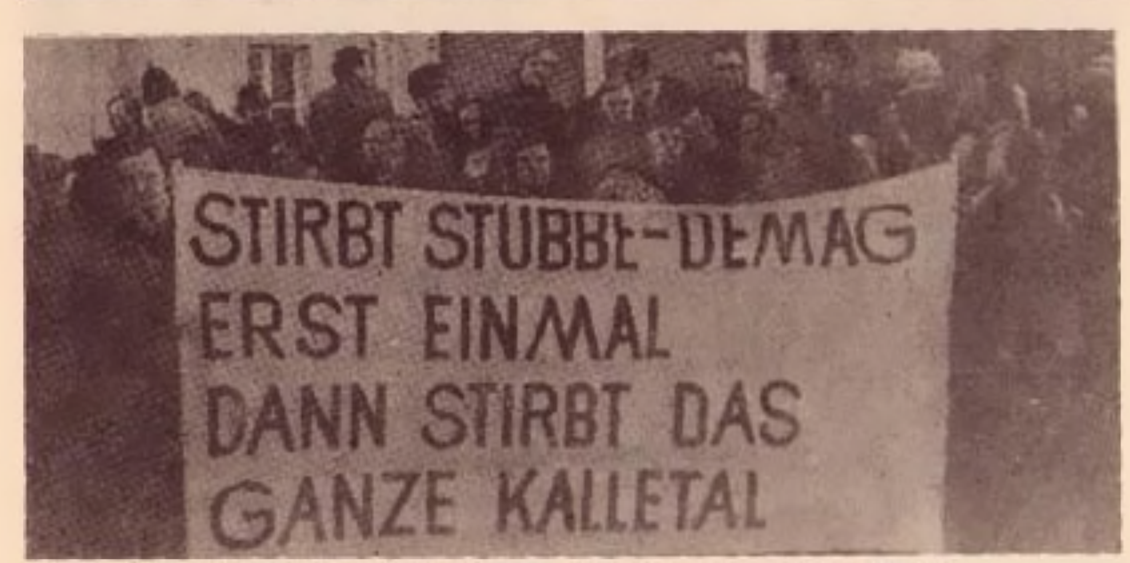
den französischen Interessenten hat es nie gegeben,

das Düsseldorfer Pressebüro, das derartige Meldungen in die holländische Presse brachte, gehörte Friedrich Flick!!! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

„Stirbt Stübbe-Demag erst einmal, dann stirbt das ganze Kalletal"

Die „Stübbe"-Kollegen kämpfen: Demag-Kalletal muß weiter produzieren



Streik in Kalldorf: die Stübbe-Demag-Arbeiter protestieren gegen die Schließung des Werkes

Mehr und mehr hat die „Stübbe"-Belegschaft in den vergangenen Wochen die arbeiterfeindlichen Machenschaften, die Sprüche und die tatsächlichen Pläne des Demag/Mannesmann-Konzerns erkannt. Viele Kollegen können allerdings nicht verstehen, daß der Konzern den Betrieb, trotz höherer „Rentabilität" als in den anderen Kunststofftechnikwerken, schließen will. Eine „unverständliche" Tatsache, die kürzlich sogar Aufsichtsratsvorsitzender Overbeck zugeben mußte, nachdem zuvor behauptet wurde, „Stübbe" sei „unrentabel". Dies hat den Unmut der Kollegen noch weiter gesteigert. In bisher fünf Warnstreiks (bis zu zwei Stunden Dauer), Protestdemonstrationen und Kundgebungen haben sie sich bisher gegen die Stillegungspläne zur Wehr gesetzt. Die Aktionen verliefen teilweise koordiniert mit Verhandlungen und Gesprächen des Betriebsrates mit Konzernvertretern. So streikten die Kollegen auch am 3.2. für rund 1 1/2 Stunden als „Begleitmusik" zu einer Pressekonferenz am selben Tage in Kalldorf. Auf der letzten Betriebsversammlung am 6.2. mußte der Konzernabgesandte Seibert seine unverschämte Lügenrede abbrechen, weil das Pfeif- und Buh-Konzert der Belegschaft ihn übertönte. Während er vorne stand und seine Märchen an den Mann zu bringen versuchte, machten die Kollegen ihm klar, was er eigentlich verdient hätte: Hinter seinem Kopf tauchte eine wohlgeknüpfte Schlinge auf, die von einem Kran heruntergelassen wurde. Er hätte ohne Mühe seinen Hals hineinstecken können.

Doch leider ... bleibt vorerst nur die Hoffnung, daß er seinem Schicksal nicht entgehen wird.

Hatte der Konzernvertreter die Kollegen schon stark empört, so konn-
Hatte der Konzernvertreter die Kollegen schon stark empört, so konn-
ten einige nach Abschluß der Rede des Betriebsratsvorsitzenden Ackermann nur mit Mühe davon abgebracht werden, den Herrschaften der Geschäfts- und Konzernleitung „eigenhändig" die Meinung zu sagen. Betriebsratsvorsitzender Ackermann sah sich genötigt – nachdem er die Kollegen in ihrer Empörung zuvor kräftig bestärkt hatte – selbsttätig wieder zu schlichten und die Belegschaft „zur Besonnenheit" zu ermahnen.

Trotz aller kämpferischen Empörung der Belegschaft besteht nach dem Scheitern mehrerer Versuche, die Stillegung auf Verhandlungswegen abzuwenden, doch eine gewisse Skepsis. Nicht allein, daß eine gegebene „Rentabilität" des Betriebes für den Konzern kein Motiv für die Werkserhaltung ist (er hat halt weitergehende Pläne), sondern daß auch die Landesregierung (Nordrhein-Westfalens) mit einer neun Millionen Mark Investitions-„Hilfe" die Mannesmann-Kapitalisten nicht reizen konnte und selbst der angebotene Rückkauf durch den ehemaligen Besitzer Stübbe scheiterte, das hat zwangsläufig gewisse Ratlosigkeit bei den Kollegen ausgelöst. (Mannesmann-Demag wollen das Werk nur an solche Interessenten veräußern, die garantieren, daß sie mit den „Stübbe"-Produkten der Demag-Kunststofftechnik am Markt nicht in die Quere kommen, was praktisch unausbleiblich wäre!!).

Weder bürgerliche Parteien noch Landesregierung, nur die Arbeiter allein können sich helfen!

Die Aktionen der Kalletaler Belegschaft, so heftig sie mitunter ihren Protest äußern, können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich noch weitgehend auf den Boden der „gesetzlichen Möglichkeiten" beschränken. Die IG-Metall Ostwestfalens und der Betriebsrat leiten den Kampf gegen die Stillegung auf dieser Ebene und sind bemüht, ihn hier auch in Zukunft zu halten. Nachdem alle bisherigen Versuche, die Kapitalisten mit ihren „eigenen Argumenten" zu überzeugen gescheitert sind, bleibt ihnen auch nur noch der zweifelhafte „Ausweg", einen „möglichst günstigen" Sozialplan herauszuholen, wie einmal schon vor zwei Jahren. Und auch damals – in einer wirtschaftlich-konjunkturell günstigeren Situation – konnte solch ein Plan nicht befriedigen. Verschiedene Kollegen, die seinerzeit mit einigen Tausendern abgefunden wurden, mußten erkennen, daß das Geld schnell aufgebraucht ist und schon bald die Misere von vorn beginnt, wenn man keinen Arbeitsplatz bekommen kann. Zwar forderte Betriebsratsvorsitzender Ackermann auf der Betriebsversammlung, ein Sozialplan heute müsse noch besser sein als der vor zwei Jahren, aber die Probleme für die Kollegen werden heute dafür auch noch größer sein. Wenn „Stübbe" dichtmacht wird die Arbeitslosenrate des Kreises von bisher 5,1% (!!) auf über 10% (!!!) anwachsen. Dieser Zustand in dem extrem strukturschwachen Gebiet wird dann vermutlich noch einige Jahre andauern. Zu lange selbst für einen „guten" Sozialplan.

Diese Tatsachen haben auch zahlreiche bürgerliche Kreise in Kalletal etwas in Bewegung gebracht. Solidaritäts- und Protesterklärungen vom SPD-Ortsverein, der DKP und des Bürgermeisters sind in den letzten Wochen veröffentlicht worden. Selbst die örtliche CDU „bedauert" die Folgen, hat Verständnis für die Demag und greift den DGB an, daß er das Werk nicht aufkauft, als gemeinnütziges Unternehmen weiterführt und „beispielhaft" „Mitbestimmung" und „Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen" durchführt: Ein „Meisterstück" an Demagogie und Verdrehung! Unglaublich zynisch ist ihr Vorgehen u.a. auch deshalb, weil man vermuten muß, daß der Zeitpunkt der Bekanntgabe der Stillegung bewußt in die Wahlkampfzeit von Nordrhein-Westfalen gelegt wurde, was, wenn überhaupt, nur der CDU in den Kram passen kann.

Als weitere Mittel im Kampf der Belegschaft um ihre Arbeitsplätze, bemühen sich IG Metall und Betriebsrat um überregionale Publizität. Bisher hatte lediglich der WDR in Rundfunk- und Fernsehsendungen über die Vorgänge bei Stübbe-Demag berichtet. Nun sollen „Spiegel" und „Panorama" für eine breitere Öffentlichkeit sorgen.

Dies ist sicherlich ein richtiger Schritt. Notwendiger noch ist die umfassende Information der anderen Belegschaften im Konzernbereich (und darüber hinaus, wenn möglich). In diesem Sinne war es ebenfalls richtig, daß „Stübbe"-Arbeiter ihre Kollegen in Duisburg (Demag) und Düsseldorf (Mannesmann) über ihre Probleme durch selbstverteilte Flugblätter unterrichteten und zur Solidarität aufriefen. Gerade damit aber hapert es noch im Konzern, oftmals weil sowohl von den verschiedenen Geschäftsleitungen als auch Betriebsrä-
wohl von den verschiedenen Geschäftsleitungen als auch Betriebsrä-
ten entweder gar nicht oder unzureichend informiert wird. Von einer Mobilisierung der anderen Belegschaften durch die Betriebsräte ganz zu schweigen. Hier gilt es noch anzusetzen, um auch für die weitere Zukunft aus den Vorfällen in Kalletal zu lernen und für den eigenen Betrieb gegebenenfalls Schlüsse zu ziehen. Die vorbehaltlose Solidarität mit den „Stübbe"-Arbeitern sollte ohnehin selbstverständlich sein (Spendenkonto: 4/69 89 57 Kreissparkasse Lemgo).

Auch wenn durch Solidaritätserklärungen und Geldspenden keinesfalls ein kurzfristiger, unmittelbarer Erfolg erhofft werden darf, so liegt in diesem Vorgehen doch die richtige Perspektive:

in der Arbeiterklasse insgesamt den Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierungspolitik zu entwickeln, um so der Arbeiterklasse eine wirksame Waffe im Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu schmieden. ●

Keine Stillegung von Stübbe-Demag!
Keine Entlassungen!
Solidarität mit den Arbeitern von Stübbe!

Betriebszelle DEMAG-CONZ, KB/Gruppe Hamburg

Die Stillegung – Teil der umfangreichen Demag-Rationalisierung

Systematisch hatte sich die Demag (noch ohne die – kürzlich auf rund 90% erhöhte – Beteiligung des Mannesmann-Konzerns) seit einigen Jahren verschiedene Kunststoff-Technikwerke in Westdeutschland eingekauft. Ebenso systematisch wird die derzeitige „Flaute" auf dem Kunststoffsektor ausgenutzt, um die seit langem gehegten Rationalisierungspläne in die Tat umzusetzen. „Stübbe" stand von vornherein auf der „Abschußliste". Die Produktion und Verwaltung der Sparte soll in Nürnberg bei den dortigen „Anker-Werken" konzentriert werden. So wurden bereits vor zwei Jahren bei „Stübbe" Massenentlassungen vorgenommen (bei einer damals noch scheinbar günstigen Sozialplanregelung). Durch gezielt herbeigeführte Arbeitsplatzangst mit zahlreichen sogenannten Eigenkündigungen im Gefolge und durch Nichtersetzung der sogenannten natürlichen Fluktuation,
durch Nichtersetzung der sogenannten natürlichen Fluktuation,
senkten die Demag-Kapitalisten den Belegschaftsstand auf (heute) knapp 600.

Vor fast einem Jahr wurden Teile der Angestellten des Demag-Werkes Jünkerath (Eifel) – ebenfalls der Sparte Kunststofftechnik zugehörig – nach Nürnberg verfrachtet bzw. entlassen. Den Kollegen der drei Kunststofftechnikwerke drohen aber noch zwei weitere Maßnahmen, bis die Konzernleitung ihre „Durchforstungsaktion" (vorläufig) abschließt:

- **die endgültige und vollständige Beseitigung von „Stübbe" und**
- **die „Umsiedlung" von rund 60 - 80 Fachkräften aus Kalletal nach Nürnberg und die gleichzeitige Entlassung von 100 - 150 Beschäftigten dort. Die Fachkräfte holt man aus Kalletal, um geschulte Leute für die Teile des nach Nürnberg zu überführenden Produktionsprogramms von „Stübbe" zu haben. Die Entlassungen in Nürnberg sind geplant, weil dort andere Fertigungsprogramme um- oder eingestellt werden sollen.**



Betriebspsychologie der Kapitalisten

Unter der Überschrift: „Was tun? wenn man zu viele Mitarbeiter hat" veröffentlichte kürzlich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die entsprechenden Empfehlungen eines Dipl.-Psychologen Reinhard Kolb , Personalwirtschaftsexperte der PA Management Consultants GmbH in Frankfurt. Dieser Lump gab allen Kapitalisten in einem 10-Punkte-Programm den Rat, den „Beschäftigungsüberhang" nicht allein durch Einstellungsstop oder Nichtersetzen der Fluktuation abzubauen, da so eine „Negativauslese" betrieben werden, das heißt: vor allem die „Minderqualifizierten" (so nennt dieser Kerl die Kollegen) halten „an ihrer Position fest".

Kolbs 10-Punkte-Programm sieht vor:

a) eine Bedarfsanalyse

Danach sollen die Zielsetzungen des Unternehmens, erhoffte und geplante Ergebnisse festgelegt werden und im einzelnen auf die jeweiligen Aufgabenbereicheübertragen werden . Danach erfolgt:

„Festlegung der Qualifikations-/ Leistungsanforderungen nach bestimmten Kriterien und Darstellung in Anforderungsprofilen. Ermittlung der Anzahl der erforderlichen Mitarbeiter."

b) die Bestandsaufnahme

„Bewertung der Qualifikation und Leistung der vorhandenen Mitarbeiter nach analogen Kriterien. Darstellung in Qualifikations- und Leistungsprofilen."

Die so ermittelten Werte sollen mit den unter a) festgelegten *„Anforderungsprofilen"* verglichen werden. Danach werden die Mitarbeiter eingeteilt in:

- *„Voll befriedigende"*
- *„zur Zeit nicht restlos überzeugende, die aber noch durch Schulung zur vollen Entfaltung ihres Leistungspotentials gebracht werden können"*

und schließlich:

- *„Ermittlung des effektiven Überhangs an minderqualifizierten/leistungsunfähigen und auch nicht entwicklungsfähigen Mitarbeitern."*

Sind Punkt a) und b) durchgeführt, erfolgt

c) die Fluktuationssteuerung

Anhand von *„Laufbahnplänen"* sollen die *„voll befriedigenden"*: Mitarbeiter Anreize bekommen (die berüchtigten Karrieristen in den Betrieben).

Die zweite Gruppe der Mitarbeiter soll *„angespornt werden"* durch *„Fortbildung, Schulung"* etc. – oder was Kolb nicht sagt, indem man Druck auf sie ausübt – *„mit dem Ziel der Mobilisierung von Leistungsreserven."*

Für den „Abfall" hat Kolb dann – auch noch wissenschaftlich formuliert – folgende Empfehlung:

„Informieren der nicht überzeugenden und auch nicht entwicklungsfähigen Mitarbeiter über die Aussichtslosigkeit ihres Fortkommens in diesem Unternehmen, mit dem Ziel, Kündigungsmotive bewußt zu machen."

Drastischer und brutaler läßt sich wohl das kapitalistische „Leistungsprinzip" kaum darstellen, als in diesen bürgerlich- „wissenschaftlichen" Aussagen des diplomierten Experten Kolb. Sämtliche aufgeführte Zitate stehen in Beziehung zu Menschen, wohlgemerkt. Die „lieben Mitarbeiter" und das wird hier besonders deutlich, sind nichts weiter als eine Ware, die die Kapitalisten bestmöglich und maximal für ihre Profitzwecke nutzen.

Weniger drastisch und brutal, in ihrem Wesensgehalt aber keineswegs unterschiedlich, halten derartige Methoden mehr und mehr offiziellen Einzug in die Betriebe und werden unter dem Deckmantel „leistungsgerechte Mitarbeiter-Beurteilung" oder „analytische Arbeitsplatzbewertung" eingeführt. Und das mit Billigung und Unterstützung der Führer der Gewerkschaften, die hierüber sogar Tarifverträge abschließen.

Demgegenüber kann es nur heißen: weg mit dem kapitalistischem „Leistungsprinzip" und seinen „wissenschaftlichen" Ausquetschungsmethoden. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Maschinenfabrik Wiesbaden wird ausgeschlachtet

Nachdem die Firma den Vergleich beantragte (vgl. AK 55) haben nun die Entlassungen begonnen: 49 Kollegen wurden im Januar gefeuert (gerade unter der meldepflichtigen Grenze) weitere 175 der einstmals 730 Kollegen sollen in der nächsten Zeit folgen. Mittlerweile haben sich für den pleitegegangenen Betrieb Käufer gefunden, die offensichtlich Teile der Maschinenfabrik weiterführen wollen (unter anderem wird die Gruppe Thyssen-Bornemisza genannt) ●

Wülfel, Hannover:

Wülfel, Hannover:

Streik und Demonstration gegen die Werksschließung



Etwa 800 Arbeiter und Angestellte demonstrieren gegen die Schließung der Eisenwerke Wülfel

Etwa 800 Arbeiter und Angestellte beteiligten sich am 4. Februar an einem Warnstreik und einer Demonstration gegen die Schließung der Eisenwerke Wülfel und einen völlig unzureichenden Sozialplan für die Entlassenen. Bis zum 30. Juni soll das Werk stillgelegt sein und die 1.100 Beschäftigten liegen auf der Straße. Dem Streik vorausgegangen waren die ersten Kündigungen von Kollegen.

Die Stillegung der Eisenwerke erfolgte, obwohl

- die Bestelleingänge um 25 % stiegen,
- die Aufträge um 27 %,
- der Umsatz um 29 %.

Für den Hauptaktionär Homann (80 % der Anteile) war das aber offensichtlich nicht gewinnträchtig genug. Sein Hauptgeld verdient er zur Zeit im Margarine-Geschäft (Homa-Gold etc.). Dennoch bedeutet das Abstoßen der Eisenwerke in Hannover auch so noch ein gutes Geschäft, da sich Käufer für die Anlagen fanden: der Bereich Antriebstechnik wird voll vom größten Getriebehersteller der Bundesrepublik, Renk in Augsburg (Gutehoffnungshütte) übernommen, die Gießereianlagen über - nimmt die Badische Maschinenfabrik in Karlsruhe.

Während die Kapitalisten beizeiten vorsorgen und absahnen, bleibt für die Arbeiter zur Zeit nur die Arbeitslosigkeit.

Mit ihrer Aktion haben die Wülfel-Arbeiter deutlich gemacht: allein der entschlossene Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen die Rationalisierungspolitik ist in der Lage, sie zu schützen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kurzarbeit in der Stahlindustrie

Die Konzerne bereiten den Angriff auf die Stahlarbeiter vor

In einer Reihe von Stahlbetrieben hat nach der Hochkonjunktur vor allem der letzten beiden Jahre im Februar die Kurzarbeit eingesetzt:

- 827 der 2.800 Arbeiter der Stahlwerke Bochum (Thyssen/Otto Wollf) müssen im März bei weniger Geld vier Wochen Pause machen;
- der Röchling-Konzern hat für insgesamt 3.800 Arbeiter (von 22.000) in Völklingen und Burbach für den Februar und März Kurzarbeit angesetzt;
- Die Klöckner-Hütte in Hagen-Haspe hat für 17. bis 28. Februar 748 Arbeiter auf Kurzarbeit gesetzt;
- Krupp hat im Werk Rheinhausen 11.000 von 11.900 Arbeitern für den Rosenmontag und den folgenden Dienstag Zwangsurlaub verordnet;
- die Hoesch-Siegerlandwerke, Hamm, führen im Februar eine Woche Kurzarbeit durch;
- die Neunkircher Eisenwerke (Otto Wollf) lassen 4.900 der 9.000 Arbeiter vom 8. – 22. Februar kurzarbeiten.



„Spiegel" vom 27.1.75

Dies ist allerdings erst der Anfang

Dies ist allerdings erst der Anfang einer Welle von Kurzarbeit und Entlassungen in der Stahlindustrie, die für die kommenden Monate geplant ist.

Anlaß hierfür ist der rapide sinkende Stahlboom, dessen wesentliche Faktoren sind:

- die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zu einem raschen Rückgang der Exportaufträge geführt haben;
- die Krise in der Bauindustrie, die besonders beim Stahlbetonbau, Baustahl und Blechen zum Rückgang geführt haben;
- die Krise in der Automobilindustrie, die zu einem starken Auftragsrückgang geführt hat.

1972 - 74 – ein gewaltiger Stahlboom

In der Stahlkrise 1970/71 hatten die BRD-Konzerne wesentliche Marktanteile verloren, in einzelnen Sparten bis zu 40%. Insbesondere die US- und japanischen Konzerne hatten erheblich hinzugewonnen. Seitdem hat der Kampf um neue Märkte den BRD-Konzernen allerdings wesentliche Vorteile insbesondere gegenüber den europäischen Konkurrenten gebracht. Ursache hierfür waren:

- die wachsenden weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten, wobei die BRD noch günstig abschnitt,
- der Verfall der Währungen und die relative Stabilität der DM, was günstige Exportpreise ermöglichte,
- die Verteuerung der Rohstoffe, das heißt die Einschränkung der willkürlichen Verfügungsmacht der Imperialisten über diese Reichtümer,
- die Verteuerung der für die Stahlerzeugung wesentlichen Kohle insbesondere der US-Kohle, hierdurch konnten die BRD-Konzerne auf die eigenen Kohlevorräte zurückgreifen, die ihnen zudem noch aus Steuermitteln subventioniert (Ruhrkohle AG) billig kommt.

Bei dem in der jetzigen Krise ver-

Bei dem in der jetzigen Krise verschärften Kampf um die Absatzmärkte stehen besonders die BRD-Stahlkonzerne günstig da. Sie sind es auch, die im letzten Boom den Löwenanteil abgesahnt haben.

Die größten Rohstahlproduzenten

1974:		Zunahme zu 73 in %
UdSSR	136,3 Mill. t	+ 3,7
USA	132 Mill. t	- 3,3
Japan	117,1 Mill. t	- 1,8
BRD	53,3 Mill. t	+ 7,5
EG-Gesamt	155,7 Mill. t	+ 3,8

In der jetzt einsetzenden Stahlkrise haben die Kapitalisten der BRD bereits angekündigt, daß sie ihre gute Position insbesondere den europäischen Konkurrenten gegenüber voll nutzen werden. „Dieses Mal werden wir kämpfen" („Handelsblatt", vom 31.1.75). Als ein Mittel hierzu werden Preissenkungen bereits heute angegeben.

Wenn jetzt die Stahlbosse ihr großes Flautengejammere beginnen, so muß man vor allem auf die zurückliegenden zwei Jahre verweisen, die ihnen ungeahnte Gewinne beschert haben.

Allein 1974 stieg die Rohstahlerzeugung gegenüber dem Vorjahr von 49,5 Mill. t auf 53,3 Mill. t, das heißt um 7,5%, das ist die größte Steigerungsrate seit Existenz der BRD. Das Umsatzplus von ca. 50 Milliarden DM bedeutet sogar eine Steigerung von fast 33%. Nach einer Schätzung der „Welt" betrugen die Nettogewinne in der Stahlindustrie etwa das Doppelte des Industriedurchschnitts. Einen starken Anteil hatte hierbei die Exportsteigerung, die es den BRD-Konzernen wegen relativ günstiger Preise erlaubte, ihre Produkte im Ausland mit bis zum Teil 75% Aufschlag gegenüber den Inlandspreisen zu verkaufen.

Dieser Boom mußte von den Stahlarbeitern der BRD durch eine Unmenge von Überstunden und zusätzlichen Schichten erschuftet werden, während die Kapitalisten dabei absahnten. Wenn die Stahlbosse jetzt mit dem Argument, die Bestelleingänge der letzten Zeit hätten sich von drei Mill. t auf zwei Mill. t verringert, sofort zu dem Mittel der Kurzarbeit greifen, so zeigt dies, daß sie nicht nur durch Preisunterbietungen sondern vor allem auch durch scharfe Rationalisierungen auf dem Rücken der Arbeiter Kosten sparen und ihre Marktanteile erweitern wollen. Hier deutet sich also bereits an, was an Angriffen auf die Arbeiter der Stahlindustrie geplant ist.

Für diese heißt es rechtzeitig den Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen aufzunehmen und die Pläne der BRD-Kapitalisten zu durchkreuzen. ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg



Im Mai 1974: 1500 Arbeiter der Edelstahlwerke Witten demonstrieren gegen geplante Entlassungen

Arbeiter kämpfen – Gewerkschaftsführer mauscheln mit den Kapitalisten

Mit der Fusion von Thyssen und Rheinstahl ist es auch zu einer Konzentration auf dem Edelstahlsektor gekommen: den Thyssener Edelstahlwerken Krefeld werden jetzt die Rheinstahl-Edelstahlwerke in Witten und Remscheid einverleibt (vergl. dazu auch AK 44 und AK 49, „Edelstahlproduktion: Vom Elefanten zum Giganten"). Logischerweise ist so eine Zusammenlegung zweier Betriebe mit gleicher und ähnlicher Produktion für die Kapitalisten auch mit entsprechenden Einsparungen verbunden, das heißt: für die Arbeiter und Angestellten bedeutet dies Massenentlassungen.

Bereits seit Ende 1973 führen die Edelstahlwerker den Kampf gegen geplante Entlassungen: in Krefeld, Witten und im Zweigwerk Bochum gab es Ende 1973/Anfang 1974 Streiks (vergl. dazu AK 42), die Arbeiter setzten wiederholt Betriebsversammlungen durch, auf denen sie Klarheit über alle geplanten Maßnahmen verlangten und die Garantie, daß niemand entlassen wird.

Als im Mai 1974 die Aktionäre tagten, kam es zu einem Warnstreik in Remscheid und 1.500 Wittener Arbeiter demonstrierten während der Arbeitszeit vor das Tagungsgebäude (vergl. AK 44).

Seit einiger Zeit nun verhandeln die „Sozialpartner", das heißt: Kapitalisten und Gewerkschaftsführer mauscheln über die Köpfe der Kollegen einen Vertrag aus. Anfang Januar 1975 wurde in Witten bekannt, daß die Arbeitsplätze noch lange nicht gesichert sind. Spontan traten am 7. Januar 1.500 Wittener Edelstahlwerker in verschiedenen Abteilungen in den Streik und forderten Klarheit. Sie setzten nach zweistündigem Streik eine außerordentliche Betriebs-versammlung durch. Auf dieser Ver-
versammlung durch. Auf dieser Versammlung schafften es die Kapitalisten und die „Arbeitnehmervertreter" dennoch wieder, die Arbeiter mit leeren Versprechungen und Ausflüchten zu vertrösten.

Die Gewerkschaftsführer haben entgegen den Kampfaktionen der betroffenen Arbeiter die Hauptorientierung nicht etwa auf die Verhinderung der Entlassungen gelegt, sondern an einem Vertrag mit den Kapitalisten gearbeitet, der einem erweiterten betrieblichen „Sozialplan" entspricht. Dieser Vertrag, über dessen Aushandlung die Arbeiter völlig im Unklaren gelassen wurden, ist immer noch nicht veröffentlicht. Teile des Anfang Januar bekannt gewordenen Inhalts waren Anlaß für den Streik der Wittener Arbeiter.

IGM-Führer Judith hat nun in einem Interview mit der „Welt der Arbeit" die wesentlichen Vertragspunkte bekannt gegeben. Dabei gibt dieser Sozialdemokrat ohne weiteres zu, daß es für *„Thyssen eine zwangsläufige Folge (war), daß diese beiden Bereiche zu einem Unternehmen zusammengefaßt werden"*. Logischerweise muß man dann auch akzeptieren, daß „Anpassungen" – sprich Entlassungen – vorgenommen werden. Entsprechend der Orientierung auf „harte Verhandlungen" mit den Kapitalisten streitet Judith dann auch ab, die Aktionen der Arbeiter hätten mit den Verhandlungen und drohenden Entlassungen etwas zu tun. Judith: *„Die Arbeitsniederlegung hat ... einen anderen Hintergrund"*. Welchen, das sagt er allerdings nicht, kann er auch nicht, da dies schlichtweg erlogen ist! Wie berechtigt das Mißtrauen der Arbeiter gegen den von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ausgehandelten Vertrag ist, zeigen die „großartigen" Verhandlungserfolge, die Judith präsentiert: *„Nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen sind keine Rationalisierungsmaßnahmen über die künftige Zusammenarbeit hinaus (!?) erwogen oder auch nur ersichtlich."*

Während man bei dieser schwammigen Aussage schon einiges ahnt, wird es im Folgenden deutlicher: *„Die August-Thyssen-Hütte wird Investitionen unterstützen, die bei wesentlicher Einschränkung der heutigen Betriebsstätten in den Räumen Krefeld und Witten zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen dienen."*

Da ist also die Katze aus dem Sack: die Tatsache, daß diese Aussagen Vertragsinhalt sind, beweist, daß Thyssen konkrete weitere Einsparungen plant. Wenige Sätze später wird Judith noch deutlicher: *„Sollten Belegschaftsmitglieder ihren bisherigen Arbeitsplatz nicht behalten können, werden ihnen andere freie Arbeitsplätze in der Thyssen-Gruppe angeboten."*

Ein derartiger Vertrag ist die of-

Ein derartiger Vertrag ist die offene Kapitulation vor den Plänen der Kapitalisten und verdeutlicht einmal mehr, daß angesichts der jetzt die Betriebe überrollenden Rationalisierungswelle die Gewerkschaftsführer sich als Wegbereiter der kapitalistischen Rationalisierungspolitik bereithalten.

Es ist blanker Zynismus, wenn das erwähnte Judith-Interview unter der Überschrift *„Fusion ohne Härten"* im DGB-Zentralorgan erscheint und Judith es mit der Bemerkung abschließt: *„dieser Zusammenschluß (wird) zu keiner gravierenden Veränderung in den beiden Werken führen."*

Für die Edelstahlwerker heißt es, sich auf ihre zurückliegenden Kampfaktionen zu besinnen: sie haben es erreicht , daß Thyssen nicht schon heute nach Belieben die Kollegen feuert, nicht aber die Schieberverträge der Gewerkschaftsführer. ●

Metall-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Massenentlassungen bei Freudenberg/Weinheim

650 Arbeiter der 10 000 Beschäftigten im Weinheimer Werk von Carl Freudenberg sollen entlassen werden. Diese Maßnahme betrifft zunächst 500 Arbeiter und 150 Angestellte aus dem Bereich technische Dichtungen (Simrit-Dichtungen).

rit-Dichtungen).

Als Grund hierfür gibt die Firmenleitung die „Straffung der Arbeitskapazität" und die „notwendige Anpassung an die konjunkturelle Entwicklung, vornehmlich im Automobilbau" obwohl im Bereich Dichtungen der Umsatz im letzten Jahr um 20 % gesteigert wurde.

Für die Freudenberg-Belegschaft heißt es, sich in der nächsten Zeit auf weitere Einsparungsmaßnahmen auf ihre Knochen einzustellen. So tönte die Geschäftsleitung im „Handelsblatt" vom 6.2.75: „Selbst wenn sich eine Verbesserung der konjunkturellen Lage ergeben sollte, könne Freudenberg auch angesichts der Produktivitätssteigerung mit einer verminderten Belegschaft auskommen".

Im Bereich Kunststoffe/Leder wird dies bereits praktiziert. 700 Kollegen sind hier in den letzten Jahren eingespart worden – 500 müssen zur Zeit bis Mitte Februar kurzarbeiten. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HDW:

Ein Kapitalistenknecht spricht ..

„Es ist ein legitimes Recht (!) des Unternehmens, Investitionen mit Rationalisierungen (!) zu verbinden, um konkurrenzfähig (!) zu bleiben. Rationalisierung ist keine Ausbeutung."

Diese Sätze, ausgesprochen auf der letzten Betriebsversammlung im vergangenen Jahr in den Kieler HDW-Werken, stammen nicht etwa von einem Vertreter der Geschäftsleitung. Diese Herren pflegen meist nicht so offen über derartige Dinge auf solchen Versammlungen zu sprechen – sie stellen die Kollegen lieber vor vollendete Tatsachen bzw. vor geschlossene Werkstore.

Ausgesprochen wurden diese denkwürdigen Sätze vom Kieler Betriebsratsvorsitzenden, Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates der HDW-Werke, Mitglied der Kieler IGM-Ortsverwaltung (und weiß der Henker, wo er sonst noch überall drinsitzt) Otto Böhm. Wohlwollend wurden sie jetzt den „lieben HDW-Mitarbeitern" in den „HDW-Informationen" des Vorstandes unter die Nase gehalten.

Angesichts der Situation der Arbeiterklasse (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, erhöhte Arbeitsintensität usw. durch kapitalistische Rationalisierung) sind sie nur als eine Provokation gegenüber den Kollegen zu werten. Für diese Schweinerei ist Böhm diesmal noch nicht von den Kollegen vom Podium gezerrt worden.

Hier wird auch ein Kern sozialdemokratischer „Arbeitervertretung" deutlich ausgesprochen: Nicht Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten, sondern Rechtfertigung und Verteidigung kapitalistischer Politik vor den Kollegen, um sie vom konsequenten Kampf abzuhalten.

Aber mehr noch: *„Der Werft geht es gut in Anbetracht der Aufträge, um nicht zu sagen Gewinne. Wir alle wissen, daß die Werft das Geld behalten und so unterbringen darf* (welch holdes Glück für die Werftarbeiter!), *daß rationeller gearbeitet werden kann. Dafür zu sorgen, daß dies sinnvoll geschieht, gehört zu den Pflichten des Betriebsrates."*

Da bleibt einem doch glatt die Spucke weg! Auch diese Sätze gab Böhm auf der Betriebsversammlung zum Besten. In diesem Zusammenhang wurden von den Betriebsräten die *„Verbesserung der Produktionsanlagen (!) im Sonderschiffbau"* (das bedeutet Kriegsschiffbau!), die *„Umstellung der Rohrfertigung aufgrund der Inbetriebnahme der neuen Rohrwerkstatt"* und die *„Aufstellung einer Spantenaufsetzmaschine in Halle 6"* als Erfolge ihrer Betriebsratstätigkeit hervorgehoben.

Die Sozialdemokraten in den Betriebsräten beschränken sich eben längst nicht mehr allein darauf, die „Notwendigkeit" kapitalistischer Rationalisierungen vor den Belegschaften zu verteidigen, „Sozialpläne" als Trostpflaster für die Kollegen auszuhandeln und damit den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten selbst von vorherein aufzugeben und zu sabotieren. Sie zählen es heute sogar zu ihren „Pflichten" (s.o.) als Betriebsräte gemeinsam mit den Kapitalisten Pläne für einen rationelleren Ablauf der Produktion auszuarbeiten und ihnen selbst dazu „sinnvolle" (s.o.) Vorschläge zu unterbreiten, um die Konkurrenzfähigkeit „ihres" Kapitalisten zu erhöhen.

Für die Arbeiter hat das im Kapitalismus immer erhöhte Arbeitsleistung und Entlassungen zur Folge.

Eine Folge dieser Betriebsratstätigkeit scheint für die HDW-Arbeiter bereits absehbar: Die in Planung und Inbetriebnahme, unter Mitwirkung des BR, entstandene neue Rohrwerkstatt in Kiel wird zu „Freisetzungen" von Kupferschmieden in den Hamburger Werken führen. – Denn die Planung sieht vor, daß in Kiel auch die Rohre für den Neubau der Hamburger Werke hergestellt werden. . . ●

HDW-Arbeiterzelle
KB/Gruppe Hamburg

Schuhfabrik Mälich:

Konkurs angemeldet

Die Schuhfabrik Mählich, Hauptsitz in Northeim-Sudheim mit Zweigwerken in Duderstadt und Wulften (Südniedersachsen) hat Konkurs angemeldet.

In Südniedersachsen sind damit über 1.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Gerade hier aber gibt es eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote. Im Dezember lag sie für den Göttinger Bezirk bei 6,3 %. In Duderstadt, wo sich ein Zweigwerk von Mählich befindet, lag die Arbeitslosenquote im Januar 1975 bereits bei 14 %!!!

Schon im Juli 1974 war das Unternehmen in solche wirtschaftlichen „Schwierigkeiten" geraten, daß das Land Niedersachsen eine Landesbürgschaft in Höhe von 4 Mio. DM übernahm. Vorerst will man noch weiterproduzieren, um „Kunden- und Lieferverpflichtungen" nachzukommen, wie es heißt. In Duderstadt sowie im Hauptwerk Sudheim ist für die Kollegen Kurzarbeit angemeldet worden. ●

KAG Göttingen

Hamburger Drucker demonstrieren gegen Massenarbeitslosigkeit

Am letzten Freitag im Januar war es endlich so weit! Ca. 900 Arbeiter und Angestellte der Hamburger Druckindustrie marschierten in einer Protestdemonstration gegen Massenentlassungen, gegen die Abwälzung der Krise auf die Arbeiter, gegen die Pressekonzentration und ihre Folgen durch die Hamburger Innenstadt.

Während die Dru-Pa-Führer mit Lautsprecherwagen und Megaphon sowohl den Passanten als auch den demonstrierenden Kollegen immer wieder einzureden versuchte: „Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, hier demonstriert die IG Druck und Papier gegen Pressekonzentration, für Mitbestimmung" oder gar nur „für die Aufnahme von Verhandlungen über die wirtschaftliche Mitbestimmung!", stellten die Kollegen sofort mit machtvollen Sprechchören die Sache richtig:

- **Das Kapital besiegt man nie mit Mitbestimmungsharmonie!**
- **Gegen Konzentration und Rationalisierung hilft nur Arbeitermobilisierung!**
- **Mitbestimmung hat kein Zweck das Kapital muß restlos weg!**

Großer Beliebtheit erfreute sich auch die von der Hamburger Aktionseinheit „gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" entwickelte Rufparole:

Lehrstellen her, Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!



Hamburger Drucker demonstrieren: Eine Bombenstimmung und klassenkämpferische Losungen

Ganze Gruppen von Kollegen, vor allem aus den größeren Druck- und Pressebetrieben wie Springer, Broschek und Auer-Druck hatten eigene Transparente und zahlreiche rote Fahnen mitgebracht. Mit ihren Transparenten, roten Fahnen und Rufparolen bestimmten sie das Bild der Demonstration. Und das sah so aus:

- **Keine Konzentration auf unserem Rücken – gegen Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Lohnraub!**
- **Gegen die Angriffe der Unternehmer hilft nur die Solidarität**

- **Keine Konzentration auf unserem Rücken – gegen Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Lohnraub!**
- **Gegen die Angriffe der Unternehmer hilft nur die Solidarität a l l e r Arbeiter!**
- **Kampf den politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen!**

Besonders ein großes rotes Transparent der DruPa-Linken brachte die Sache auf den Punkt:

- **Druckerchefs und Pressezaren wolln auf unsere Kosten sparen! Sie reden von sozialer Partnerschaft Baun wir auf unsre eigne Kraft!**

In einer Reihe von Betrieben hatten die Kollegen sich vorher zusammengesetzt, gemeinsam über die mitzuführenden Transparente (deren Inhalt) diskutiert und diese dann auch gemeinsam hergestellt.

Die Stimmung, die auf der Demonstration vorherrschte, charakterisiert am besten der Ausspruch eines Kollegen, der einem der Megaphon-Schreier tatsächlich die Sprache verschlug. Unter Anspielung auf die zwölf Gewerkschaftsausschlüsse in der Hamburger DruPa und das Mitbestimmungsgeschwätz meinte der Kollege:

„Mitbestimmung? Die brauchen wir in der Gewerkschaft, aber nicht hier auf der Straße!"

Während der Demonstrationszug sich durch die Straßen bewegte und als er die Druck- und Pressehäuser

hier auf der Straße!"

Während der Demonstrationszug sich durch die Straßen bewegte und als er die Druck- und Pressehäuser Auer-Druck und Bauer erreichte, entstanden spontan neue Parolen:

- **Auer, Bauer und Konsorten bekämpft man nicht mit schönen Worten!**

Die Kollegen der Spätschicht standen in den Fenstern und antworteten mit Beifallspfiffen und Klatschen über die Köpfe der Bullen und über die fest verschlossenen Pforten hinweg. Die Kapitalisten hatten nicht versäumt, die Tore „ihrer" Betriebe fest verrammeln und durch starke Polizeiaufgebote sichern zu lassen!

Daß diese Demonstration überhaupt stattfand, daß sie mit ca. 900 Teilnehmern so gut besucht war und daß sie eine so klare a n t i k a p i t a l i s t i s c h e Stoßrichtung hatte, ist ein nicht zu unterschätzender p o l i t i s c h e r Erfolg der Hamburger Druckarbeiter, zu dem die zahlreichen Initiativen der DruPa-Linken maßgeblich beigetragen haben. Nur vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzung in der Hamburger DruPa wird die Demonstration und ihr Verlauf verständlich.

Die politischen Auseinandersetzungen – und die Niederlage des Vorstandes

Die politischen Auseinandersetzungen – und die Niederlage des Vorstandes

Die politische Auseinandersetzung in der Hamburger DruPa um die Frage: Wie muß den Maßnahmen der Kapitalisten am wirkungsvollsten begegnet werden? wird seit ca. einem Jahr verstärkt geführt. Besonders als Anfang letzten Jahres durchsickerte, daß bei Auer-Druck ca. 120 Entlassungen geplant waren (inzwischen weitgehend vollzogen), erreichte die Auseinandersetzung ihren ersten Höhepunkt.

Der Hamburger DruPa-Vorstand und sein rechtssozialdemokratischer Anhang in der Delegiertenversammlung „argumentierte":

Die 120 Entlassungen seien nicht zu verhindern, dagegen dürfe man keine Kampfmaßnahmen einleiten, die 120 Entlassungen seien notwendig, sie seien sogar im Interesse der Arbeiter(!), denn, wenn nicht 120 „ausscheiden", sei die Existenz des Betriebes gefährdet und damit die Existenz aller Arbeitsplätze bei Auer-Druck. Also müsse man auf jegliche Kampfaktionen verzichten, es sei denn, man wolle damit die Arbeitsplätze auch der 300 anderen Kollegen bei Auer-Druck gefährden!

Die DruPa-Linke entlarvte diese perverse Demagogie als arbeiterfeindliche Kapitalisten„logik", als totale

plätze auch der 300 anderen Kollegen bei Auer-Druck gefährden!

Die DruPa-Linke entlarvte diese perverse Demagogie als arbeiterfeindliche Kapitalisten„logik", als totale Unterwerfung unter die Interessen der Kapitalisten und forderte Kampfmaßnahmen, u.a. eine Demonstration aus allen Hamburger Druck-Betrieben gegen die geplanten Massenentlassungen bei Auer-Druck.

Statt Kampfmaßnahmen einzuleiten, warf der Vorstand zwölf Mitglieder, die am entschiedensten aufgetreten waren und ihre Vorstellungen auch in der „ALTERNATIVE" veröffentlicht und in die Betriebe getragen hatten, als „Gewerkschaftsfeinde" aus der DruPa.

Daß der Vorstand jetzt einer Demonstration „zugestimmt" hat – wohl oder übel – zeigt u.a. auch, wie ernst diese Leute ihr eigenes dummes Geschwätz von gestern nehmen. Man sollte keine Gelegenheit versäumen, ihnen das kräftig um die Ohren zu schlagen.

Im Dezember letzten Jahres setzten die Linken auf der 9. Delegiertenversammlung endlich mit Mehrheit den Beschluß durch, im Januar eine Demonstration zu organisieren.

Erst ein „Offener Brief" von einigen der zwölf Ausgeschlossenen, der vor den Betrieben verteilt wurde, setzte die Masse der Kollegen von der Diskussion und dem Beschluß in Kenntnis.

Die linken Kollegen im Springer-Vertrauensleutekörper (VK) waren es schließlich, die erreichten, daß ihr VK beschloß, in der Januar-Delegiertenversammlung der DruPa den Antrag auf Durchführung der Demonstration am 31.1.'75 einzubringen und für die Annahme dieses Antrages zu werben. Eine Gruppe fortschrittlicher Journalisten griff den „Offenen Brief" und den Demonstrationsbeschluß in ihrer Zeitung SOLIDARITÄT auf und trug die Diskussion damit auch in die Redaktionen.

Vor allem der DRUCKARBEITER (Branchenzeitung des KB) war es, der kontinuierlich die Diskussion unter den Kollegen vorantrieb und mit drei Ausgaben allein im Januar die Kollegen mit neuen Informationen und politischer Argumentation versorgte und sie für die gemeinsame Demonstration der Hamburger Druckarbeiter, Angestellten und Journalisten mobilisierte.

Letzte (mißglückte) Tricks der DruPa-Chefs

Um die beschlossene Demonstration möglichst zu verhindern, wies der Vorstand den im Dezember gefaßten Beschluß „zurück" und boykottierte ihn fast fünf Wochen.

Zu guter Letzt warteten die DruPa-Führer mit einem besonders blöden „Vorschlag" auf. Zugunsten einer nebulösen „zentralen Demonstration in Bonn" sollten die Hamburger auf ihre Demonstration „verzichten".

Nachdem der DRUCKARBEITER die Sache erläutert hatte, ernteten die DruPa-Größen bestenfalls Heiterkeit. Der aufmerksame Leser des ARBEITERKAMPF' wird sich an ähnliche Vorschläge des KBW anläßlich der Aktionen gegen den Putsch der chilenischen Faschisten im Herbst letzten Jahres erinnern.

Ebenfalls entgegen dem Inhalt der Diskussionen auf der Delegiertenversammlung versuchte der Vorstand die klare antikapitalistische Stoßrichtung der Demonstration zu verbiegen und ihr stattdessen die „Mitbestimmungskonzeption" unterzuschieben.

Das Aufrufflugblatt bzw. das Flugblatt, das der Vorstand an die Passanten verteilen ließ, „forderte" im Namen der Druckarbeiter schwerpunktmäßig „Mitbestimmung" und schloß mit der Aufforderung: *„Lassen Sie sich durch Randgruppen dieser Demonstration nicht irritieren."* **Daß der Vorstand selbst zur „Randgruppe" wurde, dafür sorgten die Druckarbeiter dann selbst.**

Die Rolle der politischen Organisationen

Was die DKP angeht, so muß zweierlei festgehalten werden. Zum einen hat die DKP im Rahmen ihrer Möglichkeiten zum Zustandekommen der Demonstration beigetragen. Auch als der konkrete Demonstrationsbeschluß gefaßt worden war, hat die DKP durch ihre Betriebszeitung bei Springer und durch ein weiteres Flug-
der Demonstration beigetragen. Auch als der konkrete Demonstrationsbeschluß gefaßt worden war, hat die DKP durch ihre Betriebszeitung bei Springer und durch ein weiteres Flugblatt begrenzt mobilisiert.

Auf der anderen Seite hat die DKP voll Schulter an Schulter mit dem Vorstand dafür gearbeitet, daß sich fortschrittliche Inhalte auf der Demonstration möglichst nicht durchsetzen. Konkret heißt das: Die DKP hat vor allem die Mitbestimmungsparolen propagiert und verteidigt. Das ging so weit, daß die DKP-Ordner anfangs versuchten, im Auftrag des Vorstandes fortschrittliche Transparente aus dem Zug zu entfernen. Dieses Unterfangen gab man erst auf, als es sich angesichts des Kräfteverhältnisses als aussichtslos erwies.

Den Vogel schoß mal wieder der KBW ab. Nicht daß er zum Zustandekommen der Demonstration erwähnenswert beigetragen hätte. Das war schon mangels Masse nicht drin. Vielmehr beschränkte sich die Rolle des KBW darauf, in einem Artikel in der KVZ – nach der Demonstration – „kritisch" festzustellen, daß die Demonstration „noch" nicht unter den richtigen Parolen stattgefunden habe. Der KBW meint, nur unter den sattsam bekannten KBW-Parolen („mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte ...", „... 7-Std.-Tag ...") sei die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen und dem Kampf für den Sozialismus näherzukommen.

Es ist immer wieder ebenso verblüffend wie erheiternd, mit welcher Treffsicherheit der KBW in die falschen Töpfe greift. Es wäre sicher vergebliche Mühe, dem KBW erklären zu wollen, daß diese Druckerdemonstration gerade deshalb ein politischer Erfolg war, weil sie von so klaren p o l i t i s c h e n Parolen (z.B. in der Frage der Mitbestimmung und in der Frage der eigenständigen Kämpfe) gekennzeichnet war. Die Demonstration ging gerade über die ökonomistische Beschränktheit hinaus, die in den vom KBW propagierten Parolen zum Ausdruck kommt.

Es wäre sicher falsch, wollte man in dem Erfolg, den diese Demonstration für die DruPa-Linke in Hamburg darstellt, mehr als einen Teilerfolg sehen, etwa gar einen Durchbruch. Dennoch hat sich gezeigt, daß auch in der heutigen Situation den Vorständen nicht in jeder Frage das Gesetz des Handelns unbestritten ist. Diese Lehre sollten die klassenbewußten Kollegen und die Genossen für die Zukunft nicht aus den Augen verlieren.

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Spaeter, Hamburg:

Massenentlassungen geplant!

Die Firma Carl-Spaeter Stahlbau in Hamburg hat etwa 1.000 Beschäftigte. Jetzt ist bekannt geworden: die Geschäftsleitung will 350 Kollegen kündigen, um – wie es zynischerweise heißt – „die übrigen Arbeitsplätze zu sichern".

Genaue Informationen hierüber liegen der Belegschaft allerdings nicht vor. Stattdessen merkt die Belegschaft vor allem eine Steigerung der Arbeitshetze:

- bei den Arbeitern ist auf einmal für die nächsten beiden Monate Schichtarbeit eingeführt worden, um „die verbliebenen Aufträge schnell abzuschließen",
- bei den Angestellten wird der Druck soweit verstärkt, daß sich Kollegen sogar Arbeit mit nach Hause nehmen; gleichzeitig wurden drei Lehrlinge, die ausgelernt hatten, in diesen Abteilungen wegen „Arbeitsmangel" (!!!) nicht übernommen!

Betriebsrat und IGM-Führer mauscheln „Sozialplan" aus!

Der Spaeter-Betriebsrat erweist sich in seiner Mehrheit als ein williger Erfüllungsgehilfe der Kapitalisten:

- So wurden in den letzten Monaten wiederholt einzelne Kollegen entlassen, der Betriebsrat hat immer seine Zustimmung gegeben;
- in einer Situation, wo Massenentlassungen anstehen, stimmt er der Einführung von Schichtarbeit zu;
- die Belegschaft wird vom Betriebsrat über das, was auf sie zukommen soll, nicht informiert, er weiß angeblich „offiziell" noch nichts;

Mit dieser Auskunft werden die Kollegen glatt belogen, denn wir haben herausbekommen,

- daß am 9. Februar IGM-Führung, Betriebsrat und Spaeter-Geschäftsleitung gemeinsam einen „Sozialplan" ausgehandelt haben!

Das bedeutet, daß diese Leute sich hinter dem Rücken der Kollegen bereits über die Art und Weise, wen und wie man entläßt, einig sind. Eine Verhinderung der Entlassungen haben Betriebsrat und IG Metall-Führer überhaupt nicht im Auge.

Doch noch auf anderem Gebiet erwiesen sich die gewählten Vertreter als sehr „aktiv":

- so haben sie mit der Spaeter-Geschäftsleitung einen „Kompromiß" ausgehandelt, daß ihnen für den nächsten Betriebsrat 15 Sitze garantiert werden, egal wie groß die Belegschaft ist; als „Gegenleistung" stimmten sie dafür der Ernennung einer größeren Zahl von Angestellten zu „leitenden Angestellten" zu. Die neue Liste zu den Betriebsrätewahlen haben sie mit Unterstützung der IGM-Führer natürlich so besetzt, daß die alten wieder obenan sitzen!

Schon in den vergangenen Wochen hatten sich die führenden Betriebsräte mit Unterstützung des IGM-Sekretärs Gassmann daran gemacht, den Betrieb erst einmal von Linken zu reinigen: so rührten sie keinen Finger, als die Spaeter-Geschäftsleitung widerrechtlich einen Lehrling entließ. Im Gegenteil, sie präsentierten diesem Lehrling noch einen Gewerkschaftsausschluß, da er sich nicht vom KJV („KPD"-Jugendorganisation) distanzierte. Im weiteren sorgten sie für die Absetzung der VK-Leiterin, da diese den betroffenen Lehrling – gegen die Betriebsratsmehrheit – unterstützte und damit nach Meinung dieser Leute keine „Geheimhaltung garantiere"!

Wir haben in einem METALLARBEITER-Extrablatt für Spaeter diese Dinge aufgedeckt und dabei folgende Forderungen aufgestellt, für die es in der nächsten Zeit bei Spaeter zu kämpfen gilt:

- eine außerordentliche Betriebsversammlung muß her (notfalls durch Unterschriftensammlung)
- Aufdeckung aller Pläne
- Keine Entlassungen bei Spaeter
- Keine Schichtarbeit
- Keine Mehrarbeit für die Angestellten!

Metall-Komitee in Zusammenarbeit mit Spaeter-Genossen
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Stahlwerke (HSW)

Aus Prinzip brutal

Wiederholt haben wir in der Vergangenheit über die Auseinandersetzungen bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) berichtet, wo die Geschäftsführung mit äußerster Brutalität jegliche Versuche der Kollegen, sich eine Interessenvertretung zu schaffen, die den ständigen Angriffen gegen die Belegschaft entgegentritt, zerschlägt.

Mit den neuesten Entlassungen und Drohungen kurz vor den Betriebsrätewahlen hat die HSW-Geschäftsleitung diese Maßnahmen erneut verschärft. Folgendes geht dort zur Zeit vor sich:

- vermutlich 40 Kollegen sollen in der nächsten Zeit wegen „Leistungsschwäche" gekündigt werden.
- etwa 60 – 80 Kollegen haben in den letzten Tagen folgenden Brief erhalten:

„... Februar 1975

Sehr geehrter Herr ...

bei kritischer Betrachtung Ihres Leistungsbildes, bezogen auf Ihre bisherige Betriebszugehörigkeit, müssen wir feststellen, daß Sie entsprechend Ihren Pflichten als Arbeitnehmer laut Arbeitsvertrag nicht das Verhalten zeigen, das Ihrem Arbeitsentgelt entspricht oder nach dem Gleichbehandlungsprinzip gesehen, durchschnittlich im Verhältnis zu Ihren Arbeitskollegen ist. Wir sehen in diesem Zusammenhang auch Ihre beträchtlichen Ausfallzeiten.

Aus diesem Grund möchten wir Sie ernsthaft und letztmalig bitten, darüber nachzudenken, ob Ihnen nicht eine wesentliche Verbesserung Ihres Leistungsbildes gelingt.

Sollten wir innerhalb der nächsten Wochen diese angestrebte Verbesserung nicht spüren, müßten wir unsere Betrachtung dahingehend betreiben, ob wir nicht beim Betriebsrat den Antrag zur Zustimmung für eine ordentliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu stellen hätten.

Es liegt nunmehr an Ihnen, ob es zu diesem Schritt kommen muß.

Hochachtungsvoll
Hamburger Stahlwerke GmbH
– Personalabteilung L –

Betriebsrat

Dieser Text spricht wohl für sich!

Als ein Kollege – solcherart provoziert – bei einem der ‚Betriebsführer' vorstellig wurde und wissen wollte, was die in dem Brief vorgebrachten Anschuldigungen auf seine Person bezogen zu bedeuten hätten und welche k o n k r e t e n Verfehlungen er sich habe zuschulden kommen lassen, wurde ihm erwidert, daß er mehrfach dabei aufgefallen sei, wie er mit Beschwerden und Forderungen an den Betriebsrat herangetreten sei. Und so etwas „sehen wir nicht gern!"

Darauf der Kollege: *„Was hat denn das mit den Vorwürfen in dem Brief zu tun?"*

Antwort: *„Das habe ich Ihnen doch gerade gesagt."*

Zwei Angestellten-Kolleginnen wurden gefeuert, die eine ist Vertrauensfrau der IGM, die zweite hat sich wiederholt in ihrer Abteilung für ihre Kolleginnen eingesetzt und beide haben auf der letzten Betriebsversammlung gesprochen.

Der einen Kollegin wurde eröffnet, daß sie *„zu wenig leiste"*, *„zu viele Fehlzeiten habe"*, daß ihrem Abteilungsleiter Bader ihre *„Tönung"* und ihr *„Querulantentum"* nicht passe. Als die Kollegin sich dies mit der Bemerkung *„Ich bin doch nicht ihre Sklavin"* verbat, war der Kündigungsanlaß schon da.

Der Betriebsrat stimmte dem Kündigungsersuchen (natürlich) ohne Bedenken zu.

Im Fall der IGM-Vertrauensfrau suchten die HSW-Kapitalisten nach ‚schwachen Stellen' und wurden fündig:

„. . . einmal sich geweigert, um fünf vor acht mit der Arbeit zu beginnen (die Arbeitszeit beginnt normalerweise um punkt acht Uhr! Anm. d. Red.);

. . . einmal schon um 16.30 Uhr angezogen gewesen (die Arbeitszeit endet um 16.30 Uhr, Anm. d. Red.);

. . . außerhalb der Mittagspause Kaffeepausen gemacht;

. . . einmal den Kollegen die Verwarnung gezeigt" (was als Eingriff in ein schwebendes Verfahren bewertet wurde).

Der sozialdemokratische Betriebsrat fand diese ‚Vergehen' so schwerwiegend, daß er der fristgemäßen Kündigung der Kollegin (im ersten ‚Fall' wurde sogar fristlose, ersatzweise fristgemäße Kündigung von der Geschäftsleitung gefordert) zustimmte.

Beide Angestellten Kolleginnen erhielten auf der Stelle Werksverbot!

Gegenüber der IGM-Vertrauensfrau leistete sich der Betriebsratsvorsitzende (der in dieser Funktion auch Mitglied des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers ist!) noch folgende Provokation: In einem ‚persönlichen Gespräch' bot er ihr an, sich beim Personalchef Käppler für sie zu verwenden, falls sie von ihrer Funktion als Vertrauensfrau zurückträte!!! *„Dann"*, so sagte er, *„habe ich wenigstens etwas in der Hand!"*

Richtig! Deshalb ist die Gewerkschafterin ja auch nicht auf dieses schleimige Angebot eingegangen!

HSW: extrem– aber beispielhaft

Die heute im Betrieb herrschende Situation bei HSW ist wohl nur vergleichbar mit der in Betrieben in den Zeiten des Faschismus – insofern ist die Situation extrem, aber auch beispielhaft dafür, wie sich die Kapitalisten unter verschärften politischen Bedingungen für die Arbeiterklasse ihre Betriebsführung vorstellen. Der Betrieb ist durchzogen von einem Netz von Leuten mit einer wahrhaften Spitzelgesinnung, insbesondere natürlich in den leitenden Bereichen (Abteilungsleiter, Stellvertreter, Meister). Diese Gesinnung findet ihren Niederschlag vor allem auch in den sogenannten Vertreterorganen „Betriebsrat" und „IGM-Vertrauenskörper", die mehrheitlich besetzt sind mit Leuten, die jederzeit bereit sind, Kollegen ans Messer zu liefern. So zeichnet sich insbesondere der Betriebsrat dadurch aus, daß er jede gewünschte Maßnahme der Geschäftsleitung mit seiner Mehrheit absegnet.

Aus den nichtigsten Gründen werden bei HSW Leute entlassen, wenn sie auch nur aufmucken, vor allem aber wird Druck ausgeübt auf Kollegen, die sich solidarisieren.

Dieser Zustand im Betrieb ist im Prozeß einer langen Auseinandersetzung geschaffen worden, in deren Verlauf über 30 aktive Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute (in etwas über drei Jahren) gefeuert wurden, eine Vielzahl von Kollegen unter Druck von selber ging. Im Betrieb herrscht nach wie vor eine starke Fluktuation, viele Arbeiten läßt die HSW-Geschäftsleitung von Leihfirmen ausführen. Und Leiharbeiter sein, heißt in der BRD total rechtlos sein (so ist es wiederholt vorgekommen, daß HSW von einem Tag auf den anderen solche Leiharbeiter auswechseln ließ).

Im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen hat HSW es immer wieder in Kauf genommen, Arbeitsgerichtsprozesse ‚en masse' zu verlieren: Vergleiche wurden abgeschlossen und man zahlte, Hauptsache die Betroffenen waren draußen.

Das Vorgehen ist den Kapitalisten vor allem dadurch leicht gemacht worden, daß die Hamburger IGM-Gewerkschaftsführer alle Versuche fortschrittlicher Kollegen, eine gewerkschaftliche Interessenvertretung aufzubauen, boykottierten; im Gegenteil, sie unterstützten die HSW-Kapitalisten bei der Zerschlagung der gewerkschaftlichen Arbeit mit Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Linke und mit offener Unterstützung der rechten reaktionären Betriebsräte um Venohr und Perlbach.

Zur Zeit läßt sich sagen: bei HSW ist es den Kapitalisten gelungen, nahezu jeden Ansatz einer Interessenvertretung der Arbeiter zu zerschlagen und ihrerseits im Betrieb eine Mafia der Geschäftsleitung aufzubauen. ●

Metall-Komitee und
HSW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

DKP zu den Bankrotten:

Plattester Reformismus!

Die DKP, bekanntlich um das *„Bündnis aller antimonopolistischer Kräfte"* bemüht, um die *„Über(? !)macht des Monopolkapitals zurückzudrängen(!)"* buhlt – dem wortreichen Beispiel der drei großen Parteien folgend – um die Gunst der Klein- und Mittelunternehmer. Daß dabei die elementarsten Grundlagen der marxistisch-leninistischen Theorie über den Deister gehen und kommunistische Politik zu Anbiederungsversuchen an die kleineren Kapitalisten entartet, ist ihr scheißegal; Hauptsache das „Bündnis stimmt".

In der „UZ" vom 17.1.75 stellt die DKP überraschenderweise unter der Überschrift *„Vorwiegend mittelständische Unternehmen gehen pleite"* fest, *„daß Handwerksmeister, Kaufleute, Gewerbetreibende sowie Klein- und Mittelunternehmer dem politischen und wirtschaftlichen Druck des Großkapitals ebenso (!) ausgesetzt sind wie die Arbeiter, Angestellten und Bauern."*

Schon hier zeigt sich der völlig verwaschene Klassenstandpunkt der Revisionisten. Natürlich – und das liegt im Wesen des Imperialismus – wird „der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung ... hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher." (Lenin) Nur – und das ist wesentlich für die Ausarbeitung einer kommunistischen Politik – wirkt sich dieser Druck des Monopolkapitals auf die Bevölkerung völlig verschieden in den einzelnen Klassen und Schichten der kapitalistischen Gesellschaft aus und entsprechend verschieden sind ihre Vorstellungen über den Kampf gegen die Politik der Monopole.

Die Klein- und Mittelunternehmer sind durch den Druck des Monopolkapitals in ihrer Existenz als Kapitalisten bedroht und treten dem Monopolkapital mit dem Anspruch, an der Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse teilhaben zu dürfen, gegenüber.

Demgegenüber wird die Arbeiterklasse in allen Lebensbereichen vom kapitalistischen System ausgebeutet und unterdrückt und kann deshalb nur für die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus kämpfen.

Daß die Revisionisten beim „Außerachtlassen" dieser grundlegenden Differenzen zu den (vom kommunistischen Standpunkt aus gesehen) absurdesten Folgerungen in ihrer praktischen Politik kommen, ist nur logisch.

Ebenfalls in der „UZ" hieß es: *„Als Partei nimmt sich nur die DKP tatsächlich aller vom Monopolkapital ausgebeuteten Volksschichten an. ... Die von der DKP formulierten Grundsatzforderungen für Mittelschichten zeigen, wie der Machtkonzentration des Großkapitals, den Privilegien der Monopole wirksam begegnet, Existenz (!) und Eigentum (!) der Angehörigen der Mittelschichten besser geschützt werden können."*

Nun gehört es allerdings zu einer der Grundlagen der politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus, daß das Kleinbürgertum weder im Kapitalismus noch im Sozialismus seine Existenz sichern und erhalten kann oder zumindest gegenüber dem Monopolkapital selbständig existieren könnte. Die kleineren und mittleren Unternehmer gehen entweder im Konkurrenzkampf Bankrott oder aber geraten in die ein oder andere Form der völligen Abhängigkeit von den Monopolen, die zu Beherrschern des gesamten Wirtschaftslebens geworden sind. Lenin schrieb dazu, daß sich das Finanzkapital *„ein außergewöhnlich weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen schafft, durch das es sich die die Masse nicht nur der mittleren und kleinen, sondern selbst der kleinsten Kapitalisten und Unternehmer unterwirft."* (Der Imperialismus ...) Es ist ja gerade das Typische am Imperialismus – und aus der Bildung und Entwicklung der Monopole u n v e r m e i d b a r e Ergebnis – daß eine Handvoll Finanzmagnaten der Konzerne und Banken über alle Bereiche der Gesellschaft ein Herrschaftsverhältnis errichten, sie ihren Zielen dienstbar machen und ihrem Profitinteresse unterordnen.

Um derartige Erkenntnisse schert sich die DKP allerdings einen feuchten Kehricht, sondern richtet eine Reihe „konkreter" Forderungen und Vorschläge zur Erhaltung des Mittelstandes an den Staat des Monopolkapitals und an die Kapitalisten selbst: *„Die DKP tritt ein für einen grundlegenden Wandel zu einer mittelstandsfreundlichen Steuer- und Kreditpolitik, für die Förderung der Selbständigkeit, für Anpassungsmaßnahmen bei Strukturwandel ... Gemeinschaftsarbeit und Kooperation von Klein- und Mittelunternehmen"* usw. usf. (auch aus „UZ").

Nebenbei sei bemerkt, daß dies kein neuer Hut in der DKP ist. In den „Thesen zum Düsseldorfer Parteitag (1971) hieß es: *„Die DKP fordert für diese Schichten Steuer- und Kreditereleichterungen sowie staatliche Kreditgarantien. Sie unterstützt die Bestrebungen (?) zu genossenschaftlichen Zusammenschlüssen unter demokratischer Selbstverwaltung (!?)* – Das ist nun fast schon zum Lachen. Wo in aller Welt mag die DKP bloß in der doch wohl immer noch kapitalistischen BRD „genossenschaftliche Zusammenschlüsse (der Kapitalisten! - d. Red.) unter demokratischer Selbstverwaltung" ausgeguckt haben? !

Lenin hat derartige Utopien als *„kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus"*, als reformistische und *„ökonomisch von Grund aus reaktionär"* gekennzeichnet.

Wir wollen dem nur noch die bekannten Sätze von Marx und Engels aus dem „Kommunistischen Manifest" hinzufügen, die das Bemühen der Revisionisten um den „Schutz der Existenz und des Eigentums der Angehörigen der Mittelschichten" treffend bewerten: **„Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen (was die DKP in der Tat tut - d.Red.), sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen."** ●

Metall Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Bundesanstalt für Arbeit:

Geldkammer für die Kapitalisten !

Die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) ist eine gemeinsam von SPD und CDU geschaffene Einrichtung, die unter tätiger Mitwirkung von Unternehmen die Verwaltung und Ausgabe der Beiträge der Arbeiterklasse zur Arbeitslosenversicherung vornimmt. In den letzten Wochen haben sich die Klagen der BfA gehäuft, daß sie ihre Defizite nicht mehr decken könne. Logischerweise werden die Kassen dieser Institution in der jetzigen Zeit, wo die Kapitalisten verstärkt zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit greifen, besonders strapaziert.

Doch jetzt entlarvt sich auch, welcher Schindluder mit den Beiträgen der Arbeiterklasse getrieben wird: die zu erwartenden Defizite gehen in die Milliarden DM.

Folgendes noch beschönigte Bild ergab sich bei einer Anfrage im Bundestag:

Bereits 1974 ist der BfA-Haushalt um 1,4 Milliarden DM überschritten worden, die Rücklagen sind damit auf 3,05 Milliarden DM gesunken, von denen nur knapp über eine Milliarde verfügbar ist!

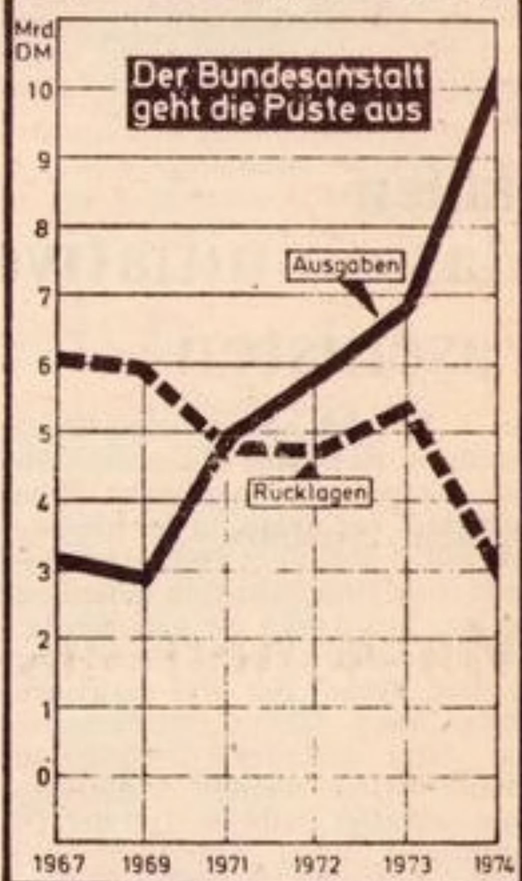
Bereits jetzt gab Bundeswirtschaftsminister Friderichs an, daß schon bei durchschnittlich 700.000 Arbeitslosen 1975 das Defizit 1,6 Milliarden betragen wird. Da ist noch nicht einmal die Kurzarbeit miteinberechnet, die die Kapitalisten mit Genuß auf Kosten der Arbeiterklasse strapazieren!

Bereits jetzt überlegen Politiker und Kapitalisten, wie sie der Arbeiterklasse diese Defizite aufbürden können:

- zum einen bleibt ihnen das Mittel der nochmaligen Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung, wobei die SPD angesichts einiger Landtagswahlen hiervor noch „zurückschreckt". Bereits zum 1. Januar 1975 war der Beitrag von 1,7 % auf 2 % erhöht worden, nachdem er noch vor zwei Jahren 1,3 % betrug (also eine Erhöhung von über 50 % in zwei Jahren);
- zum anderen bleibt die Deckung des Defizits aus Mitteln des Bundeshaushalts laut „Arbeitsförderungsgesetz". Das würde bedeuten: weitere Einschränkung der „Gemeinschaftsaufgaben", d.h. der sozialen Ausgaben nach dem Motto „Gürtel enger schneller wegen der Arbeitslosigkeit".

Einen zusätzlichen Beitrag zur Defizitdeckung haben die Unternehmer in der BfA geliefert: sie schlugen vor, die Mittel für die Berufsbildungsförderung drastisch zu senken, um zu sparen. Bezeichnenderweise sind es z.Z. ja gerade Sozialdemokraten, die mit dem Hinweis auf Umschulungs- und Berufsförderungsmöglichkeiten die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bewußt zu vernebeln versuchen.

Auffallend ist aber vor allem folgendes: bei all den Angaben über Zahlen und Gelder der BfA wird bewußt vermieden, die Einnahmen und Ausgaben miteinander in Verhältnis zu setzen! Offensichtlich wird der Widerspruch hier, wenn man andeutungsweise hört, daß von über drei Milliarden DM Rücklagen nur gut 1 Milliarde zur Verfügung steht!



Bereits unter CDU-Regierungen mußte die BfA ihre Reserven zum Teil in Staatsanleihen an die USA anlegen, die aus politischen Gründen (Verpflichtungen) nicht einfach verkauft werden können. Mit diesen Geldern finanzierten die USA unter anderem ihren Krieg in Vietnam. Eine Auszahlung würde aber auch den sowieso anhaltenden Verfall der kapitalistischen Leitwährung Dollar beschleunigen.

So werden seit der „Großen Koalition" die Zuschüsse der Bundesregierung zur BfA nicht in Geld, sondern in Schuldscheinen gezahlt, die ebenfalls nicht so ohne weiteres zu Geld gemacht werden können.

Hier wird also noch einmal deutlich: das Sozialversicherungswesen erweist sich einerseits als eine gewaltige Finanzquelle für die Kapitalisten, andererseits aber schützt es in Zeiten, wo die Arbeiterklasse besonders auf diese Institutionen angewiesen ist, diese nicht etwa, sondern die Werktätigen werden zusätzlich noch zur Kasse gebeten! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Nach rechts drückt der Staat ein Auge zu

Wie Faschisten "bestraft" werden

Alt- und neofaschistische Kräfte konnten sich in den letzten Jahren im Windschatten der staatlichen Anarchistenhetze vortrefflich entwikkeln. Während die „RAF" seit den Schüssen von Dahlem 1970 zum Staatsfeind Nr. 1 aufgeblasen und dann abgeschossen wurde, um daran die Notwendigkeit eines Polizeistaates zu demonstrieren, wurden Aktivitäten und Entwicklung neofaschistischer „Aktionen", „Bewegungen", „Parteien" und Verbände sowie ihre Verbindungen mit den parlamentarischen „Konservativen" um Strauß, Springer, Löwenthal und Co. mit allen Tricks der Informationspolitik verschwiegen, verschleiert, verharmlost oder wenn sie nicht mehr zu leugnen waren, bestenfalls pro forma zur Legitimation der Anarchistenjagd milde verurteilt. Wir wollen hier einige Vorfälle und die bei ihrer Behandlung sichtbar gewordenen Methoden in Erinnerung rufen.

„Einzelgänger"

1970: Der Faschist Hans Obser erschießt den Lehrling Katscher anläßlich eines Beat-Festivals in Konstanz. Vor dem Mord hatte ein NPD-Mitglied im Bürgerausschuß eine „Bürgerwehr" gefordert, um Konstanz „von diesen Figuren zu säubern"; er sei bereit, mit 40 Bürgern dafür zu sorgen, „daß die Gammler wegkommen". Auch weitere Hinweise auf organisierte faschistische Umtriebe ließ das Gericht unbeachtet. Es stellte Obser als alkoholsüchtigen Psychopathen hin und verurteilte ihn wegen fahrlässiger Tötung (!) zu drei Jahren Haft.

So wie Faschist Obser war vorher auch Josef Bachmann, der 1968 das Attentat auf R. Dutschke verübte, als unzurechnungsfähiger Einzelgänger hingestellt worden.

Ebenso wurde der Hilfskrankenpfleger E. Weil, der im November 1970 einen Wachposten am sowjetischen Ehrenmal in Westberlin durch Schüsse lebensgefährlich verletzte, als Einzeltäter hingestellt. Und das, obwohl gerade 1970 die „Aktion Widerstand" sowie die „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung" (NDBB) durch Flugblätter, Wandparolen u.a. in Darmstadt, Marburg, Offenbach, Westberlin Provokationen angekündigt hatten.

Besonders deutlich wurde das Vorgehen des Staatsapparates im Fall Woitzik. Reinhard Woitzik hatte **1965** als 21jähriger in Bamberg einen jüdischen Friedhof mit Hakenkreuzschmierereien verwüstet. Er wurde vom Landgericht Bamberg als „Opfer einer unseligen Propaganda", „Tagträumer", „Phantast" hingestellt, der in einer „Kinder(!)-Traumwelt" lebe, dem „rauschhafter Taumel" und „verminderte Zurechnungsfähigkeit" zugebilligt werden müsse. Das Urteil: Jugendstrafe von unbestimmter Dauer, mindestens eineinhalb, längstens dreieinhalb Jahre unter Anrechnung der U-Haft.

Hintergrund für Woitziks „Tagträume" war die verstärkte neofaschistische Aktivität im Jahr 1965. Die NPD war 1964 gegründet worden. Faschistische Gruppen entwickelten wütende Propaganda gegen eine bevorstehende Verlängerung der Verjährungsfristen für NS-Verbrechen durch den Bundestag. Im März 65 wurden Bundestagsabgeordnete durch Drohflugblätter aufgefordert, einer vorzeitigen Verjährung zuzustimmen. Für 1966 planten Faschisten ein Attentat auf die Ludwigsburger Zentrale zur Verfolgung von NS-Verbrechen.

Diese Umtriebe konnten z.T. aufgedeckt werden. Es wurden einige Personen festgenommen, so ein v. Sande aus Belgien, ein Passmore (Mitglied des „Greater British Movement") aus England, ein Ruppe aus den USA. Sie standen in Kooperation mit ungenannten westdeutschen Gruppen.

Trotz dieses eindeutigen Hintergrunds erklärte das Gericht erleichtert: *„Dieser Prozeß hat eindeutig geklärt, daß die unseligen Hakenkreuz-Schmierereien nicht, wie ursprünglich in der ganzen Welt befürchtet, von Organisationen begangen worden sind, sondern von einem in sittlichen Entwicklung zurückgebliebenen kontaktarmen Einzelgänger"* („Welt", 23.12.65).

1971: Der Student Viktor Gisloh, Kandidat der NPD für den bayerischen Landtag, ohrfeigte Bundeskanzler Brandt „aus politischen Motiven". Nach vorübergehender Festnahme wurde er sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein halbes Jahr später erhielt er vom Amtsgericht München eine dreimonatige Haftstrafe, die „zur Bewährung" ausgesetzt wurde.

Zum Vergleich: Beate Klarsfeld, bekannte Antifaschistin, die den Kanzler Kiesinger (Altnazi) ohrfeigte, wurde in einem Schnellverfahren zu zwölf Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Straffreiheit für NPD-Terroristen

April 1971: Der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hebt das Urteil des Schwurgerichts Kassel gegen den ehemaligen Leiter des sog. NPD-„Ordnerdienstes", Klaus Kolley, auf. Als Leiter dieser paramilitärischen Truppe der NPD hatte Kolley am 16.9.1969 nach einer NPD-Kundgebung in Kassel auf antifaschistische Demonstranten geschossen und dabei zwei Jugendliche verletzt. Am 13. Mai 1970 wurde er zu 18 Monaten Haft wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Nach Aufhebung des Urteils ging Kolley straffrei aus. Ebenso „natürlich" NPD-Boß Thadden, der nach der Tat die Flucht Kolley's begünstigt hatte.

Nicht minder großzügig verfuhr das Oberlandesgericht Frankfurt in einem ähnlichen Fall wenige Monate zuvor. Eine anstehende Verhandlung gegen den Leiter der regionalen NPD-„Ordnertruppe" Frankfurt, Dr. Körber, und seine mitangeklagten Kumpane wegen schwerer Mißhandlungen von Gegendemonstranten vorm Frankfurter Kantate-Saal am 25.7.69, bei der es drei Verletzte gegeben hatte, wurde gar nicht erst aufgenommen. Begründung: Die Angeklagten *„kamen in den Genuß des Amnestiegesetzes vom Mai 1970, wonach De-*

Forts. Seite 29

Links gleich rechts?

Folgende Statistik, die dem Buch von E. J. Gumbel, „Vom Fememord zur Reichskanzlei" (Verlag Lampert Schneider – Heidelberg – 1962) entnommen ist, benötigt wohl keinerlei Kommentar:

Weimarer Republik
Die Sühne der politischen Morde 1919 – 1922

Politische Morde, begangen von	Rechtsstehenden	Linksstehenden
Ungesühnte Morde	326	4
Teilweise gesühnte Morde	27	1
Gesühnte Morde	1	17
Gesamtzahl der Morde	354	22
Zahl der Verurteilungen	24	38
Geständige Täter freigesprochen	23	
Geständige Täter befördert	3	
Dauer der Einsperrung pro Mord	4 Monate	15 Jahre
Zahl der Hinrichtungen		10
Geldstrafen pro Mord	2 Papiermark	

2 AK-Leser

„Strage di Stato" Prozeß zum dritten Mal verschoben

Anfang Februar wurde in Catanzaro (Süditalien) der Prozeß wegen der Bombenanschläge auf mehrere Banken vom 12.12.69 (16 Tote dabei in einer Mailänder Bank!) zum dritten Mal verschoben.

Zuerst waren Polizei, Gerichte und bürgerliche Presse bemüht, die Anschläge als Werk von Anarchisten und 'Maoisten' hinzustellen; hunderte von Linken wurden festgenommen und verhört. Als „Monstrum", der die tödliche Bombe gelegt haben sollte, wurde der Anarchist Pietro Valpreda präsentiert.

Nachdem in der Folgezeit durch die politische Arbeit der revolutionären Linken, vor allem „Lotta Continua", nachgewiesen werden konnte, daß in Wahrheit Faschisten die Bombenleger gewesen waren, die ihre Auftraggeber in der Polizei, Armee und bei den Geheimdiensten hatten, begann 1972 in Rom der erste Prozeß gegen Valpreda und einige anarchistische Genossen. Dieser Prozeß endete nach wenigen Tagen, indem das römische Gericht sich für unzuständig erklärte und die Sache nach Mailand verwies. Der besondere Zynismus dieser Entscheidung liegt darin, daß die römischen Gerichte die Sache ursprünglich von sich aus an sich gezogen hatten, weil die Mailänder Ermittlungen nicht einseitig genug gegen die Linken gelaufen waren!

Schon 1972 war deutlich, daß der Bourgeoisie an einem Prozeß wegen der „Strage de Stato" (Staatsmassaker – ein von den Linken aufgebrachter Begriff, der auf die Urheberschaft des Staatsapparats für die faschistischen Bombenanschläge hinweisen soll) absolut nichts gelegen ist. Sie will auch keinen Freispruch Valpredas (der beim Prozeß unvermeidlich wäre). um immer noch so tun zu können, als seien die Anarchisten – inzwischen vielleicht gemeinsam mit den Faschisten – die Bombenleger gewesen – eine Verleumdung, die von der rechten Presse bis heute betrieben wird.

Valpreda mußte noch bis Ende 72 in Haft bleiben, so daß er insgesamt über drei Jahre unschuldig im Knast saß. Die Haftentlassung erfolgte durch ein eigens geschaffenes Gesetz, das eine Freilassung vorsieht, wenn nach einer bestimmten Zeit kein Prozeß abgeschlossen worden ist (–ein Gesetz, das wohl im Interesse inhaftierter Faschisten noch reichlich Anwendung finden wird!)

zeß abgeschlossen worden ist (–ein Gesetz, das wohl im Interesse inhaftierter Faschisten noch reichlich Anwendung finden wird!)

Mittlerweile hatten sich die Mailänder Justizbehörden für außerstande erklärt, den Prozeß zu übernehmen, da mit Störungen der Linken zu rechnen sei. Unter diesem Vorwand wurde der Prozeß nach Catanzaro verschoben, einer süditalienischen Kleinstadt, wo mit notwendigen Bauarbeiten etc. (es fehlte z.B. ein genügend großer Gerichtsraum) wieder viel Zeit vertan werden konnte.

1974 begann dann der erste Prozeß von Catanzaro, der auch nur wenige Tage dauerte. Das Gericht beschloß, den Prozeß gegen Valpreda und Genossen z u s a m m e n z u l e g e n mit dem Prozeß gegen die inzwischen inhaftierten Faschisten Freda und Ventura, die für die Bombenanschläge mit verantwortlich sind (Freda hatte erwiesenermaßen die Zeitzünder besorgt; Ventura hat gegenüber einem Bekannten damit geprahlt, an dem Anschlag auf eine römische Bank am 12.12.69 beteiligt gewesen zu sein). Abgesehen von der Provokation, Valpreda und Genossen auf e i n e Anklagebank mit den Faschisten zu zwingen (um dann noch besser die Lüge von 'links = rechts' verbreiten zu können), diente dieser Beschluß auch der weiteren Verzögerung des Prozesses.

Am 27. Februar dieses Jahres begann der zweite Prozess von Catanzaro. Valpreda war dazu gar nicht erst erschienen: 1. wollte er nicht neben den Faschisten auf der Anklagebank sitzen; und 2. hätten die Gerichte hinreichend bewiesen, daß sie den Prozeß gegen ihn gar nicht zum Abschluß bringen wollen.

Und in der Tat: Schon am 1. Februar war auch dieser Prozeß erst mal wieder zuende. Erst müßten alle Ermittlungen gegen weitere an der „Strage di sato" beteiligte Faschisten abgeschlossen sein, wie z.B. gegen Guido Gianettini als Agent des italienischen Geheimdienstes SID in der Gruppe Freda/Ventura aktiv und seit letztem Jahr ebenfalls im Knast.

Dies bedeutet praktisch, daß mit einem Abschluß des Prozesses kaum noch zu rechnen ist. Für die faschistischen Mörder bedeutet es überdies, daß sie in einigen Monaten damit rechnen können, gemäß dem erwähnten Gesetz aus der Haft entlassen zu werden. Schöne Aussichten!

Gleichfalls „verschoben" wurde der zweite Prozeß gegen 119 Mitglieder der faschistischen Terrororganisation „Ordine Nuovo". Im erste Verfahren im vorigen Jahr hatte das Gericht entschieden, daß ON eine 'Neugründung der aufgelösten Faschistische Partei' (Mussolinis) sei und hatte das Verbot angeordnet; gegen zahlreiche Mitglieder waren Gefängnisstrafen verhängt worden.

Im Wiederaufnahmeverfahren nun hieß es Ende Januar dieses Jahres: Das ganze Verfahren wird solange verschoben, bis sämtliche sonstigen Verfahren abgeschlossen sind, in die die Angeklagten noch verwickelt sind – bisher sind das schon 44 Verfahren, so daß der Prozeß gegen ON wohl erst am St. Nimmerleinstag stattfinden wird, bzw. spätestens nach der proletarischen Revolution.

so daß der Prozeß gegen ON wohl erst am St. Nimmerleinstag stattfinden wird, bzw. spätestens nach der proletarischen Revolution.



Genosse Valpreda während seiner mehr als 3-jährigen Haft.

Für die angeklagten Faschisten hat das außerdem die sofortige provisorische Freilassung gebracht. Allerdings nützt das z.Z. kaum einem von ihnen, weil sie entweder sowieso noch auf freiem Fuß sind oder weil sie wegen a n d e r e r Delikte noch im Knast bleiben müssen.

Mit der Prozeßverschiebung ist aber u.a. erreicht worden, daß nicht näher über die Verbindungen zwischen ON und der neofaschistischen Partei, MSI, gesprochen wurde, und daß überhaupt das Gesetz gegen die 'Neugründung der aufgelösten Faschistischen Partei' ausgehöhlt wurde.

Italien
Masseninitiative zum Verbot der

ten bis 5 Jahren bestraft werden ...
Sehr groß würde die unmittelbare praktische Bedeutung eines solchen Gesetzes allerdings nicht sein. Denn

Italien
Masseninitiative zum Verbot der Faschisten

Am 2. Februar hat mit einer Kundgebung in Rom eine Masseninitiative zum Verbot der neofaschistischen Partei MSI begonnen. In der nächsten Zeit sollen überall in Italien zehntausende von Unterschriften gesammelt werden, mit denen die parlamentarische Behandlung eines Gesetzentwurfes zum Verbot der MSI erzwungen werden kann. 50.000 Unterschriften sind dafür erforderlich; 70-80.000 Unterschriften werden schätzungsweise benötigt, falls ein Teil der Unterschriften nicht anerkannt wird.

Die Initiative zu dieser Unterschriftensammlung ging von bisher rund 60 Betriebsräten aus, unter denen allerdings die großen Betriebe (in denen der Einfluß der Revisionisten besonders stark ist) fehlen. Unterstützt wird die Initiative vor allem von den drei größten revolutionären Organisationen Italiens Lotta Continua, PDUP/„manifesto" und Avanguardia Operaia, die sich auch auf einen gemeinsamen Aufruf geeinigt haben. Ferner von einzelnen Vertretern des antifaschistischen Widerstands und örtlichen Sektionen der Gewerkschaften und linken Parteien. So hat z.B. Ende Januar in Ravenna (bei Venedig) der Gemeinderat e i n s t i m m i g (in Abwesenheit des MSI-Vertreters) eine Resolution angenommen, mit der das Parlament aufgefordert wird, Maßnahmen zum Verbot der MSI einzuleiten.

Das Verbot der MSI ist eine wichtige Forderung der italienischen Volksmassen, die vor allem nach den mörderischen faschistischen Bombenanschlägen des letzten Jahres (Brescia, Bologna, Savona) laut erhoben wurde und die neuen Auftrieb gewann, nachdem zu Anfang dieses Jahres ein Faschist in Empoli (Toskana) zwei Polizisten erschoß. Die bürgerlichen Parteien widersetzen sich dieser Forderung, und insbesondere die Revisionisten (PCI) machen ihren starken Einfluß in der Arbeiterbewegung geltend, um diese Forderung vom Tisch zu bringen: der Kampf gegen den Faschismus sei ein ideologisches Problem, durch Verbote sei das nicht zu lösen. Gleichzeitig beschwören die PCI-Führer die „antifaschistische Einheit" mit den Christdemokraten (DC), die in Wahrheit die Beschützer des kriminellen faschistischen Untergrunds und der Putschpläne im Staatsapparat sind.

Umso wichtiger ist es, daß die Forderung nach dem Verbot der MSI, nur unterstützt von der gegenüber den Revisionisten noch recht schwachen revolutionären Linken, trotzdem eine breite Massenbasis gefunden hat.

Der Gesetzentwurf, zu dem jetzt die Unterschriftensammlung begonnen hat, sieht vor:

- **Auflösung der MSI und der mit ihr verbundenen Organisationen;**
- **Beschlagnahme des gesamten Vermögens der MSI etc.;**
- **Ausschluß der MSI-Vertreter aus dem Parlament, Stadträten etc.;**
- **Verbot der Neugründung der MSI in jedweder Form. Strafandrohung von 5-12 Jahren für die treibenden Kräfte einer Neugründung, Bestrafung der Teilnahme an einer Neugründung mit 1-5 Jahren;**
- **Wer in der Presse o.ä. öffentlich zu den genannten Straftaten aufruft oder die verbotene MSI und die ihr angeschlossenen Organisationen verherrlicht, soll mit 6 Monaten bis 5 Jahren bestraft werden ...**

Sehr groß würde die unmittelbare praktische Bedeutung eines solchen Gesetzes allerdings nicht sein. Denn auch heute schon besteht ein Gesetz in Italien, das die Neugründung der verbotenen und aufgelösten Faschistischen Partei (Mussolinis) verbietet. Der springende Punkt ist eben, daß sich die bürgerlichen Parteien – einschließlich der PCI – w e i g e r n , dieses Gesetz auf die neofaschistische MSI anzuwenden, obwohl diese zweifellos eine Nachfolgeorganisation der verbotenen Faschistischen Partei ist (zu deren „Traditionen" sie sich auch offen bekennt!). Selbst im Fall eines Verbots der MSI könnte diese wahrscheinlich zunächst einmal mit Duldung der bürgerlichen Parteien neue Organisationen „legal" gründen.

Der Kampf um das Verbot der MSI ist aber trotzdem richtig und politisch nützlich, denn er zwingt alle bürgerlichen Parteien – und vor allem die in der Arbeiterklasse einflußreiche PCI – offen vor den Massen Farbe zu bekennen, wie sie es mit dem Kampf gegen den Faschismus (auf den in Worten sogar die Christdemokraten schwören) und mit ihren eigenen „antifaschistischen" Gesetzen (Verbot der Wiedergründung der aufgelösten Faschistischen Partei) halten.

Einige Schlaumeier meinen, man dürfe nicht das Verbot der Faschisten fordern, weil das eine Forderung an den bürgerlichen Staat sei. Zweifellos, an wen sonst? ! Aber eine solche Forderung führt, wenn sie von den Massen im Klassenkampf erhoben wird (wie in Italien) nicht zu Illusionen in den bürgerlichen Staat, sondern schafft im Gegenteil größere Klarheit über diesen und die bürgerlichen Parteien (die sich allesamt g e g e n ein Verbot der Faschisten stellen) und lehrt damit die Volksmassen, daß sie nur im hartnäckigen Kampf und im Vertrauen auf die eigene Kraft ihre demokratischen Forderungen durchsetzen können.

"Arbeiterkampf" im UG wegen Hetze gerichtlich verboten

Drei Nummern des ARBEITERKAMPF (Nr. 52, 53 und 55) wurden für politische Gefangene durch den Hamburger Richter Hadenfeldt verboten, *„weil die Zeitschriften ... gegen die rechtsstaatliche Ordnung ... hezten"* und *„geeignet sind, zur Auflehnung gegen das Anstaltspersonal zu verleiten"* (so ein zweiter Beschluß). Betroffen sind die Ausgaben, die über den Tod von Holger Meins, die RAF-Kampagne der Bourgeoisie und im letzten ARBEITERKAMPF über die Situation im Knast („Samthandschuhe gegen Folterer" u.a.) geschrieben hatten, kurz gesagt, alle Nummern, die sich irgendwie mit Strafanstalten in der BRD beschäftigt hatten.

Damit wird bereits heute „im kleinen" deutlich, wohin die Bourgeoisie insgesamt steuert: auf die Illegalisierung der kommunistischen Presse. Wir drucken hier einen dieser denkwürdigen Gerichtsbeschlüsse ab:

Landgericht Hamburg
Große Strafkammer 21
(91) 7/75

Beschluß

In der Strafsache
gegen
Müller u.a.

hier gegen Gerhard Müller,
geboren am 16. Juni 1948 in [illegible]nitz,

hat das Landgericht Hamburg, Große Strafkammer 21,
durch
den Vorsitzenden Richter am Landgericht Hadenfeldt
am 8. Januar 1975 beschlossen:

Die Zeitschriften Arbeiterkampf vom 12.11. und 9.12.1974 werden von der Beförderung ausgeschlossen und sind zu der Habe des Angeklagten Müller zu nehmen, weil die Zeitschriften in mehreren Artikeln gegen die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik hetzen und deshalb bei einer Beförderung die Ordnung in der Untersuchungshaftanstalt gefährdet werden würde.

Hadenfeldt



Ausgefertigt:
[Unterschrift]
Justizhauptsekretär
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Justizhauptsekretär
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Polizei der BRD – keine staatlichen Mörder ?

Teil I: Täglicher Terror

Die Bourgeoisie versucht seit 1974 in zunehmendem Maße, mit juristischen Mitteln die Kritik an den Praktiken ihrer Polizei zu unterdrücken. Verschiedene linke Organisationen und Verlage (wie etwa der Wagenbach Verlag) mußten wegen „Beleidigung" der Polizei vor Gericht oder haben noch Verfahren zu erwarten.

Gegen den KOMMUNISTISCHEN BUND wurden die Gerichte zu diesem Punkt 1974 dreimal aktiv (siehe AK 51/52/54).

- Am 26.6.74 wurde ein Strafbefehl über DM 1.200,– verhängt, weil in einem Flugblatt unserer Harburger Genossen der Polizeiüberfall auf einen Wahlstand der „KPD/ML" im Februar 1974 kritisiert und Äußerungen der Polizeibeamten zitiert wurden.
- Am 26.11.74 folgte der zweite Strafbefehl über DM 800,–, weil in der Aprilnummer des METALL-ARBEITER ein Bild exerzierender MEK-Schützen kommentiert worden war: „Sie werden abgerichtet zum Mord".
- Am 25.10.74 wurde ein weiteres Verfahren vom Ermittlungsrichter eröffnet, weil unsere Hamburger Bezirksgruppe St. Georg/Hamm in einem Flugblatt die Erschießung des Bankräubers Gonzales durch einen MEK-Schützen als „staatlich geplanten Mord" bezeichnet hatte.

Gleichzeitig wird der wachsende tägliche Terror der BRD-Polizei durch geschicktes Zusammenspiel zwischen Polizeiführung, Justiz und Presse zu verdunkeln versucht, um eine mögliche Empörung der „Öffentlichkeit" zu verhindern.

So war der neueste Fall einer Polizei-Exekution, die Erschießung des achtzehnjährigen „Verkehrssünders" Erich Wiesneth durch den zweiundreissigjährigen Polizeiobermeister (POM) Peter Presse (siehe AK 55) derart offensichtlich, daß die Staatsanwaltschaft *„auf die sonst übliche Formulierung ‚Notwehrsituation'"* („Hamburger Morgenpost", 15.1.75) vorerst verzichtete. Stattdessen ließ die Staatsanwaltschaft POM Presse festnehmen und leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Totschlags gegen ihn ein. *„Der beschuldigte Beamte nahm bei den beiden Schüssen den Tod des Opfers billigend in Kauf, was einem bedingten Vorsatz entspricht"* („Stern", 5/75). Dr. Peter Metzer, Pressesprecher der Münchner Staatsanwaltschaft, war bereits eine Woche nach dem Tod Wiesneths der Meinung, ohne den *„Druck der öffentlichen Meinung"* hätte es die Festnahme nicht gegeben.

In der bürgerlichen Presse werden jetzt scheinheilige Klagen der Polizeiführung verbreitet, *„wie unzureichend Polizeibeamte auf solche Situationen vorbereitet sind"*. Zustimmend wird Polizeipsychologe Helmut Kantler zitiert, der erklärte, diese Unsicherheit bringe *„Reaktionen, die durch das Bewußtsein nicht mehr zu stoppen sind"* („Stern", 5/75). POM Presse wollte nach eigener Darstellung mit seiner Pistole lediglich das von innen verriegelte Fenster des eingekesselten Wagens zerschlagen. Da aber habe der Junge nach seiner Hand gegriffen. Bei dem „Gerangel" habe sich dann ein Schuß gelöst. Von einem zweiten Schuß will Presse in der Aufregung gar nichts gemerkt haben. Möglicherweise werden die „Erinnerungen" von POM Presse im Laufe der Ermittlungen noch „differenzierter", die Rechtsexperten streiten sich aber schon jetzt, ob es sich um Totschlag oder nur um fahrlässige Tötung handelt.

Polizeiführung, Justiz und Presse versuchen die Erschießung Erich Wiesneths als skandalösen E i n z e l f a l l hinzustellen. Der beamtete Mörder wird als ausgeflipptes Opfer einer überlasteten und (immer noch) mangelhaft ausgebildeten Polizei dargestellt, die auf „solche Situationen" nicht vorbereitet sei ...

Angesichts solcher Verdunklung des täglichen Polizeiterrors gegen die Bevölkerung, angesichts der geradezu perversen Dreistigkeit, vor solchem Hintergrund den Kritikern dieser Polizei-Praktiken mit „Beleidigungs"-Klagen zu begegnen, halten wir es für angebracht, einige Tatsachen in Erinnerung zu rufen.

Forts. Seite 28

Combat-Schulen
Lernen, „aus dem Reflex zu töten"

Im Jan. 75 in München wird ein 18-jähriger Schüler, in einem Auto sitzend, von einem Polizisten, der ihn „gestellt" hatte, erschossen. Im

Combat-Schulen

Lernen, „aus dem Reflex zu töten"

Es gibt in der BRD in nahezu allen Bundesländern sogenannte Combat-Schulen, Privatunternehmen, in denen Polizei, Grenzschutz, Privatpersonen, usw. lernen mit einem Schnellschuß zu töten. Vor einiger Zeit gab es im Bundestag eine Anfrage eines Abgeordneten, in der das Bundesinnenministerium aufgefordert wurde, zu diesen Schulen Stellung zu beziehen. Die erste Frage war, ob es dem BIM bekannt sei, daß es in der BRD *„sogenannte Combat-Schulen gibt, in denen Privatpersonen auf gewerblicher Grundlage beliebige Interessenten darin schulen, unter Kampfbedingungen mit einer Faustfeuerwaffe einen angenommenen Gegner mit einem Schnellschuß zu töten, und ob in diesen privaten Combat-Schulen auch Polizeibeamte und ein Offizier der Bundeswehr nebenberuflich Unterricht erteilen?"*

Und weiter stellte der Abgeordnete fest, daß *„sich unter den Schülern gelegentlich auch Polizeibeamte befinden, die die Gebühren von ihrer Dienststelle erstattet bekommen."*

Und weiter: *„Wenn ich also annehmen muß, daß diese Beamten dort etwas lernen, halten sie es dann für einen befriedigenden Zustand, wenn von privater Seite etwa 200 Personen pro Jahr darin ausgebildet werden, reflexmäßig einen potentiellen Gegner zu töten?"*

Die Opfer solcher Lehrgänge

Der „Erfolg" solcher Schulungen, die mit einer zunehmenden Verhetzung des Staatsapparates einhergehen, sieht dann so aus:

In Hamburg, im Dez. 73, wird der 18-jährige M. Maecker, von einem Polizisten „in einer Notwehrsituation" in den Rücken geschossen. Er war davongelaufen, um sich einer Kontrolle zu entziehen. Schon der erste Schuß war gezielt...

Im Jan. 75 in München wird ein 18-jähriger Schüler, in einem Auto sitzend, von einem Polizisten, der ihn „gestellt" hatte, erschossen. Im Polizeibericht wurde nicht einmal der Versuch gemacht, diesen Mord als Notfall hinzustellen.

Im Mai 73 wurde in Eschwege ein 14-jähriger Junge durch eine Garbe aus einer Maschinenpistole getötet. Er hatte sich in einem Auto einer Polizeikontrolle entziehen wollen, und war davon gefahren.

Diese Beispiele ließen sich leider beliebig fortsetzen.

Was aus dieser Anfrage im Bundestag geschehen ist, bedarf wohl keiner großen Erläuterungen. Zwei Antworten des Innenministeriums sprechen eine deutliche Sprache:

„Solange durch solche Schießübungen Rechte Dritter nicht beeinträchtigt werden, besteht keine rechtliche Handhabe, gegen den Betrieb derartiger Schulen vorzugehen."

... und weiter:

„Herr Kollege, es wird ja nicht getötet. Ich kann in einer freien Gesellschaft niemanden vorschreiben, welche Bedürfnisse er befriedigt."!!!

2 AK-Leser

Werkschutz – Ein Schritt voran



Hier bei Ford in Köln: Werkschützer kontrollieren die Taschen der Arbeiter – eine der tagtäglichen Schikanen

Im ARBEITERKAMPF Nr. 50 berichteten wir über die Bemühungen der Kapitalistenverbände, ihre Mitglieder in Sachen Werkschutz (WS) auszurichten. Das betraf zum einen die Existenz eines WS im Betrieb überhaupt, zum anderen die Schaffung wirklich schlagkräftiger Kampftruppen. Der erste Schritt dazu war die Zentralisierung der politisch-militärischen Ausbildung des WS. Er ging Hand in Hand mit der Legalisierung durch Katastrophenschutzgesetze und betriebliche Vereinbarungen.

Daß der WS in den Betrieben immer noch ein „gestörtes Verhältnis" zu den Kollegen hat, bzw. andersherum: „daß die Kollegen noch ein 'gestörtes Verhältnis' zum WS haben", bewog zu neuen Aktivitäten.

„Gemeinsam mühen sich DGB und Arbeitgeber, dem lange Zeit beargwöhnten WS ein neues Image aufzusetzen."

So lautet die Einleitung eines „Spiegel"-Artikels (6/75) in dem über neue Aktivitäten berichtet wird. Eine 44-Mann starke WS-Truppe hat vor einer „Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Kommission" eine Prüfung abgelegt, bestanden, und daraufhin von der Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen das Zertifikat „Ausgebildeter WS-Mann" erhalten.

Die politisch-ideologische Unterstützung des WS durch die Gewerkschaftsführer gelangt hier zu einem weiteren Höhepunkt in Form einer Unterschrift:

Bescheinigung
Geprüfter Arbeiterfeind,
ist in der Lage, Kollegen zu bespitzeln, Streikbrecherdienste auszuführen, und versteht es, mit Waffen umzugehen
BDI/BDA — *DGB-Vorstand*

HDW-Arbeiterzelle
KB/Gruppe Hamburg

Bremen:

Bullen und Behörden behindern Zeitungsverkauf

An den
Kommunistischen Bund
z.Hd. Herrn Arnold Neugebohrn
2800 Bremen

Bremen, 5. Dezember 1974
☎ (0421) 362- 3301 lei/sü

Geschäftszeichen 1544-302-5-01
(Bitte bei Antwort angeben)

Betr.: Verkauf von politischen Zeitungen im Umhergehen
Bezug: Ihr Antrag vom 10.5.1974

Sehr geehrter Herr Neugebohrn!

Nach der neueren Rechtssprechung der Verwaltungsgerichte stellt der Verkauf von Zeitungen auf Gehwegen eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Nutzung des öffentlichen Grundes dar.
Der Verkauf bedarf demnach einer Gebrauchserlaubnis nach § 2 der Straßenordnung für die Stadt Bremen.

Die Ihnen im Mai ds.Js. ~~mündlich~~ erteilte Auskunft, eine Erlaubnis sei nicht erforderlich, ist insoweit überholt und unrichtig.

Antragsgemäß erteilen wir Ihnen anliegend die Erlaubnis zum Verkauf von Zeitungen im Bereich Sögestraße/Obernstraße in Bremen für insgesamt 15 Personen.

Wir bitten Sie, die mit dem Verkauf der Zeitungen beauftragten Personen über die neue Rechtslage zu informieren und Ihnen die beiliegenden Ausfertigungen der Erlaubnis zu übergeben, die Polizeibeamten auf Verlangen zur Kontrolle auszuhändigen sind.

Anlagen.

Im Auftrag:
(Leideck)
Verw.-Amtmann

Am 5.12.74 erhielten wir vom Bremer Stadt- und Polizeiamt ein Schreiben, in dem uns mitgeteilt wird, daß der Verkauf von Zeitungen auf Gehwegen einer Gebrauchserlaubnis bedarf.

Nun ist es auch in Bremen, wie in vielen Städten der BRD, den fortschrittlichen Kräften schwerer gemacht worden, durch den Verkauf ihrer Zeitungen ihr „Recht auf freie Meinungsäußerung" wahrzunehmen, kostet diese „Gebrauchserlaubnis" doch eine Gebühr.

Dieser neueren Rechtsprechung gingen etliche Versuche der Polizei voran, den Verkauf von kommunistischen Zeitungen zu behindern.

So versuchten die Bullen Anfang '74 Verkäufer kommunistischer Zeitungen mit der Behauptung, daß der Verkauf durch ein neues Gesetz genehmigungspflichtig geworden sei, einzuschüchtern und zur Einstellung des Verkaufs zu bewegen. In den darauffolgenden Wochen und Monaten kam es zu mehreren Personalienfeststellungen und einigen vorläufigen Festnahmen. Als ab Mai '74 die AK-Verkäufer den Bullen eine schriftliche Bestätigung des Stadt- und Polizeiamtes unter die Nase halten konnten, daß der AK-Verkauf nicht genehmigungspflichtig ist, gingen die Bullen gegen Genossen vor, die mit Stellschildern agitierten.

KB – Gruppe Bremen

Forts. v. Seite 27

Polizei der BRD

Bilanz des Terrors

Seit dem 28.10.1969, dem Tag, an dem die neu antretende SPD/FDP-Regierung in ihrer Regierungserklärung die beschleunigte Verwirklichung des bereits von der CDU geplanten „Reform"-Programms zur „Inneren Sicherheit" ankündigte, starben in der BRD mindestens über 50 (in Worten: fünfzig!) Menschen durch Polizeikugeln.

Am 2.2.1971 wurde der Tankwart Peter Braats in Westberlin durch POM Horst Salzwedel durch aufgesetzten Nackenschuß getötet. Salzwedel gab an, „in Notwehr" gehandelt zu haben. Als sich herausstellte, daß er sein wehrloses Opfer durch gezielten Nakkenschuß erledigt hatte, ließ die Staatsanwaltschaft POM Salzwedel festnehmen. Polizeipräsident Hübner (SPD) und Innensenator Neubauer (SPD) deckten Salzwedel: *„Der Beamte erinnert sich nicht mehr an die Abgabe des Schusses, er war sehr aufgeregt"*.

Eine Verurteilung ist nicht bekannt.

9.5.1971: Ein fliehender Einbrecher wurde in Düsseldorf von der Polizei erschossen. Urteil unbekannt.

28.5.1971: Ein Betrunkener, mit Schreckschußpistole „bewaffnet", wurde von Hamburger Polizei erschossen. Urteil unbekannt.

9.6.1971: Ein einundzwanzigjähriger Einbrecher wurde in Herne von zwei Polizei-Verfolgern mit elf Pistolenschüssen niedergemacht. Urteil unbekannt.

15.7.1971: Petra Schelm wurde während der „RAF"-Großfahndung,
während der „RAF"-Großfahndung,
Aktion „Kora", in Hamburg erschossen. Zeugenaussagen belegen, daß sie von zwei Beamten in die Zange genommen wurde, wobei einer sie von hinten erschoß, als sie sich umdrehte. Ihr Begleiter, Werner Hoppe, wurde verhaftet und erhielt zehn Jahre Knast. Der Polizei-Todesschütze dagegen wurde „wegen erwiesener Unschuld" freigesprochen!

5.8.1971: Beim Bankraub mit Geiselnahme in München wird der Bankräuber Rammelmair beim Verlassen des Gebäudes von Scharfschützen abgeknallt. Seine Geisel Ingrid Reppel ebenfalls. Laut Polizeiversion sei sie von Rammelmair erschossen worden. Tatsache ist aber, daß der bereitgestellte Fluchtwagen von Polizeischüssen durchsiebt war, die offensichtlich auch die Geisel trafen. Der Einsatz des Kommandos wurde von Staatsanwalt Sechser befohlen. Mit von der Partie waren: Polizeipräsident Schreiber und – in aller Öffentlichkeit: F. J. Strauss. Bereits Ende 1971 stellte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ein.

August 1971: Ein jugoslawischer Arbeiter wurde durch Bauchschuß getötet. Die Polizei spricht von „tragischem Versehen". Urteil unbekannt.

Ebenfalls August: Ein Mann, der aus seinem Schlafzimmerfenster heraussah, wurde durch Kopfschuß getötet. Die Polizei bezeichnet den Vorfall als Versehen. Sie war auf der Jagd nach einem „Amokschützen". Urteil nicht bekannt.

Im gleichen Monat wurde ein Einbrecher in Mühlheim ebenfalls durch Bauchschuß getötet. Der Beamte zielte angeblich auf die Beine. Urteil unbekannt.

19.8.1971: In Mannheim wurde ein Grieche, Rauschgifthändler, der auf einen von der Polizei fingierten Handel hereingefallen war, beim Versuch, am Treffpunkt noch zu flüchten, erschossen. Laut Polizeidarstellung: „Notwehr". Das Urteil ist unbekannt.

27.9.1971: Ein Autodieb wurde von der Polizei durch aufgesetzten Genickschuß getötet, obwohl er bereits von dem Besitzer des Autos und einem Taxifahrer festgehalten wurde. Der Todesschütze wurde freigesprochen.

25.10.1971: Ein vierundzwanzigjähriger „Gastarbeiter" aus Tübingen wurde durch Herzschuß getötet, zwei weitere portugiesische Freunde schwer verletzt. Der Polizist war gerufen worden, um einen Streit, der auf einer Feier ausgebrochen war, zu schlichten. Staatsanwalt Waller (Tübingen) rechtfertigte die Erschießung damit, *„daß die Reaktion des jungen Polizeibeamten mit der Waffe in der für ihn bedrohlich scheinenden Lage mitbestimmt war durch die tödlichen Schüsse eines Mitglieds der Baader-Meinhof-Gruppe auf einen Polizeibeamten vor wenigen Tagen"*. (Gemeint ist der Tod von Polizeimeister Norbert Schmidt am 21.10.71, der als Zivilfahnder hinter vermeintlichen Mitgliedern der „RAF" in Hamburg-Poppenbüttel herschnüffelte.)

9.11.1971: In Sinsheim wurde ein Mann gezielt von einem Polizisten erschossen. Der Beamte sah angeblich eine Gefährdung für das Leben seines Kollegen. Urteil ist nicht bekannt.

4.12.1971: Der anarchistische Genosse Georg von Rauch wurde von Zivilpolizist Schültz erschossen. Georg von Rauch war mit drei Freunden von Zivilfahndern „gestellt" worden und stand bereits mit erhobenen Händen, Gesicht zur Wand! In diesem Moment erschienen drei Leute des „Verfassungsschutzes", die ebenfalls die Gruppe verfolgten. Angeblich hielten die Zivilfahnder der Polizei sie für Mitglieder der „RAF". Bei dem sich entwickelnden wilden Geballer zwischen Verfassungsschutz-Spitzeln und Zivilfahndern wurde der an der Wand stehende Genosse Rauch durch einen Kopfschuß getötet. Die Polizeiführung erfand zunächst ein angebliches Feuergefecht zwischen den Genossen und der Polizei, bevor sie den wahren Hergang eingestehen mußte.

Bereits am 18.3.72 kündigte Oberstaatsanwalt Severin die Einstellung des Verfahrens gegen Kriminalhauptmeister Schultz an.

31.1.1972: Ein Autodieb wurde getötet, als er angeblich in die Brusttasche griff. Ermittlungen ergaben, daß die Polizeibeamten ihm die Waffe ins Genick gedrückt hatten. Das Urteil: Freispruch für die Beamten.

1.3.1972: Der Lehrling Richard Epple wurde bei einer Verkehrskontrolle durch MP-Salven niedergemäht. Er fuhr ohne Führerschein und wollte sich der Kontrolle entziehen. Das gegen den Polizisten Dietrich Sielmann eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen „fahrlässiger Tötung" wurde am 15.3.1972 eingestellt.

2.3.1972: „Der anarchistische Ge-
wurde am 15.3.1972 eingestellt.

2.3.1972: Der anarchistische Genosse Thomas Weißbecker wurde in Augsburg auf offener Straße von einem Fahndungskommando aus Beamten der Sicherungsgruppe Bonn, Verfassungsschutz, Landeskriminalamt Bayern und Polizei durch Herzschuß getötet. Weißbecker war schon längere Zeit beobachtet und dann in eine Polizeifalle gelockt worden. Weißbecker wurde umstellt und ohne Anruf erschossen. Angeblich hatte er eine Waffe in der Hand, die ihm aber nach Augenzeugenberichten erst von den Bullen in die Hand geschoben wurde, als er schon tot auf der Straße lag. Die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren ein, weil *„keine Anhaltspunkte für strafbares Verhalten der beteiligten Beamten"* gefunden worden seien.

3.3.1972: Ein 18jähriger Mechaniker aus Breitenholz (Tübingen) wurde bei einer Verkehrskontrolle mit anschließender Verfolgungsjagt erschossen. Urteil nicht bekannt.

27.3.1972: Ein 20 - 30jähriger Einbrecher wurde in Bremen „bei einem Schußwechsel mit der Polizei" getötet. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hatten die Beamten in Notwehr gehandelt. Ein Urteil ist nicht bekannt.

30.4.1972: Burkhard Braun, 25 Jahre, wurde in Gießen bei einer Verkehrskontrolle nach Einkreisung durch 25 Beamte erschossen. Er und sein Begleiter fuhren einen gestohlenen Wagen. Das Haltegebot der Beamten beantworteten sie angeblich sofort mit Schüssen. (Ein Beamter wurde in Brust und Schulter getroffen). Urteil unbekannt.

18.5.1972: Ein 16jähriger Lehrling aus Landau (Pfalz) wurde aus drei Metern Entfernung durch zwei Schüsse getötet. Der Lehrling hatte Streit mit seinen Eltern. Als die von Nachbarn gerufene Polizei eintraf, saß der Lehrling mit zwei Messern am Tisch. Auf die Aufforderung, die Messer wegzulegen, legte er eins weg und sagte: „wenn ihr ruhig mit mir redet, lege ich das andere auch hin". In dem Moment schoß der Beamte zweimal scharf. Urteil ist nicht bekannt.

Juni 1972: Ein 18jähriger Lehrling wurde bei einer Verkehrskontrolle erschossen. Er wollte mit seinem Moped entkommen, mit dem er die Haltelinie an einer Ampel überfahren hatte. Angeblich hatte der Polizist geglaubt, der Lehrling wollte eine Waffe ziehen (er war unbewaffnet!). Urteil nicht bekannt.

25.6.1972: Der britische Staatsbürger Mac Leod wurde bei der „Baader-Meinhof"-Jagd in seiner Stuttgarter Wohnung durch ein Fahndungskommando des BKA getötet. Als er die Bullen sah, hatte er vor Schreck die Tür zugeschlagen und wurde dann durch die geschlossene Tür erschossen. Angeblich hatte sein Name in einem Brief G. Ensslins an U. Meinhof gestanden; tatsächlich konnte ein Zusammenhang zwischen Mac Leod und der „RAF" nicht aufrechterhalten werden. Nach über einjähriger „Bedenkzeit" lehnte das Landgericht Stuttgart die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen den Todesschützen ab. Begründung: „Putativ-Notwehr", d.h. eingebildete Notwehr!

Anläßlich dieses Vorfalles schrieb die Londoner „Times": *„Es mußte erst ein britischer Staatsbürger in Westdeutschland erschossen werden, damit man in Großbritannien auf das Verhalten einiger westdeutscher Polizisten aufmerksam wird...*

...Einige der westdeutschen Polizisten erwecken den Eindruck von Kopflosigkeit und Gleichgültigkeit und ihre Taktiken würden wohl eher Sturmtruppen anstehen als Hütern des Gesetzes"!

Die größte schwedische Tageszeitung „Dajens Nyheter" warnte ihre Leser: *„Überschreiten Sie in der BRD die Höchstgeschwindigkeit nicht. Machen Sie bei Polizeikontrollen keine schnellen Handbewegungen, denn man könnte meinen, Sie würden eine Waffe ziehen. Sie riskieren, erschossen zu werden. Denn in letzter Zeit schießt die deutsche Polizei sehr schnell"*.

Juli 1972: Ein farbiger Soldat der US-Army wurde in Frankfurt bei einer Verkehrskontrolle abgeknallt. Er und sein Kamerad wollten angetrunken ihren PKW starten. Der polizeilichen Aufforderung, ihren PKW zu verlassen, kamen sie sofort nach. Trotzdem wurde der eine erschossen: Die Beamten stellten den Mord als „Notwehr" dar, weil der Soldat so „verdächtig an seinem Schuhband gefummelt" habe.

5.2.1973: Der 18jährige Kraftfahrzeuglehrling Heinz Dieter Hübner wurde in einer Gastwirtschaft bei Hildesheim von P.M. Heinz Kropp erschossen. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen wurde der Beamte nicht angegriffen. Der Lehrling wollte, bevor er dem Polizisten nach draußen folgte, nur sein Bier noch austrinken. Urteil nicht bekannt.

15.2.1973: Ein 50jähriger italie-

15.2.1973: Ein 50jähriger italienischer Arbeiter wurde erschossen, weil ein Polizist sich „bedroht" glaubte. Urteil nicht bekannt.

30.4.1973: Der 14jährige Rudolf Frank wurde bei einer Verkehrskontrolle durch MG-Salven niedergemacht, einer seiner Beifahrer schwer verletzt. Weil der 14jährige ohne Führerschein fuhr, hatte er sich der Kontrolle entziehen wollen. Ende Oktober 1973 stellte das Landgericht Kassel die Ermittlungen gegen die Beamten wegen Mord, fahrlässiger Tötung und Totschlag ein.

2.5.1973: Ein 17jähriger Schüler wurde erschossen, zwei seiner Freunde schwer verletzt. Die Jugendlichen hatten eine Spritztour im Wagen des Vaters des Erschossenen gemacht. Urteil nicht bekannt.

16.7.1973: Erich Dobhardt, 17 Jahre, aus einem „offenem Heim" geflüchtet, wurde von Hauptkommissar Wolf Diehl erschossen. Nach dem angeblichen Diebstahl eines Transistorradios hatte die Dortmunder Polizeiführung eine Großfahndung (Hubschrauber/12 Einsatzwagen /2 Motorräder) veranlaßt! Die Leiche des Erschossenen wurde von der Polizei zunächst zurückgehalten. Als der Vater eine Besichtigung durchgesetzt hatte, konnte er fünf Einschüsse feststellen.

Ein Urteil ist nicht bekannt.

27.8.1973: Ein 30-jähriger Betrunkener wurde erschossen, laut Polizeibericht: „Notwehr". Urteil nicht bekannt.

31.8.1973: Ein 21-jähriger Maschinenschlosser, gegen den wegen Waffenhandel ermittelt wurde, wurde „auf der Flucht" erschossen, Urteil nicht bekannt.

18.4.1974: Der kolumbianische Student Gonzales, 28 Jahre, wurde beim Versuch, eine Commerzbankfiliale in Hamburg durch Geiselnahme zu berauben, von einem Beamten des MEK gezielt aus 1 m Entfernung erschossen, als er mit einer Geisel die Bank verließ: er erhielt drei Schüsse in den Kopf, dazu weitere fünf Schüsse, als er bereits leblos am Boden lag.

Zur Organisierung dieser öffentlichen Hinrichtung waren 70 Peterwagen, drei Züge der Bereitschaftspolizei, 80 Kripo-Beamte und das MEK eingesetzt. Vor der Bank war der gesamte „Generalstab des Staates" versammelt: Hamburgs Kripo-Chef G. Dunker, Stellvertreter G. Bertling (der bei anderer Gelegenheit erklärte, es gebe „Leute, die gehören in den Gasofen"), Staatsrat Dahrendorf von der Innenbehörde und der Leiter des MEK, H. Gruschka. Nicht nur das Abknallen des Bankräubers von Staat und bürgerlicher Presse voll gerechtfertigt, sondern dies wurde noch als besonderes Heldenstück des MEK und speziell des Todesschützen hingestellt.

21.5.1974: Der Taxifahrer Günter Jendrian wurde in seiner Münchner Wohnung von MEK-Beamten erschossen. Jendrian sollte angeblich Kenntnis vom Aufenthalt Roland Ottos gehabt haben, der als Bankräuber und „Anarchist" auf den Fahndungslisten stand. 60 schwerbewaffnete Kripo- und MEK-Beamte hatten das Wohnhaus Jendrians umstellt. Mit vorgehaltener MP stürmen die Beamten dann den Eingang. Jendrian, an einen Überfall glaubend, soll angeblich mit einem Kleinkalibergewehr in seiner Tür erschienen sein. Er erhielt einen glatten Herzschuß. Am 29.11.74 wurde das Ermittlungsverfahren gegen die Todesschützen eingestellt. Begründung: es habe sich um Notwehr gehandelt.

1.8.1974: Der Hilfsarbeiter Dieter Wrzesnick, 21 Jahre, wurde von Beamten einer Zivilstreife auf dem Marktplatz von Minden erschossen. Die Zivilbullen erkannten in ihm angeblich den Räuber, der am Wochenende drei Raubüberfälle auf Geschäfte der Mindener Innenstadt durchgeführt hatte. Als sie ihn festnehmen wollten, soll er sofort geschossen haben. Darauf erhielt er zwei Brustschüsse. Urteil ist nicht bekannt.

26.8.1974: Der Automechaniker Blasius Hofmann ballerte im Suff bei Ankunft der Polizei mit einer Schreckschußpistole herum. Er wurde mit sechs Schüssen niedergestreckt. Die Beamten behaupteten, er habe ein Gewehr in den Händen gehabt und sie hätten aus Notwehr gehandelt. Urteil ist nicht bekannt.

17./18.7.1974: Der Arbeiter Hans Jürgen Remiszko wurde in Mannheim bei einer Ausweiskontrolle vor einer Mannheimer Arbeiterkneipe erschossen. Die Zivilfahnder hatten den Ausweis eines Arbeiters verlangt. Da sie sich nicht ausweisen konnten und der Arbeiter Ganoven vor sich glaubte, rief er die Gäste aus der Kneipe zu Hilfe. Als mehrere Gäste vor die Tür traten, schossen die Fahnder: Jürgen Remiszko wurde tödlich getroffen, ein anderer Kollege verletzt.

22.5.1974: Roland Otto, steckbrieflich wegen Bankraub gesucht, wurde nachts in seiner Wohnung in München erschossen. Er habe sich seiner Festnahme durch Schüsse widersetzen wollen. Daraufhin sei es zu einem „Feuergefecht" gekommen. Urteil nicht bekannt.

18.6.1974: Günther Routhier, Sympathisant der „KPD/ML", starb an den Folgen der Verletzungen, die er durch einen Polizeieinsatz erlitten hatte. Genosse Routhier war Zuhörer bei der Arbeitsgerichtsverhandlung eines Kollegen gewesen. Nach Protestäußerungen der Zuhörer stürzten sich Zivilpolizisten auf die Zuschauer und schlugen auf sie ein.. Genosse Routhier wurde dabei die Treppe runtergestoßen und schlug mehrmals mit dem Kopf auf die Stufen.

Zahlreiche Zeitungen der revolutionären Linken, die darüber berichteten, wurden beschlagnahmt, um die Wahrheit zu unterdrücken.

Das auf Anzeige der Eltern eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die Todesschützen wurde am 18.12.1974 eingestellt. Wie Oberstaatsanwalt Karl Müller mitteilte, hätten die beiden Beamten aus „Notwehr" gehandelt, da sie „bedroht" worden seien.

4.9.1974: Ein 21-jähriger Arbeiter wurde in Minden nach versuchtem Raubüberfall, angetrunken, bewaffnet, jedoch ohne jemanden verletzt zu haben, von fünf bis sechs Beamten aus unmittelbarer Nähe abgeschossen. Angeblich handelten sie in Notwehr. Urteil ist nicht bekannt. ●

Und weitere Opfer

Die Todesopfer der unmittelbaren Polizeieinsätze (die hier gegebene Aufstellung ist unvollständig) sind nur die Spitze des Eisbergs.

● Zig Menschen, mindestens mehr als ein Dutzend, krepierten im gleichen Zeitraum qualvoll in Polizeizellen und „Vollzugsanstalten" als Opfer bestialischer Behandlung durch Polizei oder Haftvollzugsbeamte. Drei Menschen allein in der berüchtigten Hamburger „Glocke".

● Hunderte gingen aus Polizei„begegnungen" zwar nicht tot, aber schwerverletzt hervor, für ihr Leben verkrüppelt oder geschädigt.

Auch außerdienstlich weiß sich die Polizei „Respekt" zu verschaffen. Als Beispiel sei nur daran erinnert, wie Polizeihauptmeister Georg Schabl am 20.3.1972 in München, als er sich durch Lärm in einer Kneipe gegenüber seiner Wohnung gestört fühlte, mit gezogener Dienstpistole in die Kneipe stürmte und wild um sich schoß. Er verletzte vier Menschen durch Bauch-, Hüft-, Hoden- und Oberschenkelschuß schwer. Sein Kommentar: „Ich bin Polizist. Ich kann schießen, auf wen ich will". Eine Verurteilung dieses Mannes ist nicht bekannt. Die Verletzten kämpfen noch heute vergeblich um Entschädigung.

● Nach Tausenden zählen diejenigen, die auf Demonstrationen, in Jugendzentren, als „Hausbesetzer" und auch bei Streiks zusammengeknüppelt, brutal eingelocht und auf Polizeiwachen zusammengeschlagen wurden.

Planmäßiger Ausbau des Terrors

Mit der Erschießung Erich Wiesneths am 14.1.1975 wird die erschreckende Bilanz für das Jahr 1975 bereits wieder frühzeitig eröffnet. Außer einigen beschönigenden Worten ist auch in Zukunft keine Wende der eingeschlagenen Entwicklung zu erwarten. Im Gegenteil, die Bundesregierung äußert bei jeder Gelegenheit ihre tiefe Befriedigung über die gelungene „Polizeireform". Im Rahmen dieses „Reform"werks wurde polizeilicher Terror mit allen Mitteln gedeckt und gefördert:

● Politisch legitimierte die SPD/FDP-Regierung den Ausbau ihres Unterdrückungsapparates mit dem Aufbau einer Legende vom „Staatsfeind Nr. 1", der RAF – und das, obwohl das „Sicherheitsprogramm" bereits von der „Großen Koalition" als Lehre aus dem französischen Mai 1968 entworfen worden war, und von der SPD/FDP-Regierung auch schon am 28.10.69 angekündigt wurde. Die Befreiung Andreas Baaders, die als erste Aktion der RAF gilt, geschah jedoch erst am 14.5.1970.

● Polizeipraktisch schützt der Staat den einzelnen Beamten durch das Bestreben, eine unbedingte Anonymität der eingesetzten Beamten zu wahren, selbst nach Todesschüssen die Namen von Beamten zurückzuhalten, Spuren zu verwischen usw.

● Die Justiz übernimmt in der Regel die Darstellung der Polizeiberichte über angebliche Notwehrsituationen. Wo das nicht reicht (wie im Fall Rammelmair in München, im Fall Gonzales in Hamburg) operiert sie mit sog. Nothilfe. Schlimmstenfalls hilft die Justiz den bedrängten Beamten mit „Putativ-Notwehr" aus (der Polizist habe g e g l a u b t , in Notwehr zu handeln). Falls alle Stricke reißen steht auch noch die Konstruktion eines sog. „höheren Notstands" zu Gebote, wo der Beamte sich einem Befehl unterzuordnen hat, unabhängig von der Berechtigung dieses Befehls.

● Schlimmstenfalls werden Erschießungen und andere Übergriffe als bedauerliche Pannen Einzelner heruntergespielt, und sogar demagogisch als „Ausbildungsdefizit" und Überlastung einer „zu schwachen" Polizei ausgeschlachtet.

Legalisierung des Todesschusses

Trotz allem ist die BRD-Polizei nicht zufrieden. So schrieb die Gewerkschaft der Polizei (!) in ihrer Zeitung „Die Polizei" im April 1974: *„Es kommt entscheidend darauf an, daß der eingesetzte Polizeibeamte von vornherein (!!) weiß, daß sein Handeln* ***rechtmäßig*** *ist, und daß nicht erst in einer späteren rechtlichen Überprüfung durch Staatsanwaltschaft und Gericht das Handeln als* ***gerechtfertigt*** *hingestellt wird"*. Zu diesem Zweck verlangt die BRD-Polizei, allen voran die ÖTV und die GdP, die Novellierung des im zweiten Teil des Programms zur „Inneren Sicherheit" von der Ständigen Innenministerkonferenz im Oktober 1973 angekündigten einheitlichen Bundespolizeirechts.

Das neue Polizeigesetz soll nach Vorstellungen von „Polizeipraktikern" und Polizei-Juristen bundeseinheitliche Richtlinien für den Schußwaffengebrauch erlassen, „um die bisherige Rechtsunsicherheit auszuräumen". Praktisch geht es dabei vor allem um die „Legalisierung" des bewußten und gewollten Todesschusses, wie in den Fällen Rammelmair und Gonzales.

Sollte ein solches Gesetz verabschiedet werden, dann ist die Todesstrafe in der BRD nicht nur durch die Hintertür, sondern offen wieder eingeführt.

Der zweite Teil dieses Artikels wird den systematischen Aufbau von Sondereinheiten als Todeskommandos der Bourgeoisie behandeln. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Bremer Vulkan:

Feiger Mordanschlag auf kommunistischen Betriebsrat

In der Nacht vom 29. auf den 30. Januar wurde auf den Kollegen Heinz Scholz, Mitglied des Betriebsrates beim Bremer Vulkan, ein feiger Mordanschlag verübt. H. Scholz, der der Gruppe „KPD" angehört, wurde nach einer Sitzung der „gewerkschaftsoppositionellen Gruppe" (einem Zusammenschluß kommunistischer und klassenbewußter Werftarbeiter) auf einem Parkplatz von hinten angefallen. Als er sich umdrehte, stach ein maskierter (!) Mann mit einem Messer auf ihn ein. Der Genosse brach durch mehrere Messerstiche verwundet zusammen – ein Stich verfehlte sein Herz nur um wenige Zentimeter.

Der Attentäter ergriff schließlich die Flucht. Heinz Scholz wurde zum Glück einige Zeit später bewußtlos aufgefunden und in ein Krankenhaus eingeliefert. Inzwischen geht es dem Genossen den Umständen entsprechend gut – so daß er aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte.

Genosse Scholz ist das Opfer einer systematischen Hetzkampagne

H. Scholz ist bei seinen Vulkan-Kollegen und darüberhinaus bei vielen Bremer Metallern als konsequenter Kämpfer für die Arbeiterinteressen bekannt.

Zum Ende des Metallerstreiks im Unterwesergebiet 1974 war er maßgeblich an einer Protestversammlung gegen den 11 %-Abschluß beteiligt, an der sich rund 2.000 Vulkan-Kollegen beteiligt hatten. Er hatte dort den Gewerkschaftsausschluß von IGM-Chef Loderer und Konsorten wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gefordert – und in den darauffolgenden Tagen allein 600 Unterschriften dafür gesammelt (insgesamt unterstützten mehr als 1.000 Kollegen diesen Antrag durch ihre Unterschrift).

Als deswegen gegen ihn selbst und drei weitere fortschrittliche Arbeiter vom Vulkan Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet wurden, protestierten innerhalb von nur zwei Tagen 800 Kollegen auf einer Unterschriftenliste gegen diese Maßnahme.

Die rechten Sozialdemokraten in Betriebsrats- und Vertrauensleute-Funktion haben (bisher wohl vergeblich!) versucht, H. Scholz und auch andere Genossen durch systematische und niedrigste Hetze („Chaoten, Gewerkschaftsfeinde" etc.) von der Kollegenschaft des Betriebes zu isolieren.

Vor allem aber erzeugt für so bekannte fortschrittliche Menschen wie H. Scholz die verschärfte antikommunistische Hetze in Presse, Funk und Fernsehen eine ständig wachsende Lebensgefahr. Wie weit diese Hetze bereits geht, machen Äußerungen von CDU-Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft deutlich, die ein Drittel aller Bremer Hochschullehrer als „Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande" und als „Verbrecherbande" beschimpften.

Faschistische Elemente werden dadurch in ihrem Haß gegen alles Linke bestärkt und ermuntert, ihre terroristischen Aktivitäten zu steigern. Das zeigt nicht nur der feige Mordanschlag auf H. Scholz, sondern auch die zunehmend militanten und provokativen Aktivitäten der Faschisten in vielen Teilen Westdeutschlands (über die wir ja ständig im ARBEITERKAMPF berichten).

Opel-Rüsselsheim:

Mordanschlag auf Modellbauer!

Bemerkenswerte Parallelen zu dem Mordanschlag auf den Genossen H. Scholz vom Bremer Vulkan weist ein Anschlag auf den Rüsselsheimer Opel-Arbeiter Dreisbach (48 Jahre alt) auf: Kollege Dreisbach wurde etwa zur gleichen Zeit wie H. Scholz von einem maskierten Messerstecher (!) angefallen und durch mehrere Stiche lebensgefährlich verletzt!

Bemerkenswert ist noch, wie die Bremer Lokalpresse über den Mordanschlag berichtet hat. In einer ersten Meldung hieß es, daß H. Scholz s e l b s t – im Gegensatz zur „KPD" – politische Motive ausgeschlossen habe! Um es nochmal für jeden deutlich zu machen, erschien nur einen Tag später die Meldung, H. Scholz vermute „einen persönlichen Racheakt"!

Bei einer Rücksprache mit dem Genossen erklärte er uns, daß er nie davon gesprochen habe, daß die politische Motive ausschließe. Er habe im Gegenteil betont, keine „persönlichen Feinde" zu haben. Die Meldung mit dem „persönlichen Racheakt" sei frei erfunden. Er selbst sei völlig sicher (und habe das auch dem „Weserkurier" so gesagt), daß es sich um einen politisch motivierten Mordversuch handelt.

Hier wird wieder einmal deutlich, wie in diesem System „Meinung" erzeugt wird: Wenn auf einen Vertreter der etablierten Parteien (wie z.B. den CDU-Mann Leisler-Kiep) geschossen wird, so nehmen Polizei und Massenmedien sofort die Jagd auf „anarchistische Gewalttäter" auf. Wenn auf einen kommunistischen Arbeiter ein faschistischer Mordanschlag verübt wird, so versucht man emsig, alle politischen Hintergründe zu vertuschen!

KB/Gruppe Bremen

Fortsetzung von Seite 26

Nach rechts drückt der Staat ein Auge zu

monstrationstaten strafrechtlich ungeahndet bleiben müssen, wenn keine höhere Strafe als neun Monate Freiheitsentzug zu erwarten ist" („Frankfurter Rundschau", 5.1.71).

Der illegale Einsatz einer paramilitärisch ausgebildeten und bewaffneten privaten Polizeitruppe unter dem Namen „NPD-Ordnerdienst" beschäftigte die Gerichte überhaupt nicht.

Auch die Benutzung von 40 supermodernen Polizeihelmen vom Typ „Jet" durch die NPD-„Ordner" blieb ungeahndet. Die Helme werden von einer Ulmer Firma grundsätzlich nur an die Polizei geliefert. Klare Hinweise auf den Geschäftsführer der Lederwarenfirma „Colibri-Goldadler" und NPD-Mitglied Paul Adam blieben unbeachtet. Adam hatte schon früher offenbar für das Verschwinden weiterer 2.000 Helme gesorgt. Hersteller Dr. Römer wurde von den Schiebungen schließlich unterrichtet – unternahm aber nichts. Auch die Polizei bekundete lediglich: „Wir sind sehr interessiert". Weitere Untersuchungen hat man nicht angestellt. Es hätte auch bedeutet, die kapitalkräftigen Hintermänner der NPD sowie ihre Verbindungen in den Polizeiapparat hinein aufzudecken.

NDBB

20. Juli 1972: Roland Tabbert, Vorsitzender der „Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung" (NDBB), Hauptsitz Hanau, wird von einer Anklage wegen Volksverhetzung freigesprochen. Anlaß für die Anklage war ein Satz in einem Interview, das Tabbert im August 1971 dem Westberliner SFB gegeben hatte: *„Wir werden diesen dreckigen, abartigen, verkommenen bolschewistischen Schweinen endlich ihre verkommenen Schnauzen plattschlagen, wo wir sie treffen."*

Vor Gericht lamentierte Tabbert jedoch, die NDBB sei „generell gegen Gewaltanwendung" und stehe „auf dem Boden des Grundgesetzes". **„Diese Einlassungen konnten dem Angeklagten nicht widerlegt werden"** (nach Westberliner „Tagesspiegel", 20.7.72).

Im April 1971 wurden in Tabberts Wohnung in Hanau von der Polizei beschlagnahmt: Uniformen mit einem hakenkreuzähnlichen „NDBB"-Wappen, Orden, ein Trommelrevolver. Zum „10. Jahrestag des Mauerbaus" (August '71) wurden bei Tabbert erneut Waffen gefunden, diesmal: mehrere Karabiner, eine Jagdflinte, ein Zielfernrohr. Die NDBB hatte geplant, zusammen mit BHJ und APM Provokationen an der Grenze zur DDR durchzuführen. Zwei Westberliner Mitglieder der NDBB, Helge Röthcke und Ernst Retza, wurden unter dem Verdacht, eine dem Gedenken Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gewidmete Tafel in die Fensterscheiben des Westberliner „Extra-Dienst" geworfen zu haben, festgenommen, aber sofort wieder freigelassen.

Laut Tabbert hatte die NDBB allein im Bezirk Hanau eine Mitgliedschaft von ca. 40 Mann, darüber hinaus Gruppen in verschiedenen westdeutschen Städten und in Westberlin. Außerdem beste Verbindungen zu militant-faschistischen Gruppen im ganzen Bundesgebiet – aber das Gericht konnte angeblich Tabberts dreiste Behauptung nicht widerlegen, er sei „generell gegen Gewaltanwendung"! .....

EBF

Juli 1972: Fünf angeklagte Mitglieder der „Europäischen Befreiungsfront" (EBF) werden „verurteilt": sechs Monate bis ein Jahr Haft „auf Bewährung" und mit der Auflage, Geldbußen zwischen 1.000 und 4.000 DM zu zahlen.

Die EBF war 1965 als militärische Untergrundorganisation gegründet worden. Ihr Manifest liegt in dem Slogan „Europa erwache". Zum Treffen Brandt-Stoph in Kassel am 21.5.70 hatten sie verschiedene Provokationen und Terrorakte geplant. Einen Tag vor Durchführung dieser Pläne wurde die Gruppe jedoch ausgehoben.

Die näheren Ermittlungen liefen zunächst gegen 35 Mitglieder, alles eingeschriebene NPD-Mitglieder, größtenteils mit NSDAP-Vergangenheit, ein Großteil durch den „Ordnerdienst" der NPD auf aktuelle Fragen gedrillt.

Schon beim ersten Zugriff beschlagnahmte die Polizei *„15 Pistolen, drei Trommelrevolver, drei Kleinkalibergewehre, eine Jagdflinte, zwei Karabiner, ein Sturmgewehr, eine Maschinenpistole, 1.000 Schuß Munition und diverse Schlagringe."* („WamS", 31.5.70)

Weitere Waffenverstecke wurden von der Polizei „vermutet", aber nicht „gefunden". Trotzdem wurden alle Festgenommenen bis auf einen umgehend wieder freigelassen, weil angeblich keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr bestand! Der 1972 stattgefundene Prozess enthüllte dann noch einen bemerkenswerten Umstand: Der Kronzeuge der Anklage, Krahberg, entpuppte sich als Agent des „Verfassungsschutz"! Er übernahm großzügig die Schuld, die EBF gegründet zu haben, während die Tätigkeit der anderen mehr ideologischer Natur gewesen sei . . .

Seine durch den „Verfassungsschutz" begrenzte Aussagegenehmigung war für ihn dabei Schutz und verhinderte zugleich eine breitere Enthüllung und Verfolgung der faschistischen Umtriebe im Dunstkreis der NPD und anderer faschistischer Kreise.

Waffenschieber

Ein besonderes Kapitel ist der illegale Waffenhandel, der sich im Feld zwischen faschistischen Untergrundorganisationen mit internationalen Verbindungen und Kontaktleuten der Rüstungsindustrie abspielt. Alle halbe Jahre wieder fliegt irgendwo eine Schieberzentrale oder auch einmal ein ungeschickter Kontaktmann auf. Sofern die Bourgeoisie diese Waffenfunde nicht der anarchistischen Linken in die Schuhe schieben kann – und das gelingt selten – folgt nach einer ersten Meldung in der Regel nur noch Schweigen in der Presse.

Wir wollen zur Verdeutlichung nur ein paar Daten seit 1969 nennen:

1969: Ein Waffenschmugglerring, Sitz München, fliegt auf. Die Waffen waren hauptsächlich in den Iran verschoben worden. („Süddeutsche Zeitung", 5.11.69) Urteile – ?

1970: Waffenschmuggel durch Mitglieder der NPD aufgedeckt. („WamS", 31.5.70) Urteile – ?

1973: „Polizei entdeckt Waffenarsenal." Der Installateur Rupert O. lagerte Gewehre, Pistolen und Material zur Pulverherstellung im Wert von 10.000 Mark. *„Rupert O. bezeichnet sich als Waffenfanatiker . . . Der 42-Jährige ist übrigens bei der Polizei schon bekannt."* („Süddeutsche Zeitung", 7.2.73) Urteil – ?

1973: Eine 30 Mann starke internationale Waffenschmugglerclique wird in Nürnberg aufgedeckt. 2.000 Pistolen wurden von Nürnberg aus verkauft. Gewinn 150.000 Mark. Urteile – ?

1974: Nach viermonatiger Beobachtung durch die Polizei fliegt ein Waffenhändlerring in Westberlin auf. Vier Personen wurden verhaftet, mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Urteile – ?

1974: In Saarbrücken wird ein Waffenhändlerring ausgehoben, 28 Personen werden festgenommen. Die Organisation soll Kontakte mit kroatischen Faschisten gehabt haben. Ihre „Abnehmer" seien vermutlich inund ausländische Untergrundorganisationen, die aber nach den Worten des saarländischen Innenministers Alfred Wilhelm *„nicht unbedingt politisch tätig sein müssen"*. („Welt", 3.10.74)

Die Hoffmann-Truppe

Ein besonders eindeutiges Exemplar eines solchen Waffenschmugglers ist der Fall Hoffmann in Nürnberg. Bereits 1956 wurde er wegen illegalen Waffenbesitzes „verwarnt". Am 13.7.63 wurde seine Festnahme wegen Waffenschmuggel in der Türkei in der Presse gemeldet. Heute drillt er eine mehr als 20 Mann zählende Truppe für den „Sieg der Bewegung" und gegen „Bolschewik und Kapital". (? ?) Er und seine Truppe wurden Mitglieder im Traditionsverband ehemaliger Wehrmachtssoldaten, „Stahlhelm".

Dort bilden sie eine Gliederung des „Stahlhelm – Gau-Nordbayern". Obwohl Hoffmann der Nürnberger Polizei sattsam bekannt ist, wurde er als ungefährlich eingestuft, bekam das Schloß Almoshof für seine Zwecke vermietet und für die von ihm benötigten Waffen sogar einen Waffenschein.

„Rechts ist nie radikal . . ."

Nach dieser Devise scheint der bürgerliche Staat und seine Parteien gegenüber den Faschisten vorzugehen.

Entsprechend dieser Devise wird z.B. in den Berichten des „Verfassungsschutz" regelmäßig beschworen, daß der „Rechtsradikalismus „keine Gefahr" mehr sei, während die Gefährlichkeit der Linken, einschließlich der schon fast regierungsfrommen DKP, in grellen Farben ausgemalt wird. So ist es weiter kein Wunder, daß unter Dutzenden von Lehrern, die im Zuge der Berufsverbote gegen „Radikale im Öffentlichen Dienst" entlassen wurden, kaum zwei oder drei Rechtsradikale sind.

Lehrer, die hohe Funktionen in der neofaschistischen NPD innehaben, Lehrer, die offen für den Aggressionskrieg und für die Nazi-Diktatur Stimmung machen („So schlecht war das alles gar nicht.") läßt der Staat ganz gern auf die Schüler los. Auch daß z. B. in Schleswig-Holstein ein Oberstleutnant Witt als „Spitzenkandidat" der NPD für die Landtagswahlen auftritt, stört den „Rechtsstaat" nicht, sondern wird dem Nazi-Offizier im Gegenteil mit Sonderurlaub zur Führung seines Wahlfeldzuges honoriert.

Dieselbe Tendenz drückt sich in der juristischen Schonbehandlung überführter faschistischer Krimineller aus. Auf dieselbe Weise wurden vor 1933 die Faschisten aufgepäppelt. Denn im Sinn des Kapitalismus sind diese Todfeinde der Arbeiterklasse und der Demokratie durchaus eine „staatserhaltende Kraft"!

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vetriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
öffentliche Bürostunde:
mittwochs 14.00 - 18.30 Uhr

Göttingen:
KAG in Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hildesheim:
Postlagerkarte A 019 075

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Mo. + Do. 17 - 19 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

und weitere Vertriebsgruppen

CDU/CSU deckt Kriegsverbrecher

Vier Jahre (!) nach Unterzeichnung des Kriegsverbrecherabkommens BRD-Frankreich hat Mitte Januar endlich der Auswärtige Ausschuß dem Bundestag empfohlen, diesem Abkommen zuzustimmen. Die Vertreter der CDU/CSU im Ausschuß sowie der FDP-Abgeordnete Achenbach stimmten g e g e n diese Empfehlung. Die CDU/CSU begründete ihre Ablehnung mit angeblichen *„erheblichen Rechtsunsicherheiten"* (für die Kriegsverbrecher!); Achenbach hatte schon vor Monaten erklärt, er sei gegen das Abkommen: *„Einmal muß Schluß sein ... aus humanitären und christlichen Gründen"*...

Die faktische Ablehnung des Kriegsverbrecherabkommens BRD-Frankreich durch die CDU/CSU zeigt klar das o f f e n e Eintreten dieser reaktionären Kräfte für eine Schonung der faschistischen Massenmörder.

Das Kriegsverbrecherabkommen soll ermöglichen, daß im Ausland abgeurteilte Kriegsverbrecher (die der westdeutsche Staat „natürlich" nicht ausliefert!) zumindest in der BRD vor Gericht gestellt werden können – auch wenn in der BRD die Kriegsverbrecher ohnehin mit schändlich geringen „Strafen" davonkommen (z.B. drei Jahre wegen Beihilfe zum Mord an 15.000 Juden u.ä.) bzw. aus „gesundheitlichen Gründen" gar nicht erst hinter Gitter müssen.

Laut Auskunft der zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen würden nach Inkrafttreten des Abkommens BRD-Frankreich etwa 900 bis 950 Altnazis „überprüft" werden; jedoch wird mit nur sehr wenigen Verfahren (22 nach Schätzung der Regierung) gerechnet. *„Ein großer Teil der zu überprüfenden Personen wird vermutlich gar nicht mehr leben, und die anderen werden – wie sich bei zahlreichen NS-Verfahren in der Vergangenheit gezeigt hat – zum großen Teil in einem so hohen Alter sein, daß man mit Verhandlungsunfähigkeit rechnen muß"* (Rückerl, Leiter der „Zentralstelle", laut „FR" vom 5.2.75).

Prominentester Betroffener ist Kurt Lischka, während des Faschismus u.a. Gestapo-Chef im besetzten Paris; verantwortlich für die Verschleppung und Ermordung von mehr als 100.000 Juden. In Frankreich schon 1950 zu lebenslanger Haft verurteilt, lebt Lischka in der BRD immer noch als freier Mann. Die Antifaschistin Beate Klarsfeld, die durch einen symbolischen Entführungsversuch Lischkas auf diese Tatsache aufmerksam machen wollte, wurde im Juli vorigen Jahres zu zwei Monaten Haft „ohne Bewährung" verurteilt.

Ein Schlaglicht fiel damals auch auf Achenbach – jenen FDP-Abgeordneten, der jetzt zusammen mit den Vertretern der CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuß gegen das Abkommen stimmte. 1940 - 43 war er Leiter der sogenannten „Politischen Abteilung" der deutschen Botschaft im besetzten Paris, Mitarbeiter Lischkas und der Gestapo. Nach dem Krieg trat er als Verteidiger von Kriegsverbrechern auf.

Am 30. Januar hat der Bundestag dem Kriegsverbrecherabkommen BRD-Frankreich gegen die Stimmen der CDU/CSU endlich zugestimmt.

Unabhängig davon zeigt die vier Jahre lange Verschleppung dieses Abkommens (das überdies erst volle 26 Jahre nach Kriegsende abgeschlossen wurde!) wie in der BRD „Vergangenheitsbewältigung" vom Staat und den bürgerlichen Parteien gehandhabt wird – nämlich am liebsten gar nicht!

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Bundesverdienstkreuz statt Gefängnis!

Der Reeder Hans Edwin Reith, Herr über 20 Schiffe der Orion-Schiffahrtsgesellschaft, Kapitän zur See der Reserve, Vorsitzender des Deutschen Nautischen Vereins, ehemals auch des Beirats der Seefahrtsschule Hamburg und des Kuratoriums Deutscher Seemannsschulen, seit 1973 Vizepräsident der Internationalen Shipping Federation, bekam vor kurzem vom Hamburger Senator Kern im Auftrag des Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz an die Brust geheftet, was einen Sturm der Empörung bei den Seeleuten und vielen fortschrittlichen Menschen hervorrief.

Hans Edwin Reith ist als einer der brutalsten und reaktionärsten Blutsaugern unter den BRD-Reedern bekannt. Schon am 20. März 1972 gab Reith in der „Bild"-Zeitung bekannt: *„Mehr Härte an Bord wäre besser als Ausbildung und bequeme Kammern."*

Sagt dieser mit unglaublicher Offenheit vorgetragene Angriff auf die grundlegendsten Bedürfnisse und Rechte der Seeleute, nämlich eine gute Berufsausbildung und vernünftige Lebensbedingungen an Bord schon alles, so wird das, was Reith über die arbeitenden Menschen auf seinen Schiffen denkt, besonders anhand eines Briefes vom 8. Februar 1972 deutlich. Dieses Schreiben richtete Reith an das CDU-Bundestagsmitglied Orgaß, der eine Anfrage an die Bundesregierung in Sachen Seeschiffahrt gerichtet hatte.

Es heißt dort u.a.: *„Es gibt dort eine ganze Reihe von sogenannten „Fluktuanten" unter den deutschen Seeleuten, die eine Dienstzeit von zwei oder drei Tagen an Bord annehmen, unter irgendwelchen Gründen abmustern, um sich dann hinterher krank schreiben zu lassen ... Die Garantie des Arbeitsplatzes darf nicht so weit gehen, daß wir hiermit eine soziale Versorgung konstruieren, der auf der anderen Seite die Basis genommen ist, mit diesen Arbeitsplätzen die nötigen Mittel zu beschaffen, die nun einmal notwendig sind, um diese Arbeitsplätze entsprechend zu honorieren. Die Mehrbelastungen, die*

die nun einmal notwendig sind, um diese Arbeitsplätze entsprechend zu honorieren. Die Mehrbelastungen, die

einer Reederei durch Fluktuation (schneller Besatzungswechsel) wegen angeblicher Krankheit (für uns nicht nachprüfbar) entstehen, belasten in einem unzuträglichen Maße die Mitarbeiter, die gewillt sind, in Ordnung und gutem Bewußtsein ihren Dienst zum Wohle aller zu tun, daß hieraus entsprechende Maßnahmen erwachsen."

In diesen Zeilen unterstellt Reith mit einer nicht zu überbietenden Unverschämtheit den Seeleuten auf seinen Schiffen, sie würden krank feiern, ohne krank zu sein, den Ärzten somit, sie würden Menschen krank schreiben, die nicht krank sind. Offensichtlich soll diese Unterstellung dazu dienen, von dem sprunghaften Anstieg der Betriebsunfälle, auch mit tödlichem Ausgang, abzulenken und das Ansteigen der Krankenziffern auf mangelnden Arbeitswillen der Seeleute zurückzuführen, statt auf die unzumutbar gewordene Belastung der arbeitenden Menschen an Bord (unterbesetzte Schiffe usw.) und Mißstände im Sicherheitswesen an Bord, die oft haarsträubend sind.

Edwin Reith hat allen Grund, von den Zuständen auf seinen Schiffen abzulenken. So haben erst vor kurzem wieder sechs Seeleute auf der „Hannah Blumenthal" fristlos gekündigt, weil das Schiff nach einer Kollision (=Zusammenstoß) unrepariert auslaufen sollte!!

Der Befund des Germanischen LLoyd (eine Art TÜV für Schiffe) war: Schiffskörper nicht dicht (!!!). eine Lenzpumpe funktioniert nicht, Hilfsdiesel und Notstromaggregat nicht funktionstüchtig, Rettungsbootsignale abgelaufen, Aufgang zum Rettungsboot fehlt, Leckschraube fehlt, Feuerlöscheinrichtungen nicht vollständig, Steuerbord-Gangway nicht in Ordnung ... (laut DKP-Flugblatt vom 11.1.75) Das Schiff wurde an die Kette gelegt.

Am 14.1.75 wurden zwei (!!) Schiffen Reiths, der Grethe Reith" und der „Lotte Reith" die Fahrterlaubnisscheine abgenommen! An demselben Tag erklärte der Reeder laut Mitteilung des Fachschaftsrates der Studentenschaft der Seefahrtsschule Hamburg seinen Austritt aus dem Verband Deutscher Reeder (VDR).

Die Liste der Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen könnte weiter fortgesetzt werden. Daß es Reith bei derartig schweren Verstößen gegen die Sicherheitsbestimmungen und Ausrüstungsvorschriften angesichts einer steigenden Zahl von Unfällen wagt, steigende Krankenziffern mit „Krankmacherei" der Menschen an Bord seiner Schiffe zu erklären, ist mehr als nur eine Frechheit und Provokation. Für die Zustände auf seinen Schiffen gehört Herr Reith in den

seiner Schiffe zu erklären, ist mehr als nur eine Frechheit und Provokation. Für die Zustände auf seinen Schiffen gehört Herr Reith in den

Knast!

Sollte Herr Reith das Bundesverkreuz dafür erhalten haben, daß er es geschafft hat, die Menschen auf seinen Schiffen zu schinden, ohne bisher dafür von den Seeleuten zur Rechenschaft gezogen worden zu sein?

In einer weiteren Passage seines Briefes an Orgaß äußert sich Reith über den Alkoholmißbrauch auf seinen Schiffen. Er schreibt: *„Aufgrund der Gesetzgebung (Seemannsgesetz) ist es leider nicht mehr möglich, den Alkoholmißbrauch an Bord der deutschen Seeschiffe im Griff zu behalten. Erschreckend haben sich die Alkoholexzesse auf deutschen Schiffen ausgeweitet. Bei einer mittleren deutschen Reederei vergeht keine Woche, in der nicht mindestens einmal von verantwortungsbewußten Schiffsführern Klage über Alkoholmißbrauch an Bord, bis in die Offiziersstellen hinein, geführt wird."*

Daß die Ursachen des Alkoholmißbrauchs in den katastrophalen Verhältnissen an Bord seiner Schiffe (und nicht nur seiner) begründet sind, scheint Reith überhaupt nicht zu interessieren. Umso mehr interessiert er sich aber für das Geld, das mit ihm über den Alkoholverkauf an Bord abgerechnet wird. Auf Handelsschiffen gibt es nämlich Kantinen, in denen die Seeleute die von den Reedereien zollfrei gekauften Spirituosen, Zigaretten und Genußmittel zum Selbstkostenpreis kaufen können. **Es ist nun bekannt, daß der auf Reiths Schiffen verkaufte Alkohol nicht zum Selbstkostenpreis verkauft wird, so daß für die Reederei noch ein Gewinn erzielt wird. Auch andere Waren wurden oft zu weit überhöhten Preisen an Besatzungsmitglieder abgegeben.**

Die grenzenlose Profitgier des frischgebackenen Ordensträgers spiegelt sich auch in den Verstößen gegen tarifliche Abmachungen, Heuerauseinandersetzungen usw. wider, Reith soll seinen Leuten unter anderem Urlaubsgeld vorenthalten haben, und er soll zuweilen die Heuer, so sagt die DAG, in ägyptischen Pfund (!) ausgezahlt haben – in einer Währung, die in nicht gerade günstigem Umrechnungskurs zur DM steht. Die ÖTV schätzt, daß ihre Rechtsstreitigkeiten für die gesamte Seeschiffahrt zu 25 % (!) Reith betreffen. Meist geht es um Verstöße gegen tarifliche Abmachungen, Vorenthalten des Urlaubsgeldes und Unterbesetzung von Schiffen. Erst in den letzten Tagen wurde wieder ein Fall bekannt, in dem zwei Besatzungsmitgliedern eine Urlaubsentschädigung von ca. 7.000 DM vorenthalten wurde.

Auch privat scheint Herr Reith Probleme mit Mannschaften zu ha-

vorenthalten wurde.
Auch privat scheint Herr Reith Probleme mit Mannschaften zu ha-

ben. Weil er seine 200.000-DM-Jacht „Hobby" nicht regattamäßig besetzen konnte, kaufte er sich noch schnell ein etwas kleineres Spielzeug für 100.000 DM dazu, die Jacht „Hobbytry".

Wenn man bedenkt, daß die Bundesregierung das westdeutsche Kapital sanieren will, wie immer natürlich auf dem Rücken der arbeitenden Menschen, so verwundert es nicht, daß der brutalste und reaktionärste unter den BRD-Reedern ein Bundesverdienstkreuz an die Brust geheftet bekam. Vielleicht, weil er mit den staatlichen Spritzen besonders gewinnträchtig wucherte!?

Wofür erhielt Reith seine „Ehrung"? Etwa für „Verdienste um den Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt," für die „Ausbildung des seemännischen Nachwuchses" und seine Verdienste um die „sozialen Belange der Seeleute"?? (Zitat aus der Mitteilung der Senatskanzlei) Einen besseren Witz hat es wohl lange nicht gegeben!

Reith scheint vielmehr sein Verdienstkreuz dafür bekommen zu haben, daß er als U-Boot-Kommandant der faschistischen Marine hunderte von Seeleuten zu den Fischen schickte, daß er als einer der abgebrühtesten der nicht gerade zimperlichen bundesdeutschen Reeder in widerwärtiger Weise „seine" Seeleute übervorteilte, täuschte und betrog, auf ihrem Rükken seine Reederei aufbaute und jetzt im Schutz von scharfen Hunden in übelster Weise durch Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen die Gesundheit und das Leben von Seeleuten aufs Spiel setzt.

Hierfür bekam er den Orden, denn andere „Verdienste" hat er nicht! Damit ist diese Ordensverleihung auch Zeichen der zunehmenden Rechtsentwicklung in der BRD. Wenn die Seeleute einen Orden bräuchten, so hätte er denen unter ihnen gebührt, die Reith bekämpft haben! Reith aber gehört in den Knast!

Seeleute-Genossen

KB-Gruppe Hamburg

Westberlin

Bullen in Feuerwehruniform

Am 23. Januar wurde einstimmig von allen drei Fraktionen des Westberliner Abgeordnetenhauses ein „Allgemeines Gesetz zum Schutz der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung" verabschiedet.

Dieses Gesetz sieht unter anderem vor, daß die Feuerwehr polizeiliche Befugnisse wahrzunehmen hat, wenn die Bullen nicht selbst rechtzeitig am Einsatzort präsent sind.

Woran konkret gedacht ist, wurde recht freimütig in einem Beitrag der Westberliner „Abendschau" vom 21. Januar erklärt: z. B. an die Festnahme mutmaßlicher Brandstifter, die sich bei Eintreffen der Feuerwehr noch am Brandherd aufhalten sollten, vor allem aber an die Festnahme von Demonstranten (!), wenn es im Zusammenhang mit Demonstrationen zu Bränden kommt.

Trotz seines eindeutig klassenkämpferischen Charakters wurde dieses Gesetz fast ohne Beachtung durchgegangen. Nur die Westberliner ÖTV äußerte „schwerwiegende Bedenken", daß die Feuerwehr künftig auch Aufgaben außerhalb des „humanitären Raumes" zu übernehmen habe. Die bisherigen Gesetze und Vorschriften seien völlig ausreichend.

Kritisiert wird von der ÖTV allerdings nicht, daß der Polizeiapparat sozusagen unter der Decke erweitert wird (im Gegenteil fordert die ÖTV die forcierte Verstärkung der Polizei – dazu im nächsten AK), sondern nur, daß die Feuerwehr zu stark belastet werden könnte. „Vergessen" – oder vielmehr vernebelt – wird außerdem die Tatsache, daß solche Organe wie die Feuerwehr im Alltag der BRD und Westberlins bereits Hilfsorgane der Polizei sind. Über die gegenseitige Unterstützung und den kontinuierlichen Erfahrungsaustausch hinaus wird die Feuerwehr z. B. auch an Großfahndungen und Absperrungs- und Sicherungsaufgaben verschiedenster Art beteiligt. Auf Grundlage des neuen Gesetzes soll diese Kooperation jedoch erheblich ausgeweitet werden. Ohne nennenswerten Kostenaufwand hat die Bourgeoisie mithin – in Ergänzung zur Aufrüstung der „eigentlichen" Polizeiorgane und ihrer Reorganisierung im Rahmen der sogenannten „Polizeireform" – ihr Unterdrückungsinstrumentarium um ein weiteres Stück perfektioniert.

Ein Westberliner Genosse

Westberlin

Aktionseinheit gegen Strauß torpediert

Am 3. Februar eröffnete die Westberliner CDU die „heiße Phase" ihres Wahlkampfes mit einer Großveranstaltung in der „Deutschlandhalle". Vor 8.000 Zuhörern kübelten Carstens, Kohl, Lorenz und als brauner Einpeitscher F.J. Strauß ihr revanchistisches Gift aus, hetzten in faschistischer Manier gegen alles Linke („Nur wer so lange mit roten Zellen gelebt hat, daß sie die Gehirnzellen auffressen konnten, kann glauben, daß rote Zahlen in Bilanzen etwas Gutes seien") und bliesen zur „Abkehr von den sozialistischen Experimenten" und zur „Stunde der Ablösung in Berlin".

Die Westberliner KB-Gruppe nahm diese Provokation zum Anlaß für eine antifaschistische Agitation in Stadtteil und Betrieb. In einem Flugblatt wurde Strauß als Politiker gebrandmarkt, dessen Name nicht nur unlösbar mit unzähligen Korruptionsskandalen und Begünstigungsaffären verknüpft ist, sondern der auch wesentlicher politischer Befürworter einer offenen reaktionären Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse ist. Es wurde von uns die Notwendigkeit betont, *„daß die bewußtesten und fortschrittlichsten Menschen und in erster Linie die Arbeiterklasse gegen diese Entwicklung ankämpfen, den Reaktionären jeden Fußbreit für ihre Demagogie streitig machen und aktiv ein Beispiel geben, daß es möglich ist, diese Angriffe zurückzuschlagen".*

In diesem Sinne forderten wir die Organisationen „KPD", KBW, „KPD/ML", SEW, Spartacusbund, GIM, Falken, BDP, Umbruch, Naturfreundejugend, JUSOs und JUDOs auf, dem provokatorischen Straußauftritt mit einer gemeinsamen antifaschistischen Aktion entgegenzutreten und zur Vorbereitung eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen.

Jedoch gerade die verschiedensten „einzigen Parteien" bzw „Organisationen der Arbeiterklasse", die sich in Westberlin zur Wahl stellen, ließen nichts von sich hören; von den eingeladenen Organisationen erschienen nur die trotzkistischen Gruppen GIM und Spartacus.

Mit ihnen wurde – neben der Veranstaltung – eine gemeinsame Demonstration von der Deutschen Oper durch die Charlottenburger Arbeiterbezirke zu dem in der Nähe der „Deutschland"halle gelegenen S-Bahnhof Witzleben vereinbart. Ob die CDU-Veranstaltung militant gestört würde, sollte „vor Ort" auf Grundlage der konkreten Kräfteverhältnisse entschieden werden.

Die Veranstaltung

Die Veranstaltung

Am 31.1. wurde die Veranstaltung durchgeführt, zu der ca. 200 - 250 Genossen kamen. Ihrem Anspruch konnte die Veranstaltung allerdings nicht gerecht werden. Erstens, weil die Redner der verschiedenen trotzkistischen Gruppen die Veranstaltung einerseits zum Austragen ihres familieninternen Gezänks mißbrauchten und andererseits die Diskussion auf ein fruchtloses seminaristisches Geschwätz über die „Kategorie des Faschismus" herabzuzerren versuchten.

Zum zweiten aber ist auch die Westberliner KB-Gruppe nicht in der Lage gewesen, solche Abschweifungen zu unterbinden, den Charakter der Veranstaltung zu prägen und die Diskussion auf die wesentlichen politisch-theoretischen Differenzen und die praktischen Aufgaben zu konzentrieren.

Spaltungsmanöver – 1. Akt

Gegen Ende der Veranstaltung platzte zu schlechter Letzt urplötzlich ein von den Spontis getragenes „Anti-Folter-Komitee" herein und forderte die Veranstaltungsteilnehmer in erpresserischer und provokatorischer Weise auf, die antifaschistische Demonstration fallenzulassen und stattdessen (!) zur gleichen Zeit an ihrer Demonstration zur Unterstützung des Durststreiks der inhaftierten „RAF"-Genossen teilzunehmen; wer das nicht wolle, sei ein Schwein...

Einen Tag später hängten sich Spartacus und GIM an die Spontis – offensichtlich, weil sie sich dort einen größeren Bahnhof versprachen oder um zu beweisen, daß sie keine Schweine sind – und sagten damit praktisch ihre Teilnahme an der antifaschistischen Demonstration ab. Um das Maß voll zu machen, wurde der Beginn der Demonstration – auf Vorschlag der GIM!! – zunächst auf Montag, 17.00 Uhr, Deutsche Oper – also auf den Sammlungsort der Anti-Strauß-Demonstration – festgelegt.

Als die Spontis sich hinter dem Rükken der Trotzkisten für einen anderen Ort entschieden, schwenkten die Trotzkisten noch einmal um 180° herum und mobilisierten wieder – wohl um nicht völlig nackt dazustehen – für die Strauß-Demonstration! ... Unter derart ungünstigen äußeren Bedingungen wurde die antifaschistische Demonstration durchgeführt, die trotz relativ geringer Beteiligung (knapp 200 Menschen), einen gewissen Agitationswert hatte.

Spaltungsmanöver – 2. Akt, oder: Ladenborniert seit eh und je, das ist und bleibt die „KPD"

Während der KBW und die meisten anderen der von uns angeschriebenen Gruppen weder Massenflugblätter gegen den Strauß-Auftritt verbreiteten, noch in irgendeiner Weise in ihrer Presse ein Wort dazu äußerten, stellte die „KPD" wieder einmal ihre „führende" Rolle unter Beweis. Zunächst war keine offizielle Begründung zu hören, warum sich die „KPD" nicht an der gemeinsamen Aktion gegen Strauß beteiligt, sondern nur inoffizielle Stellungnahmen von ihren Zeitungsverkäufern, wie: Der Charakter der Aktionseinheitsdemonstration sei der einer „Unterstützungs-Aktion für die SPD" oder: „Wir können doch keine gemeinsame Sache mit Leuten machen, die uns nicht im Wahlkampf unterstützen"! (Zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der „KPD", denen bis dahin unsere Initiative zur AE unbekannt gewesen war, bedauerten allerdings die Politik ihrer Führung).

Kurz vor der CDU-Veranstaltung ließ die „KPD" dann vom KSV unter dem Titel „Bereiten wir Strauß den gebührenden Empfang" ein Flugblatt verteilen, in dem unsere Initiative mit keinem Wort erwähnt wird. Stattdessen plustert man sich in Auseinandersetzung mit der SEW als „einzig" konsequenter Kämpfer auf: *„Am Montag wird sich zeigen, wer bereit ist, die CSU zu bekämpfen und wer nicht. Dann werden sich die tollen Sprüche der SEW, nach denen sie die einzige konsequente Kraft gegen die CSU-Reaktion darstellt, in Nichts auflösen. Wir fordern alle Anhänger von SPD und SEW, jeden Demokraten und Sozialisten auf: Bekämpft gemeinsam mit uns den Reaktionär Strauß! Kommt mit zur Kundgebung vor die Deutschlandhalle!"*

Vor der „Deutschland"halle – d.h. in einer ansonsten völlig menschenleeren Gegend – wurde eigens für die Besucher der Strauß - Veranstaltung und die massenhaft aufmarschierten Bullen eine Kundgebung durchgeführt und ein Flugblatt verteilt, in dem sie

und die massenhaft aufmarschierten Bullen eine Kundgebung durchgeführt und ein Flugblatt verteilt, in dem sie

zur Wahl der „KPD" aufgefordert wurden.

Hier zeigt sich das Verständnis dieser „KPD" vom Wahlkampf sehr deutlich: Ihr Versprechen, „den Wahlkampf mit dem Klassenkampf zu verbinden", erweist sich als hohle Phrase. Gerade ihre Politik anläßlich des Strauß-Auftritts zeigt, daß es ihr weder darauf ankommt, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Faschisierung zu erziehen, noch es ihr um eine *erfolgreiche* militante Verhinderung oder Störung solcher Veranstaltungen geht. Sondern ihr geht es primär darum, in der Art eines eitlen, völlig im „Wahlkampf" aufgegangenen Kretins, „da" zu sein, gesehen zu werden und vielleicht auch in der bürgerlichen Presse erwähnt zu werden.

Angesichts einer derartigen Zersplitterung der Linken war natürlich nicht daran zu denken, in die durch Sperrgitter und durch ein gigantisches Bullenaufgebot „gesicherte" Halle einzudringen und Strauß & Co. auch nur ansatzweise an der Verbreitung ihrer Hetze und Demagogie zu hindern.

KB/Gruppe Westberlin

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500
Erscheinungsweise: 4 mal vierteljährlich
Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Einem Teil dieser Auflage ist ein Extra-Blatt vom Rebell beigelegt.

Hannover:

Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen



Im Großraum Hannover (1 Mio. Einwohner) soll der bisher bestehende Einheitstarif für den öffentlichen Nahverkehr abgeschafft werden. Bisher kostete eine Fahrt 75 Pfg. Dieser Tarif galt im gesamten Großraum, also auch bei Bahn und Post. Zum 1. April sollen nun die Preise drastisch erhöht werden; z. B. bei den Rentnerkarten um 80 % (!); anschließend soll zum 1. Juni der Einheitstarif einem Drei-Zonen-Tarif mit zwei Preisstufen weichen. Insgesamt bringt dies Erhöhungen bis zu 150 % mit sich! Hinter der Einführung eines Drei-Zonen-Tarifs steht sicherlich auch der längerfristige Plan, nicht nur zwei, sondern drei Preisstufen einzuführen. Durch die etappenweise Erhöhung der Fahrpreise soll der Protest ebenso gespalten werden wie dadurch, daß die Monatskarten für Erwachsene in der ersten Stufe nicht erhöht werden.

Ein Chamäleon namens SPD

Diese Fahrpreiserhöhung wurde durch eine langwierige Pressekampagne vorbereitet. Zunächst hieß es, daß sich am Tarif überhaupt nichts ändern würde. Dann drohte der Postminister Gscheidle (SPD) damit, daß die Bundesbahn wegen des zu hohen Defizits aus dem Großraumverband aussteigen würde, wenn nicht ein Stufentarif käme. Diese „Anregung" wurde von der CDU/FDP-Mehrheit im Großraumparlament, das für die Tarife zuständig ist, aufgegriffen und jetzt auch beschlossen. Die hannoversche SPD sprach sich zwar „im Interesse der Arbeitnehmer" (SPD-Oberbürgermeister Schmalstieg) gegen den Stufentarif aus und wollte stattdessen „nur" eine einfache Tariferhöhung. Dies zu sagen und gegen den Stufentarif zu stimmen, fiel ihr als Opposition im Großraumparlament natürlich leicht.

Den Sprüchen folgten (wie so oft bei der SPD) genau entgegengesetzte Taten: Im Aufsichtsrat der Üstra, einem städtischen Unternehmen, das mit Straßenbahnen und Bussen den größten Anteil am Großraumverkehr hat, stimmte die SPD, die hier die Mehrheit hat, zusammen mit den Gewerkschaftsvertretern für die Einführung des Stufentarifs.

Erste Proteste

Mit der Einführung des Stufentarifs werden die letzten Reste des Erfolges der „Rote-Punkt-Aktion" von 1969 endgültig beseitigt. Damals gab es massenhafte Demonstrationen von 10 – 15.000 Menschen und sogar kurze Streiks in mehreren Betrieben (u. a. Hanomag) gegen eine geplante Fahrpreiserhöhung. Das Ergebnis dieser Aktionen war, daß der Einheitstarif eingeführt wurde (inzwischen schon zweimal erhöht) und die damals noch private Üstra von der Stadt übernommen wurde.

Bei den darauffolgenden Tariferhöhungen 1970 und 1972 gab es zwar auch Versuche, einen wirksamen Protest dagegen zu organisieren, die aber erfolglos verliefen. Besonders 1972 wurden die Demonstrationen von der Polizei brutal auseinandergeknüppelt.

Auch gegen den derzeit laufenden Angriff gibt es Proteste von relativ großer Breite. Am 28. 1., am Tage der Verabschiedung der Fahrpreiserhöhung durch das Großraumparlament, riefen die DKP (verkleidet als „Aktionsgruppe Roter Punkt"), der KBW (der eine ganze Latte von Komitees gegründet hat – vorerst wohl hauptsächlich aus seinen eigenen „Menschen") und einige andere Organisationen zu einer Demonstration auf, an der sich etwa 4.000 Menschen beteiligten. Viele kamen erst während der Demonstration hinzu.

Auf der Demonstration zeichnete sich die DKP, die das äußere Bild des Zuges prägte, wieder durch ihre schon hinlänglich bekannte Kommunistenhetze aus: Zunächst verteilte sie ein Flugblatt, in dem in Form einer Traueranzeige die Unterzeichner sich darüber freuten, daß sie es endlich geschafft hätten, den Einheitstarif abzuschaffen. Unterzeichnet war diese Anzeige mit: **„CDU-Großraumfraktion als Urheber, FDP-Großraumfraktion als Retter in der Not, KPCSU/ML (Chaoten) als treue Helfer"**!

Weiter hieß es dort, CDU und FDP würden *„die Hilfe der verschiedenen KPCSU/ML (Chaoten)-Gruppen mit ihren Kampfkomitees zu schätzen (wissen) und werden ihre Angehörigen beim Eintritt ins Berufsleben zielsicher von Mitgliedern der DKP zu trennen wissen".*

Damit aber noch lange nicht genug: Als ein paar Demonstranten bei der Abschlußkundgebung Straßenbahngleise besetzten, bemühte sich der Ober„Spaßmacher" der DKP, Kittner, eifrigst, den sofort anrückenden Bullen die Arbeit abzunehmen: er habe gehört, unter den Demonstranten seien einige Mitglieder der Jungen Union (womit natürlich wieder die berüchtigten „Chaoten" gemeint waren), die nur Schlägereien mit den Bullen provozieren wollten. Dadurch würde man nie die Arbeiter aus den Betrieben auf die Straße holen können!

Aber auch der KBW hat nicht viel dazugelernt. Eine seiner Hauptparolen lautete: *„Wir werden kämpfen, wir werden siegen – das Großraumparlament wird unterliegen!"* Es steht uns also wohl auch in Hannover einer der bei den Massen so beliebten Magistratsstürze des KBW bevor (vergl. dazu UW 24).

Allgemeine Heiterkeit erregte die „KPD", die einen „klaren Trennungsstrich" zwischen sich und der großen Demonstration zog, indem sie zur selben Zeit eine eigene Demonstration mit ca. 100 Leuten durchführte – allerdings unter „korrekten Parolen".

Die Politik der anderen Organisationen: Jubel – Trubel – Niederlage

Wir gehen davon aus, daß das Entscheidendste für ein längerfristig positives Ergebnis der sich andeutenden Kämpfe die Einordnung der Fahrpreiserhöhungen in den allgemeinen Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenslage und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung ist. Die wesentlichste Frage dabei ist die nach dem Kräfteverhältnis, nach den konkreten Kampfbedingungen. Dann wird eine wohl zu erwartende Niederlage doch einen Schritt nach vorn darstellen.

Anders fast alle anderen Gruppen und Organisationen:

Bei der DKP wird immer nur die (als einzige erfolgreiche) Aktion von 1969 beschworen. Die Niederlagen von 1970, 1972 oder 1974 in Frankfurt findet man mit keinem Wort erwähnt! Dabei zeigten gerade diese Aktionen doch sehr klar, daß die Bourgeoisie bei diesen Kämpfen alles versucht, um einen Erfolg zu verhindern: Die Kämpfe werden von der Polizei regelrecht zur Straßenschlacht hochgetrieben, mit Einsatz von CN-Gas und Spezial-Fahrzeugen. Ja, Frankfurts Polizeipräsident Schreiber hielt sogar die Anwendung von Schußwaffen durch die Polizei für „verstandlich".

Typisch auch, daß der KBW die Aktion von 1972 sogar zum E r f o l g umlügt: In seiner Broschüre zu den Fahrpreiserhöhungen taucht das Jahr 1972 gerade einmal auf: in einer Bildunterschrift: „1969 und 1972: Erfolgreiche Demonstrationen und harte Auseinandersetzungen mit der Polizei".

Dabei ist es gerade bei den Fahrpreiserhöhungen notwendig und möglich, den Charakter des Staates und der aktuellen Krise des Kapitalismus aufzuzeigen. Die Fahrpreiserhöhung muß als das dargestellt werden, was sie ist: Nur ein Teil des Versuchs, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und auf ihrer verschärften Ausbeutung und Unterdrückung den Grössenwahnsinn des BRD-Imperialismus aufzubauen.

Gerade in den relativ breiten Protesten gegen die Fahrpreiserhöhungen entlädt sich der Zorn über die ständige Inflation – und der bürgerliche Staat sorgt durch die Verwandlung der Stadt in ein Heerlager (1972 mehrere tausend Mann, hunderte von Mannschaftswagen, 15 Wasserwerfer usw.) dafür, daß sein Charakter leichter durchschaut werden kann:

Doch praktisch alle Gruppen legen es darauf an, die Bevölkerung gerade über diese Zusammenhänge, die sie unmittelbar wissen muß, um nicht ins offene Messer zu laufen, im Unklaren zu lassen. Was sie somit produzieren, ist schlimmer als eine Niederlage – es ist Resignation!

Stattdessen läuft eine Debatte in der Linken, die allenfalls technische Fragen berührt: ist nun eine Blockade besser als ein Boykott oder als eine „Rote-Punkt-Aktion"? Oder es tauchen Parolen auf, die alle am grünen Tisch erdacht – nichts als die speziellen Macken der einzelnen Organisationen wiedergeben.

Die DKP macht sich stark für eine „Nahverkehrsabgabe" der hannoverschen Unternehmen (dann ist wohl alles gelaufen, wie damals mit der „Kommunalisierung" der Üstra: jetzt werden die Preiserhöhungen eben vom Großraumparlament gemacht ? !).

Die „KPD" hat sich etwas besonders „arbeiterfreundliches" ausgedacht: Tarifliche Bezahlung der Fahrzeit! – Welcher Kollege wäre nicht dafür!

Der KBW hat, wie schon erwähnt, einen weiteren Senatssturz in der Hinterhand.

Leider könnte man noch einiges anführen!

Alle diese Forderungen haben eines gemeinsam: Hinter ihrer „Radikalität" verbirgt sich eine reichliche Isolation von denen, die diese Forderungen vertreten sollen, von der Arbeiterklasse. Das wirkliche Problem besteht nicht im Aufstellen „noch einer Forderung". Das wirkliche Problem ist, wie man die Forderung nach Abwehr der Erhöhung **durchsetzen** kann, in welcher Ausgangslage sich die arbeitende Bevölkerung befindet: Das wirkliche Problem ist die richtige Einschätzung des Kräfteverhältnisses und die gründliche und breite Diskussion a l l e r gegenwärtigen Angriffe der Bourgeoisie.

Die Frage, in welcher F o r m so eine Abwehr dann vor sich gehen kann, ist zweitrangig. – Wahrscheinlich wird sie von einer bewußteren Massenbewegung wesentlich phantasievoller angepackt, als sich das unsere Schreibtischstrategen je träumen können (siehe Italien, wo gegen die Fahrpreiserhöhungen mit viel Witz und Phantasie vorgegangen wurde). Das Bewußtsein ist das Entscheidende. Dies zu schaffen, heißt für uns weder Abwiegelung noch Aufputschung der Kämpfe. Was wir wollen ist: aus der einen Kampffront gegen die Fahrpreiserhöhungen viele Fronten im Betrieb in der Ausbildung und im Stadtteil machen. Dann wird der Kampf langfristig und durch einzelne Niederlagen nicht so leicht geschwächt. ●

KB-Gruppe Hannover

„Klassen"kampf a la DKP Hamburg:

In unserer zukunftsfremden, fortschrittsfeindlichen Kurzsichtigkeit haben wir entsprechend unserer reaktionären Grundauffassung beschlossen, den schon in wenigen Jahren bewährten

Einheitstarif

zu Grabe zu tragen. Es war für uns unerträglich seit längerer Zeit keine Fahrpreiserhöhungen mehr vornehmen zu können.

Wir hoffen damit gleichzeitig solche Gedanken im Keime zu ersticken, dass öffentliche Leistungen anders als von den Normalverbrauchern bezahlt werden. Die in diesem Zusammenhang geäusserte Meinung von der Zukunftsorientierung des Einheitstarifs interessiert uns nicht. In der Hoffnung, eine unerträgliche Last los zu werden

CDU- Grossraumfraktion als Urheber
FDP-Grossraumfraktion als Retter in der Not
KPCSU/ML (Chaoten) als treue Helfer

Die Beisetzung steht noch nicht fest und hängt wesentlich von der Rote-Punkt-Bewegung ab. Beachten Sie bitte deren Veröffentlichungen. Besonders nach dem 1. April 1975.

Danksagung

Mit grosser Dankbarkeit haben wir davon Kenntnis genommen, dass die Grossraumfraktionen der CDU und FDP den Einheitstarif beerdigen wollen. Es wird uns dadurch für das Jahr 1975 eine Nahverkehrsabgabe in Höhe von 26 Millionen DM erspart. Die mit diesem Beschluss zum Ausdruck gebrachte Interessengleichheit soll bei den künftigen Wahlen nicht unbelohnt bleiben.

Zu Dank verpflichtet fühlen wir uns auch Herrn Bundesverkehrsminister Gescheidle (SPD), der Mit Hilfe der Bundesbahn sein möglichstes tut, um den Einheitstarif unter die Räder zu bringen.

Ebenso wissen wir die Hilfe der verschiedenen KPCSU/ML (Chaoten)-Gruppen mit ihren Kampfkomitees zu schätzen und werden ihre Angehörigen beim Eintritt ins Berufsleben zielsicher von Mitgliedern der DKP zu trennen wissen.

Es tut wohl, soviel Anteilnahme und Hilfe zu spüren. Mit Einfluss und Geld immer bereit, die Vorstände und Aufsichtsräte aller hannoverschen Grossunternehmen.

Conti, VW, Kabelmetal, Hertî, C u.A., Magis, Neckermann, Quelle, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank und viele andere

(Rückseite eines DKP-Flugblattes aus Hannover)

Troisdorf:

Arbeiter erstatteten Strafanzeige gegen Dynamit-Nobel

Dynamit-Nobel (Teil des Flick-Konzerns) ist eines der kapitalistischen Unternehmen, die besonders brutal das Leben der Arbeiter auf's Spiel setzen zugunsten ihrer Profite:

– So gab es mehrere Explosionen, bei denen Dynamit-Nobel-Arbeiter ums Leben kamen (siehe auch AK 44)

– so starben im Nobel-Werk Troisdorf – hier wird PVC hergestellt – fünf Arbeiter und bis November 1974 waren 124 Fälle von Krebserkrankungen bekannt (wir berichteten ausführlich darüber im AK 52).

Mittlerweile haben sich ca. 85 Arbeiter der Dynamit-Nobel AG in Troisdorf zu einer „Interessengemeinschaft der PVC-Geschädigten" zusammengeschlossen.

Sie haben Strafanzeige bei der Bonner Staatsanwaltschaft erstattet, um sich gegen die lebensgefährlichen Bedingungen zur Wehr zu setzen.

Die Arbeiter erklären, daß durch die Produktionsweise von PVC, wie sie in der BRD angewandt wird, Leber- und Milzschäden entstehen, Krebs erzeugt wird, Knochendeformationen auftauchen und Potenzschwierigkeiten entstehen. Der juristische Vertreter der Interessengemeinschaft erklärte: „Die Männer haben Todesangst" (laut „UZ", vom 28.1.75).

Der 1. „Erfolg", den die Interessengemeinschaft zu verzeichnen hat: das staatliche Gewerbeaufsichtsamt hat sich eingeschaltet. Es wurde den Arbeitern berichtet, daß zur Zeit Meßgeräte entwickelt würden, die jeder Beschäftigte in der PVC-Produktion bei sich tragen soll. Die Werksärzte werden aufgefordert, die Meßverfahren einander anzugleichen („Kölner Stadtanzeiger", 4.2.75).

So sieht das also aus, als ob fünf Tote nicht Beweis genug wären, daß das PVC höchst giftig und gefährlich ist, als ob über hundert PVC-Erkrankte nicht ein drohendes Alarmzeichen dafür sind, daß hier sofort etwas unternommen werden muß. Stattdessen werden wochenlang Messungen durchgeführt, bei denen im Endeffekt sicher nichts anderes herauskommt, als daß die Sache gar nicht so schlimm ist ...

Was soll man aber auch von einem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt in einem kapitalistischen Staat anderes erwarten. Verlassen sich die Arbeiter darauf, sind sie verraten und verkauft.

Anders sieht es da in Norwegen aus. Hier haben die Kapitalisten ihre PVC-Fabrik „Norsk Hydro" durch den Druck der Arbeiter vor drei Monaten schließen müssen und bis heute die Produktion nicht wieder aufnehmen können.

Auch hier starben zwei Arbeiter an Krebs, durch PVC verursacht. Von 288 untersuchten Arbeitern haben außerdem 59 Gesundheitsschäden. Norwegische wie auch amerikanische Ärzte schließen nicht aus, daß PVC zu Erbschäden führt und auch die Erbanlagen verändert.

Auch in Schweden hatten Arbeiter der PVC-Werke auf Kemo-Nord bei Sundsvall die Kapitalisten gezwungen, die Produktion vorübergehend einzuschränken, nachdem Kollegen von ihnen an Leberkrebs starben. Auch hier sind viele Arbeiter durch PVC geschädigt. Trotz negativer Untersuchungsergebnisse ist hier aber die Produktion wieder aufgenommen worden. ●

Betriebszelle Roentgenmüller
KB/Gruppe Hamburg

Brügge (Belgien)

Wiederaufnahme der Produktion des BRD-Chemiekonzerns Bayer

Unter den Bewohnern der kleinen belgischen Stadt Brügge ist Unruhe entstanden. An den Häusern hängen Transparente und schwarze Fahnen, an den Straßen werden tote Kaninchen, tote Hühner und vergiftetes Gras von Bauern aufgesteckt. Überall sind Kühe aus Pappe zu sehen, die die Beine in die Luft strecken.

Die Ursache dieser Proteste ist die Wiederaufnahme der Produktion des Chemiewerks Bayer-Rickmann, einer Tochtergesellschaft von Bayer Leverkusen. In dieser Firma werden Glasuren und Emaille hergestellt, wobei ein erheblicher Anteil Fluor in die Gegend gepufft wird.

Nachdem Tiere auf den Feldern starben, die Weiden vergiftet wurden, das angebaute Gemüse nicht mehr genießbar war und die Fenster in den Wohnhäusern weiß beschlugen, wurde die Unruhe in der Bevölkerung so groß, daß der Bürgermeister das Werk schließen ließ. Am 14. Dezember 1974 wurde Bayer-Rickmann polizeilich geschlossen.

Die Bayer-Kapitalisten erhoben Einspruch und in Stellungnahmen behaupteten sie frech, daß die Fluor-Emissionen „zu keiner Gefährdung für die Umwelt führen würden." („Frankfurter Rundschau", 14.12.74)

Ende Dezember hatte sich das Arbeitsministerium in Brüssel dann entschieden, Bayer-Rickmann eine neue Konzession zu erteilen, mit der das Gesundheitsministerium Auflagen verband.

Während die belgische Regierung die Bayer-Kapitalisten nicht verärgern will, schließlich plant Bayer Leverkusen ein Werk in Antwerpen, das weit über tausend Menschen beschäftigen wird (bei Bayer-Rickmann arbeiten nur 130), will sich die Bevölkerung Brügges nicht auf diesen Schwindel mit den Auflagen im Zusammenhang mit einer Produktionserlaubnis einlassen. Die Proteste, die zur Schließung des Werkes führten, wurden sofort wieder aufgenommen und verstärkt.

Immerhin wurden 15.000 Tonnen Getreide im Getreidesilo vergiftet, da durch Ventilatoren Bayer-Luft in die Lagerräume geblasen wird. Außerdem wurde seit einiger Zeit auch deutlich, daß nicht nur Pflanzen und Tiere Schaden nehmen durch die Fluor-Luft, sondern die ersten Schäden an Menschen machten sich bemerkbar. „Bayer macht seine eigenen Patienten", sagen die Leute und sie sprechen vom „Bayer-Gebiß", wenn sie die schwarzen Zähne der Kinder und Tiere meinen.

Außerdem ist bei Untersuchungen Fluor im Urin einiger Menschen und eine Veränderung der Knochensubstanz festgestellt worden. Und wahrscheinlich ist auch schon ein Todesopfer zu beklagen. Ein 30-jähriger Mann, der nie krank gewesen war, starb unter merkwürdigen Umständen. Es gibt noch keine Beweise, daß er am Fluor gestorben ist, aber die Menschen in Brügge sind davon überzeugt.

Die Leitung des Werkes macht keinerlei Zugeständnisse an die Bevölkerung. Sie erklärte offiziell, daß sie für ihr Werk auch einen anderen Platz finden würde, „wenn die Bürger von Brügge denn den Betrieb absolut nicht wollen." („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 10.1.75)

Das ist Verbrechertum, wenn durch kapitalistische Produktionsweise, die nur auf die Erhöhung des Profits ausgerichtet ist, bewußt in Kauf genommen wird, daß Menschen dabei kaputt gehen, und diese Menschen dann, wenn sie sich dagegen wehren, erpreßt werden: Entweder seid ihr zufrieden oder ihr verliert euren Arbeitsplatz!

Zynisch und chauvinistisch ist dann auch die Begründung der Bayer-Kapitalisten für diese nicht so einfach vertuschbaren Schäden:

Durch einen Streik (!) in Amerika wurde die Rohstoffquelle für Borax unterbrochen, so daß man aus Lieferungen aus der Türkei (!) zurückgreifen mußte. Dieser Borax war natürlich nicht so gut, er war wasserhaltiger und „niemand hatte gewußt, daß dadurch der Ausstoß fluorhaltiger Abgase gesteigert wird." („Frankfur-Allgemeine", 10.1.75)

Hier wird also streikenden Arbeitern anstelle der kapitalistischen Profitgier die Schuld an Tod und Erkrankung von Tier und Mensch gegeben.

Und in diesem Zusammenhang ist es interessant, wie die Bayer-Kapitalisten überhaupt nach Belgien gekommen sind: Vor ca. 2 1/2 Jahren sollte dieses Emaille-Werk in der Nähe von Köln errichtet werden, doch Nordrheinwestfalen machte Umweltschutzauflagen, die den Bayer-Kapitalisten zu hoch sind, so kauften sie amerikanischen Kapitalisten dieses Werk in Brügge ab.

In Belgien gibt es nämlich keine verbindlichen Umweltschutzbestimmungen!!

Und so konnten dann – bis zum Protest der Bevölkerung – 20 kg (!) Fluor stündlich (!) die umliegende Gegend verpesten.

In der BRD gibt es gesetzliche Bestimmungen, daß stündlich nur (? !) 150 Gramm Fluor abgelassen werden dürfen, und selbst diese Bestimmungen können nicht den Nachweis erbringen, daß keine Gefährdung eintritt!!

Wenn man diese Werte kennt, versteht man erst, welch schändliches Spiel die belgische Regierung mit der Bevölkerung Brügges treibt, wenn sie die Wiederaufnahme der Produktion bei Bayer-Rickmann nur unter „bestimmten Auflagen", die zu erfüllen sind, befürwortet. Diese Auflagen sind nämlich:

1. Bis März 75 (!) sollen die Emissionen von 20 kg auf 5 kg pro Stunde reduziert werden.

2. Ab 1. März 75 muß ein 80 Meter hoher Schornstein vorhanden. sein.

3. Am 1. September 75 dürfen die Emissionen nur noch (!) 1 kg pro Stunde betragen. (laut „Welt der Arbeit", vom 17.1.75)

Da kann man nur hoffen, daß die Kapitalisten aus diesem Kampf nicht siegreich hervorgehen, daß die Bevölkerung von Brügge diesen Auseinandersetzungen – man kann schon sagen auf Leben oder Tod – gewachsen ist. ●

Betriebszelle Roentgenmüller
KB/Gruppe Hamburg

Umweltschutz – Goldgrube für Profitjäger



Bremerhaven: Vergammelter Öltanker der „Gesellschaft für Umweltschutz"

Diverse Giftmüllskandale in der letzten Zeit haben offenbart, daß die Umweltverschmutzung, von zahlreichen bürgerlichen Politikern als Gefahr, die „uns alle" bedroht, wortreich beklagt, für gewisse Kreise durchaus lukrative Seiten hat.

Entsprechend der kapitalistischen Logik, alles und jedes in profitträchtiges Geschäft zu verwandeln, haben sich auch um den „Umweltschutz" zahlreiche Unternehmen gebildet die ihren Nutzen daraus schlagen, daß die kapitalistische Industrie die Umwelt vergiftet. Dabei locken leicht verdiente Extraprofite durch staatliche Subventionszahlungen.

Ein neuerliches Lehrbeispiel für kapitalistischen „Umweltschutz" lieferte jetzt die Frankfurter „Gesellschaft für Umweltschutz". Diese findigen Vertreter ihrer Klasse kauften ein paar gammlige Küstentanker legten sie als Altöldepots in die Häfen von Hamburg, Bremen und Bremerhaven und ließen auf dem Papier – das gesammelte Altöl in einer Verbrennungsanlage auf der Teufelsinsel vor Emden vernichten.

Ihr Geld verdienten diese „Umweltschützer" aber damit daß sie den Zählerstand an der Verbrennungsanlage mit Preßluft hochjagten und dann vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft entsprechende Subventionen kassierten. Zumindest 1 1/2 Jahre lang klappte das ausgezeichnet. Zeit genug für den Geschäftsführer und Anteilseigner der Firma Mandula, die so ergaunerten Gelder nach Liechtenstein zu transferieren.

Nebenbei wurde publik, daß die Firma offensichtlich auch noch aktiv ihren Beitrag zur Umweltverpestung beigetragen hat, indem Ölschlamm einfach ins Emdener Hafenbecken gekippt wurde, frei nach dem Vorbild anderer „Umweltschützer", die Arsenschlamm auf öffentliche Müllkippen brachten. Die Kosten der Beseitigung trägt natürlich der Steuerzahler.

Die bürgerliche Presse versucht diesen Fall mal wieder als einzelnes Gaunerstück eines unredlichen Geschäftsführers herunterzuspielen, gegen den schließlich auch die Staatsanwaltschaft ermittelt. (Schlimmstenfalls hat der wohl eine Geldstrafe zu erwarten, die er von den ergaunerten Geldern leichten Herzens zahlen wird.

Aber tatsächlich wird hier – wie an zahlreichen anderen „Skandalen" der letzten Zeit – deutlich, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, die Probleme, die sie schafft, auch selbst wieder aus der Welt zu schaffen. Echter Umweltschutz geht nun mal zu Lasten der Profite – wie sollte er da in einem profitgelenkten System möglich sein? ●

Auffangzelle
KB-Gruppe Bremerhaven

Inhalt